Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Osterreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 177 • 31. Juli 2018
Unparteiisches, unabhängiges Monatsmagazin speziell für Österreicherinnen und Österreicher in aller Welt in vier verschiedenen pdf-Formaten
http://www.oesterreichjournal.at

EU-Kommission zu Gast in Wien

Bundeskanzler Kurz: Das Zusammenspiel zwischen Rat, Kommission und Parlament ist von entscheidender Bedeutung.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 6. Juli besuchte die gesamte EU-Kommission mit Präsident Jean-Claude Juncker (l.) – im Bild mit Bundeskanzler Sebastian Kurz im Austria Center Vienna – an der Spitze Wien anläßlich der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes der Bundesregierung.

Beim traditionellen Besuch der Europäischen Kommission beim jeweiligen EU-Ratsvorsitzland stand neben der gemeinsamen Sitzung mit der östderreichischen Bundesregierung auch ein Zusammentreffen zwischen Jean-Claude Juncker und Bundespräsident Alexander Van der Bellen sowie eine Arbeitssitzung der EU-Kommission mit dem Nationalrat am Programm.

An dem Gespräch im Parlament nahmen von österreichischer Seite neben dem Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka und der Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska auf einige Abgeordnete zum Nationalrat teil.

EU-Kommission will einen intensiven Dialog mit den Parlamenten führen.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➢

Sie sehen hier die Variante A4 mit 300 dpi und hoher Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Landsleute, liebe Leserinnen und Leser,

mit 1. Juli hat Österreich den Vorsitz des Rats der Europäischen Union übernommen. In der vorliegenden Ausgabe unseres Magazins möchten wir Ihnen einen groben Überblick darüber bieten, was sich in den vergangenen vier Wochen auf der nun hier „aufgebauten" europäischen Bühne so getan hat. Unsere Bundesregierung hat sich viel vorgenommen, denn die anstehenden Probleme innerhalb und außerhalb der EU sind ebenso vielfältig wie schwierig zu lösen. EU-Ratspräsident Jean-Claude Juncker wünschte zu Beginn dieses Halbjahres „dem österreichischen Ratsvorsitz alles Gute […] ich weiß, daß er das auch gut machen wird".

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 177

Bundespräsident empfing den EU-Kommissionspräsidenten 5
EU-Kommission will intensiven Dialog mit Parlamenten führen 6
Informelle Treffen der EU-MinisterInnen 7
Tagung der »High Level Group on Gender Mainstreaming« 12
Internationale Prominenz in Salzburg 13
COSAC-Konferenz in Wien 16
Aus dem Außenministerium 21
Sobotka setzt klare pro-israelische Signale 25
Zusammenarbeit mit Ungarn weiter intensiviert 27
Tanja Maljartschuk Gewinnerin des Bachmann-Preises 29
Wie stehen unsere NÖ Jugendlichen zur EU? 30
Airbus vertraut bereits seit Jahren auf FACC 32
Neues EU-Budget fordert Salzburgs Gemeinden 33
Verbindungen zwischen der Steiermark und Lemberg 34
Forschungszentrum »Frieden und Konflikt« in Innsbruck 35
EDICs machen verständlich, was die EU leistet 36
Erfolg für Wiener Stadtaußenpolitik 37
Außenhandel: Exportzuwächse für alle Bundesländer 2017 39
Kurzmeldungen 41
Weltbund-Tagung Auslands-österreichertreffen 2018 6. bis 9. September in Innsbruck 45
Der 12-Stunden-Arbeitstag 48
Amtsübergabe in der Länder-kammer van das Burgenland 51
»Burgenland Journal«
SPÖ-FPÖ-Regierung zieht Bilanz 53
Prickelnde Aussichten für Wirtschaftsstandort Burgenland 55
Hausbau wird im Burgenland schneller und effizienter 57
Optimal durch die Sommerferien 57
Nachhaltige Strategie für Bauen und Wohnen 58
»Modernes Wohnen« 59
Burgenländische Leitbetriebe formen Zukunft 60
Mattersburg – Soziale Musterstadt 62
»Gräfin Mariza«
Seefestspiele Mörbisch 2018 64
——————
Konjunkturstimmung stabilisiert sich 66
OeNB: 2,2 % Inflation für 2018 68
Euroraum: Wachstum bleibt vorerst robust 69
153 Unternehmen bei Export-Aktivitäten unterstützt 70
Zukunftsvereinbarung für Wien 71
Gedenkjahr 2018: Der Anfang vom Ende 72
Garten Tulln: 2,5 Mio. Besucher 75
Meilenstein bei Bau der Südstrecke 76
30 Jahre Donauinsel 77
Neuer Generalstabschef 80
Christine Nöstlinger † 83
Gottes Wort und seine Dolmetscher 84
Hohe geistliche Würdenträger zu Gast in der Steiermark 88
23. Weinherbst Niederösterreich 89
Gehirntumor aus der Petrischale 90
Abhörsichere Übertragung von Information rückt näher 92
Mit Quantencomputer chemische Bindungen simuliert 93
Autonome E-Busse in Wien 94
Österreichischer Milan im Anflug 96
73. Bregenzer Festspiele 97
98. Salzburger Festspiele 100
Claude Monet in der Albertina 104
»Alle antreten! Es wird geknipst!« 106
Ausstellung Musica Femina 109

Internationale Prominenz in Salzburg 13

Burgenland: 3-Jahres-Regierungsbilanz 53

Gedenkjahr 2018: Der Anfang vom Ende 72

Gehirntumor aus der Petrischale 90

Claude Monet in der Albertina Wien 104

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 2: HBF / Carina Karlovits; Bgld. Landesmedienservice; Parlamentsdirektion / Michael Buchner; IMBA / BeataScienceArt; Tokyo, National Museum of Western Art

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Andy Wenzel

Besuch des Kollegiums der Kommissare in Österreich am 6. Juli 2018 (1. Reihe v.l.): Günther Oettinger, Josef Moser, Jyrki Katainen, Juliane Bogner-Strauß, Maroš Šefčovič, Heinz-Christian Strache, Jean-Claude Juncker, Sebastian Kurz, Frans Timmermans, Gernot Blümel, Andrus Ansip, Norbert Hofer, Valdis Dombrovskis, Heinz Faßmann; (2. Reihe v.l.): Phil Hogan, Christos Stylianides, Hartwig Löger, Karmenu Vella, Herbert Kickl, Neum Mimica, Johannes Hahn, Karin Kneissl, Cecilia Malmström, Beate Hartinger-Klein, Miguel Arias Cañete, Margarete Schramböck, Pierre Moscovici; (3. Reihe v.l.): Julian König, Margrethe Vestager, Tibor Navracsics, Hubert Fuchs, Elżbieta Bieńkowska, Mario Kunasek, Violeta Bulc, Karoline Edstadler, Věra Jourová, Corina Creţu, Carlos Moedas, Mariya Gabriel

„Als österreichische Bundesregierung ist uns ein gutes Zusammenspiel zwischen Rat, Kommission und Parlament wichtig. Wir haben uns daher heute über wichtige Inhalte unserer Ratspräsidentschaft während der nächsten sechs Monate ausgetauscht", sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz nach dem bilateralen Gespräch mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Austria Center Vienna. Bereits davor gab es eine Sitzung der EU-Kommission mit Mitgliedern der Bundesregierung.

Schwerpunkte in drei Cluster

„Wir haben versucht, die unzähligen Themen in drei Cluster zu ordnen und die einzelnen Bereiche konkret zu besprechen. Bei ‚MFF and the future of Europe' haben wir einen gemeinsamen Zeitplan festgelegt, wie die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen ablaufen können und sollen", betonte der Bundeskanzler einen der wichtigen Diskussionspunkte der nächsten Zeit.

„Ein weiterer wichtiger Punkt - ‚Security, Defence, Migration' und der Westbalkan thematisiert das Vorantreiben der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene. Dabei spielen unter anderem der Aussengrenzschutz und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten eine Rolle. Beim Westbalkan ist bekannt, daß Österreich ein starker Treiber für die europäische Perspektive ist", ergänzte Kurz.

„Der dritte Cluster – ‚Innovation in a connected and globalized world' bedeutet, daß wir eine Vollendung des digitalen Binnenmarkts anstreben. 29 Texte liegen auf dem Tisch, die wir zügig abschließen wollen. Ein großes Thema ist auch die faire Besteuerung von Internetgiganten. Hier unterstützen wir die Vorschläge der Kommission", bedankte sich der Bundeskanzler für das gute Arbeitsgespräch.

Foto: BKA / Michael Gruber

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (r.) und der Erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans im Austria Center Vienna

Juncker: Wir sind gerne nach Wien gekommen

„Ich bedanke mich für den warmen Empfang, den wir hier in Wien haben genießen dürfen. Wir sind gerne nach Wien gekommen – das tut man eh immer gerne, aber wenn die österreichische Präsidentschaft ansteht, tut man es umso lieber", so der Kommissionspräsident. Jede Erfahrung zeige, daß wenn Ratspräsidentschaft und Kommission nicht engstens zusammenarbeiten, dann gehe es schief. Es werde unter österreichischem Vorsitz „nichts schief gehen, weil wir abgemacht haben, daß wir uns regelmäßig sehen, daß wir regelmäßig telefonieren, auch über die Sommermonate hinweg. Und die Gespräche, die wir vor einer gewissen Zeit in Brüssel geführt haben und auch jetzt hier, zeigen, daß wir eigentlich in dieselbe Richtung schwimmen", sagte Juncker.

Die österreichische Bundesregierung verfüge über ein deutlich pro-europäisches Regierungsprogramm. Das Motto der Präsidentschaft „Ein Europa, das schützt" treffe im Kern genau das, was Juncker bei seiner Antrittsrede im Europäischen Parlament im Juli 2014 auch vorgetragen habe.

„Europa muß den Menschen näher gebracht werden. Das ist nicht nur ein Gedicht, das muß auch konkret unter Beweis gestellt

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Andy Wenzel

von links: Innenminister Herbert Kickl, Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Europaminister Gernot Blümel, Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß, Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein, Unterrichtsminister Univ.-Prof. Heinz Faßmann und Finanzminister Hartwig Löger

werden. Europa darf sich nicht in alle Dinge des Alltages einmischen. Subsidiarität, ein zweites großes Themenfeld des österreichischen Ratsvorsitzes, wird von der Kommission – auch wenn niemand das glaubt – intensiv bearbeitet und ernst genommen. Ich konnte schon mehrfach darauf hinweisen, daß die Vorgänger-Kommissionen 120, 130 neue Initiativen pro Jahr losgetreten haben. Diese Kommission macht das in etwas bescheidenerem Umfang, weil wir bis maximal 23 Gesetzesinitiativen vorstellig geworden sind. Das gefällt nicht allen, aber uns ist es lieber, wir konzentrieren uns auf die großen Dinge und lassen weniger Wichtiges in den Händen derer, die es besser wissen. Das sind die Staaten, das sind die Regionen, das sind die Kommunen – alles in Österreich sehr artikulierbar zu besuchen", so Juncker.

Man habe sich darauf verständigt, daß die Kommission im September einen Vorschlag zum Außengrenzschutz machen werde. Anfänglich habe man sich vorgenommen, bis ins Jahr 2027 10.000 europäische Grenzschutzpolizisten in Aufstellung zu bringen; das würde jetzt auf 2020 vorgezogen werden und „und ich werde im September diesen Jahres Vorschläge in die Richtung machen", kündigte der Präsident an.

„Ich bin froh darüber, daß das Thema Digitales von der österreichischen Bundesregierung intensiv bearbeitet werden wird. Dort stehen noch viele Entscheidungen aus. Es liegen insgesamt 29 Gesetzestextvorschläge auf dem Tisch des Gesetzgebers. Wenn es hier Fortgang gibt, dann wäre das in allen Beziehungen zu begrüßen" und Juncker weiter: „Wir haben uns im Vorfeld über vieles unterhalten, auch über die Art und Weise, wie wir mit dem Thema mittelfristiger Finanzrahmen umzugehen gedenken. Hier ist Tempo angesagt, aber auch Gründlichkeit. Weil Haushalte sind in Zahlen gegossene Zukunftsvorstellungen, und dann muß man sich über die einzelnen Themeninhalte intensiv miteinander unterhalten. Das wird der österreichische Ratsvorsitz mit dem üblichen Charme zu gestalten wissen."

Juncker habe den Bundeskanzler über die Handelsabkommen informiert, die man dabei sei abzuschließen, so auch über das damals noch bevorstehende größte Freihandelsabkommen mit Japan, das die Europäische Union je abgeschlossen hat. „Und wir sind, nachdem wir CETA – Kanada – auch in Österreich dankenswerterweise ratifiziert haben *(siehe folgende Seite, Anm.)*, an einem Arbeitstempo angekommen, das uns weiterhilft. Die ganze Welt wünscht sich eigentlich Handelsabkommen mit der Europäischen Union. Das tun wir. Ich fahre auch noch vor Ende Juli nach Washington, um mit dem amerikanischen Präsident uns über Handelsfragen – wie ich hoffe – besser zu verständigen, und dann sehen wir weiter", so Juncker, der „dem österreichischen Ratsvorsitz alles Gute" wünschte, „ich weiß, daß er das auch gut machen wird."

Foto: BKA / Michael Gruber

Diskussion am runden Tisch von Mitgliedern EU-Kommission und jenen der österreichischen Bundesregierung

Bundespräsident empfing den EU-Kommissionspräsidenten

Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) im Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker

Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfingt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 6. Juli. in seinen Amtsrüumen in der Wiener Hofburg.

Vor dem Hintergrund der nationalen Alleingänge von EU-Staaten hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen eine Lanze für deren Zusammenarbeit gebrochen. „Unsere einzige Option ist es, durch Kooperation zu handeln und die Antwort kann nur starker Multilateralismus sein“, twitterte Van der Bellen anläßlich des Besuchs der EU-Kommission in Wien.

„Das ist genau das, wofür die Europäische Union steht, da sie selbst ein europäisches Friedensprojekt ist, errichtet auf genau diesem Prinzip“, betonte der Bundespräsident nach einem Treffen mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in der Hofburg. „Es freut mich, Sie in Wien zu empfangen“, schrieb Van der Bellen.

Es gebe „zahlreiche Fragen“, mit denen die EU derzeit konfrontiert sei. „Aber im Wesentlichen geht es um die Frage, welche Art der Europäischen Union wir wollen“, betonte der Bundespräsident, der sich in der Vergangenheit als Befürworter einer engeren Kooperation der EU-Staaten gezeigt hat. „Kühne Schritte sind nötig, um die EU weiterzubringen.“ Gerade angesichts der derzeitigen internationalen Lage sei die Relevanz der EU „unbestritten“. *apa/prk*

Bundespräsident Alexander Van der Bellen wartet mit CETA-Unterschrift auf EuGH-Entscheid

Bundespräsident Alexander Van der Bellen wird, wie er am 11. Juli sagte, mit seiner Unterschrift unter den Staatsvertrag zu CETA auf die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) warten. „Ich habe den Staatsvertrag zu CETA, wie es meiner Aufgabe als Staatsoberhaupt entspricht, ausführlich und gewissenhaft geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung ist mit einem Vorbehalt positiv ausgefallen. Es gibt Zweifel, ob die Schiedsgerichte mit EU-Recht konformgehen. Sollte der Eu GH entscheiden, daß CETA mit dem Unionsrecht vereinbar ist, werde ich den Staatsvertrag umgehend unterzeichnen“, sagt der Bundespräsident.

Beim EuGH ist derzeit ein von Belgien initiiertes Verfahren anhängig, das die in CETA enthaltenen Schiedsgerichte bzw. das im Vertrag verankerte Investitionsgerichtsystem auf ihre Konformität mit dem EU-Recht prüft. Falls der EuGH negativ entscheidet, dann bedeutet dies, daß alle entsprechenden Ratifizierungsschritte der Mitgliedstaaten nichtig sind und das Abkommen neu verhandelt werden muß. Dies bestätigt auch die Bundesregierung, wie dem Ministerratsvortrag der Außenministerin vom 14. Mai 2018 zu entnehmen ist. Dort heißt es wörtlich: „Der Abschluß des Abkommens seitens der Europäischen Union wird nach Ergehen eines positiven Gutachtens oder, im Falle der Feststellung von Unvereinbarkeiten mit dem Unionsrecht, nach allfälligen Nachverhandlungen erfolgen.“

„Ich habe mir diese Entscheidung nicht leichtgemacht. Einerseits sind die Beschlüsse des Nationalrates und des Bundesrates zu respektieren, andererseits ist die Prüfung und darauffolgende Entscheidung des EuGH zu achten. Da Mitgliedsstaaten wie Deutschland und die Niederlande angekündigt haben, den Ratifizierungsprozeß erst nach dem EuGH-Urteil abschließen zu wollen, entsteht keine Verzögerung des möglichen vollständigen Inkrafttretens von CETA“, so der Bundespräsident. ■

EU-Kommission will intensiven Dialog mit Parlamenten führen

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Gruppenfoto mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker (4.v.l.), Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (5.v.l.), Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska (6.v.l.) und dem ersten Vizepräsidenten der Europäischen Union, Frans Timmermans (4.v.r.)

Wir haben uns vorgenommen, nicht nur die Stimmen der Regierungen zu hören, sondern auch jene der nationalen Parlamente", unterstrich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 6. Juli anläßlich seines Zusammentreffens mit österreichischen ParlamentarierInnen unter der Leitung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska. Juncker stattete mit den Kommissionsmitgliedern auch dem Hohen Haus einen Besuch ab, wobei im Mittelpunkt des Gesprächs die Heranführung der Länder des Westbalkans an die EU, die Subsidiarität, der Mehrjährige Finanzrahmen der EU und die Migrationsfrage standen.

Hahn zu Westbalkan

Über die Notwendigkeit einer europäischen Perspektive für die Staaten des Westbalkans waren sich alle einig. Diese Priorität wurde auch von der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, und dem Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterung, Johannes Hahn, unterstrichen. „Entweder man exportiert Stabilität oder man importiert Instabilität", brachte Hahn die Herausforderung auf den Punkt. Vor allem gehe es darum, Rechtsstaatlichkeit zu entwickeln und zu festigen. Dabei könne der Parlamentarismus Wesentliches beitragen. Er begrüßte daher die von Nationalratspräsident Sobotka angekündigten diesbezüglichen Initiativen des österreichischen Parlaments zur Weiterentwicklung des Parlamentarismus in der Region, darunter auch ein Stipendienprogramm für ParlamentarierInnen und MitarbeiterInnen der Parlamentsverwaltungen.

Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit seien auch eine wichtige Grundlage für Investitionen, wies Sobotka auf die Verbindung von Rechtssicherheit und Wirtschaft hin. Zudem unterstütze die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments bereits jetzt Montenegro und den Kosovo bei Programmen zur Vermittlung von Parlamentsarbeit und Demokratie, mit Albanien gebe es Gespräche und Serbien zeige sich interessiert. Er traf sich dabei mit Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, die einforderte, sich vor allem auch auf die Kinder als die Zukunft Europas zu konzentrieren und die Kinderrechte in den Vordergrund zu stellen.

Subsidiarität: Kommission will nur tun, was sie tun muß

Klar äußerte sich Kommissionspräsident Juncker zum Thema Subsidiarität. Er dränge darauf, daß sich die Kommission auf die grossen Dinge konzentriere. „Wir sind da ziemlich brutal und tun nur, was wir tun müssen", pflichtete ihm auch Vizepräsident Frans Timmermans bei, der zudem die sogenannte Taskforce zur Subsidiarität leitet. Der Kommissionsvizepräsident attestierte Abgeordnetem Reinhold Lopatka besonderes Engagement in der Taskforce und meinte, man könne vieles über die Verfahren verbessern. Es müsse klargestellt werden, wer macht was und wer ist wofür verantwortlich, sagte er. Was die Subsidiaritätskontrolle betrifft, so ist dem österreichischen Parlament in einer jüngst erschienen Studie ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt worden.

In diesem Zusammenhang merkte Timmermans jedoch an, daß so manche Parlamente die Subsidiaritätskontrolle mit inhaltlicher Kritik an Gesetzesvorhaben vermengen.

Im Hinblick auf die vom österreichischen Parlament immer wieder harsch kritisierten delegierten Rechtsakte, die in zunehmender Zahl von der EU-Kommission erlassen werden und die die parlamentarische Mitwirkung ausschließen, sah Timmermans den Ball bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten liegen. Die Kommission bestehe keineswegs darauf, die Mitgliedsstaaten wollten aber oftmals nicht die Verantwortung übernehmen. Junker stellte dazu fest, er sei „allergisch" auf die delegierten Rechtsakte.

Timmermans zu Migration

Timmermans nahm auch zur Migrationspolitik Stellung und meinte, eine nachhaltige Lösung komme um eine Änderung des Dublin-Systems nicht herum, der Schutz der Aussengrenzen sei zu wenig. Auch brauche man Hilfe für die Regionen in Afrika. Einfache Lösungen gebe es nicht, bemerkte er im Hinblick auf die zunehmenden Egoismen in Europa.

Thema war auch der Mehrjährige Finanzrahmen, wobei die Wortmeldungen der österreichischen ParlamentarierInnen den unterschiedlichen Zugang widerspiegelten. Günther Oettinger, Kommissar für Haushalt und Personal, bekräftigte die Position der Kommission und stellte fest, daß die EU die einzige Ebene sei, die keine Schulden machen dürfe. Deshalb sehe man neben Kürzungen wie etwa im Agrarbereich auch eine Erhöhung des Budgets und neue Eigenmittel vor, um die zusätzlichen Aufgaben und Herausforderungen bewältigen zu können.

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Informelles Treffen der InnenministerInnen in Innsbruck

Foto: BKA / Michael Gruber

v.l.: EU-Kommissar für Inneres und Migration, Dimitris Avramopoulos, Innenminister Herbert Kickl und Deutschlands Innenminister Horst Seehofer

Beim informellen Treffen der InnenministerInnen in Innsbruck ging es auch um Maßnahmen gegen Antisemitismus, um den Kampf gegen Schlepperei und um die Stärkung der Polizeikooperation.

„Um Schengen zu retten, wollen wir engagiert an einem wirksamen EU-Außengrenzschutz und einer krisenfesten EU-Asylpolitik arbeiten", sagte der EU-Ratsvorsitzende im Bereich innere Sicherheit, Innenminister Herbert Kickl, anläßlich der informellen Tagung der InnenministerInnen am 12. Juli in Innsbruck. Das entspreche dem Auftrag des Europäischen Rates, „der einen Paradigmenwechsel in der EU-Asylpolitik eingeleitet hat". Ziel des österreichischen Vorsitzes im Bereich innere Sicherheit insgesamt sei die Arbeit an einer bürgernahen, krisenfesten und zukunftsfähigen Sicherheitsunion.

Nach der Diskussion könne man sagen: „Es gibt breiten Konsens für einen Fokus auf den Schutz der EU-Außengrenzen. Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) soll weiter gestärkt und mit einem entsprechenden Mandat ausgestattet werden", sagte der Ratsvorsitzende. Der vom Europäischen Rat eingeleitete Paradigmenwechsel zeige sich besonders gut am Thema regionale Ausschiffungsplattformen. „Unser zentrales Ziel ist es, Schleppergeschäfte und das damit verbundene Sterben im Mittelmeer endlich zu beenden", berichtete Kickl. Aufbauend darauf werde der Vorsitz zügig ein geeignetes Konzept ausloten, in Kooperation mit der Europäischen Kommission, dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und Drittstaaten.

Diskutiert wurde auch, wie eine politische Lösung zur Frage des Dublin-Systems im neuen Gesamtkontext aussehen könnte. Österreich wird dazu als Brückenbauer entsprechende Lösungsansätze mit den anderen Mitgliedsstaaten ausloten. Ziel ist es, bis zum Europäischen Rat im Oktober über Fortschritte zum Bereich Dublin und zum Thema Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) insgesamt berichten zu können.

Beim Treffen wurde auch über künftige Optionen diskutiert, die über den Auftrag des Europäischen Rats hinausgehen, etwa die Nutzung von Rückführungszentren in Drittstaaten. Die Überlegung dahinter ist: Wenn bei einem negativen Asylbescheid keine Rückführung in das Herkunftsland möglich ist, könne ein allfälliger Zwischenschritt über Zentren in Drittstaaten erfolgen, da es unterschiedliche Konsequenzen nach einem positiven und einem negativen Asylbescheid geben sollte.

Die MinisterInnen diskutierten weiters über die Förderung europäischer Werte sowie Maßnahmen gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischer Gemeinschaften und Einrichtungen in Europa. An diesen Diskussionen haben auch Vertreterinnen und Vertreter des World Jewish Congress, des European Jewish Congress und der Israelitischen Kultusgemeinde Wien teilgenommen.

Ein weiteres Thema beim informellen Treffen der EU-InnenministerInnen war die Stärkung der europäischen Polizeikooperation. Dabei wurden Schleppereibekämpfung und „Community Policing" als Schwerpunktthemen diskutiert. Es fand ein Austausch zu Best-practice-Modellen der Mitgliedsstaaten statt. „Die Diskussion hat bestätigt, wie wichtig die Themen für eine krisenfeste Sicherheitsunion sind. Daher werden wir sie weiter forcieren", sagte Kickl.

Am informellen Treffen der InnenministerInnen beteiligten sich neben den 28 Mitgliedsstaaten auch die InnenministerInnen der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) – Liechtenstein, Island, Norwegen und die Schweiz – sowie der EU-Kommissar für Inneres und Migration, Dimitris Avramopoulos, und der EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, Julian King. Ferner nahmen VertreterInnen des Europäischen Parlaments, des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der EU-Grundrechteagentur, von FRONTEX, des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), der Europäischen Agentur „eu-LISA", der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und erstmals auch die Direktorin des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) am Informellen Treffen der MinisterInnen teil.

Anläßlich des Treffens fand auch der Landesübliche Empfang in Hall statt. Im Hofratsgarten der Burg Hasegg formierten sich die Speckbacher-Schützenkompanie Hall, die gemeinsame Musikkapelle der Speckbacher-Musik und Salinen-Musik Hall sowie die Fahnenabordnungen der Tiroler Traditionsverbände und Haller Traditionsvereine.

Der Landesübliche Empfang präsentiert eindrucksvoll die Stärke und den Zusammenhalt Tirols und wird nur bei offiziellen Veranstaltungen des Landes Tirol durchgeführt. Ich freue mich, diese einzigartige Tradition in Österreich heute in viele europäische Länder zu tragen. Damit erweisen wir den politischen Vertreterinnen und Vertretern unsere Wertschätzung", sagte LH Günther Platter.

Informelles Treffen der JustizministerInnen in Innsbruck

Foto: BKA / Michael Gruber

Justizminister Josef Moser und EU-Justizkommissarin Vera Jourová in Innsbruck

Am 13. Juli lud Justizminister Josef Moser im Rahmen des informellen Treffens der Justiz- und InnenministerInnen seine AmtskollegInnen nach Innsbruck ein. Eine Reihe von zukunftsweisenden Themen stand auf der Tagesordnung, die zu einer noch besseren Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten führen. Dadurch kommt es auch zu deutlichen Verbesserungen für die BürgerInnen.

Während der ersten Arbeitssitzung des Tages beschäftigten sich die EU-JustizministerInnen mit den aktuellen Fragestellungen zum Thema E-Evidence. Gegenwärtig finden Betreiber innerhalb der EU keine klaren rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zurverfügungstellung von Daten vor.

Das Hauptaugenmerk dieser Diskussion lag auf der Frage, wie die grenzüberschreitende Sammlung von Beweisen künftig vereinfacht werden kann. Bis dato bestand keine einheitliche Regelung, wie sich Betreiber im Falle eines Ansuchens einer ausländischen Justizbehörde, die die Herausgabe von Daten fordert, zu verhalten haben. „Derzeit gibt es gegensätzliche Verpflichtungen für Betreiber. Es ist wichtig, daß wir hier Klarheit schaffen. Gleichzeitig müssen wir die hohen grundrechtlichen Standards der EU schützen“, so Justizminister Josef Moser. Das Spannungsverhältnis, in dem sich Provider bewegen, soll entschärft werden. Denn einerseits müssen sie Strafverfolgungsbehörden durch die Bereitstellung von Daten unterstützen und andererseits den Schutz personenbezogener Daten gewährleisten.

Um dieses zu erreichen, debattierten die Teilnehmenden die Einführung einer europäischen Verordnung über die Europäische Herausgabeanordnung und die Europäische Aufbewahrungsanordnung für elektronische Beweismittel. Der Mehrwert der Verordnung besteht darin, Internetdienstanbieter direkt zur grenzüberschreitenden Herausgabe von elektronischen Beweismitteln wie E-Mails oder Telefonprotokollen zu bewegen und so eine effizientere Strafverfolgung zu ermöglichen.

Das zweite Arbeitstreffen des Tages befaßte sich mit der Verbesserung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen. Konkret sollen die Zustellungsverordnung und die Beweisaufnahmeverordnung an die neuen technischen Gegebenheiten angepaßt und entsprechend novelliert werden. Im Sinne der Digitalisierung ist es notwendig, die Verwendung moderner Technologien bei der grenzüberschreitenden Dokumentenzustellung und Beweisaufnahme voranzutreiben und dabei gleichzeitig höchstmögliche Verfahrenssicherheit zu gewährleisten.

Bei dem Treffen behandelten die TeilnehmerInnen den Vorschlag der Europäischen Kommission, im Rahmen der Zustellverordnung die elektronische Kommunikation zwischen Behörden und Agenturen weiter auszubauen und die Einrichtung elektronischer Direktzustellungen zu ermöglichen, um grenzüberschreitende Verfahren weiter zu beschleunigen.

Zudem soll durch die Neuerungen in der Beweisaufnahmeverordnung ein EU-weites System zur direkten und raschen Weiterleitung von Anträgen auf Beweisaufnahme und Beweisdurchführung zwischen Gerichten geschaffen werden. Diese Maßnahmen zielen auf die Steigerung der Effizienz und Erhöhung der Verfahrensgeschwindigkeit ab. Beispielhaft soll verstärkt auf den Einsatz von Videokonferenzen bei der länderüberschreitenden Beweisaufnahme gesetzt werden.

Bundesminister Moser freute sich, daß ein Großteil der anwesenden MinisterInnen die geplanten Modernisierungs- und Digitalisierungsmaßnahmen im Rahmen der justiziellen Zusammenarbeit sehr begrüßen. „Es herrscht Einigkeit darüber, daß sich die geplante Digitalisierung sowohl positiv auf die Justiz als auch auf die einzelne Bürgerin, den einzelnen Bürger auswirken wird. Grenzüberschreitende Gerichtsverfahren in Zivil- und Handelssachen werden dadurch effizienter, schneller und kostengünstiger.“

Das abschließende Arbeitsmittagessen stand im Zeichen der wechselseitigen Anerkennung in Strafsachen und des Ausbaus des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedsstaaten. Die wechselseitige Anerkennung ist ein wesentliches Element gegenseitigen Vertrauens der Mitgliedsstaaten untereinander und wurde ursprünglich eingeführt, um den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen zu schützen. Mittlerweile dient die gegenseitige Anerkennung vor allem auch dem Schutz der Privatrechte der BürgerInnen innerhalb der Europäischen Union sowie der Förderung der strafrechtlichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Ebendieses Vertrauen soll auch in Zukunft weiter gestärkt werden, waren sich die EU-JustizministerInnen beim Arbeitstreffen einig.

Seit 2002 wurden in der Europäischen Union zahlreiche Instrumente eingeführt, die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der europäischen Justizbehörden erleichtern sollen. Unter anderem die Einführung des Europäischen Haftbefehls sowie der vier Rahmenbeschlüsse, mit denen die Vollstrekkung eines Urteils einem anderen Mitgliedsstaat übertragen werden kann, führten bereits zu einer deutlichen Beschleunigung der Verfahrensdauer in Strafsachen.

Durch die Vorschläge soll das gegenseitige Vertrauen gestärkt werden. EU-Justizkommissarin Věra Jourová betonte, daß das in der EU in den letzten Jahren verloren gegangene gegenseitige Vertrauen wiedererlangt werden müsse. Auch für Justizminister Josef Moser stellt die Justiz einen der wichtigsten Grundpfeiler für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dar. „Deshalb müssen wir unsere Verantwortung wahrnehmen und unsere Zusammenarbeit auf ein solides Fundament stellen“, so Moser abschließend.

Informelles Treffen der WirtschaftsministerInnen in Wien

Die WirtschaftsministerInnen der 28 EU-Mitgliedsstaaten haben 16. Juli in Wien im Rahmen der informellen Tagung der MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit über die Zukunft der europäischen Industriepolitik diskutiert. Schwerpunkte der Veranstaltung unter dem Motto „Rethinking European Industry" waren Innovation, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz sowie Berufsausbildung. „Industrie sichert in Europa direkt und indirekt 52 Millionen Jobs. Es ist wichtig, die Bedeutung der europäischen Industriepolitik wieder ins Rampenlicht zu rücken. Unsere Vision ist eine innovative und digitale Industriepolitik, die sich neue Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz (Artificial Intelligence, AI) und das Potential von gut ausgebildeten Fachkräften zu Nutze macht. Nur durch Innovation kann Europa wettbewerbsfähig bleiben", sagte die dem Treffen vorsitzende Bundesministerin Margarete Schramböck.

Foto: BKA / Martin Votava

Vizepräsident der Europäischen Kommission Andrus Ansip (l.), Bundesministerin Margarete Schramböck (m.) und EU-Kommissarin Elżbieta Bieńkowska (r.)

Dreifacher Ansatz für neue Industriepolitik

Aufbauend auf den Arbeiten der vorhergehenden Präsidentschaften Estland und Bulgarien möchte der österreichische Ratsvorsitz einen bedeutenden Beitrag zu einer europäischen Industriestrategie nach 2030 leisten. Um das Bewußtsein für eine neue – innovative und digitale – Industriepolitik zu schärfen, haben sich die MinisterInnen bei ihrem Treffen in Wien auf einen dreifachen Ansatz verständigt:

- Innovation stärken: Konzentration auf den bedeutenden europäischen Wettbewerbsvorteil durch Stärkung des Innovationsprinzips.
- Digitalisierung nutzen: Erkennung und Vereinnahmung der großen Potentiale im Bereich Künstliche Intelligenz (AI). Digitalisierung zur Reindustrialisierung Europas nutzen.
- Qualifikationen ausbauen: Dank hoch qualifizierter Fachkräfte fit für die Zukunft bleiben.

Konkrete Maßnahmen während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes

Die Diskussionen und Ergebnisse der informellen Tagung der für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen MinisterInnen an dem neben den EU-28 auch VertreterInnen aus der Schweiz, aus Norwegen, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuß, dem Ausschuß der Regionen sowie aus der Wirtschaft teilgenommen haben, dienen als Vorlage für ein Presidency Paper zur künftigen Vision für eine neue Industriepolitik. Darüber hinaus plant der österreichische Ratsvorsitz konkrete Fortschritte auf EU-Ebene, wie die Vorlage für Vorschläge für einen Monitoring-Mechanismus zur Umsetzung der europäischen Industriepolitik sowie für effektive Governance-Strukturen. Ziel ist eine langfristige Vision für eine starke und erfolgreiche gemeinsame Industriepolitik als Legacy für die zukünftige EU-Kommission.

Foto: BKA / Martin Votava

Die EU-WirtschaftsministerInnen diskutierten in Wien die Zukunft der europäischen Industriepolitik.

Informelles Treffen der ForschungsministerInnen in Wien

Eine stärkere Einbindung bei der Planung zur konkreten Umsetzung von „Horizon Europe“ (EU-Programm für Forschung und Innovation) forderten die MinisterInnen im Rahmen der informellen Tagung für Wettbewerbsfähigkeit (Forschung), die am 17. Juli in Wien zu Ende ging. Dies sei auch deshalb erforderlich, weil viele Maßnahmen von „Horizon Europe“ die nationalen Forschungslandschaften in den Mitgliedsstaaten beeinflussen. Die MinisterInnen stimmten darin überein, daß man Europas Stellenwert in Forschung und Innovation nur gemeinsam voranbringen könne.

Das Treffen der für Forschung verantwortlichen MinisterInnen der EU- und EFTA-Länder mit dem für Forschung, Wissenschaft und Innovation zuständigen Kommissar der Europäischen Union, Carlos Moedas, fand ab dem Abend des 17. Juli unter der Leitung von Univ.-Prof. Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, statt. 20 Delegationen waren auf politischer Ebene bei diesem Treffen vertreten. Die Anwesenheit einer hohen Zahl an MinisterInnen unterstrich die Bedeutung, die dieser Tagung zukam: Es war das erste Treffen der ForschungsministerInnen nach Vorlage des Vorschlags für „Horizon Europe“ am 7. Juni 2018.

„Es ist erfreulich, daß die Europäische Kommission mit dem neuen Finanzrahmen einen deutlichen Schwerpunkt auf Forschung und Innovation setzt. Zudem sollen die Synergien der einzelnen Programme stärker genutzt werden. Dies erweitert zusätzlich die Bedeutung von Forschung und Innovation“, betonte Faßmann.

„Mit ‚Horizon Europe‘ wird das bislang ehrgeizigste Förderprogramm für Forschung und Innovation vorgeschlagen. Neu ist, daß bei jenen Bereichen, die unser tägliches Leben betreffen, neue Strategien verfolgt werden sollen, um schneller sichtbare Ergebnisse zu erzielen. Wir möchten die Verhandlungen zu ‚Horizon Europe‘ während unseres EU-Ratsvorsitzes so weit wie möglich voranbringen“, so der Minister.

Die Idee, Forschungs- und Innovationsmissionen einzurichten, wurde von den meisten Delegationen grundsätzlich für gut befunden. Die Fokussierung auf die Erreichung konkreter und für die Bevölkerung spürbarer Ergebnisse sowie des dafür notwendigen breiten und systemischen Ansatzes bei der Auswahl der Förderinstrumente und Projekte wurde von einer breiten Mehrheit unterstützt. Allerdings erschien vielen MinisterInnen das Konzept noch zu unausgereift. Zu viele Fragen hinsichtlich Auswahl und Umsetzung der Missionen sind nach Meinung der Delegationen noch ungeklärt. Hier müsse die Europäische Kommission ganz klar Vorschläge bringen.

Foto: BKA / Martin Votava

EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation Carlos Moedas (l.) und Wissenschaftsminister Univ.-Prof. Heinz Faßmann

Ähnlich zeigte sich die Situation beim Europäischen Innovationsrat. Die Idee, verstärkt bahnbrechende und transformative Innovationen zu fördern, fand breite Unterstützung. Im Detail stellte sich bei den Beratungen in Wien heraus, daß es noch unterschiedliche Einschätzungen darüber gibt, wie die Innovationsförderung im zukünftigen Rahmenprogramm konkret ausgestaltet werden soll.

Sehr deutlich unterstützten die MinisterInnen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Fortführung des Europäischen Forschungsrates zur Förderung exzellenter Grundlagenforschung. Auch die Maßnahmen zur Stärkung der Humanressourcen in der Forschung, die sogenannten Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen, fanden breite Unterstützung. Zu beiden genannten Aktivitäten sowie zur Forschungsförderung der industrienahen Technologien wurden Fragen hinsichtlich einer stärkeren budgetären Gewichtung aufgeworfen.

Zudem waren sich die Delegationen einig, daß auf Basis ihrer Erfahrungen aus nationalen Reformen ein offener, exzellenzbasierter und inklusiver Europäischer Forschungsraum entstehen soll.

Polen und Schweden präsentierten in diesem Zusammenhang erfolgreiche Reformen, zum Beispiel aus den Bereichen der Hochschulen sowie von „Open Innovation“.

Teil der Diskussionen waren auch die im Vergleich zu früheren EU-Rahmenprogrammen erheblich geänderten Entscheidungsprozesse („Governance“) für die Auswahl der konkreten Forschungsfragen sowie deren Umsetzung. Es zeigte sich, daß dies einer jener Bereiche ist, in dem die Delegationen den höchsten Verbesserungsbedarf sehen.

»Horizon Europe«

Am 7. Juni 2018 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für das 9. Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der EU vorgelegt. Es trägt den Namen „Horizon Europe“, wird von 2021 bis 2027 laufen und soll gemäß dem Vorschlag der Europäischen Kommission über insgesamt 100 Milliarden Euro an Fördermitteln verfügen (davon 2,4 Milliarden für den Nuklearbereich und 3,5 Milliarden für Kreditfinanzierungen im Rahmen des InvestEU-Programms).

Informelles Treffen der MinisterInnen für Beschäftigung und Sozialpolitik in Wien

Foto: BKA / Michael Gruber

Gruppenfoto der MinisterInnen für Beschäftigung und Sozialpolitik in Wien

Die fortschreitende Digitalisierung wird die Arbeitsmärkte in Europa verändern. Digitalisierung hilft dabei, daß der Mensch weniger gefährliche, körperlich schwere und monotone Arbeit verrichten muß. Manche Arbeit wird verschwinden. Das Gute an dem Wandel ist, daß vermutlich vier Fünftel der 2030 benötigten Jobs noch nicht erfunden sind. Doch genau deswegen ist es notwendig, die neuen Möglichkeiten zeitgerecht zu identifizieren und Regeln, wo nötig, anzupassen. Nur so können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand zugleich sichern", erklärte Bundesministerin Beate Hartinger-Klein gemeinsam mit EU-Kommissarin Marianne Thyssen zum Abschluß der Informellen Tagung der MinisterInnen für Beschäftigung und Sozialpolitik am 19. und 20. Juli in Wien. An der Tagung nahmen MinisterInnen der 28 EU-Mitgliedstaaten, der EFTA-Staaten sowie zahlreiche VertreterInnen der europäischen Institutionen, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie auch der europäischen Sozialpartner und der Zivilgesellschaft teil.

Der soziale und arbeitsrechtliche Schutz und die individuelle Unterstützung stehen für die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz im Vordergrund ihrer Bestrebungen. „Es gilt, auf neue Arbeitsformen, wie Plattformarbeit, einzugehen und, wo nötig, korrigierend für die Beschäftigten aktiv zu werden", forderte Hartinger-Klein und unterstrich weiters die Vorteile, die Plattformarbeit bieten kann:

„Plattformarbeit kann Menschen außerhalb des Arbeitsmarktes aufgrund der niedrigen Eintrittsbarrieren die Möglichkeit des Einstiegs in den Arbeitsmarkt bieten. Auch für Personen mit Mobilitätseinschränkungen bieten die Digitalisierung und die daraus entstehenden neuen Arbeitsformen große Chancen, die es zu nützen gilt", so Hartinger-Klein.

Zunächst brauche es eine klare arbeits- und möglicherweise sozialrechtliche Definition neuer Arbeitsformen, weil die Unterteilung in ArbeitnehmerInnen und Selbständige nicht mehr ausreiche, waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig.

Eine Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) zur Plattformarbeit zeigt, daß der arbeitsrechtliche Status von PlattformarbeiterInnen oft unklar ist. Das Niveau des sozialen Schutzes ist relativ niedrig.

„Hier sind die Arbeits- und Sozialministerinnen und -minister und die Sozialpartner zunehmend gefordert zu überlegen, wie betriebliche Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung bei wachsender Individualisierung, Digitalisierung und Flexibilisierung ausschauen können," verdeutlichte die Ministerin. „Es geht vielfach um Rechte und Pflichten als Beschäftigte und um sozialen Schutz und Zugang zu Interessenvertretungen."

Am 19. September wird das Thema in Wien intensiv weiterbehandelt. Auch die Ausschüsse für Beschäftigung und für Sozialschutz werden sich bei ihren informellen Tagungen im September in Wien mit Aspekten der Digitalisierung und Robotisierung auseinandersetzen. Für den formellen Rat der Arbeits- und SozialministerInnen im Dezember 2018 sind Schlüsselbotschaften geplant. „Es ist mein Anliegen, die Überlegungen zum sozialen Schutz für Plattformarbeiterinnen und -arbeiter noch vor den nächsten EU-Parlamentswahlen möglichst weit voranzubringen," sagte Hartinger-Klein.

Weiters war der Einsatz neuer Technologien, vor allem der Bereich Robotik, Thema des informellen Treffens.

„Die Robotik kann komplexe und physisch schwere Arbeitsschritte übernehmen. Auch wenn Roboter einfache emotionale Grundmuster des Menschen interpretieren können, so können sie soziale Kompetenzen am Arbeitsplatz nicht gänzlich ersetzen. Schon gar nicht in der Altenpflege. Bei der Entwicklung von Robotik-Standards ist es auf internationaler und europäischer Ebene in der Normung nötig, noch stärker Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie Ethikerinnen und Ethiker einzubinden, um Vorteile und Nachteile der Automatisierung fachübergreifend abzuwägen", unterstrich Hartinger-Klein.

Die Europäische Union kann wesentlich dazu beitragen, den technischen Wandel zu unterstützen und mit ihren Finanzinstrumenten Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+) und Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) die Qualifikationen der Arbeitskräfte zu fördern. „Die EU kann in Anlehnung an die gemeinsamen Prinzipien der Europäischen Säule der sozialen Rechte ihre Mitgliedsstaaten ermutigen, die sozialen Aspekte des Wandels entsprechend zu berücksichtigen", betonte die Bundesministerin. Um Arbeit qualitativ und quantitativ langfristig abzusichern, sind sowohl eine aktive Politik als auch weitere Forschungsarbeiten notwendig.

Tagung der »High Level Group on Gender Mainstreaming« von VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten in Wien

Foto: BKA/Andy Wenzel

Gruppenfoto der VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten bei der Tagung in Wien

Ich freue mich, im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes die hochrangige Gruppe zum Thema Gender Mainstreaming und Gleichstellung in Wien begrüßen zu dürfen. Die High Level Group ist eine wichtige Informationsdrehscheibe und treibende Kraft in der Umsetzung der Geschlechtergleichstellung in Europa", sagte die Bundesministerin für Frauen und Gleichstellung, Familien und Jugend, Juliane Bogner-Strauß, anläßlich der Tagung der „High Level Group on Gender Mainstreaming" am 23. und 24. Juli in Wien. Die Gruppe setzt sich aus VertreterInnen Vertretern der EU-Mitgliedsstaaten zusammen, die auf nationaler Ebene für Gleichstellung und Gender Mainstreaming zuständig sind. Vertreten ist auch die Europäische Kommission, die den Vorsitz in der Gruppe führt.

„Neben der politischen Unterstützung und dem strategischen Engagement der Europäischen Kommission spielt auch das gegenseitige Lernen und die Übertragung guter Beispiele eine zentrale Rolle für erfolgreiche Gleichstellungspolitik. Durch regelmäßigen Austausch bewährter Verfahren auf dem Gebiet der Geschlechtergleichstellung zwischen den Mitgliedsstaaten wird diese vorangetrieben und ein Anstoß für Debatten und Erfahrungsaustausch zwischen Regierungsvertreterinnen und -vertretern, unabhängigen Fachleuten sowie anderen beteiligten Interessensgruppen geliefert", so die Bundesministerin bei der Tagungseröffnung.

Die „High Level Group on Gender Mainstreaming" widmet sich zentralen Fragen der Geschlechtergleichstellung, wie den Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern in den EU-Mitgliedsstaaten oder Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt an Frauen. Auch Zukunftsthemen wie die Digitalisierung und deren Auswirkung auf die Geschlechter werden behandelt. Die High Level Group steht zudem in ständigem Austausch mit dem Europäischen Institut für Gleichstellung (EIGE), das die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen in Gleichstellungsangelegenheiten unterstützt. Die Gruppe tritt zweimal jährlich, jeweils zu Beginn einer neuen EU-Ratspräsidentschaft, zusammen. Ihr Ziel dabei ist es, den Ratsvorsitz zu unterstützen, relevante politische Bereiche und Themen für die Tagungen des Europäischen Rates zu identifizieren.

Foto: BKA/Andy Wenzel

Bundesministerin für Frauen und Gleichstellung, Familien und Jugend, Juliane Bogner-Strauß (r.) und Irena Moozova, Direktorin der Direktion D, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft, in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission

„Für die EU-Gleichstellungsagenda ist die High Level Group von zentraler Bedeutung. Sie spielt bei der Gestaltung, Planung und Umsetzung des Programms der Trio-Präsidentschaft für die Gleichstellung der Geschlechter eine Schlüsselrolle", so Bogner-Strauß. Die Frauenministerin verwies auch auf das informelle Ministertreffen am 12. Oktober, bei dem GleichstellungsministerInnen aus den EU-Mitgliedsländern zusammentreffen werden.

Die Agenda wird vom österreichischen Ratsvorsitz vorbereitet. Das informelle Ministertreffen ist mit der Konferenz „Gender Equality and YOU" verknüpft, die am 11. und 12. Oktober 2018 im Austria Center Vienna stattfindet. ■

Internationale Prominenz

Staats- und Regierungschefs aus fünf Ländern und DiplomatInnen waren zu den 98. Salzburger Festspielen angereist – zu Arbeitsgesprächen und Opernbesuch

Foto: HBF / Carina Karlovits

Empfang für den Staatsgast mit militärischen Ehren in der Stadt Salzburg (v.l.): Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und der portugiesische Präsident Marcelo Rebelo de Sousa

Militärische Ehren für zwei Präsidenten auf dem Residenzplatz, der Festakt zur Festspieleröffnung in der Felsenreitschule, politische Arbeitsgespräche in der Residenz und die abendliche Zauberflöten-Premiere im Großen Festspielhaus – dies waren die Programmpunkte, die den 27. Juli in der Landeshauptstadt Salzbzurg bestimmten.

Der Empfang mit militärischen Ehren für Bundespräsident Alexander Van der Bellen und seinen Gast, den portugiesischen Präsidenten Marcelo Rebelo de Sousa, in der Salzburger Altstadt fand um 10.30 Uhr statt. Anschließend gingen die Staatsoberhäupter gemeinsam mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer und weiteren RepräsentantInnen von Bund, Land und Stadt zu Fuß zum Festspielhaus, wo um 11.00 Uhr die Festspieleröffnung begann. Die Festrede hielt der deutsche Schriftsteller und Historiker Philipp Blom.

Foto: LMZ / Neumayr

Landeshauptmannstellvertreter Christian Stöckl (r.) empfing den Staatspräsidenten von Portugal, Marcelo Rebelo de Sousa, am Flughafen Salzburg.

Österreich, Europa und die Welt

Festakt in der Felsenreitschule

Präsidentin Helga Rabl-Stadler hieß die Gäste willkommen, danach folgten Grußworte von Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Gernot Blümel, dem Bundesminister für EU, Kunst und Kultur und Medien. Nach der Festrede von Philipp Blom hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Festspiele eröffnet.

Musik aus Festspielproduktionen

Den musikalischen Teil gestaltete das Mozarteumorchester Salzburg unter der Leitung von Kent Nagano. Auf dem Programm standen die Ouvertüre zu „Candide“ von Leonard Bernstein, die Ballade für Orchester op. 23 von Gottfried von Einem und der Tanz der sieben Schleier aus „Salome“ von Richard Strauss. Zu Beginn des Festaktes wurde die Bundeshymne gespielt, und den musikalischen Abschluß bildeten traditionellerweise die Landeshymne und die Europahymne.

Salzburg im Brennpunkt der Weltöffentlichkeit

Zum offiziellen Auftakt der Salzburger Festspiele in der Felsenreitschule hatte sich heuer besonders viel politische Prominenz angesagt: unter anderem die Premierminister von Estland und Tschechien, Jüri Ratas und Andrej Babiš, der mazedonische Außenminister, ein Minister aus Katar, unsere Bundesminister Gernot Blümel, Karin Kneissl, Josef Moser, Heinz Faßmann, Juliane Bogner-Strauß und die Staatssekretäre Karoline Edtstadler und Hubert Fuchs, 58 BotschafterInnen, darunter alle der 28 EU-Staaten sowie der diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika.

Treffen mit EU-Vertretern und Arbeitsgespräch

Unmittelbar nach der Festspieleröffnung folgte ein Mittagessen in der Salzburger Residenz, das von Land und Stadt zu Ehren des portugiesischen Staatspräsidenten sowie des Bundespräsidenten und seiner Gattin gegeben wurde. Es kam dabei zu einem kurzen Zusammentreffen mit den Mitgliedern des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten bei der Europäischen Union. Danach fand ein Arbeitsgespräch der beiden Staatsoberhäupter statt.

Viel politische Prominenz

Auch die britische Premierministerin Theresa May war am Nachmittag in der Mozartstadt eingetroffen – auf Einladung von Bundeskanzler Sebastian Kurz, der in Salz-

Foto: LMZ / Neumayr

Präsident Marcelo Rebelo de Sousa bei der Eintragung in das Buch des Landes Salzburg in der Residenz mit (v.l.) Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Salzburgs Bürgermeister Harald Preuner und Landeshauptmann Wilfried Haslauer

Foto: LMZ / Neumayr / Leo

Helga Rabl-Stadler, Präsidentin der Salzburger Festspiele, begrüßt die Ehrengäste

Foto: LMZ / Neumayr / Leo

Ankunft von Premierministerin Theresa May am Flughafen (v.l.): Leigh Turner, britischer Botschafter, Philip und Premierministerin Theresa May mit Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf

Foto: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) vor der internationalen Presse im Gespräch mit seinen beiden Amtskollegen Jüri Ratas aus Estland (l.) und Andrej Babis (Mitte) aus Tschechien am Ufer der Salzach

burg mit May und seinen Amtskollegen Jüri Ratas aus Estland, Andrej Babis aus Tschechien zusammengetroffen war.

Gespräche mit dem Bundeskanzler

In den Vier-Augen-Gesprächen wurden die bilateralen Beziehungen und die Prioritäten des österreichischen EU-Ratsvorsitzes behandelt, vor allem die Themenbereiche EU-Budget, Migrationskrise und die Westbalkan-Strategie der EU sowie die Einrichtung eines gemeinsamen digitalen Marktes. Estland ist – gemeinsam mit Österreich und Bulgarien – derzeit Teil der „Trio-Präsidentschaft“, wo jeweils drei aufeinanderfolgende Ratspräsidentschaften zusammenarbeiten.

Beim Treffen mit Theresa May ging es vor allem um die Abwicklung des Brexit. Bundeskanzler Kurz betonte erneut, daß man die verbleibende Zeit dafür nützen werde, einen harten Brexit und damit eine harte Grenze zwischen Irland und Nordirland zu vermeiden. Österreich werde aber auch weiterhin Chefverhandler Michel Barnier dabei unterstützen, die Einheit der EU 27 aufrecht zu erhalten. „Ebenso ist es unser Ziel, die guten Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union sowie die bilateralen Beziehungen zu Österreich zu stärken“, schloß Kurz. ■

Foto: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Sebastian Kurz und die britische Premierministerin Theresa May nach ihrem bilateralen Arbeitsgespräch bei einer gemeinsamen Erklärung

Lesen Sie unseren Bericht über die Festspiel-Eröffnung ab der Seite 100.

Es geht um ein respektvolles Miteinander

NR-Präsident Sobotka und BR-Präsidentin Posch-Gruska eröffnen Konferenz der COSAC-Vorsitzenden – Prioritäten der Bundesregierung vorgestellt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die COSAC-TeilnehmerInnen im Großen Redoutensaal in der Hofburg, dem Ausweichquartier des Hohen Hauses in Wien

Österreich wolle im Rahmen seines Ratsvorsitzes Wege zu einem respektvollen Miteinander aufzeigen, unterstrich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gegenüber den Vorsitzenden der Europaausschüsse der Parlamente der Mitgliedsstaaten (COSAC), die sich am 9. Juli zu einer Konferenz im Großen Redoutensaal der Hofburg trafen, dem Ausweichquartier des Parlaments während dessen Generalsanierung. Unterschiedliche Positionen müßten akzeptiert und respektiert werden, im Endeffekt habe die gemeinsame Lösung im Vordergrund zu stehen.

Sobotka: Die EU fällt nicht auseinander

Es gehe darum, daß Europa wieder geeinter auftritt, betonte Sobotka. Er gehöre nicht zu jenen, die meinen, Europa stehe an einem Scheideweg und werde angesichts der großen Herausforderungen auseinanderfalle. Denn die EU habe schon viele Krisen bewältigt, rief der Nationalratspräsident zu einer positiven Haltung auf. Gleichzeitig warnte er, die Errungenschaften des Friedens, des Wohlstands, der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht aufs Spiel zu setzen. Die Sorgen, Ängste und Nöte der Menschen dürfe man jedoch nicht negieren.

Darin sieht Sobotka eine wesentliche Aufgabe des Parlamentarismus. Dieser könne einen wesentlichen Beitrag zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit und zur Bürgernähe leisten, zeigte er sich davon überzeugt, daß die parlamentarische Zusammenarbeit wichtiger denn je ist.

Dieses Treffen der COSAC-Vorsitzenden unter Vorsitz des Obmanns des EU-Unterausschusses des Nationalrats, Reinhold Lopatka, und des Obmanns des EU-Ausschusses des Bundesrats, Christian Buchmann, markiert den Beginn der „parlamentarischen Dimension“ des österreichischen Ratsvorsitzes. Auch VertreterInnen der Staaten des Westbalkans nahmen an der Tagung teil.

Begrüßt wurden die TeilnehmerInnen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska.

Über die Schwerpunkte des österreichischen Ratsvorsitzes informierte Staatssekretärin Karoline Edtstadler, über die Zukunft und Perspektiven der EU diskutierten die KonferenzteilnehmerInnen mit dem Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans und der Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Mairead MacGuiness.

Sobotka: Frage der Migration ist Thema des 21. Jahrhunderts

Der Nationalratspräsident wies auf die enormen aktuellen Aufgaben innerhalb der Union, aber auch global hin, mit denen sich die EU konfrontiert sieht. Als besondere Herausforderungen nannte Sobotka die Sicherheits- und Migrationskrise, da diese die Menschen auch emotionale stark bewege. Die erhöhte Terrorgefahr seit den Pariser Anschlägen von 2015 habe zu einer besseren europäischen Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte geführt, wodurch neue Anschläge verhindert werden konnten. Als große Aufgaben bezeichnete Sobotka den Kampf gegen sogenannte „ausländische terroristische Kämpfer“, den radikalen Islam in Europa und darüber hinaus sowie Cyberkriminalität in allen Formen.

Migration sei das Thema des 21. Jahrhunderts. Die Voraussetzungen für einen effektiven Außengrenzschutz seien bisher nicht erfüllt worden, merkte er kritisch an. Der Nationalratspräsident unterstützte daher explizit den jüngsten Ratsbeschluß zur Stärkung des Schutzes der Außengrenzen und des Mandats von Frontex. Gleichzeitig mahnte Sobotka aber auch verstärkte Bemühungen um

Integration und Hilfe vor Ort in den Herkunftsländern ein.

Darüber hinaus müsse der Ratsvorsitz die Verhandlungen zum Mehrjährigen EU-Budget vorantreiben, wo es um mehr Effizienz gehe sowie darum, um das Spannungsfeld Nettozahler, EU-Kommission und EU-Parlament in Einklang zu bringen. Die Finanzkrise sei zwar größtenteils überwunden, merkte Sobotka zudem an, die Bankenunion aber noch nicht vollendet und der Euro habe noch nicht die Bedeutung, die ihm als europäischer Währung zukommen sollte.

Ein besonderes Anliegen ist dem Nationalratspräsidenten die Heranführung der Länder des Westbalkans an die EU, um Stabilität in der unmittelbaren Nachbarschaft zu gewährleisten. Das österreichische Parlament wolle seinen Beitrag dazu leisten und setze Initiativen zur Weiterentwicklung des Parlamentarismus in der Region, darunter auch ein Stipendienprogramm für ParlamentarierInnen und MitarbeiterInnen der Parlamentsverwaltungen. Ferner unterstütze die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments bereits jetzt Montenegro und den Kosovo bei Programmen zur Vermittlung von Parlamentsarbeit und Demokratie, andere Staaten zeigten sich interessiert.

Als weitere anstehende Themen nannte der Nationalratspräsident den Brexit, wobei er die Notwendigkeit eines einheitlichen Auftretens der EU-27 unterstrich, sowie das transatlantische Verhältnis als eine tragende Säule der Europapolitik, das aber aktuell die EU vor große wirtschaftliche und diplomatische Herausforderungen stelle. Sobotka trat dabei für starke und klare Antworten seitens der EU ein. Was den Dialog mit Rußland betrifft, so meinte er, langfristig sei Stabilität in der europäischen Nachbarschaft nur dann gegeben, wenn Rußland mit am Tisch sitzt.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Begrüßung durch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Begrüßung durch Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska

Posch-Gruska: Subsidiarität nicht für Nationalismen mißbrauchen

Als „Europakammer und Zukunftskammer" bezeichnete Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska den Bundesrat. Dieser sehe sich vor allem auch als Schnittstelle zwischen der EU und ihren BürgerInnen. Deshalb stelle die Subsidiaritätskontrolle einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit der Länderkammer dar, betonte Posch-Gruska und wies darauf hin, daß der EU-Ausschuß des Bundesrates einer der aktivsten innerhalb der EU sei.

So wichtig die Subsidiarität auch im Hinblick auf Bürgernähe ist, so eindringlich warnte die Bundesratspräsidentin aber auch davor, dieses Prinzip für Nationalismen zu mißbrauchen. Es gehe vielmehr darum, das Vertrauen der BürgerInnen wieder zurückzugewinnen, sagte sie.

Edtstadler: Freuen uns auf eine intensive Partnerschaft

Für die Bundesregierung ergriff Staatssekretärin Karoline Edtstadler das Wort bei der COSAC-Tagung des Parlaments. Ehe sie den TeilnehmerInnen – VertreterInnen der EU-Ausschüsse aus den EU-Mitgliedsstaaten bzw. aus Ländern des Westbalkans und RepräsentantInnen des Europäischen Parlaments – die Schwerpunkte von Österreichs Ratsvorsitz erläuterte, hielt Edtstadler fest: „Wir freuen uns auf eine intensive Partnerschaft im Dienste der europäischen Idee."

Seit Österreichs letztem EU-Ratsvorsitz 2006 habe die parlamentarische Dimension deutlich an Gewicht gewonnen, zeigte sich Edtstadler erfreut. Dies sei nicht zuletzt angesichts zahlreicher Herausforderungen zu begrüßen, nannte sie als Beispiele den verstärkten internationalen Wettbewerb, Migrationsbewegungen, Terrorismus und Klimawandel. Die EU müsse in der Lage sein, diese Herausforderungen zu meistern, das könne sie aber nur, wenn die BürgerInnen europäische Maßnahmen mittragen. Mehr Bürgernähe sei folglich gefragt: „Es ist unsere Pflicht, das Vertrauen in europäische Institutionen wieder herzustellen", sodaß das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente als „Sprachrohre" für BürgerInnen wahrgenommen würden.

Österreich, Europa und die Welt

Das Motto des österreichischen Vorsitzes, „Europa, das schützt“, trage dem Rechnung. Allen sei bewußt, daß „diese Zeit eine sehr wesentliche Zeit ist“ – eine bewegte Zeit, unter schwierigen Voraussetzungen. „Wir brauchen dafür Ihre Unterstützung“, warb Edstadler, die sich selbst als „glühende Europäerin“ bezeichnete, für enge Kooperation zwischen der Parlamentarischen Versammlung und dem Ratsvorsitz.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Karoline Edtstadler, Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres, bei ihrer Rede

Subsidiarität soll Europa stärken

Wichtig ist für Staatssekretärin Edtstadtler in diesem Zusammenhang die Subsidiarität. „In Vielfalt geeint“ entspreche dem Vorsatz, die Debatte großer Fragen im Unionsrahmen zu führen und als EU geeint stark aufzutreten. In Politikbereichen, die besser auf nationaler oder regionaler Ebene gelöst werden, solle sich Brüssel dagegen zurücknehmen. Die Europäische Kommission habe zur Subsidiarität bereits eine eigene Task Force eingerichtet, informierte sie, ein entsprechender Bericht werde demnächst an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker übergeben. Österreich veranstalte als Ratsvorsitzland in Bregenz kommenden November eine Konferenz dazu. Weiters habe die aktive Bürgerbeteiligung als Mittel, Anliegen zur EU-Politik vorzubringen, einen höheren Stellenwert zu erhalten, betonte Edtstadler, die einen Abschluß der Reform Europäischer Bürgerinitiativen noch unter österreichischem Vorsitz in Aussicht stellte. „Wir können die BürgerInnen nur mitnehmen, wenn wir es schaffen, ihnen den Mehrwert der EU zu verdeutlichen.“

Schwerpunktsetzung im Dienste der BürgerInnen

Konkret auf die Schwerpunkte des Ratsvorsitzes eingehend – Kampf gegen illegale Migration, Wohlstand durch Digitalisierung, Stabilität im benachbarten Südosteuropa – erläuterte Staatssekretärin Edtstadler Details dieser Prioritäten. Dem Schutz der EU-Aussengrenze unter Einhaltung der Menschenrechte widme sich der Europäische Rat am 20. September in Salzburg, bei dem die Staats- und Regierungschefs außerdem die Stärkung von der europäischen Küstenwache Frontex, ein gemeinsames resilientes Asylwesen und die Reform des Dublinsystems – Stichwort Dublin IV – erörtern würden. „Wesentlich ist, hier Lösungen für die Menschen zu finden“, denn Sicherheit und Migration stünden in direktem Zusammenhang. Europa müsse auch in Krisenzeiten handlungsfähig bleiben.

Ähnlich ist laut Edtstadler das Ziel bei der EU-Wirtschaftspolitik. Zwar sei die EU immer noch global führende Handelsmacht, doch gehe der europäische Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung zurück. Zahlreiche Dossiers stünden hier zur Verhandlung an, etwa für faire Wettbewerbsbedingungen oder zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft gemeinsam mit einem „ausgewogenen Regelungsrahmen im Sinne der Digitalisierung“. Die Abwehr von Cyber Crime-Attacken bedürfte ebenfalls weitreichender Maßnahmen.

Westbalkan wichtiger Teil Europas

Anstrengungen unternehme Österreich überdies, den Westbalkan näher an die EU heranzuführen, immerhin seien Serbien, Montenegro, Albanien, Mazedonien, Bosnien und der Kosovo wirtschafts- und sicherheitspolitisch ein wichtiger Teil Europas. „Sicherheit und Frieden sind in Europa nur möglich, wenn in der Nachbarschaft auch Frieden herrscht.“ Ihre Verläßlichkeit hätten die Länder schon im Rahmen der Migrationskrise bewiesen, erklärte Edtstadler. Nun gelte es daran zu arbeiten, daß die Westbalkanstaaten die Kriterien für einen EU-Beitritt erfüllen. „Österreich verbindet eine lange Tradition mit den Staaten des Westbalkans“, dieser Spirit sollte nach Brüssel weitergetragen werden, um den Ländern eine echte EU-Perspektive zu geben. Im Gegenzug wolle man europäische Werte in den Westbalkan tragen. Ebenso habe man die Stabilisierung in afrikanischen Ländern voranzutreiben. Österreich trachte aber auch danach, innerhalb der EU als Brückenbauer zu wirken und den Erhalt des demokratischen Bewußtseins abzusichern.

Zu den begonnen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union für die Jahre 2021 bis 2027 sagte die Regierungsvertreterin, Österreich habe sich einen schnellen Abschluß mit europäischem Mehrwert zum Ziel gesetzt. „Es ist im Interesse von uns allen.“ Die veranschlagten Mittel müßten effizienter eingesetzt werden, sektorale Teilbereiche wie die Kohäsionspolitik bedürften einer Neuausrichtung. Zeitlich begrenzt – nämlich bis Herbst 2018 – seien die Möglichkeiten, einen geordneten EU-Austritt des Vereinigten Königreichs auszuverhandeln und für die parlamentarische Ratifizierung zu finalisieren. Eine gute Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich sei jedenfalls anzustreben, unterstrich Edtstadler. Außerdem machte sie sich für den Beitritt der EU zur europäischen Menschenrechtskonvention stark.

In der anschließenden Diskussion war die Migration herausragendes Thema. Bestätigt wurde vom Plenum die Bedeutung der Migrationsfrage bzw. eines nachhaltigen Schutzes der EU-Außengrenze, schon im Sinne der Binnenfreizügigkeit und des Kampfs gegen Schlepper. Eine Änderung des Dublinsystems, das nur den Eintrittsländern die Verantwortlichkeiten für die Versorgung der Flüchtlinge überträgt, wurde dabei mehrfach eingemahnt. Allerdings wurden auch Stimmen laut, die vor einer Entmenschlichung der Migrationsdebatte warnten und mehr Mittel für Integration sowie Entwicklungszusammenarbeit einforderten.

Die Zukunft der EU

Um die Zukunft der Europäischen Union und mögliche Perspektiven ging es im zwei-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Der Vorsitz der COSAC-Tagung: Reinhold Lopatka (r.), Obmann des EU-Unterausschusses des Nationalrats, und Christian Buchmann, Obmann des EU-Ausschusses des Bundesrats

ten Teil der Konferenz. Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission, warnte dabei vor einer Renaissance nationalstaatlichen Denkens. Es sei notwendig, die nationalen Parlamente stärker in die EU-Politik einzubinden, um das Vertrauen der Bevölkerung zu fördern, meinte er, wer jedoch glaube, daß bestehende Probleme in Europa mit einer Rückkehr zum Nationalstaat gelöst werden könnten, unterliege einer Illusion. „Wir brauchen eine Alternative zum blinden, polternden Nationalismus, wir brauchen eine Art zivilen Patriotismus über nationale Grenzen hinweg."

Auch wenn sich derzeit niemand vorstellen könne, daß sich die EU auflösen werde, müßten ihre Errungenschaften aktiv verteidigt werden, forderte Timmermans. Auch 1912 habe niemand geglaubt, daß die europäische Landkarte ein paar Jahre später eine ganz andere sein wird. Für dringend notwendig hält Timmermans in diesem Sinn mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Auch Mairead McGuinness, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, hob die Bedeutung von Kompromissfähigkeit, nicht nur im Zusammenhang mit dem Brexit, hervor.

Geleitet wurde das zweite Diskussionspanel vom Vorsitzenden des EU-Unterausschusses des Nationalrats, Reinhold Lopatka. Sein Hinweis darauf, daß die EU nicht nur aufgrund der jüngsten globalen Entwicklungen mit großen Unsicherheiten konfrontiert sei, sondern auch im Inneren viele Fragen zu lösen habe, bildete den Leitfaden für die Debatte, in der angefangen vom EU-Budget für die kommenden Jahre über die EU-Erweiterung bis hin zur Brexit viele Themen angeschnitten wurden. Wiederholt wurde auch die Konzentration der EU auf zentrale Themen geäußert. Ein gemeinsamer Nenner kristallisierte sich allerdings in der Diskussion nicht heraus, je nach Perspektive rückten die ParlamentarierInnen bestimmte Anliegen in den Vordergrund.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Rede des Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans

Timmermans: Mitgliedsstaaten müssen einander stärker vertrauen

Als Kern der aktuellen Probleme in der EU machte Timmermans fest, daß das Versprechen der Konvergenz durch eine Reihe von in den letzten Jahren zu bewältigenden Krisen stark unterminiert wurde. Die Wirtschaftslage habe sich zuletzt zwar enorm verbessert, trotzdem habe sich – nicht zuletzt aufgrund der Migrationskrise und aufgrund globaler Entwicklungen – ein Gefühl der Angst in der Bevölkerung breit gemacht. Der Reflex der Menschen, sich verstärkt zum Nationalstaat hinzuwenden, sei verständlich, da das soziale System durch die Nationalstaaten geschaffen wurde, sagte Timmermans, er glaubt aber nicht, daß damit die bestehenden Probleme gelöst werden können. Die Nationalstaaten seien zu klein, um etwa der gegenwärtigen US-Politik entgegentreten zu können. Vielmehr müssten die EuropäerInnen zusammenhalten.

Um das Vertrauen der Bevölkerung in die EU zu erhöhen, wertete es Timmermans als durchaus zielführend, die nationalen Parlamente stärker in die EU-Politik einzubinden. Das allein würde aber nichts an der Qualität der Rechtssetzung ändern. Man müsse vielmehr ein Bewußtsein dafür schaffen, daß die EU-Länder gemeinsam dafür verantwortlich seien, wenn in der EU etwas funktioniert, ebenso wie sie gemeinsam dafür verantwortlich seien, wenn etwas schief geht.

Timmermans ging später auch auf ein paar in der Debatte aufgeworfene Fragen ein. So meinte er zur Migrationskrise, jene, die glaubten, daß Teillösungen nachhaltig sind, würden sich irren. Man könne das Problem nicht allein durch einen besseren Schutz der Außengrenzen lösen. Es brauche auch eine Reform von Dublin und eine gemeinsame europäische Asylpolitik. In diesem Sinn hält er es ebenso wenig für kompatibel, die Beibehaltung offener Grenzen im Inneren zu fordern und sich gleichzeitig aus einer gemeinsamen Lösung herauszureklamieren.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Mairead McGuiness

Solidarität sei nicht etwas, was man à la carte bestellen könne.

Auch beim Mehrjährigen Finanzrahmen der EU wird man nach Überzeugung Timmermans nur dann zu einer Lösung kommen, wenn die Länder kompromißfähig sind. Alle Wünsche unter einen Hut zu bringen, sei nicht möglich. Klartext redete der Vize-Kommissionspräsident auch in Bezug auf das laufende Rechtsstaatlichkeits-Verfahren gegen Polen: Die EU-Kommission habe als Schiedsrichter dafür zu sorgen, daß die Mitgliedsländer ihre mit dem EU-Beitritt eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen einhalten. Dazu gehöre auch Respekt gegenüber dem Justizapparat.

McGuinness: EU ist der sicherste Hafen, den Europa hat

Was den Brexit betrifft, lautet der Leitsatz der EU laut Timmermans: „So wenig Schaden wie möglich für alle Seiten." Dem schloß sich auch Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, an. Niemand wolle „ein politisches Drama". „Es muß ein Weg des Kompromisses verfolgt werden", bekräftigte sie. Ziel müsse es sein, den Schaden für beide Seiten zu minimieren. Auch dem norwegischen Delegationsleiter Michael Tetzschner ist es ein Anliegen, den EU-Binnenmarkt nicht zu schwächen, schließlich würden Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Norwegen auch von einer positiven Entwicklung der EU abhängen.

Zur Zukunft der EU im Allgemeinen merkte McGuinness an, im harten Umfeld sei die EU vielleicht der sicherste Hafen, den Europa habe. Sie erachtet allerdings eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten für erforerlich. Die Mitgliedsstaaten sollten bereits zu Beginn und während des Verfahrens in die Diskussion eingebunden werden und nicht erst am Ende der Verhandlungen, wobei man laut McGuinness innerfraktionelle Strukturen nutzen könnte.

»EU soll sich auf ihre Stärken konzentrieren«

In der Diskussion wurde unter anderem vorgebracht, daß sich die EU-Länder einander annähern und nicht voneinander entfernen sollten. Man müsse sich mehr auf die eigenen Stärken wie etwa den Binnenmarkt und die gemeinsame Handelspolitik besinnen und die Kräfte bündeln. Die EU habe zusammengenommen wahrscheinlich die bestausgebildete Bevölkerung der Welt, verfüge über das größte diplomatische Heer und sei auch die größte militärische Macht der Welt, ohne daß sich das in ihrer Bedeutung adäquat niederschlage, hieß es etwa von Seiten der ParlamentarierInnen.

Allerdings sei es auch wichtig, Jahrhunderte alte Traditionen und die Vielfalt der Länder und Nationen zu respektieren, wurde eingemahnt. Die EU solle sich auf Fragen konzentrieren, wo ihr Mehrwert sichtbar werde. Genannt wurden von den DiskussionsteilnehmerInnen in diesem Zusammenhang etwa die Bereiche Migration, Sicherheit, Welthandel und Verteidigung. Auch für die „industrielle Wiedereroberung" zur Generierung neuer Arbeitsplätze, für die Beseitigung von wirtschaftlicher Ungleichheit und für die Schaffung des sozialen Ausgleichs brauche es Europa.

Aber nicht nur der Grundsatz der Subsidiarität, sondern auch jener der Solidarität wurde mehrfach angesprochen. Es gebe Länder, die nationale Rechte hochhalten wollen, aber Solidarität von anderen einfordern, hieß es etwa von Seiten einer Parlamentarierin. Die Mitgliedsstaaten alleine könnten nicht mehr schaffen als die Staaten zusammen, mahnte eine andere Stimme. Man dürfe Brüssel nicht für alles verantwortlich machen, was schief gehe.

Immer wieder Thema war auch der Mehrjährige Finanzrahmen der EU. So zeigten sich mehrere VertreterInnen Ost- und Südeuropas mit dem Kommissionsvorschlag unzufrieden. Neue Aufgaben dürften nicht zu Lasten der Kohäsionspolitik und der Agrarförderung finanziert werden, so der verbreitete Tenor.

Unterschiedliche Meinungen gab es auch, was den Ausbau der direkten Demokratie in Richtung Volksabstimmungen auf EU-Ebene betrifft. So gab ein Vertreter Deutschlands, abgesehen vom Brexit-Votum, zu bedenken, daß sich Frankreich und Deutschland niemals gemeinsam in der damaligen Kohle- und Stahlgemeinschaft wiedergefunden hätten, hätte Charles de Gaulle nach den Nazi-Gräueln das französische Volk darüber abstimmen lassen.

Seitens des irischen Vertreters wurde darauf hingewiesen, daß Irland am allermeisten vom Brexit betroffen sei. Für sein Land sei es undenkbar, daß Großbritannien die EU ohne Vertrag verlasse, sagte er. Es brauche Kreativität, wie man mit dem gemeinsamen Wirtschaftsraum umgehe.

Gewarnt wurde auch davor, wieder neue Mauern innerhalb der EU zu errichten. Die Staaten, die hinter dem Eisernen Vorhang lagen, seien in dieser Frage sehr sensibel, hieß es etwa von Seiten der slowakischen Delegation. Als ein wesentliches Zukunftsthema wurde überdies die demografische Entwicklung in Europa angesprochen. Hingewiesen wurde auch auf das extrem schwierige Umfeld, in dem die Wahlen zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr stattfinden werden. Unter anderem gegen eine strikte Austeritätspolitik wandte sich die Vertreterin Griechenlands. Von Seiten der Westbalkanländer wurde dafür geworben, die EU-Erweiterung nicht aus dem Fokus zu verlieren.

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Aus dem Außenministerium

Wir verfolgen Reisen und Besuche von Außenministerin Karin Kneissl.

Luxemburg

Außenministerin Karin Kneissl nahm am 3. Juli auf Einladung ihres luxemburgischen Amtskollegen Jean Asselborn am jährlich stattfindenden Treffen der deutschsprachigen Außenminister teil. Im, für die Europäische Union geschichtsträchtigen luxemburgischen Grenzort Schengen, trafen Karin Kneissl, Jean Asselborn, der Außenminister der Schweiz Ignazio Cassis sowie die Außenministerin von Liechtenstein Aurelia Frick zusammen.

Besprochen wurden die aktuellen Entwicklungen in der Europapolitik, dabei insbesondere der Schutz der Rechtsstaatlichkeit, die Migrationspolitik und die damit einhergehenden Herausforderungen für den Schengen-Raum, der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sowie das zukünftige EU-Budget. Auch die transatlantischen Beziehungen und das multilaterale System standen auf der Tagesordnung der vier AußenministerInnen. Zunehmend seien Tendenzen hin zu Isolationismus, Protektionismus und zur Infragestellung universeller Rechtsnormen erkennbar.

„Daher müssen die europäischen Staaten vereint für die Verteidigung der multilateralen Ordnung eintreten“, so die Außenministerin, die zudem einen Gedankenaustausch über die Prioritäten des österreichischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union eröffnete, welchen Österreich ja seit 1. Juli 2018 innehat.

v.l.: Außenministerin Karin Kneissl mit Jean Asselborn (Luxemburg) Aurelia Frick (Luxemburg) und Ignazio Cassis bei ihrem Treffen in Luxemburg

Fotos: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl und der iranische Außenminister Mohammad Zarif (stehend) bei der Unterzeichnung eines »Memorandum of Understanding« durch Vize-Außenminister Kazem Sajjadpour (l.) und AÖW-Präsident Prof. Anton Zeilinger

Teheran

Im Rahmen des offiziellen Besuchs des Präsidenten der Islamischen Republik Iran, Hassan Rohani, kam es am 4. Juli zu einen Treffen zwischen Außenministerin Karin Kneissl und dem Außenminister des Iran, Mohammad Zarif. Die beiden trafen in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) zusammen, wo sie nach einem längeren bilateralen Gespräch auch an der Eröffnung der Ausstellung „160 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und Iran: Eine Geschichte diplomatischer, wissenschaftlicher und kultureller Kontakte“ teilnahmen. Kneissl: „Ich freue mich, daß es uns durch unsere lange gemeinsame Geschichte gelingt, miteinander im Gespräch zu bleiben. Das ist gerade auch dort wichtig, wo wir über schwierige Themen sprechen.“

Hauptthemen beim bilateralen Arbeitsgespräch der beiden Minister waren die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und dem Iran sowie die Beziehungen der Europäischen Union mit dem Iran. Am Rande des Arbeitsgesprächs kam es auch zur Unterzeichnung eines ‚Memorandum of Understanding‘ durch den Präsident der ÖAW, Prof. Anton Zeilinger, und dem iranischen Vize-Außenminister Kazem Sajjadpour. Das neue Abkommen soll die Forschungszusammenarbeit zwischen den beiden Ländern weiter stärken.

Italien

Einen positiven Meinungsaustausch hatte Außenministerin Karin Kneissl am 5. Juli mit ihrem italienischem Amtskollegen Enzo Moavero Milanesi am Telefon. Beide Seiten bekräftigen Notwendigkeit einer gemeinsamen Vorgehensweise bei der Lösung der Migrationsproblematik. „Italien und Österreich haben ein gemeinsames Interesse bei der Suche nach einer nachhaltigen Lösung der Migrationsfrage. Unsere engen freundschaftlichen Beziehungen werden uns helfen, diese Herausforderung zu bewältigen“,

so Außenministerin nach einem ausführlichen Telefonat.

„Wir wissen, daß es in der Migrationsfrage keine einfachen Antworten gibt. Wir stimmen aber beide überein, daß wir die Außengrenzen der EU besser schützen müssen, wenn wir die Öffnung der Innengrenzen beibehalten wollen“, so Kneissl. „Wir müssen nun das Tempo erhöhen und die nächsten Schritte bei der Bewältigung dieser Krise setzen“, erklärte Kneissl und stimmte mit Milanesi überein, daß sich ein Szenario wie 2015 nicht wiederholen dürfe.

Tokio

Zum ersten Mal trafen am 5. Juni Außenministerin Karin Kneissl und ihr japanischer Amtskollege Taro Kono zusammen. Sie empfing den Gast zu einem Arbeitsmittagessen im Außenministerium am Minoritenplatz.

Im Rahmen des Treffens sprachen sie über die ausgezeichneten österreichisch-japanischen Beziehungen. Im kommenden Jahr wird das 150-Jahr-Jubiläum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern begangen. Sowohl die Außenministerin als auch ihr japanischer Amtskollege brachten ihre Vorfreude auf die Vielzahl von Veranstaltungen im Jahr 2019 in Österreich und Japan zum Ausdruck, in deren Rahmen das Jubiläum gebührend gefeiert werden soll. So können die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch in den Bereichen Kunst und Kultur weiter vertieft werden, denn wie Karin Kneissl festhielt: „Japan ist nicht nur ein wichtiger Industriepartner für Österreich, sondern auch ein starker Partner in der Kultur.“

Kneissl erläuterte zudem ihrem japanischen Kollegen die Prioritäten Österreichs während des aktuellen EU-Ratsvorsitzes, den Österreich seit 1. Juli 2018 innehat. Im Rahmen des Ratsvorsitzes werde sich Österreich darum bemühen, die Beziehungen zwischen der EU und Asien weiter zu intensivieren, so die Außenministerin. Ein Schlüsselelement dafür wird die EU-Strategie zur Vernetzung Europas und Asiens sein, für deren Umsetzung sich Österreich während seiner Präsidentschaft im Besonderen einsetzen wird.

Die beiden tauschten sich auch über die Zukunft des Iran-Nuklearabkommens sowie über die Beziehungen zwischen Japan und den USA aus und stimmten dahingehend überein, daß nach dem stattgefundenen Gipfeltreffen zwischen den USA und Nordkorea nun umgehend konkrete Umsetzungschritte folgen müßten.

Die Außenministerin empfängt den japanischen Außenminister Taro Kono …

Fotos: BMEIA / Mahmoud

… und den chinesischen Außenminister Wang Yi im Außenministerium in Wien.

Peking

Nachdem die Außenministerin bereits im April des Jahres, im Rahmen des österreichischen Staatsbesuches, von ihrem chinesischen Amtskollegen Wang Yi in Peking empfangen worden war, begrüßte sie diesen nun am 5. Juli in Wien. Bei einem Arbeitsgespräch mit anschließender Pressekonferenz begrüßten die beiden die neue Dynamik im österreichisch-chinesischen Verhältnis seit der Aufwertung der bilateralen Beziehungen zur strategischen Partnerschaft. Kneissl: „Noch nie waren die Beziehungen zwischen Österreich und China so eng, wie sie es gegenwärtig sind.“

Der Besuch des chinesischen Außenministers fand am Tag 5 der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft statt. Die Außenministerin betonte in diesem Zusammenhang, daß sich Österreich während seiner EU-Ratspräsidentschaft für die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und Asien verstärkt einsetzen werde. Auch Außenminister Wang Yi hielt in seinem Pressestatement fest, daß es gelte, gemeinsame Marktchancen, die sich zwischen Europa und Asien ergeben, zu ergreifen.

Brüssel

Im Rahmen des österreichischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union, der am 1. Juli 2018 begonnen hat, weilte Außenministerin Karin Kneissl am 10. und 11. Juli in Brüssel, um ihre Aufgaben in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament wahrzunehmen.

Auf dem Programm standen Arbeitstreffen mit Mitgliedern des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) bzw. des Entwicklungsausschusses (DEVE) und die Teilnahme an Ausschußsitzungen des Parlaments.

Österreich, Europa und die Welt

Im außenpolitischen Ausschuß stellte die Außenministerin die Schwerpunkte des österreichischen Vorsitzes vor und beantwortete Fragen der anwesenden Mitglieder des Parlaments. Kneissl betonte dabei ihre hohe Wertschätzung für die Arbeit der Hohen Beauftragten Federica Mogherini und sicherte dieser ihre volle Unterstützung bei der Umsetzung der EU-Globalstrategie zu.

„Eine Ergänzung zwischen der EU-Außenbeauftragten und dem Vorsitzland Österreich in einzelnen Schwerpunkten – je nach Nähe zur Region – sehe ich als optimale Vorgangsweise“, so Kneissl.

Im Zuge dessen sprach die Außenministerin über eine der österreichischen Prioritäten während des Vorsitzes, nämlich die Stabilität in der EU-Nachbarschaft. Sie unterstrich einmal mehr Österreichs Unterstützung für den EU-Beitritt der südosteuropäischen Staaten.

Bei der Sitzung des Entwicklungspolitischen Ausschusses präsentierte sie die österreichischen Prioritäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe. „Die wichtigste Priorität in der Entwicklungshilfe ist es, die extreme Armut auszumerzen“, hielt Kneissl in diesem Zusammenhang fest. Auch müsse die internationale Strafjustiz gestärkt werden. Zudem plädierte sie dafür, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit enger zu verknüpfen. Im Anschluß daran fand ein Arbeitsmittagessen mit den Ausschußvorsitzenden und -koordinatoren statt.

Weitere Programmpunkte waren ein Treffen mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und Kommissar für die Energieunion, Maroš Šefčovič, und Dimitris Avramopoulos, Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft.

Foto: BMEIA

Die Außenministerin im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des EU-Parlaments

Foto: European Union 2018

Karin Kneissl beim EU- und Lateinamerika-Ministertreffen – im Bild mit Karen-Mae Hill, der Hochkommissarin von Antigua und Barbuda im Vereinigten Königreich

EU- und Lateinamerika-Ministertreffen

Eine Woche später, am 16. Juli, nahm die Außenministerin am Treffen der EU-Außenminister mit ihren Amtskollegen aus Lateinamerika und der Karibik in Brüssel teil. Diese Konferenz fand nach 2015 das zweite Mal in dieser Formation statt und brachte die VertreterInnen von über 60 Staaten der Welt zusammen. Das Außenministertreffen stand unter dem Motto „Building bridges and strengthening our partnership to face global challenges“.*) Die Außenminister formulierten als Ziel, die Zusammenarbeit nicht nur auf Handel und Kooperationsprojekte einzugrenzen, sondern zukünftig einen stärkeren Fokus auf die gemeinsame Bewältigung von globalen Herausforderungen zu setzen. In ihrer Rede unterstrich Kneissl diese Zielsetzung: „Machen wir unsere Partnerschaft zu einem starken Hebel für ein regelbasiertes und effektives, multilaterales System, das zu Frieden, Sicherheit und Wohlstand unserer Völker maßgeblich beiträgt.“

Am Rande der Konferenz nützte Kneissl die Möglichkeit zu Vier-Augen-Gesprächen mit dem peruanischen Außenminister Néstor Popolizio sowie mit Roberto Ampuero, dem Außenminister Chiles. Im Mittelpunkt der Gespräche stand ein Gedankenaustausch zu den aktuellen weltpolitischen Geschehnissen, unter anderem zur US-Aufkündigung der Nuklearvereinbarung mit dem Iran und über die Lage auf der koreanischen Halbinsel. Zudem sprach die Außenministerin mit Popolizio und Ampuero über den EU-Ratsvorsitz. Einig waren sich die drei Außenminister über die Notwendigkeit der Stärkung eines effektiven Multilateralismus. Kneissl nannte in diesem Zusammenhang explizit die Zusammenarbeit im Kampf für einen atomwaffenfreie Welt: „Im Bereich Abrüstung sind unsere Regionen seit vielen Jahren gemeinsam engagiert. Mit ihrer progressiven Haltung sind die lateinamerikanischen Partner ein weltweites Vorbild im Eintreten für eine nuklearwaffenfreie Welt.“

Rat der EU-AußenministerInnen

Ebenfalls am 16. Juli traf Kneissl mit ihren AmtskollegInnen zum monatlichen Rat der EU-AußenministerInnen in Brüssel zusammen. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die östliche Partnerschaft. Es handelt sich hierbei eine Initiative, welche die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration Armeniens, Aserbaidschans, Weißrußlands, Georgiens, der Republik Moldau und der Ukraine verstärken soll. Gegenstand der Beratungen war die Vorbereitung des Treffens der EU-AußenministerInnen mit den AußenministerInnen der genannten Länder, welches im Oktober des Jahres in Luxemburg stattfinden wird.

Es wurden auch die rezenten Ereignisse und Entwicklungen in Libyen erörtert. Eine rasche Stabilisierung des Landes und die

*) *Brücken schlagen und unsere Partnerschaft stärken, um den globalen Herausforderungen zu begegnen*

Österreich, Europa und die Welt

Foto: European Union 2018

Blick auf den monatlichen Rat der EU-AußenministerInnen in Brüssel

Aussöhnung der Konfliktparteien gehören zu den prioritären Themen. Kneissl betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit eines einheitlichen Auftretens der EU-Mitgliedsstaaten.

Während des gemeinsamen Arbeitsmittagessen aller 28 AußenministInnen der EU fand ein Meinungsaustausch über die jüngsten Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel statt. Im Zuge dessen sprachen sie auch über das am 12. Juni stattgefundene Zusammentreffen von US-Präsident Donald Trump und dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un. Das Ziel ist eine stabile und sichere koreanischen Halbinsel. Dies setzt einen dauerhaften und überprüfbaren Atomwaffenabbau voraus.

Der zeitgleich stattgefundene Gipfel zwischen US-Präsident Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wurde beim EU-Außenministerrat nicht näher besprochen, da die Ergebnisse des Gipfels noch nicht bekannt gewesen seien, sagte Karin Kneissl bei der im Anschluß abgehaltenen Pressekonferenz in Brüssel. Grundsätzlich begrüßte die österreichische Außenministerin das Treffen der beiden Staatschefs, denn „ein Austarieren der russisch-US-amerikanischen Beziehungen könnte für die syrische Zivilbevölkerung zu beträchtlicher Verbesserung führen“, so Kneissl.

Bukarest

Der erste Arbeitsbesuch während des österreichischen EU-Ratsvorsitzes führte Aussenministerin Karin Kneissl nach Rumänien. Dort traf sie den rumänischen Staatspräsidenten Klaus Iohannis, Premierministerin Viorica Dăncilă und Außenminister Teodor Meleșcanu.

„Die sukzessive Integration aller südosteuropäischer Staaten in die Europäische Union ist ein Anliegen, welches Österreich und Rumänien eng miteinander verbindet“, so die Außenministerin.

Zu Beginn der Reise nahm sie am 17. Juli an einem Abendessen in der österreichischen Botschaft mit VertreterInnen österreichischer Unternehmen in Rumänien teil. Am Tag darauf traf die Außenministerin ihren rumänischen Amtskollegen Teodor Meleșcanu zu einem Arbeitsgespräch. Bei der anschließenden Pressekonferenz thematisierte Kneissl die Prioritäten des österreichischen EU-Ratsvorsitzes sowie die notwendige Stärkung des Multilateralismus. Zudem sprach sie die Problematik der Rechtssicherheit an, denn stabile rechtliche Rahmenbedingungen sind für österreichische Firmen in Rumänien unerläßlich.

Bei weiteren Arbeitsgesprächen mit dem rumänischen Staatspräsidenten Klaus Iohannis und Premierministerin Viorica Dăncilă wurden zudem Energiethemen angesprochen, wie beispielsweise die Fertigstellung der Gaspipeline von Rumänien nach Österreich. Auch die Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und mögliche Kooperationsprojekte im Bereich der dualen Berufsausbildung waren Themen in den bilateralen Gesprächen.

Bevor es abends wieder zurück nach Wien ging, besuchte Karin Kneissl das Zambacciian-Museum in Bukarest, den Văcărești-Naturpark sowie ein Hundeheim, welches für die Außenministerin ein persönliches Anliegen darstellte.

Zagreb

Erstmals in ihrer Amtszeit als österreichische Außenministerin besuchte Karin Kneissl am 24. Juli die kroatische Hauptstadt Zagreb. Der Tag stand im Zeichen intensiver Gespräche mit der kroatischen Staatsspitze.

Foto: European Union 2018

Außenministerin Karin Kneissl und ihre kroatische Amtskollegin Marija Pejčinović Burić

So wurde sie von ihrer kroatischen Amtskollegin Marija Pejčinović Burić empfangen. Ebenso standen Arbeitsgespräche mit der kroatischen Staatspräsidentin Kolinda Grabar Kitarović sowie mit dem kroatischen Premierminister Andrej Plenković auf dem Programm. Themen der Gespräche waren die bilateralen Beziehungen, insbesondere zu Wirtschaftsthemen, die EU-Heranführung der Staaten Südosteuropas sowie der derzeitige EU-Vorsitz Österreichs. Die kroatischen Gesprächspartner zeigten sich an den organisatorischen Vorbereitungen und den ersten inhaltlichen Ergebnissen besonders interessiert, da Kroatien im ersten Halbjahr 2020 zum ersten Mal den EU-Ratsvorsitz übernehmen wird.

„Kroatien kann sich der uneingeschränkten Unterstützung Österreichs bei der Vorbereitung auf seinen ersten EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2020 sicher sein“, betonte die Außenministerin in einer gemeinsam mit der kroatischen Amtskollegin Pejčinović Burić abgehaltenen Pressekonferenz. ■

https://www.bmeia.gv.at

Sobotka setzt klare pro-israelische Signale

Offizieller Besuch des Nationalratspräsidenten in Israel auf Einladung des israelischen Parlamentspräsidenten Edelstein auch im Zeichen des Gedenkjahres

Foto: Parlamentsdirektion / Uri Ishay

Begrüßung: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (auf dem Roten Teppich l.) und der Sprecher der Knesset, Yuli Edelstein (r.)

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ist am 16. Juli zu einem offiziellen Besuch nach Israel gereist. Im Rahmen eines Empfangs in der Knesset traf er den israelischen Parlamentspräsidenten Yuli Edelstein zu einem Arbeitsgespräch.

Zentrale Themen waren dabei die historische Verantwortung Österreichs, die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Israel sowie die weitere Intensivierung des parlamentarischen Austausches zwischen dem Nationalrat und der Knesset. Auch im Hinblick auf das Gedenkjahr 2018 betonte der Nationalratspräsident eine klare pro-israelische Position, die unverrückbar ist. Während des EU-Ratsvorsitzes wolle Österreich massiv dazu beitragen, daß sich die Beziehungen zwischen der EU und Israel weiter vertiefen, so Sobotka, der Edelstein

Foto: Parlamentsdirektion / Uri Ishay

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Abg. z. NR Martin Engelberg in der Knesset

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Uri Ishay

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in der Gedenkstätte von Yad Vashem

auch zur Konferenz der europäischen ParlamentspräsidentInnen im April 2019 in Wien einlud.

Ein klares Signal setzte Sobotka auch mit einem kurzfristigen Besuch der israelischen Stadt Sderot in der Nähe des Gazastreifens. Im Licht der jüngsten, schweren militärischen Auseinandersetzungen handle es sich bei diesem Besuch um ein Zeichen der Verbundenheit, daß man der Region Frieden und zumindest dauerhaften Waffenstillstand wünsche, so Sobotka.

Sobotka: Österreich will mehr denn je die Verantwortung umfassend wahrnehmen

In den Räumlichkeiten des Zentralkomitees der Juden aus Österreich (ZKJÖ) in Tel Aviv traf Sobotka mit österreichischen Holocaust-Überlebenden zusammen. Österreich wolle heute mehr denn je die Verantwortung umfassend wahrnehmen, unterstrich der Nationalratspräsident. Jeglichem Antisemitismus sei schon an den Wurzeln zu begegnen und die Möglichkeit zu rauben, daß er wieder an Platz und Breite gewinne.

Es fand auch ein kurzes Gespräch mit Racheli Kreisberg, der Enkelin von Simon Wiesenthal, statt. „Simon Wiesenthal war ein großer Österreicher, der Zeit seines Lebens nicht die Wertschätzung erfahren hat, die ihm eigentlich zugestanden wäre“, würdigte Sobotka dessen Engagement, NS-Verbrecher aufzuspüren und vor Gericht zu bringen.

Parlamentspräsident Edelstein begleitete Sobotka am 17. Juli beim Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Der österreichische Nationalratspräsident betonte bei der Kranzniederlegung die Pflicht und besondere österreichische Verantwortung, allen Opfern ihre Würde und Identität zurückzugeben. Im Gedenken an die gequälten, erniedrigten und ermordeten Opfer zeigte sich Sobotka betroffen und sprachlos.

Auf dem Programm stand für ihn auch eine Führung im Museum des Jüdischen Volkes. Zur Begrüßung sprach dort der ehemalige Botschafter Israels bei der UN, Ron Prosor.

Sobotka besuchte im Rahmen des Aufenthalts auch die Altstadt Jerusalems mit dem Österreichischen Hospiz, der Grabeskirche und der Klagemauer, sowie darüber hinaus das politisch heikle Tempelberg-Gelände. ■

http://www.parlament.gv.at
http://www.yadvashem.org
http://www.austrianhospice.com

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Foto: Parlamentsdirektion / Uri Ishay

Nationalratspräsident Sobotka mit Racheli Kreisberg, der Enkelin von Simon Wiesenthal …

Foto: Parlamentsdirektion / Uri Ishay

… und beim Besuch im Beit Hatfutsot, dem Museum des Jüdischen Volkes

Zusammenarbeit mit Ungarn weiter intensiviert

Burgenlands Landeshauptmann Niessl und Ungarns Staatssekretär Magyar unterzeichnen Abkommen zur umfassenden Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Verbindungen

Landeshauptmann Hans Niessl unterzeichnete am 11. Juli in Budapest mit Levente Magyar, Staatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel, ein gemeinsames Abkommen zur umfassenden Entwicklung der Verkehrsverbindungen zwischen dem Burgenland und Ungarn. Auf Basis dieses Abkommens sollen konkrete und nachhaltige Projekte und Initiativen in Richtung Umsetzung gebracht und der Grenzraum verkehrsinfrastrukturell noch besser erschlossen werden. „Das Burgenland und Ungarn haben bereits seit Jahren eine für den europäischen Raum modellhafte Basis einer funktionierenden und ergebnisorientierten Zusammenarbeit. Der heutige Tag steht unter dem Motto ‚Gemeinsame Wege im gemeinsamen Europa'. Es freut mich deshalb sehr, daß ich heute hier in Budapest gemeinsam mit Staatssekretär Levente Magyar dieses weitere Abkommen unterzeichnet habe, das für den Ausbau der grenzüberschreitenden Aktivitäten zwischen dem Burgenland und Ungarn, für diese Region insgesamt gesehen von großer Bedeutung ist, denn ein gemeinsames Europa braucht gemeinsame Wege. Das kommt unseren nachbarschaftlichen Beziehungen zu Gute, das kommt den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute, das kommt der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region zu Gute", betonte der Landeshauptmann.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (l.) und Levente Magyar, Staatssekretär im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel, bei der Unterzeichnung des Abkommens

Das Abkommen, das nun unterzeichnet wurde, hat folgende Punkte zum Inhalt:

- Bei der Erarbeitung, Vorbereitung und Durchführung grenzüberschreitender Projekte wird eng zusammengearbeitet werden, um die in einer Verkehrsstudie ermittelten Ziele und Möglichkeiten zur Schaffung einer gut vernetzten Grenzregion zu verwirklichen.
- Zweiter wichtiger Punkt ist es, Vorbereitungsarbeiten für grenzüberschreitende Eisenbahnprojekte, die einerseits die Transeuropäischen Netze, aber auch die Ebene der Regionalbahnen betreffen, zu leisten.
- Weiters wird bei der Europäischen Union um Unterstützung für diese Projekte angesucht. Man verpflichtet sich auch, diese gemeinsamen Projekte zu fördern und professionell umzusetzen.
- Ebenso sollen neue Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen Gesundheit, Tourismus, Kultur und Bildung, aber auch in Richtung kommunale Ebene sondiert werden.

„Man sollte sich zwar stets an die Vergangenheit erinnern, aber viel mehr auf die Zukunft bauen. Die Zusammenarbeit zwischen Ungarn und dem Burgenland ist im Lichte der letzten 100 Jahre jetzt in ihrer intensivsten Phase. Diese erfolgreiche Kooperation ist durch konkrete Ergebnisse belegbar, die wirksam und effizient, konstruktiv und pragmatisch umgesetzt wurden. Darauf wollen wir aufbauen und mit der heutigen Unterzeichnung dieses Abkommens den nächsten Schritt als Grundlage für weitere gute Jahre setzen", so Levente Magyar.

Die Grenze zwischen Österreich und Ungarn ist eigentlich eine Grenze zwischen dem Burgenland und Ungarn, die in vielen Bereichen im Laufe der vergangenen Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu einer partnerschaftlichen Verbindung geworden ist. Zahlreiche gemeinsame Projekte, wie etwa der grenzüberschreitende Nationalpark Neusiedlersee-Seewinkel, das Weltkulturerbe bzw. die Initiativen im Bereich der Wasserversorgung, des Feuerwehrwesens und noch andere erfolgreiche Impulse, konnten in der Vergangenheit bereits erfolgreich umgesetzt werden. Seit dem Jahr 2013, seit der Unterzeichnung eines Memorandums in Györ und einer gemeinsamen Absichtserklärung in Budapest im Jahr 2014 besteht – sowohl auf politischer, als auch auf Verwaltungsebene – eine intensive und kontinuierliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Niessl dazu: „Jetzt geht es darum, die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft unserer beiden Länder zu stellen. Europaweit fallen in den nächsten Monaten wichtige Entscheidungen. Es geht um den künftigen EU-Finanzrahmen, es geht um die Neuregelung der EU-Regionalförderungen. Wir wollen auch nach 2020 die besten Förderungen haben, damit wir die erfolgreiche Entwicklung auch weiter fortsetzen können. Im Rahmen

des EU-Ratsvorsitzes Österreichs wird es deshalb Gespräche mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und mit dem für Finanzen zuständigen EU-Kommissar Günther Oettinger geben. Ein Schwerpunkt ist es bereits jetzt – auch im Verkehrsbereich – die Kooperationsfelder für die nächste EU-Förderperiode nach 2020 abzustekken, damit – gemeinsam mit den Experten beider Länder – ein optimales grenzüberschreitendes Förderprogramm entwickelt werden kann."

Das nächste Zusammentreffen zwischen Levente Magyar und Hans Niessl ist noch für dieses Jahr avisiert, denn auf Einladung des burgenländischen Landeshauptmannes wird Magyar ins Burgenland kommen und dabei verschiedene Einrichtungen, wie beispielsweise das Zweisprachige Gymnasium in Oberwart, besuchen.

Partnerschaftliche Verbindung auf vielen Ebenen

Landeshauptmann Hans Niessl traf dann bei einem Empfang in der Residenz der Österreichischen Botschaft in Budapest an der Spitze einer burgenländischen Delegation mit zahlreichen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie mit hochrangigen Vertretern des Diplomatischen Corps zu informellen Gesprächen zusammen. Im Mittelpunkt dieses bereits traditionellen Sommerfestes, das vom Joseph-Haydn-Brass musikalisch umrahmt wurde, standen die Pflege bestehender Kontakte sowie die Vertiefung der guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Dieses Sommerfest in der österreichischen Residenz in Budapest habe bereits gute Tradition, so Niessl. „Diese guten Kontakte mit Ungarn sind uns sehr wichtig, denn als Nachbarländer verfolgen wir gemeinsame Interessen in Fragen der Aufwertung des Wirtschaftsstandortes unserer Region, in Fragen der Verkehrspolitik, aber auch in Fragen des Tourismus, wo es viele Anknüpfungspunkte gibt. Ich danke daher den MitarbeiterInnen der österreichischen Botschaft hier in Budapest – mit Botschafterin Mag. Ellison-Kramer an der Spitze – für die Förderung dieser Beziehungen unserer Länder und Regionen, für die Verbundenheit mit dem Burgenland, für die Verdienste um ein freundschaftliches und partnerschaftliches Miteinander. Diese bilaterale Zusammenarbeit wird auch hinkünftig für das Burgenland von vorrangiger Bedeutung sein", so Landeshauptmann Hans Niessl. ■

http://www.burgenland.at

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Botschafterin Elisabeth Ellison-Kramer, Landeshauptmann Hans Niessl und Judit Varga, Ungarns Ministerin für EU-Beziehungen, beim bereits traditionellen Sommerfest in der Österreichischen Residenz in Budapest

Chinesische Delegation zu Gast in Eisenstadt

Zeichen internationaler Freundschaftsbeziehungen

Im Rahmen ihres mehrtägigen Besuches im Burgenland wurde eine hochrangige chinesische Delegation aus Guangdong, der wirtschaftlich stärksten Provinz der Volksrepublik China, mit Vize-Gouverneur Xu Ruisheng an der Spitze, von Landeshauptmann Hans Niessl am 12. Juli in Eisenstadt in Empfang genommen. Seit 2001 beträgt der Anteil der Provinz Guangdong am BIP der Volksrepublik mehr als 11 Prozent. Fast 70 Prozent dieser Wertschöpfung fließen in den Export. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Themen Öko-Zivilisation und Umweltschutz.

„Mitte Juni war ich gemeinsam mit einer 30köpfigen Wirtschafts- und Tourismusdelegation in China. Das Programm umfaßte Aufenthalte in Hongkong, Shanghai, Changsha, Zhangjiajie und auch in Jieyang, einer aufstrebenden Stadt in der Provinz Guangdong. Es war bereits das 2. Mal in meiner Amtszeit, daß ich auf Arbeitsreise in China war. Beide Aufenthalte sind mir in sehr guter Erinnerung geblieben und ich bin wirklich beeindruckt vom enormen wirtschaftlichen Aufschwung innerhalb der letzten fünf Jahre. Persönliche Beziehungen sind das Fundament einer gedeihlichen Zusammenarbeit. Deshalb hoffen wir, diese erfolgreiche Kooperation durch intensive Kontakte, durch unser Treffen hier im Burgenland, weiter vertiefen, weiter ausbauen und nachhaltig gestalten zu können", so Niessl.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl und Vize-Gouverneur Xu Ruisheng in Eisenstadt

Am Abend stand der Besuch der Premiere von „Gräfin Mariza" bei den Seefestspielen Mörbisch auf dem Programm. Die Verantwortlichen der Festivalgemeinde konnten erst Mitte Juni im Rahmen der China-Reise von Landeshauptmann Hans Niessl mit der Unterfertigung des „Memorandum of Understanding zur Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen" die Partnerschaft zwischen Mörbisch am See und Zhangjiajie besiegeln. ■

Lesen Sie den ausführlichen Bericht von der China-Reise im Juni unter:

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_176.htm

Tanja Maljartschuk Gewinnerin des Bachmann-Preises

Kärntens Landeshauptmann Kaiser gratulierte der Urkainerin zum bedeutendsten literarischen Preis im deutschsprachigen Raum.

Seit 42 Jahren gibt es nunmehr den Bachmann-Preis in Kärnten und auch am 8.Juli hat eine hochkarätige Jury die Preisträger der diesjährigen Tage der deutschsprachigen Literatur ermittelt. Landeshauptmann Peter Kaiser gratulierte im ORF-Theater der Literatin bei der offiziellen Preisverleihung persönlich.

„Mit der Durchführung der Tage der Deutschsprachigen Literatur sichern wir das Gedenken an Ingeborg Bachmann und heben Kärnten mit diesem bedeutendsten literarischen Preis auf die internationale Literaturebene. Ich gratuliere der diesjährigen Gewinnerin mit ihrem Text, dessen Inhalt uns im täglichen Leben begleitet und uns vermag einen Spiegel vorzuhalten“, so Kaiser.

Tanja Maljartschuk stammt aus der Ukraine und schreibt seit 2014 in deutscher Sprache. Ihre Teilnahme beim Bachmannpreis geht auf die Einladung von Stefan Gmünder zurück. Sie gewann den Literaturpreis mit ihrem Text „Frösche im Meer“. Darin thematisiert sie das manchmal fehlende Interesse der jüngeren Generation an ihren betagten Eltern oder Verwandten.

In einer ersten Reaktion sagte sie gegenüber dem ORF, sie sei geschockt, sie habe nicht damit gerechnet und keine Worte. Es sei ihr von Anfang an klar gewesen, welche Geschichte sie für den Bachmannpreis schreiben würde. Das Thema Flüchtlinge und verlassene Menschen beschäftige sie. Sie sei selbst emigriert, das sei ihr Thema.

Der Literatur-Preis ist international beachtet und bietet bekannten wie noch nicht so geläufigen Teilnehmern eine große Bühne, denn BerichterstatterInnen aus dem gesamten deutschen Sprachraum verfolgen die Lesungen.

Insgesamt wurden fünf Preise vergeben: Neben dem Bachmann Preis in Höhe von 25.000 Euro, gestiftet von der Stadt Klagenfurt, wurde der Deutschlandfunk-Preis (12.500 Euro) an Bov Bjerg, der Kelag-Preis (10.000 Euro) an Özlem Özgül Dündar, der 3-Sat-Preis (7.500 Euro) an Anna Stern und der BKS-Publikums-Preis (7.000 Euro) an Raphaela Edelbauer verliehen.

Foto: Land Kärnten / fritzpress

Nach der Verleihung im ORF-Theater: Landeshauptmann Peter Kaiser, Tanja Maljartschuk, Landesdirektorin Karin Bernhard und Bürgermeisterin Maria Luise Mathiaschitz

Der Ingeborg-Bachmann-Preis wurde 1976 von der Stadt Klagenfurt im Gedenken an die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann gestiftet und wird seit 1977 jährlich während der mehrtägigen Veranstaltung Tage der deutschsprachigen Literatur verliehen. Er gilt als eine der wichtigsten literarischen Auszeichnungen im deutschsprachigen Raum.

Zwei Jurymitglieder waren heuer das erste Mal dabei: Nora Gomringer, die selbst den Bachmann Preis 2015 gewonnen hat, und Insa Wilke. Die weiteren Teilnehmer der Tutorien waren Dana Buchzik, Svenja Viola Bungarten, Thilo Dierkes, Olga Galicka, Svenja Gräfen, Gorch Maltzen, Valentin Moritz, Ronya Othmann und Jochen Veit.

Das waren die AutorInnen 2018

Bov Bjerg, D
Martina Clavadetscher, CH
Özlem Özgül Dündar, TUR
Raphaela Edelbauer, A
Stephan Groetzner, D
Joshua Groß, D
Ally Klein, D
Stephan Lohse, D
Lennardt Loß, D
Tanja Maljartschuk, UA
Anselm Neft, D
Jakob Nolte, D
Corinna T. Sievers, D
Anna Stern, CH

Ingeborg Bachmann

Die Dichterin und Literatin wurde am 25. Juni 1926 in Klagenfurt als Tochter eines Lehrers geboren. Sie studierte Philosophie, Germanistik und Psychologie. 1950 promovierte sie in Wien. 1952 hielt sie eine erste Lesung auf einer Tagung der „Gruppe 47“. Von 1953 bis 1957 arbeitete sie als freie Schriftstellerin in Italien.

In den Jahren 1957 und 1958 war sie als Dramaturgin beim Bayrischen Fernsehen tätig, bis 1962 lebte sie abwechselnd in Rom und Zürich. 1963 bis 1965 lebte sie in Berlin. Ab 1965 hatte sie ihren ständigen Wohnsitz in Rom.

Am 26. September 1973 erlitt Ingeborg Bachmann in ihrer Wohnung schwere Verbrennungen und starb knapp drei Wochen später. Sie ist am Klagenfurter Friedhof Annabichl begraben. ■

http://www.ktn.gv.at
https://bachmannpreis.orf.at
https://de.wikipedia.org/wiki/Ingeborg_Bachmann

Wie stehen unsere NÖ Jugendlichen zur EU?

JVP präsentiert Jugendumfrage zu aktuellen europapolitischen Fragen

Im Zuge des heurigen Europa-Schwerpunktes der Jungen ÖVP (JVP) gab sie eine Studie in Auftrag, um die Einstellung Jugendlicher in ganz Österreich zu Europa zu erfragen. „Als Junge ÖVP waren wir bereits 1985 die treibende Kraft für einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft. Auch heuer wollen wir im Zuge der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft Europa in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit rücken. Gemeinsam wollen wir als Junge vorangehen und unsere Visionen für ein zukünftiges Europa erarbeiten. Unsere Europa-Umfrage bildet dafür den Grundstein“, so Stefan Schnöll, Bundesobmann der Jungen ÖVP, anläßlich des Schwerpunktes der JVP.

Foto: Junge Volkspartei Niederösterreich

Bei der Präsentation der Studienergebnisse (v.l.): JVP-Bundesobmann LR Stefan Schnöll, Bundesrätin Marlene Zeidler-Beck, Landesrat Martin Eichtinger, JVP-Generalsekretärin Laura Sachslehner und JVP-Landesobmann LAbg. Bernhard Heinreichsberger

Die Mehrheit der Jugendlichen in Österreich spricht sich klar für die Europäische Union aus. Die Ergebnisse der Studie zeugen jedoch auch von einem gewissen Maß an Skepsis. Derzeit sind 51 Prozent der befragten Jugendlichen der Europäischen Union gegenüber positiv eingestellt. Das ist die Hälfte aller jungen Menschen in ganz Österreich. Im Falle einer Volksabstimmung über den Verbleib in der Union, würden sich knapp 60 Prozent der jungen Menschen für Europa aussprechen. Themen, wie der Klimaschutz oder eine funktionierende, gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, sind den Jungen dabei besonders wichtig.

„Die Umfrage zeigt, daß sich unsere Jungen nicht gegen, sondern für Europa aussprechen. Projekte wie ‚Gratis Interrail-Tikkets für 18jährige‘, der Ausbau des Austauschprogramms ‚Erasmus+‘ oder die zahlreichen Sprachoffensiven sind sehr wichtige Maßnahmen, die den Horizont erweitern. Wertvolle Schritte am Weg zu einer neuen ‚blau-gelben‘ europäischen Identität, die wir angesichts der aktuellen europapolitischen Entwicklungen dringend brauchen“, so der für Europa zuständige Landesrat Martin Eichtinger.

Um die Zusammenarbeit für Junge in der EU zu fördern braucht es auch den politischen Einsatz der Jungen Generation. Deshalb hat der Internationale Ausschuß der JVP Niederösterreich ein Positionspapier mit 14 Punkten verfaßt, das als Leitfaden für fortschrittliche Europapolitik dienen soll. Jedoch will man nicht beim Schreiben von Positionspapieren bleiben, sondern die gesteckten Ziele für die Zukunft auch aktiv umsetzen. „Vom Gemeinderat bis in die Regierungsebene sind wir als JVP mittlerweile in allen Gremien vertreten. Diese Gestaltungskraft wollen wir für die Jungen in Niederösterreich nutzen.“, meint Bundesrätin Marlene Zeidler-Beck.

Darüber hinaus wünschen sich die Jungen in Europa ein Ende der Schuldenpolitik nach österreichischem Vorbild. Das bedeutet sparen im System und Mut zur Reform. „Die Europäische Union muß flexibler und effizienter werden.“, fordert der Landesobmann der JVP NÖ und LAbg. Bernhard Heinreichsberger. Dazu strebt man die Zusammenlegung der beiden EU-Parlamentsstandorte an, weil dadurch jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag eingespart werden kann. In aussenpolitischen Fragen fordern die Jungen die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips. Zudem soll auch die Europäische Kommission verkleinert werden.

Übersicht der interessantesten Fragen

Wie stehen Sie ganz generell der EU gegenüber?

- Rund 50 % der Befragten stehen der EU sehr oder eher positiv gegenüber, etwas mehr als Drittel neutral und nur 2,6 % negativ
- Im Österreich-Vergleich sehen die Niederösterreicher die Europäische Union ähnlich positiv wie der Rest des Landes. Niederösterreich weist den niedrigsten Anteil an jungen Menschen aus, die die EU negativ sehen

Angenommen es käme zu einer Abstimmung in Österreich – würden Sie für den Verbleib Österreichs in der Europäischen Union stimmen oder eher für einen Austritt aus der EU?

- 62,4 % wären hier für den Verbleib und nur 14,4 % für einen Austritt.
- Studenten würden mit über 80 % für einen Verbleib stimmen, bei Lehrlingen sind es nur 48 %.

Sehen Sie auch heute noch einen Erhalt von Frieden als Kernaufgabe der Europäischen Union?

- Über 83 % haben diese Antwort mit JA beantwortet
- Nur 3,5 % sehen den Erhalt des Friedens nicht als Kernaufgabe der Europäischen Union

Österreich setzt sich innerhalb der EU für einen Ausstieg aus der Atomenergie ein. Unterstützen Sie diesen Kurs, d.h. wären Sie selber für einen Ausstieg aus der Atomenergie?

- Ein überwältigendes Ergebnis: Über 90 % der jungen Österreicher unterstützen die

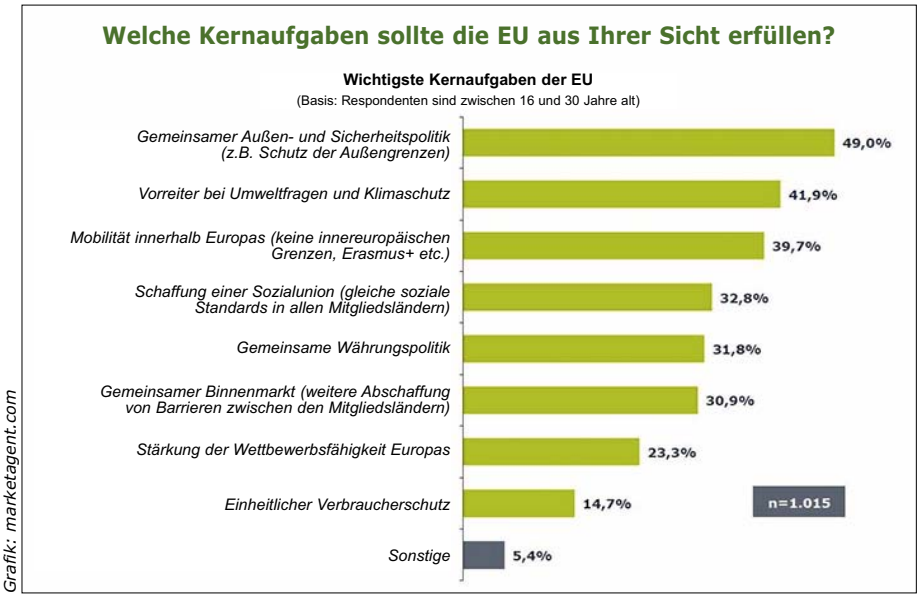
Anti-Atompolitik, die historisch von der Volkspartei ausgeht, und von der Bundesregierung konsequent verfolgt wird.
- Nur 3,1 % unterstützen diesen Weg nicht

Mit einer offenen Frage wurden die für die Jungen wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union abgefragt: Die 4 meistgenannten sind:

- Reisefreiheit
- Gemeinsame Währung
- Freihandel
- Zusammenhalt

Die wichtigsten Kernaussagen

- 65 % der jungen Menschen in Niederösterreich sehen sich in erster Linie als Österreicher, dann erst als Europäer. Dieser Wert ist österreichweit der höchste und spiegelt wider, daß sich die jungen Menschen trotz des erhöhten Europabewusstseins in erster Linie mit der Republik Österreich identifizieren.
- Die Hälfte der jungen Menschen in Niederösterreich und dem Burgenland und auch generell in ganz Österreich steht positiv zur Europäischen Union.
- In den Augen der Jugend sollten die Kernaufgaben der EU sein: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Vorreiter bei Umweltfragen und Klimaschutz und Mobilität innerhalb Europas
- Nur 39,7 % wollen eine Erweiterung der Europäischen Union am Westbalkan, wenn die Beitrittskandidaten alle Voraussetzungen erfüllen.



Grafik: marketagent.com

Die Mehrheit, 42,7 %, lehnt einen Beitritt generell ab.
Diese Erweiterung steht man in Niederösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern noch kritischer gegenüber und 74,2 % der jungen wollen, daß die Beitrittserklärungen mit der Türkei abgebrochen werden, was der höchste Wert im ganzen Land ist.
- 51 % der Befragten findet, daß es in der Europäischen Union einen großen Spielraum zur Verbesserung im Bereich der Digitalisierung gibt.
- 62,5 % der jungen NiederösterreicherInnen wollen den Freihandel ausgebaut sehen und stellen sich damit gegen eine protektionistische Politik.

Zusammenfassung

- Die Ergebnisse der Studie zeugen von einer wachen und durchaus kritischen Haltung Jugendlicher der EU gegenüber. Dennoch stehen 51 % der Befragten der EU äußerst positiv gegenüber.
- Die Ergebnisse der Studie zeigen, daß sich Jugendliche von Europa erwarten, daß vor allem Antworten auf die großen Fragen, die wir nicht nationalstaatlich lösen können, findet. Ein Zusammenrücken in den großen, geopolitischen Fragen also.
- Die Jungen Menschen im Land wollen eine Effiziente EU mit einer schlanken Struktur sehen. Eine EU die im globalen Wettbewerb mutig voran geht. ■

https://jvpnoe.at

Letzte Meldung: NÖ Schüler sind erstmals Drohnenweltmeister

Top-Plätze gab es für die Teams der HTL Wiener Neustadt bei der Weltmeisterschaft für Botball! Diese fand vom 24. bis 29. Juli in Indian Wells, Kalifornien, statt. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gratuliert den jungen Talenten: „Die Schülerinnen und Schüler haben mit viel Engagement, Begeisterung und Fachwissen am Internationalen Wettbewerb teilgenommen. Das Team hat hier gezeigt, daß die Rahmenbedingungen für junge Talente in Niederösterreich international auf höchstem Niveau sind."

Wirtschafts- und Technologie-Landesratin Petra Bohuslav ergänzt: „Hier glänzen individuelle Talente, die im Rahmen der Zusammenarbeit zu Teamplayern wurden. Bei solch herausragenden jungen Talenten kann es um die Zukunft des Technologie- und Wirtschaftsstandortes nur gut bestellt sein." ■

http://www.htlwrn.ac.at

Foto: Michael Stifter

Die Teams der HTL Wiener Neustadt mit ihren Betreuern

Airbus vertraut bereits seit Jahren auf FACC

Neuer Airbus-Großauftrag für das Hochtechnologie-Unternehmen im oberösterreichischen Ried im Innkreis

Der europäische Flugzeughersteller Airbus vertraut bereits seit Jahren auf die Innovationen und Leistungen von FACC. Nun wird diese strategische Partnerschaft weiter ausgebaut und FACC liefert zusätzlich zu den Airspace XL Bins (Gepäckablagen) auch erstmals die Entrance Area (Eingangsbereich) für die gesamte A320 Flugzeugfamilie. Mit dem Projekt eingeführt wird auch eine neue Technologie: Der oberösterreichische Aerospace-Konzern investiert mehrere Millionen Euro in eine hochautomatisierte Fertigungsstraße und schafft zusätzlich über 100 hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Airbus setzt in seinen Modellen bereits seit Jahrzehnten auf FACC Technologie. Nun wird mit dem Ausbau und der Erweiterung des Arbeitsumfangs im A320-Programm (A318/319/320/321) ein neuer Meilenstein in der jahrelangen Partnerschaft erreicht. „Diese Fortsetzung und gleichzeitig die Erweiterung der strategischen Partnerschaft zwischen Airbus und FACC ist der Beweis dafür, daß wir unsere Technologieführerschaft weiter ausbauen. Wir liefern innovative Gesamtlösungen und unser Partner Airbus kann auf uns, unser Know-how, unsere Kundenorientierung und auf unsere Zuverlässigkeit vertrauen“, sagt Robert Machtlinger, CEO von FACC. Mit dem Auftrag verbunden setzt FACC zusätzliche Technologieinvestitionen am Standort um, schafft 100 hochqualifizierte Arbeitsplätze und erhöht die Auftragsrücklage um rund 230 Millionen Euro.

Die Erweiterung umfaßt ein gänzlich neues Arbeitspaket. Seit dem Jahr 1990 beliefert FACC die A320 Flugzeugmodelle mit Gepäckablagen und Deckenpaneelen. Nun werden ergänzend dazu auch die Entrance Area vom oberösterreichischen Aerospace-Konzern für die erfolgreichste Flugzeugfamilie von Airbus gefertigt. Diese umfaßt die gesamte Verkleidung des Eingangsbereiches sowie des Türbereichs samt den Deckenpaneelen im vorderen, mittleren und hinteren Teil des Flugzeuges. „Unser Produkt ist die erste Komponente, die der Passagier beim Einstieg sieht. Der erste Eindruck zählt und wir sorgen dafür, daß die von Airbus gewählte einzigartige Ästhetik und das hohe Wohlfühlambiente der neuen Airspace Kabine in technisch hochwertiger Ausführung umgesetzt werden“, so Robert Braunsberger, FACC Vice President Interiors.

Foto: FACC / Airbus

Neben den XL Bins und Deckenpaneelen entwickelt und fertigt FACC auch die Entrance Area der neuen Airspace Kabine für die A320 Familie.

FACC entwickelt und fertigt die einbaufertigen Montagegruppen versehen mit diversen Systemkomponenten wie Lichtsystemen, Lautsprechern oder Sauerstoffanschlüssen. Auch erbringt FACC die Nachweisführung für die Zulassungen. Die A320 Kabinen werden im neuen Airspace Design gehalten, welches der Kabine ein neues, offenes und modernes Ambiente verleiht. Mit der Airspace Kabine hat Airbus das Flugerlebnis für die Passagiere der A320 Familie auf die Ebene eines Großraumflugzeuges gehoben. Das Airspace Design ist konsistent zu einer A330neo und einer A350 XWB. Für die Eingangsbereiche bedeutet dies ein einmaliges Willkommensgefühl für die Passagiere, was von FACC nun mit neuesten Technologien realisiert wird.

Siebenstellige Investition in Fertigungsstraße

Um für Airbus die Entrance Area state-of-the-art zu produzieren, investiert FACC in ihre Standorte. „Wir werden mehrere Millionen Euro in den Ausbau unserer Fertigung investieren und dies vor allem in hochautomatisierte Technologien. Dies ist aber auch ein Bekenntnis zum Standort und zu unserer Crew“, so Machtlinger. Die Herstellung wird sich auf die SMC (Sheet Molding Compound)-Technologie konzentrieren, was gegenüber dem herkömmlichen Verfahren eine spürbare Kostensenkung mit sich bringt. „Die Investition in die SMC-Fertigungsstraße wird sich lohnen und wir werden in weiterer Folge auch andere Anwendungen und Fertigungen im SMC-Verfahren anbieten“, so Machtlinger abschließend.

Über FACC

FACC ist ein weltweit führendes Aerospace-Unternehmen in Design, Entwicklung und Fertigung von fortschrittlichen Komponenten und -systemen für Luftfahrzeuge. Als Technologiepartner aller großen Hersteller arbeitet FACC gemeinsam mit ihren Kunden an Lösungen für die Mobilität der Zukunft. Weltweit startet jede Sekunde ein Luftfahrzeug mit FACC-Technologie an Bord. Im Geschäftsjahr 2017/18 erzielte FACC einen Jahresumsatz von über 750 Mio. Euro. Weltweit werden rund 3.400 MitarbeiterInnen aus 38 Nationen an 13 internationalen Standorten beschäftigt. Das Unternehmen notiert im ATX der Wiener Börse und ist Teil der Fortune-500 Gruppe AVIC, die Zugang zu den größten Wachstumsmärkten der Branche bietet. ■

http://www.facc.com

Neues EU-Budget fordert Salzburgs Gemeinden

Weniger Geld für die Landwirtschaft, mehr für die Sicherheit

Foto: LMZ / Franz Neumayr

Treffen der Steuerungsgruppe EU 2020 in Puch – im Bild Gritlind Kettl mit den Salzburger Bürgermeisterinnen

Die Verhandlungen des neuen EU-Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 fallen in die Ratspräsidentschaft Österreichs. Die EU soll schlanker, sparsamer und effizienter gemacht werden. Was das für Salzburgs Gemeinden bedeutet, darüber diskutierten 15 Salzburger BürgermeisterInnen der Europa2020-Steuerungsgruppe am 13. Juli in Puch.

„Speziell im ländlichen Raum ist das Budget von Bedeutung, da in zahlreichen Gemeinden Projekte mit EU-Geld gefördert werden, wie etwa über das Leader-Programm. Auch die Entwicklung beim Agrarbudget hat direkte Auswirkungen auf die Gemeinden, wobei nicht zu vergessen ist, daß intakte Landschaft ein Anreizfaktor für den Tourismus ist. Aber auch Sozialprojekte sind wichtig, um den Zusammenhalt in den Gemeinden zu fördern“, schilderte der Radstädter Ortschef Sepp Tagwercher, Sprecher der Europa2020-Gruppe.

Brexit bringt Einschnitte

Andrea Itzlinger vom Bundeskanzleramt versorgte die BürgermeisterInnen mit Detailinformationen zum aktuellen Stand der EU-Budgetverhandlungen. Klar ist, daß die Fördergelder für die Landwirtschaft gekürzt werden. Durch den Brexit fällt mit Großbritannien ein großer Nettozahler weg. Es werden außerdem neue Ausgaben dazukommen oder verstärkt werden, wie etwa der Schutz der Außengrenzen, Migration, Forschung und Innovation, Digitalisierung, Umwelt und Klimawandel sowie Sicherheit.

Paket mit 40 Vorschlägen

Das Paket, über das die EU zurzeit verhandelt, besteht aus fast 40 Rechtsvorschlägen, die bis Ende 2020 in Kraft treten sollen, damit die neuen Programme rechtzeitig am 1. Jänner 2021 starten können. Ein Großteil dieses Pakets befaßt sich mit Vorschlägen zur Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Kohäsion, die zusammen rund 70 Prozent der Gesamtausgaben der EU betreffen.

GemeindechefInnen beschäftigen sich mit EU-Strategie

Mit „Europa 2020“ hat sich die EU eine Wachstumsstrategie für das kommende Jahrzehnt verordnet. Im Land Salzburg wurde dazu auf regionaler und kommunaler Ebene eine Europa2020-Steuerungsgruppe der Salzburger Bürgermeister initiiert. Diese wird durch Gritlind Kettl von der Stabsstelle EU-Bürgerservice initiiert und koordiniert: „Es ist mir ein besonderes Anliegen, daß unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die das Ohr direkt bei der Bevölkerung haben, über die aktuellen EU-Themen von den direkt dafür zuständigen EU-Spitzenbeamtinnen und -beamten informiert werden.“

Sepp Tagwercher – ein ausgezeichneter Europäer

Der gebürtige Pongauer Sepp Tagwercher ist Sprecher der Europa2020-Steuerungsgruppe. Er wurde vom Europe-Direct-Informationsnetzwerk der Europäischen Kommission als „Europäer des Monats“ ausgezeichnet. Tagwercher ist seit 1999 Stadtchef von Radstadt. „In zahlreichen Funktionen, unter anderem EU-Gemeinderat, Vorsitzender der Pongauer Bürgermeisterkonferenz und stellvertretender Vorsitzender des Salzburger Regionalverbandes Pongau, stellt er sein Wissen und seine politische Erfahrung in den Dienst der europäischen Sache“, so die Begründung.

Die Steuerungsgruppe hat einen praxistauglichen Förder-Maßnahmenkatalog entwickelt. Dieser ist direkt in die Partnerschaftsvereinbarung 2014 bis 2020 eingeflossen. So konnte in einem äußerst erfolgreichen Best-practice-Beispiel von der lokalen Ebene aus die siebenjährige EU-Förderperiode mitgestaltet werden. ■

https://www.salzburg.gv.at

Verbindungen zwischen der Steiermark und Lemberg

Eine Steirische Delegation mit Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer an der Spitze war zu Besuch in der Westukraine

Foto: Land Steiermark

Hochkarätige Delegation zu Besuch in Lemberg (v.l.): Günter Knapp, Hon. Konsul Fritz Möstl, Margret Roth, Stadtrat Willibald Mautner, Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer, LRin Ursula Lackner, die österreichische Botschafterin Hermine Poppeller und Hans Roth

Eine hochkarätige steirische Delegation mit Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer an der Spitze war um den 20. Juli in Lemberg, dem pulsierenden Zentrum der Westukraine, zu Gast. Im Mittelpunkt stand die Neubelebung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Beziehungen zwischen der Steiermark und dem östlichsten Zentrum der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie. Schickhofer, der unter anderem vom Honorarkonsul der Ukraine in Österreich, Fritz Möstl, Landesrätin Ursula Lackner sowie den Unternehmern Hans Roth und Günter Knapp begleitet wurde, betonte stets die Wichtigkeit der guten „Nachbarschaft“ zwischen Österreich und der Ukraine.

Bei bilateralen Gesprächen mit dem Bürgermeister von Lemberg und dem Vizegouverneur der Region Lemberg betonte Schickhofer: „Der Brückenbau zwischen der Steiermark und der Ukraine ist für beide Seiten wichtig und erfolgversprechend. Die Intensivierung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Beziehungen tragen sowohl in der Steiermark als auch in der westlichen Ukraine zu mehr Sicherheit, Wohlstand und wirtschaftlichem Erfolg bei. Daher wollen wir die historische Verbindung Lembergs zu Österreich neu beleben und ausbauen“, so der Landeshauptmann-Vize. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine entwickeln sich sehr gut. Die wechselseitigen Exporte und Importe steigen jedes Jahr weiter an. Schickhofer betonte, daß „die Steiermark als erfolgreiches Industrie- und Forschungsland mit der höchsten F&E-Quote in ganz Europa ein starker Partner für die Ukraine sein kann“.

Der Brückenbau konnte außerdem auf musikalischem Weg fortgesetzt werden. Im Rahmen des Festivals „MozArt“ gaben steirische MusikerInnen des Kammerorchesters „con fuoco“ ein eindrucksvolles Konzert vor zahlreichen internationalen Gästen. Der große Dank für diese Partnerschaft galt in diesem Rahmen dem ebenfalls anwesenden steirischen Musikvereinsdirektor Michael Nemeth. Die steirische Landesrätin Ursula Lackner betonte am Rande des Konzerts: „Alles beginnt mit der Musik und der Kultur. Der Auftritt des Grazer Orchesters ‚con fuoco‘ beim Lemberger ‚MozArt-Festival‘ bot den musikalischen Rahmen dieser erfolgreichen Delegationsreise, die viele Möglichkeiten des Austausches und der Zusammenarbeit aufzeigte.“

Die ukrainischen Vertreter bedankten sich bei Schickhofer und der gesamten steirischen Delegation außerdem sehr herzlich dafür, daß 30 Kinder von im bewaffneten Konflikt in der Ostukraine verstorbenen Soldaten in Graz eine Rehabilitation durchführen konnten. Demgemäß betonte der steirische Landeshauptmann-Stv. im Einklang mit der österreichischen Position, daß „Sicherheit und Frieden in Europa immer die Einhaltung des Völkerrechts voraussetzen“ und Österreich trotz seiner Neutralität stets eine klare Haltung signalisiert habe. Beide Seiten waren sich am Ende der Delegationsreise darüber einig, daß die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen der Steiermark und der Ukraine weiter intensiviert werden sollte. Demgemäß nahm die ukrainische Seite die Einladung von Schickhofer in die Steiermark sehr gerne an.

Lemberg ist mit 730.000 Einwohnern die „Hauptstadt der Westukraine“ und rund eine Flugstunde von Österreich entfernt. ■

http://www.steiermark.at
https://de.wikipedia.org/wiki/Lwiw

Forschungszentrum »Frieden und Konflikt«

Internationaler Besuch bei Tirols Landeshauptmann-Stv. Ingrid Felipe stand im Zeichen erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit und offenen Austauschs

Foto: Land Tirol / Rosner

v.l.: Norbert Koppensteiner (Peace Studies, Universität Innsbruck), Emana Gebragiorgis, Adinew Tadesse (beide Haramaya University), Fritz Staudigl (Abteilung Südtirol, Europaregion und Außenbeziehungen), Julia Lichtkoppler-Moser (APPEAR), Adham Hamed (Peace Studies, Universität Innsbruck) und Eskedar Molla Terefe (Haramaya University)

Anläßlich der Eröffnung des neu gegründeten Forschungszentrums „Frieden und Konflikt“ an der Universität Innsbruck hat eine Delegation der Innsbrucker Partneruniversität Haramaya, der zweiältesten Universität Äthiopiens, am 6. Juli Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe besucht. Begleitet wurden die drei äthiopischen ForscherInnen von Norbert Koppensteiner, dem stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Innsbruck, Adham Hamed, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Ko-Koordinator des von der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit finanzierten APPEAR Projekts (Austrian Partnership Programme in Higher Education and Research for Development), Julia Lichtkoppler-Moser, Programmkoordinatorin im Wiener APPEAR Büro sowie Fritz Staudigl, Vorstand der Abteilung Südtirol, Europaregion und Aussenbeziehungen. Im Rahmen des Besuches konnte neben einem gegenseitigen Kennenlernen auch ein herzliches und offenes Gespräch zwischen den ForscherInnen und Felipe stattfinden.

„Ich freue mich, daß mit diesem Partnerschaftsprogramm Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich gelebt wird und halte das Austauschprogramm zwischen unterschiedlichen Kulturen gewinnbringend für alle Seiten. Die Peace Studies sind für mich eine ganz besondere Herzensangelegenheit, bilden sie doch einen wesentlichen Grundstein zu einer möglichen Veränderung von staatlichen Konfliktsituationen, indem die in Innsbruck ausgebildeten jungen Menschen in ihre Länder zurückgekehrt, ihr erlerntes Wissen anwenden. Zudem sind die Menschen, die sich für diese Studienrichtung interessieren schon im Vorfeld zumeist in Friedensprozessen aktiv tätig.“

Im Mittelpunkt der „Innsbrucker Schule“ in der Friedens- und Konfliktforschung steht der Ansatz der sogenannten elizitiven Konflikttransformation. Dabei steht immer die Frage nach lokaler Expertise zur Bearbeitung von Konflikten im Zentrum. Dieser, vom Innsbrucker UNESCO Chairholder for Peace Studies, Prof. Wolfgang Dietrich, entwickelte Zugang zur Friedensarbeit eignet sich für Projekte wie die jüngste Partnerschaft mit der Haramaya Universität. Es wird dabei Entwicklungszusammenarbeit nicht als einseitiger Wissenstransfer, sondern als partnerschaftlicher Lernprozeß für alle beteiligten Akteure begriffen wird.

„Die Innsbrucker Peace Studies gibt es seit nunmehr über 17 Jahren und sie pflegen Partnerschaften mit Universitäten im Irak, Georgien, Äthiopien, Brasilien, Bolivien, Großbritannien, Spanien, Deutschland, den Vereinigten Staaten und weiteren Staaten und sind damit ein internationales Erfolgsprojekt des Landes Tirol in Kooperation mit der Universität Innsbruck. Für die herausragenden Leistungen in Forschung und Lehre wurden die Peace Studies 2008 mit einem UNESCO Chair ausgezeichnet – einem von nur drei an österreichischen Universitäten“, freut sich Felipe. ■

https://www.tirol.gv.at

EDICs machen verständlich, was die EU leistet

Erste grenzüberschreitende Sitzung der EuropeDirect-Netzwerke in Lochau

Seit heuer hat das Land Vorarlberg die Aufgabe eines Europe Direct Information Centers (EDIC) übernommen – mit dem Ziel, die Bevölkerung über Chancen und Herausforderungen der EU, aber auch die mögliche politische Mitwirkung der Regionen zu informieren. Erstmalig und in Anwesenheit von Landtagspräsident Harald Sonderegger fand am 10. Juli in Schloß Hofen eine gemeinsame Sitzung der österreichischen und süddeutschen EDICs statt.

Sonderegger erklärte: „EDIC ist ein Informationsnetzwerk der Europäischen Kommission für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Zentren sind sozusagen ein Serviceeinrichtung für die EU-Anliegen der Bevölkerung und vermitteln, was die EU ist und was sie leistet." Mit der kompakten Aufbereitung von (aktuellen) EU-Themen würden die Zentren dazu beitragen, die EU verständlicher zu machen. Gerade auch im Hinblick auf den derzeitigen Reformprozeß der Europäischen Union trage dies zu mehr Bürgernähe und -beteiligung bei, so Sonderegger.

Die Informationszentren arbeiten mit anderen lokalen, nationalen und EU-weiten Informationsstellen und -netzwerken zusammen. Sie stellen – beispielsweise für Schulen und andere Bildungseinrichtungen – Informationsmaterial zur Verfügung und beraten über unterschiedliche Fragestellungen zur EU, z.B. über Förderprogramme, Austauschprogramme oder aktuelle europapolitische Fragen mit kommunalem bzw. regionalem Bezug. Es gibt mittlerweile mehr als 500 Europe Direct Informationsstellen in den 28 EU-Mitgliedsländern, davon 12 in Österreich.

Viermal jährlich finden EDIC-Sitzungen in Österreich statt. In Lochau tagten erstmalig die österreichischen und süddeutschen EDICs bzw. ihre Vertreter gemeinsam. Ebenfalls teilgenommen haben Vertreter der Europäischen Kommission aus Österreich und Deutschland sowie das Verbindungsbüro zum Europäischen Parlament in Österreich. Landtagspräsident Sonderegger präsentierte den Anwesenden, wie in Vorarlberg Europapolitik gemacht wird – vom Europaausschuß des Vorarlberger Landtags über gelebte Subsidiarität bis hin zur Mitwirkung im Ausschuß der Regionen und der Zusammenarbeit in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz. Auf der Tagesordnung standen darüber hinaus mehrere Expertenvorträge:

- „#EURoad2Sibiu: Herausforderungen auf dem Weg zu einer stärkeren und demokratischeren Union" von Joachim Menze, Regionalvertreter der Europäischen Kommission,
- „Erwartungen an die österreichische EU Ratspräsidentschaft" von Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich,
- „Diesmal wähle ich!" von Georg Pfeifer, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich,
- „EU Kommunikation vor der Europawahl" von Steffen Schulz, Pressesprecher der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München und
- „#EUandME und #EUProtects – Kooperationsmöglichkeiten der EDICs im Rahmen der EU-weiten Kampagnen" von Nina Weiss, PR Consultant der PR Agentur comm:unications ■

v.l.: Georg Pfeifer, Landtagspräsident Harald Sonderegger, Jörg Wojahn und Joachim Menze

Fotos: Land Vorarlberg / MBG

Ein Blick auf die TagungsteilnehmerInnen in Lochau

http://www.vorarlberg.at
https://de.wikipedia.org/wiki/Europe_Direct

Erfolg für die Wiener Stadtaußenpolitik

Wien erhält Zuschlag für die Koordination der EU-Strategie für den Donauraum

Die Koordination der EU-Strategie für den Donauraum wird künftig von Wien aus erfolgen. Das wurde am 18. Juli in einer Sitzung der verantwortlichen Gremien im kroatischen Split entschieden. Das Wiener Koordinationsbüro, oder auch „Danube Strategy Point", soll u.a. einen neuen Aktionsplan erarbeiten, der für die Abstimmung der neuen EU-Förderprogramme herangezogen werden wird. Geleitet wird das Koordinationsbüro von Rudolf Schicker, der vor seiner Tätigkeit als Planungsstadtrat in Wien und als ÖROK-Geschäftsführer maßgeblich an der Gestaltung der Europäischen Regionalpolitik für Österreich beteiligt war. „Ich freue mich, daß Wien als Sitz des ‚Danube Strategy Point' ausgewählt wurde. Die Entscheidung ist nicht zuletzt dem intensiven Engagement Wiens der vergangenen Jahre für die EU-Donauraumstrategie zu verdanken. Mit Rudolf Schicker als Leiter werden von Wien aus neue starke Akzente für die Donauraumstrategie gesetzt werden", so Bürgermeister Michael Ludwig.

Europäische Entwicklungsstrategie für den Donauraum

Österreich und Rumänien haben dem Europäischen Rat vorgeschlagen, für den Donauraum eine eigene Entwicklungsstrategie zu erarbeiten. Sie soll den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg dieser Großregion fördern. Nach langem Tauziehen erging der Zuschlag für das Koordinierungsbüro nunmehr an Wien.

Im Rahmen der Europäischen Regionalpolitik sind vier sogenannte „Makro Regionale Strategien" eingerichtet:

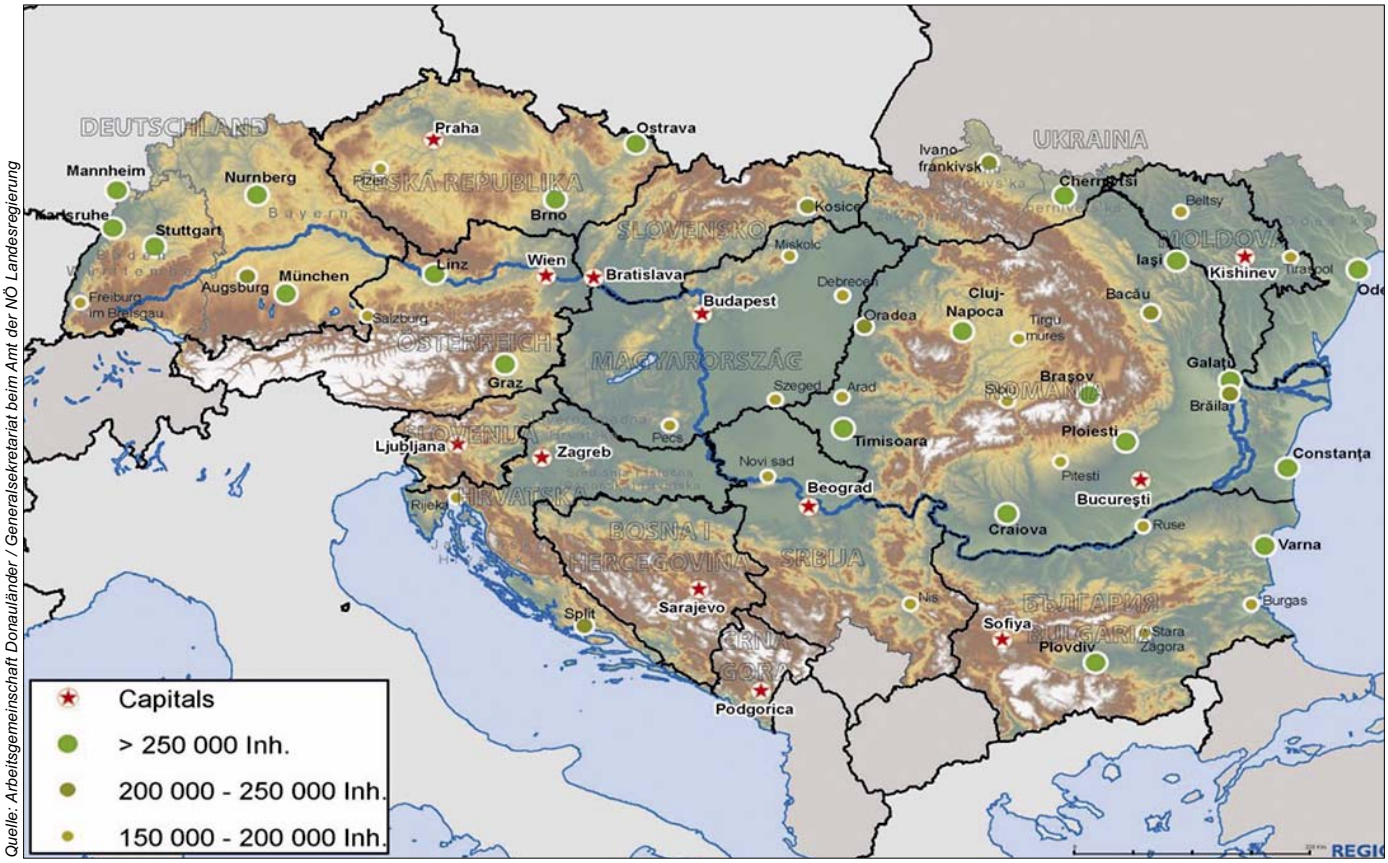
- die Baltische Strategie,
- die Strategie für den Donauraum,
- die Alpenstrategie und
- die Adriatisch Ionische Strategie

Diese Strategien sollen helfen, die Aktivitäten der Kommission für diese Regionen zu bündeln, die bilaterale Zusammenarbeit über die Grenzen zu stärken und wesentliche Verbesserungen der Infrastruktur, der Verwaltung und des Mitteleinsatzes zu erreichen. Österreich ist an der Alpenraum- und der Donauraumstrategie beteiligt.

Faszinierende Großregion

Der Donauraum ist eine faszinierende Großregion von strategischer Bedeutung für Europa. Immerhin ist die Donau der längste Fluß der EU, in seinem Einzugsgebiet leben rund 115 Millionen Menschen, zwölf Sprachen werden autochthon gesprochen und die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und historischen Erfahrungen sind höchst unterschiedlich.

So sind z.B. zwei der reichsten Staaten und der ärmste Staat der EU Teil der 14 Do-



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Donauländer / Generalsekretariat beim Amt der NÖ Landesregierung

Der Donauraum ist eine faszinierende Großregion von strategischer Bedeutung für Europa.

nauraumstaaten, fünf Staaten sind gar nicht Mitglied der Europäischen Union. Die Strategie ist damit auch ein Thema der europäischen Nachbarschaftspolitik und der West-Balkan-Politik.

Die EU Strategie für den Donauraum umfaßt einen „Bauchladen“ von Aufgaben. Dazu zählen z.B.:

- die Sicherung der Schifffahrtsräume,
- das Navigationssystem an der Donau,
- die Beschleunigung des grenzüberschreitenden Verkehrs,
- der Ausbau der TEN-T Netze, v.a. die Ertüchtigung des Eisenbahnnetzes,
- der Ausbau von Wasserversorgung, Kanal und Kleinanlagen,
- der Schutz der charakteristischen Landschaften und z.B. auch die Wiederansiedlung des Störs, eines der ältesten Lebewesen im Donauraum,
- die Kooperation der Universitäten,
- der Ausbau der dualen Ausbildung stehen ebenso auf dem Programm wie
- die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Donauraum.

Der Donauraum bietet zudem touristische Möglichkeiten, die gefördert und stimuliert werden sollen, die Zusammenarbeit über die kulturellen Grenzen (Stichwort: Donaufestivals) kann wesentliche Impulse geben.

Auch die Reduzierung der Korruption und der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung sind Themen, mit denen sich die Strategie beschäftigt. Das betrifft nicht nur die staatlichen Einrichtungen, sondern auch die regionale und die lokale Ebene. Das war auch ein Grund, weshalb Wien den Zuschlag erhalten hat: Wien kann zeigen, wie hohe Lebensqualität in einer gut verwalteten Stadt hergestellt werden kann. ■

https://www.wien.gv.at

https://de.wikipedia.org/wiki/Strategie_der_Europ%C3%A4ischen_Union_f%C3%BCr_den_Donauraum

Europäische Bahnchefs berieten in Wien über die Zukunft der Bahn

Bahnchefs aus allen Teilen Europas sind der Einladung von ÖBB CEO Andreas Matthä gefolgt, um beim 18. CEO Summit in Wien die Zukunftsthemen der Bahnen zu diskutieren. Die 15 CEOs, unter anderem der Französischen Bahn (SNCF), der Russischen Bahn (RZD) und der Belgischen Bahn (SNCB) sowie die Direktoren der internationalen Verbände Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (CER) und Internationaler Eisenbahnverband (UIC), stellten das Thema „Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Zukunft“ als zentrales Thema in den Vordergrund.

„Ich freue mich sehr, so viele meiner Kollegen in Wien begrüßen zu dürfen“, so Matthä. „Der CEO-Summit ist für uns alle ein wichtiger Impulsgeber für die Zukunft der Bahnen in Europa.“

Als wichtiges Ergebnis wurde eine Resolution unterzeichnet, die eine Studie in Auftrag geben soll, die den Aufbau einer gemeinsamen „Virtual European Rail Academy“ für eine verstärkte Kooperation im HR-Bereich im Bahnsektor aufbereiten wird. Damit sollen die Weichen für eine zukünftig gemeinsame Ausbildung der MitarbeiterInnen mit einheitlichen Standards für die Technologien der Zukunft gestellt werden. Dies ist das erste Mal, daß sich die europäischen Bahnen in diesem Bereich gemeinsam engagieren, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die europäischen Bahnen, darunter auch die Deutsche Bahn (DB) und italienische Bahn (FS) unterstützen die Resolution.

Dieses Treffen findet jedes Jahr in einem anderen Land statt und ist nun schon Tradition im Kalender der CEOs. Ursprünglich wurde es von der Deutschen Bahn initiiert und bietet europäischen Bahnchefs einmal jährlich ein Forum, in dem aktuelle Fragen der Zukunft besprochen werden können.

Foto: ÖBB / Andreas Scheiblecker

erste Reihe (v.l.): Marc Wengler, Oleg Belozerov, Dusan Mes, Libor Lochman, Andreas Matthä, Sophie Dutordoir, Crister Fritzson, Jean-Pierre Loubinoux, Filip Hlubocky, Guillaume Pepy und Pavel Krtek; zweite Reihe (v.l.): Edvins Berzins, Carlos Gomes Nogueira und Geert Pauwels

„Am Ende haben wir alle ein gemeinsames Ziel: mehr Personen und Güter auf dem nachhaltigen, klimafreundlichen Verkehrsträger Bahn zu befördern, denn nur so können die internationalen Klimaziele erreicht werden,“ so Matthä abschließend.

ÖBB: Österreichs größter Mobilitätsdienstleister

Als umfassender Mobilitätsdienstleister bringt der ÖBB-Konzern jährlich 459 Millionen Fahrgäste und 115 Millionen Tonnen Güter umweltfreundlich ans Ziel. 92 Prozent des Bahnstroms stammen aus erneuerbaren Energieträgern, zu 90 Prozent aus Wasserkraft. Die ÖBB gehörten 2017 mit rund 96 Prozent Pünktlichkeit zu den pünktlichsten Bahnen Europas. Konzernweit sorgen 41.107 MitarbeiterInnen bei Bahn und Bus (zusätzlich rund 1.900 Lehrlinge) dafür, daß täglich rund 1,3 Millionen Reisende sicher an ihr Ziel kommen. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG. ■

http://www.oebb.at

Außenhandel: Exportzuwächse für alle Bundesländer 2017

Statistik Austria veröffentlichte vorläufige Ergebnisse

Analog zum gesamtösterreichischen Aussenhandel entwickelte sich auch der regionale Außenhandel in den einzelnen Bundesländern 2017 dynamisch: Laut vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria erzielten alle neun Bundesländer sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr höhere Ergebnisse als im Vorjahreszeitraum.

Die stärksten absoluten Zuwächse in der Ausfuhr gab es in Oberösterreich (+2,73 Mrd. Euro) und der Steiermark (+2,25 Mrd. Euro), die größten relativen Zuwachsraten in dieser Verkehrsrichtung erzielten die Steiermark (+11,6 %), Wien (+10,1 %) und das Burgenland (+9,5 %). Bei den Einfuhrwerten wiesen die Steiermark (+17,3 %), Niederösterreich (+11,2 %) und Oberösterreich (+9,3 %) die dynamischsten Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf.

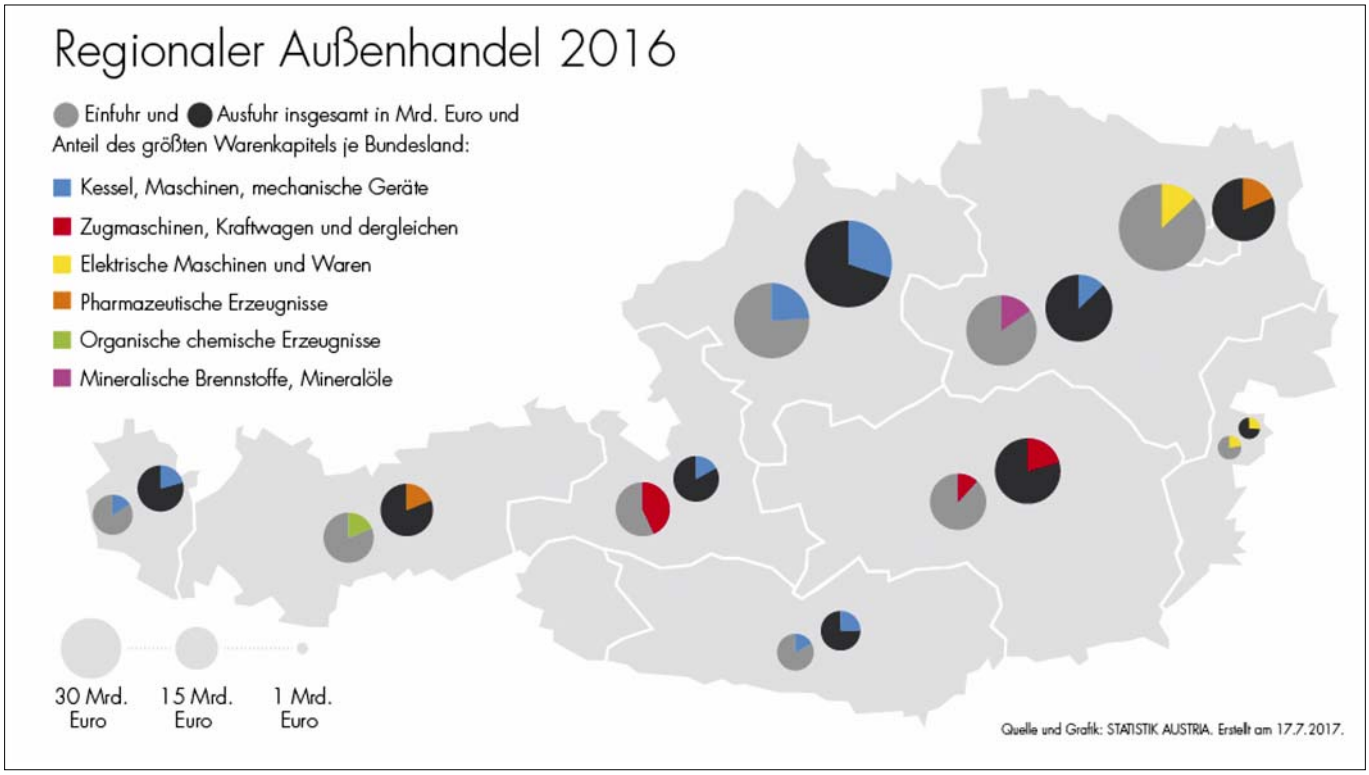
Wie 2016 verbuchten auch 2017 fünf Bundesländer einen Handelsbilanzüberschuß; das heißt, es wurden mehr Waren von diesen Bundesländern aus- als eingeführt. Das höchste Aktivum entfiel dabei auf Oberösterreich mit 8,58 Mrd. Euro, gefolgt von der Steiermark mit 4,65 Mrd. Euro und Vorarlberg mit 2,80 Mrd. Euro. Das deutlichste Passivum verzeichnete Wien mit 16,78 Mrd. Euro.

Mehr als ein Viertel der Ausfuhren entfiel auf Oberösterreich

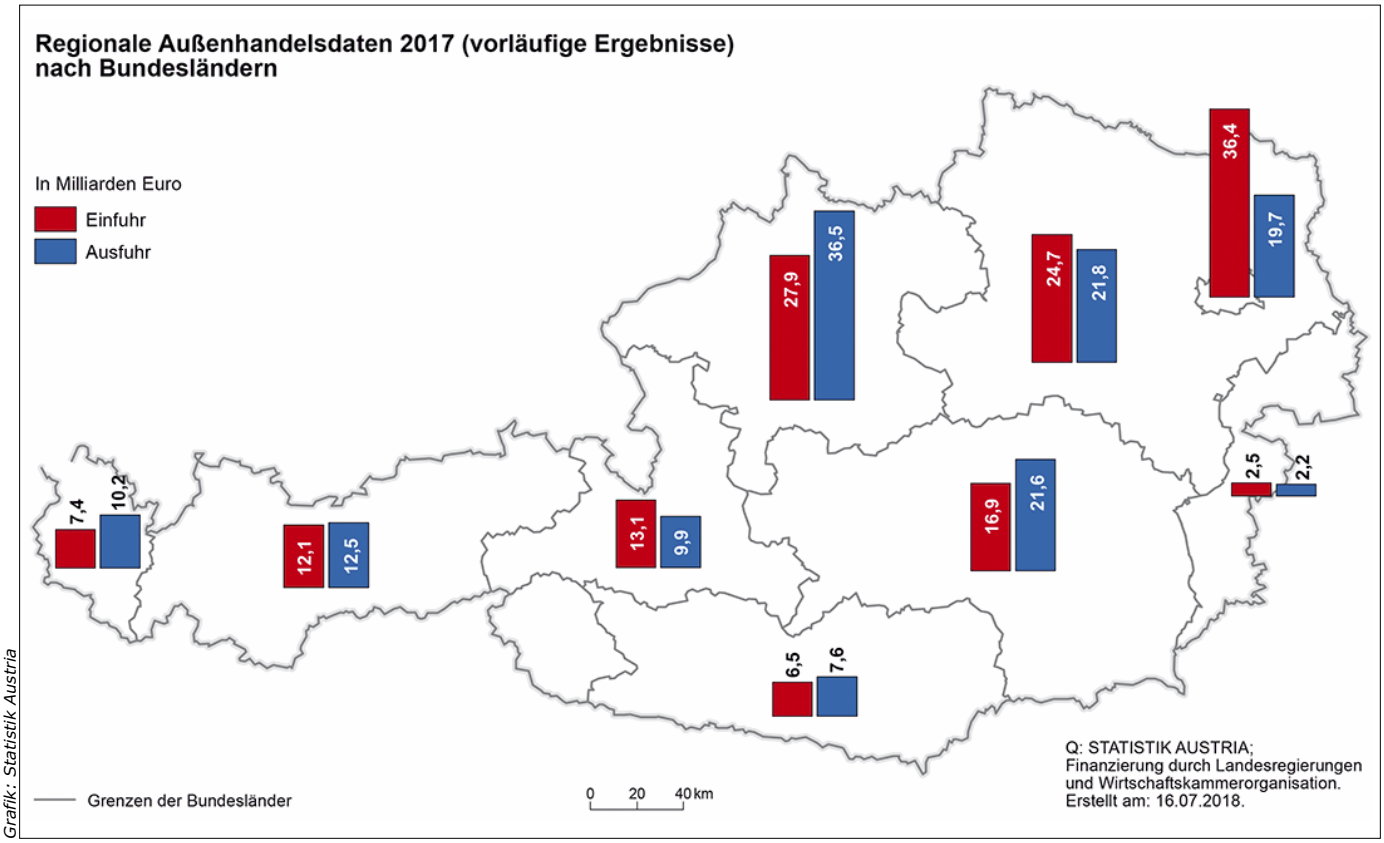
Die Ausfuhren von Waren aus Österreich beliefen sich 2017 auf insgesamt 141,92 Mrd. Euro. Mehr als ein Viertel davon (36,51 Mrd. Euro bzw. 25,7 %) entfiel auf Oberösterreich. Niederösterreich war mit 21,82 Mrd. Euro bzw. 15,4 % das Bundesland mit den zweithöchsten Ausfuhrwerten, gefolgt von der Steiermark (21,55 Mrd. Euro bzw. 15,2 %). Die gesamtösterreichischen Warenimporte lagen im Jahr 2017 nach vorläufigen Ergebnissen bei 147,62 Mrd. Euro. Mit einem Wert von 36,43 Mrd. Euro hatte Wien den einfuhrseitig höchsten Anteil (24,7 %), gefolgt von Oberösterreich (27,94 Mrd. Euro bzw. 18,9 %) und Niederösterreich (24,71 Mrd. Euro bzw. 16,7 %). Gemessen an der Handelsintensität (Summe aus Einfuhren und Ausfuhren) waren Oberösterreich, Wien und Niederösterreich die Bundesländer mit den höchsten Außenhandelswerten.

Bedeutendste Waren: Maschinen und Erzeugnisse der chemischen Industrie

In den meisten Bundesländern dominierte sowohl ein- als auch ausfuhrseitig der Aussenhandel mit Maschinen (Warenkapitel 84, 85 und 87 der kombinierten Nomenklatur). In Tirol überwogen die Einfuhren von organischen chemischen Erzeugnissen (Kapitel 29) mit einem Anteil von 19,7 % und die Ausfuhren von pharmazeutischen Erzeugnissen (Kapitel 30) mit einem Anteil von 17,3 % an den gesamten Importen und Exporten des Bundeslandes. In Niederösterreich belegte traditionell das Kapitel 27 (Mineralische Brennstoffe) den ersten Rang bei den Einfuhren (Anteil: 16,7 %); in Wien war das Kapitel 30 mit einem Anteil von 18,3 % ausfuhrseitig das wichtigste. Den höchsten Anteil eines einzelnen Warenkapitels am gesamten Handel eines Bundeslandes hatte einfuhrseitig das Kapitel 87 (Zug-



Grafik: Statistik Austria



Grafik: Statistik Austria

maschinen, Kraftwagen und dergleichen) in Salzburg (41,2 %) und ausfuhrseitig das Kapitel 84 (Kessel, Maschinen, mechanische Geräte) in Oberösterreich (29,8 %).

Wichtigster Handelspartner bleibt Deutschland

Wie im Jahr 2016 war auch in der aktuellen Berichtsperiode Deutschland für alle österreichischen Bundesländer sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausfuhren der wertmässig bedeutendste Handelspartner. Alle Bundesländer konnten in beiden Verkehrsrichtungen den Außenhandel mit Deutschland steigern. Einfuhrseitig verzeichneten die Steiermark und Niederösterreich mit +23,5 % bzw. +11,4 % die größten relativen Zuwächse mit diesem Nachbarland. Anteilsmäßig kamen im Jahr 2017 rund 47,0 % aller Einfuhren in Salzburg und 42 % aller oberösterreichischen Einfuhren aus Deutschland. Ausfuhrseitig erzielten Oberösterreich (+6,0 % bzw. +0,78 Mrd. Euro) und Niederösterreich (+10,4 % bzw. +0,61 Mrd. Euro) die größten absoluten Zuwächse mit diesem Partnerland. Mit einem Anteil von 37,8 %, war Deutschland für Oberösterreich der mit Abstand wichtigste Exportpartner.

Exportseitig ist bei acht von neun Bundesländern zumindest ein Land außerhalb der Europäischen Union unter den drei wichtigsten Partnerländern zu finden. Niederösterreich ist das einzige Bundesland, dessen Top 3-Handelspartner ausschließlich aus Mitgliedsländern der Europäischen Union bestehen. Der stärkste absolute Zuwachs mit einem Land außerhalb der Europäischen Union wurde in beiden Verkehrsrichtungen mit den Vereinigten Staaten erzielt: In der Einfuhr konnte Wien die Importe um 15,2 % auf 2,73 Mrd. Euro steigern, in der Ausfuhr verzeichnete die Steiermark ebenfalls ein sehr dynamisches Wachstum mit den Vereinigten Staaten (+35,9 % auf 1,87 Mrd. Euro).

Hintergrund und Ziele der statitischen Erhebung durch die Statistik Austria

Der Außenhandel Österreichs wird statistisch als Erhebung auf Bundesebene durchgeführt; Informationen über den Außenhandel bestimmter Regionen Österreichs stehen Statistik Austria nicht direkt zur Verfügung, da sie aus Gründen der Respondentenentlastung im Rahmen der INTRASTAT- Erhebung nicht zusätzlich erfragt werden und auch in den Zolldaten als Grundlage für EXTRASTAT nicht direkt ent- halten sind.

Dennoch gab und gibt es vielfach Nachfrage nach regionalisierten Daten von Nutzerseite. Einfache Sonderauswertungen, welche die Außenhandelsergebnisse lediglich unter Heranziehung des jeweiligen Steuersitzes auf die Bundesländer aufteilen, sind für die Interpretation der Ergebnisse problematisch und genügen den Qualitätsanforderungen der amtlichen Statistik nicht. So wäre ein Teil der Daten nicht regionalisierbar (insbesondere solche von im Ausland ansässigen Wirtschaftsbeteiligten sowie Zuschätzungen für nicht meldepflichtige Wirtschaftsbeteiligte). Darüber hinaus verursacht die Verwendung des Steuersitzes als alleiniges Regionalisierungskriterium räumliche Vertragungen und Klumpungseffekte.

Um dem Nutzerbedarf nach regionalisierten Außenhandelsdaten zu decken und gleichzeitig die Qualitätsanforderungen der amtlichen Statistik zu erfüllen, wurde von Statistik Austria im Auftrag der Wirtschaftskammerorganisation und der neun österreichischen Landesregierungen im Herbst 2011 ein von den Auftraggebern finanziertes Projekt gestartet. Ziel war es, unter Heranziehung weiterer Statistiken, geeigneterer Registerinformationen und statistischer Verfahren eine den Qualitätskriterien der amtlichen Statistik entsprechende Methodik zur Regionalisierung der Außenhandelsdaten zu entwickeln.

Mit dem EU-Beitritt hat eine weitere Funktion von Statistik Austria aus der Datenanwender-Perspektive stark an Bedeutung gewonnen: ihre Vermittlungsfunktion beim Zugang zu europäischen Daten und ihre Rolle als zentraler nationaler Koordinator im Rahmen EU-weiter Harmonisierungsvorgänge. ■

http://www.statistik.at

Burgenlands Komturkreuz für Bayreuths Oberbürgermeisterin

Das Komturkreuz des Landes Burgenland überreichte Landeshauptmann Hans Niessl am 27. Juli im Rahmen seines Besuchs der Bayreuther Festspiele der Oberbürgermeisterin der Wagner-Stadt, Brigitte Merk-Erbe.

„Das Burgenland und Bayreuth verbindet ein besonderes Band der Freundschaft, das nun schon seit fast drei Jahrzehnten Bestand hat. Daß diese Partnerschaft zur Freundschaft, zu einem aktiven Miteinander geworden ist, dazu hat Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe in hohem Maße beigetragen“, betonte Niessl bei der Verleihung.

Ob Konzerte der Brüder Kutrowatz und der Joseph Haydn Brass, die Mitwirkung des Burgenlandes an der Landesgartenschau 2016 in Bayreuth und gegenseitige jährliche Konzertbesuche zu den Festivals oder gegenseitige Kunstausstellungen, Schüleraustausch und die Mitwirkung des Burgenlandes beim Bürgerfest in Bayreuth – zahlreiche Initiativen zeugten vom fruchtbaren freundschaftlichen Austausch, der von Merk-Erbe stets mit ganzem Herzen unterstützt und gefördert werde. „Für ihre herausragenden Verdienste möchte ich Frau Oberbürgermeisterin Merk-Erbe als Dank und Ausdruck der Wertschätzung das Komturkreuz des Landes Burgenland überreichen“, so der Landeshauptmann, der seinerseits vor zwei Jahren den Goldenen Ehrenring der Stadt Bayreuth überreicht bekam. Anläßlich des 25-Jahr-Jubiläums der Partnerschaft vor drei Jahren eröffnete die Bayreuth zu Ehren des Burgenlandes den „Burgenlandplatz“. ■

http://www.burgenland.at

Foto: Pressestelle der Stadt Bayreuth

Landeshauptmann Hans Niessl überreichte Bayreuths Oberbürgermeisterin Brigitte Merk-Erbe das Komturkreuz des Landes Burgenland.

Oberösterreich als Vorbild im Bereich öffentliche Sicherheit

Kürzlich begrüßte Oberösterreichs Landtagspräsident KommR Viktor Sigl gemeinsam mit Landespolizeidirektor-Stellvertreter GenMjr Alois Lißl den Vizegouverneur Sun Licheng mit einer Delegation aus der Provinz Shandong, China, im Landhaus in Linz. Oberösterreich und Shandong sind beide Mitglieder der „Powerregionen“, einem Forum, das sieben Regionen auf vier Kontinenten umfaßt. Sie pflegen einen regelmäßigen Austausch zu verschiedensten Themenbereichen. Zentrales Thema dieses Arbeitsgesprächs war die öffentliche Sicherheit.

Die Provinz Shandong durchlebt momentan rasante Entwicklungen und möchte mit ihrer Reformpolitik bis zum Jahr 2035 zur Spitzenprovinz Chinas werden. Dabei hofft die Delegation, wertvolle Ratschläge aus Oberösterreich im Hinblick auf die Sicherheitspolitik mitnehmen zu können. „Öffentliche Sicherheit ist essentiell um als Spitzenregion und Top-Wirtschaftsstandort zu gelten. Trotz neuer Herausforderungen wie der Cyberkriminalität, internationalem Terrorismus sowie illegaler Migration gelingt es uns, den Standard in Oberösterreich weiterhin sehr hoch zu halten,“ so Sigl.

Obwohl die Sicherheit und besonders das Sicherheitsgefühl in Shandong stetig zunehmen, gilt Oberösterreich weiterhin als Vorbild. „In Oberösterreich kommt ein Polizist auf 400 Bürger.“ In Shandong ist das Verhältnis ein Polizist auf 1.000 EinwohnerInnen. „Diese Unterschiede zeigen sich im täglichen Leben“, sind sich Landtagspräsident KommR Sigl und GenMjrLißl einig. ■

http://www.oberoesterreich.at

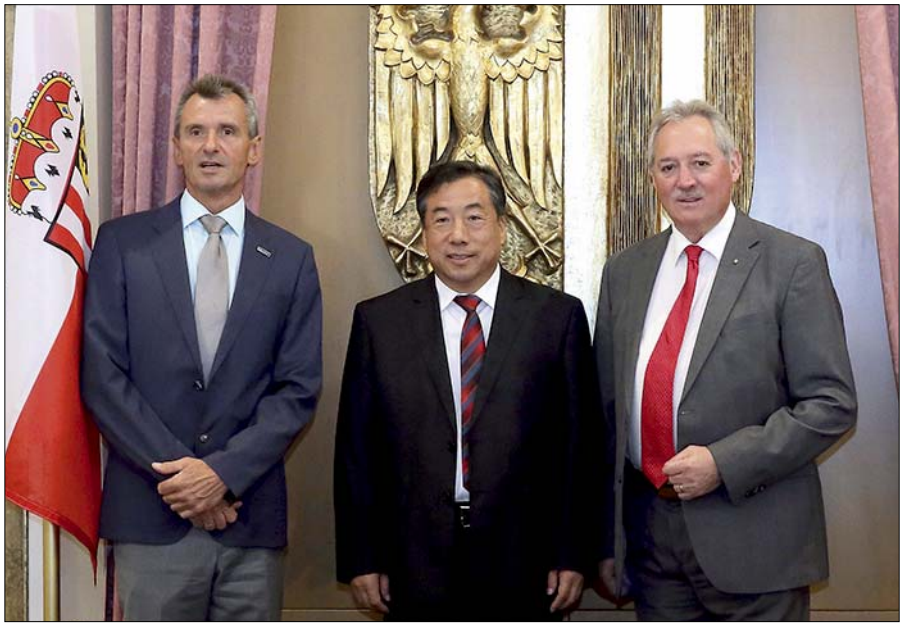


Foto: Land OÖ / Kraml

v.l.: Landespolizeidirektor-Stellvertreter GenMjr Alois Lißl, Vizegouverneur Sun Licheng und Landtagspräsident KommR Viktor Sigl

Cybersecurity: Wichtiger Bereich der Digitalisierung in Europa

Die Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edstadler, stattete am 25. Juli dem Institut der Regionen Europas (IRE) mit Sitz in Salzburg einen Besuch ab. Die Staatssekretärin und der Vorsitzende des IRE, Landeshauptmann a. D. Franz Schausberger, stimmten überein, daß die Frage der Cybersecurity ein äußerst wichtiger Bereich der Digitalisierung in ganz Europa sei. Beinahe wöchentlich gäbe es Cyberattacken auf Banken.

Edtstadler wies darauf hin, daß die Zahl der Cyberattacken rasant ansteige und 2017 schon 80 Prozent der europäischen Firmen in irgend einer Form davon betroffen gewesen seien. Es treffe vor allem Klein- und Mittelbetriebe (KMU), die oft nicht die Möglichkeit hätten, sich auf solche Angriffe wirksam vorzubereiten.

Europaweit seien eine bessere grenzüberschreitende Kooperation und eine genaue Definition, was überhaupt ein Cyberverbrechen sei, notwendig. Deshalb tritt Staatssekretärin Edtstadler dafür ein, daß während des österreichischen EU-Vorsitzes das Cybersecurity-Paket noch heuer abgeschlossen werde.

Foto: Institut der Regionen Europas

Staatssekretärin Mag. Karoline Edstadler (Mitte), IRE-Vorstand Franz Schausberger (l.), IRE-Generalsekretär Joachim Fritz (r.) mit MitarbeiterInnen und PraktikantInnen des IRE

Sie begrüßte auch, daß im Rahmen der 14. Konferenz Europäischer Regionen und Städte des IRE, die vom 30. September bis 2. Oktober 2018 in Salzburg stattfinden wird, auch das Thema Digitalisierung und Cybersecurity in einer gesonderten Panel-Diskussion behandelt werde. ■

http://www.institut-ire.eu

Innsbrucks Städtepartnerschaften florieren

Eine Städtepartnerschaft dient dem kulturellen und wirtschaftlichen Austausch und gegenseitiger Unterstützung. Gleich mit sieben Partnerstädten in den USA und Europa schloß die Tiroler Landeshauptstadt in den vergangenen Jahrzehnten eine solche Verbindung. Vor allem die letzten Wochen standen in Innsbruck ganz im Zeichen dieser Zusammenarbeit.

Studierende aus Tbilisi

Die Städtepartnerschaft mit der georgischen Stadt Tbilisi besteht bereits seit 1982. Einer der Kernpunkte der Partnerschaft ist die Teilnahme georgischer StudentInnen an Deutsch-Intensivkursen, die am internationalen Sprachzentrum (isi) der Universität Innsbruck angeboten werden.

Auch dieses Jahr wurde eine Gruppe Studierender von Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer empfangen. „Der Erfolg des Sprachaustausches zeigt sich am 25jährigen Bestehen. Durch Projekte wie dieses entstehen aus Partnerschaften echte Freundschaften und zwar nicht nur zwischen den Städten, sondern auch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Umso mehr freut es mich daher, daß die Studierenden aus Tbilisi in Innsbruck nicht nur ihre Sprachkenntnisse verbessern können, sondern auch Land und Leute etwas besser kennen lernen“, betonte Oppitz-Plörer beim Besuch und verwies damit auf die Unternehmungen außerhalb des Sprachkurses, wie zum Beispiel eine Wanderung auf die Umbrüggler Alm.

Foto: Stadt Innsbruck

Innsbrucks Vizebürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer (3. v.l.) empfing eine Gruppe georgischer Studierender aus der Partnerstadt Tbilisi.

http://www.innsbruck.gv.at

https://www.uibk.ac.at/sprachenzentrum/

Jugendchor aus Tasmanien gastierte im Salzburger Marmorsaal

Der Crescendo Choir von der Insel Tasmanien absolvierte eine Chorreise durch Österreich. Am 16. Juli statteten die 17 SängerInnen Salzburgs Bürgermeister Harald Preuner im Schloß Mirabell einen Besuch ab und gaben im Marmorsaal eine Probe ihres Könnens. Zuvor hatten sie in der Pfarrkirche Mülln und im Salzburger Dom gastiert. Gäste waren unter anderem Brendon Hammer, australischer Botschafter für Österreich und den Kosovo, seine Frau Inge Sugani und Karate-Weltmeisterin Alisa Buchinger – sie ist offizielle Botschafterin der Stadt Salzburg bis zu den Olympischen Sommerspielen 2020 in Tokio.

Foto: Stadt Salzburg / Matthias Gruber

Die jungen Sängerinnen und Sänger von der australischen Insel Tasmanien gaben Bürgermeister Preuner (hinten Mitte) eine Probe ihres Könnens.

Einladung über Recherchen über einen Ur-Ur-Uronkel

Die Einladung der Gesangsformation aus der zum Staat Australien gehörenden Insel am östlichen Rand des Indischen Ozeans – ungefähr 240 km südlich des australischen Festlands – ist durch den Wahl-Salzburger Edwin Weindorfer zustande gekommen. Der weltweit tätige Sportmanager und Veranstalter großer Tennisturniere begab sich auf die Spuren seines Ur-Ur-Uronkels Gustav Weindorfer. Einst aus Spittal an der Drau nach Tasmanien ausgewandert, hat sich dieser Vorfahre dort als Naturforscher einen Namen gemacht. Bei seinen Recherchen in Tasmanien hat Edwin Weindorfer heuer den Crescendo Choir kennengelernt und zu einer kleinen Konzerttournee durch Österreich eingeladen. ■

http://www.stadt-salzburg.at
https://www.facebook.com/crescendochoir.tasmania

Int. Jugendbegegnung 2018 in Tirol, Südtirol und Wien

Insgesamt 24 Jugendliche aus Tirol, Südtirol, Israel und Palästina verbrachten unter dem Motto „Building Bridges“ zehn gemeinsame Tage. Das Projekt für den Austausch junger Menschen ging im Rahmen der Internationalen Jugendbegegnung von 9.-19. Juli in Tirol, Südtirol und Wien über die Bühne.

„Bei der Jugendbegegnung handelt es sich um ein wichtiges Projekt, das junge Menschen verschiedener Religionen, Kulturen und Herkunftsländer zusammenbringt. Sie tauschen sich aus und schließen neue, internationale Freundschaften“, zeigt sich Jugendlandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf vom Projekt überzeugt. „Es handelt sich auch um einen Beitrag zur Völkerverständigung. Vorurteile werden abgebaut und die Jugendlichen bekommen ein besseres Verständnis für andere Kulturen, Bräuche und Denkweisen. Besonders in Zeiten von zunehmender Angst vor Fremdem und wachsendem Antisemitismus, ist es wichtig, ein starkes Fundament für ein friedliches Miteinander zu setzen.“

Foto: Land Tirol / Innerkofler

Natürlich wurde auch die Innsbrucker Altstadt mit dem Goldenen Dachl von Jugendlichen aus Tirol, Südtirol, Israel und Palästina besucht.

Ob eine City Tour mit einer Wanderung hoch über Innsbruck, am Bergisel die Sprungschanze besichtigen, im Schönbrunner Tiergarten die Tierwelt erkunden, im Museumsquartier und dem Wiener Prater chillen oder einfach nur Eis-Essen am Montiggler See: Die 15- bis 18-Jährigen erlebten spannende und ereignisreiche Tage. Am Programm stand auch eine geführte Tour durch die KZ-Gedenkstätte Mauthausen, wo die Jugendlichen hautnah miterleben konnten, wozu Ausgrenzung und Rassenhaß im Extremfall führen kann. ■

https://www.tirol.gv.at

LEVEL: Von Wien aus in 14 europäische Destinationen

LEVEL, die neue Low-Cost-Fluglinienmarke der International Airlines Group (IAG), hob am 17. Juli mit einem Airbus A321 von Wien aus ab und flog mit einer ausgebuchten Maschine nach London Gatwick. Mit diesem Eröffnungsflug startete LEVEL seinen Betrieb in Österreich und bietet kostengünstige Flüge zu 14 wichtigen Städten in Europa an.

„LEVEL ist in Österreich bereits ein grosser Erfolg. Mit unserer Kennenlern-Aktion, bei der es Tickets um einen Cent pro Strecke gegeben hat, haben wir innerhalb der ersten zwei Stunden mehr als 35.000 Tickets verkauft“, erklärte Willie Walsh, Chief Executive IAG, am Flughafen Wien: „Es ist toll, Kurzstreckenflüge von Wien aus zu starten und so den österreichischen Kunden noch mehr Auswahl und günstige Tarife anzubieten. Das ermöglicht uns, die Präsenz in Österreich, Deutschland und der Schweiz durch das Angebot von kostengünstigen, verläßlichen Flügen zu verstärken.“

Julian Jäger, Vorstand Flughafen Wien AG, begrüßte die neue Fluglinie am Standort Wien: „Der Start von LEVEL in Wien unterstreicht das Potential des Luftfahrtstandortes Österreich und des Flughafen Wien. Die neue Airline bringt neue Flugangebote für Österreichs Passagiere, aber auch mehr touristische Gäste nach Österreich und stärkt damit den gesamten Tourismusstandort. Die Entscheidung des IAG-Tochterunternehmens LEVEL, am Flughafen Wien eine Basis zu stationieren, zeigt, daß der Luftfahrtstandort Österreich international konkurrenzfähig aufgestellt ist… Insgesamt entstehen durch die Stationierung 200 neue Arbeitsplätze in Wien.“ ■

Foto: Grayling Team Brands

Julian Jäger, Vorstand Flughafen Wien AG, Willie Walsh, Chief Executive IAG, Manuel Ambriz, Managing Director Anisec, Frank Glander, General Manager Operations LEVEL und Crew

https://www.viennaairport.com
https://www.flylevel.com

Time Travel Erlebniswelt überrascht den 1 Mio. Besucher

Das Paar aus China, Herr Ren und Frau Su, wußte noch nichts von ihrem Glück, als sie zwei Eintrittskarten für Time Travel kauften. Die Erlebniswelt beim Graben in der Wiener Innenstadt feiert nicht nur ihr sechsjähriges Bestehen, sondern erwartete am 13. Juli auch den 1-Millionsten Besucher. Und so kam es, daß sie neben Freikarten und einer Flasche Champagner, auch eine Einladung zu einer kaiserlichen Kutschenfahrt in Begleitung von Kaiserin Sisi und Kaiser Franz Joseph erlebten. Die Kutscherin „Fiaker Susi“ gab ein paar Wiener G’schichten zum Besten und das junge Paar rollte im imperialen Stil über die Wiener Ringstraße.

Time Travel eröffnete im Juni 2012, für heuer werden ca. 230.000 Besucher erwartet und aktuell rangiert Time Travel auch unter den Top 20 Wiener Sehenswürdigkeiten (Rang 19). „Die Erlebniswelt hat sich zum idealen Starting Point für Wien Touristen entwickelt, die die historischen Highlights von Wien kompakt in einer Stunde auf unterhaltsame Weise und in humorvoller Begleitung eines Tourguides erleben wollen“, freut sich Gründer und Betreiber Paul Rankine. Ein Team von 40 MitarbeiterInnen sorgt an 365 Tagen im Jahr für ein perfektes Kundenerlebnis. Im vergangenen Jahr wurde die Pestgrube mit dem lieben Augustin als neue Szene eröffnet, heuer wurde das Finale mit einer Lasershow und 3D-mapping zum Thema Silvester im Wiener Prater erweitert. BesucherInnen dürfen sich, unter anderem, auf ein actionreiches 5D Kino Erlebnis mit Ausschnitten aus der Römerzeit und dem Angriff der Türken auf Wien freuen sowie auf eine sehenswerte Habsburger Animatronic Show. Die Zeitreise endet mit einer speziellen Kutschenfahrt, einem Flug über Wien. ■

Foto: Time Travel in Vienna Betriebs GmbH / APA-Fotoservice / Reither

Time Travel-Gründer und Betreiber Paul Rankine und Herr Ren und Frau Su aus China

https://www.timetravel-vienna.at

Weltbund-Tagung

Auslandsösterreichertreffen 2018

6. bis 9. September in Innsbruck

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem ➢ gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 6. September

09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 6. September 2018, ankreuzen.
Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:

14:00 Uhr ➢ **Stadtrundgänge inklusive Hofburg und Volkskunstmuseum.** Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!

14:00 Uhr ➢ **Besichtigung des Bergisel Tirol Panoramas.** Das 1896 geschaffene Gemälde zeigt auf 1000 Quadratmetern in faszinierender 360 Grad Sicht den Tiroler Freiheitskampf in allen Facetten, die den „Mythos Tirol“ ausmachen. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!

14:00 Uhr ➢ **Besichtigung der Tunnelwelten.** Die Führung bietet spannende Einblicke in die geheimnisvolle Welt rund um den Bau des Brenner Basistunnels. Stationen aus unterschiedlichen Bereichen laden zum Mitmachen und Forschen ein. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen beschränkt!

14:00 Uhr ➢ **Audioversum.** Die interaktive Erlebniswelt zum Hören und Staunen verbindet als Science Center Medizin, Technik, Bildung und Kunst und fasziniert mit Multimedialen Installationen. Treffpunkt: Kasse im Foyer des Audioversums, Wilhelm Greil-Straße 23. Das Audioversum ist fußläufig sehr gut erreichbar (direkt gegenüber dem Landhaus). Die Teilnehmerzahl ist auf 45 Personen beschränkt!

Foto: http://www.oesterreichfotos.at / Michael Mössmer

Österreich, Europa und die Welt

14:00 Uhr ➢ **Institut für Quantenoptik und Quanteninformation.** Das Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften widmet sich der theoretischen und experimentellen Erforschung der Quantenoptik von den fundamentalen Grundlagen bis zu deren praktischer Anwendung, unter anderem für die Meteorologie, die Sensorik und die Quanteninformations-Verarbeitung. Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 14.00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen beschränkt!

14:00 Uhr ➢ **Swarco Traffic World in Wattens.** Mit einem einzigartigen Konzept wird anschaulich dargestellt, wie modernes Verkehrsmanagement unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger funktioniert und sowohl ein Blick in die Vergangenheit, als auch in die Zukunft des Verkehrs geworfen.Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 14:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt!

19:00 Uhr ➢ **Abendessen im Theresienbräu**
Maria-Theresien-Straße 51-53
Essen auf Rechnung des AÖWB, Getränke auf eigene Rechnung. Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich! Ausschließlich für Personen mit Zugangsberechtigung!

Freitag, 7. September

09:00 - 17:00 Uhr **Registrierung:** Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck

Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte nur eine (!) Veranstaltung des Rahmenprogramms für Freitag, 7. September 2018, ankreuzen.
Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:

09:00 Uhr ➢ **Stadtrundgänge inklusive Hofburg und Volkskunstmuseum.** Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Besichtigung des Bergisel Tirol Panoramas.** Das 1896 geschaffene Gemälde zeigt auf 1000 Quadratmetern in faszinierender 360 Grad Sicht den Tiroler Freiheitskampf in allen Facetten, die den „Mythos Tirol“ ausmachen. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Besichtigung der Tunnelwelten.** Die Führung bietet spannende Einblicke in die geheimnisvolle Welt rund um den Bau des Brenner Basistunnels. Stationen aus unterschiedlichen Bereichen laden zum Mitmachen und Forschen ein. Treffpunkt: Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 50 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Audioversum.** Die interaktive Erlebniswelt zum Hören und Staunen verbindet als Science Center Medizin, Technik, Bildung und Kunst und fasziniert mit Multimedialen Installationen. Treffpunkt: Kasse im Foyer

Maria-Theresien-Straße / Foto: TVB Innsbruck / Christof Lackner

Österreich, Europa und die Welt

Foto: http://www.oesterreichfotos.at / Michael Mössmer

Ein atemberaubender Blick vom Hafelekar auf die Stadt Innsbruck

des Audioversums, Wilhelm Greil-Straße 23. Das Audioversum ist fußläufig sehr gut erreichbar (direkt gegenüber dem Landhaus). Die Teilnehmerzahl ist auf 45 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Institut für Quantenoptik und Quanteninformation.** Das Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften widmet sich der theoretischen und experimentellen Erforschung der Quantenoptik von den fundamentalen Grundlagen bis zu deren praktischer Anwendung, unter anderem für die Meteorologie, die Sensorik und die Quanteninformations-Verarbeitung. Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 09:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen beschränkt!

09:00 Uhr ➢ **Swarco Traffic World in Wattens.** Mit einem einzigartigen Konzept wird anschaulich dargestellt, wie modernes Verkehrsmanagement unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger funktioniert und sowohl ein Blick in die Vergangenheit, als auch in die Zukunft des Verkehrs geworfen.Treffpunkt für die Abfahrt der Busse: 09:00 Uhr, Congress Innsbruck, Haupteingang, Rennweg 3. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt!

14:00 - 18:00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Tiroler Landesregierung, Erdgeschoß, Großer Saal, Eduard-Wallnöfer-Platz 3

19:30 - 22:00 Uhr ➢ **Empfang des Landeshauptmannes von Tirol und des Innsbrucker Bürgermeisters**
Hofburg, Rennweg 1/3

Samstag, 8. September

10:00 - 12:00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreichers des Jahres 2018“**
Congress Innsbruck, Saal Tirol, Rennweg 3

12:15 Uhr ➢ **Festessen auf Einladung der Frau Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) Dr. Karin Kneissl**
Congress Innsbruck, Casinofoyer, Rennweg 3

14:30 - 17:30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Congress Innsbruck, Saal Tirol, Rennweg 3

20:30 Uhr ➢ **Ball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**
Congress Innsbruck, Saal Dogana, Rennweg 3
(Festliche Abendkleidung erwünscht)

Sonntag, 9. September

09:30 Uhr **Evangelischer Gottesdienst**
Christuskirche, Richard-Wagner-Straße 4

10:00 Uhr **Katholischer Gottesdienst**
Innsbrucker Dom, Domplatz 6

12:00 Uhr ➢ **Abschlußmittagessen** im Stiftskeller, Stiftsgasse 1-7, Essen € 20,– auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB. Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich! **Ausschließlich für Personen mit Zugangsberechtigung!**

An allen mit einem ➢ gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Informationen zu Innsbruck erhalten Sie bei der Tiroler Landesregierung, Foyer des Landhauses, Eduard-Wallnöfer-Platz 3 sowie in Ihren Tagungsmappen! *Änderungen vorbehalten!*

12-Stunden-Arbeitstag

Bundesrat beschließt trotz massiven Protests mit Stimmen von ÖVP und FPÖ den 12-Stunden-Arbeitstag – Opposition spricht von Frontalangriff auf die ArbeitnehmerInnen und Kniefall vor der Wirtschaft

Das heftig umstrittene neue Arbeitszeitgesetz, das nun schon am 1. September 2018 in Kraft treten wird, nahm am 12. Juli im Bundesrat die letzte Hürde. Die Regierung brachte somit ihr Vorhaben durch, daß die Betriebe im Bedarfsfall die Maximalarbeitszeit auf zwölf Stunden pro Tag und 60 Stunden die Woche ausdehnen können. Während ÖVP und FPÖ die neuen Bestimmungen als zeitgemäße Antwort auf die moderne Arbeitswelt sahen, befürchteten die RednerInnen der SPÖ sowie der Grünen massive Verschlechterungen für die Bediensteten. Es handle sich um einen Rückschritt in frühindustrielle Zeiten, der zu einem Lohn-, Freizeit- und Gesundheitsraub führe, lauteten die Argumente der SozialdemokratInnen. Für Empörung sorgte vor allem die parlamentarische Vorgangsweise der Beschlußfassung ohne Ausschußberatung sowie das vorverlegte Inkrafttreten des Gesetzes auf Anfang September.

Die emotionale Debatte zeichnete sich auch wieder durch Aktionismus in Form von Taferln auf beiden Seiten sowie durch ein „Geschenk“ der Grünen an die VertreterInnen der Regierung aus, das für viel Empörung sorgte. Bundesrätin Ewa Dziedzic (GRÜNE/W) brachte nämlich Pflastersteine mit, die die Last veranschaulichen sollten, die mit eben diesem Beschluß den österreichischen ArbeitnehmerInnen zugemutet werde.

Nach einer mehr als vier Stunden dauernden Debatte passierten schließlich die Änderungen im Arbeitszeitgesetz, dem Arbeitsruhegesetz und dem ASVG mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ mehrheitlich den Bundesrat. Das Anliegen der SPÖ-Fraktion, dagegen Einspruch zu erheben, fand keine ausreichende Unterstützung.

Bundesrat Reinhard Todt (SPÖ/W) beantragte auch, jeweils eine geheime Abstimmung vorzunehmen, kam damit aber nicht durch. Ebenso wenig Erfolg hatte er mit seinen beiden Entschließungsanträgen betreffend „Rechtsanspruch der ArbeitnehmerInnen auf einseitige Festlegung des Verbrauchs von Zeitguthaben“ sowie betreffend „gerechte Erreichbarkeit einer 6. Urlaubswoche“.

Die Eckpunkte des Gesetzes: Mehr Flexibilität, Freiwilligkeitsgarantie und Benachteiligungsverbot

Durch die Neuerungen im Arbeitszeitgesetz – sie gehen auf einen gemeinsamen Initiativantrag der Regierungsparteien zurück – finden der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche als Maximalvarianten Einzug in das österreichische Arbeitsleben. Grundsätzlich bleiben aber der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche bestehen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit darf jedenfalls 48 Stunden nicht überschreiten. Der Rahmen für die Gleitzeit wiederum kann von derzeit zehn Stunden auf zwölf Stunden ausgedehnt werden. Erweitert wird überdies der Kreis jener Personen, auf die das Arbeitszeitgesetz keine Anwendung findet. Waren bisher nur leitende Angestellte ausgenommen, treffen die Ausnahmebestimmungen nunmehr auch ArbeitnehmerInnen mit maßgeblicher selbständiger Entscheidungsbefugnis. Für den Tourismus wiederum besteht die Möglichkeit, die tägliche Ruhezeit von derzeit elf auf acht Stunden für alle Betriebe mit geteilten Diensten zu verkürzen. Auch soll es die Möglichkeit der Ausnahme von der Wochenend- und Feiertagsruhe geben, dies allerdings beschränkt auf vier Ausnahmefälle pro Jahr.

Ein im Zuge der Nationalratsdebatte vorgelegter Abänderungsantrag von ÖVP und FPÖ brachte noch eine ausdrückliche Freiwilligkeitsgarantie, die im Wesentlichen darauf hinausläuft, daß die Beschäftigten die elfte und die zwölfte Überstunde jederzeit ohne Angabe von Gründen ablehnen können. Flankiert wird dieser Passus von einem Diskriminierungsverbot. Weiters wird nunmehr klargestellt, daß die beiden zusätzlichen Überstunden jedenfalls in Geld oder Freizeit abgegolten werden müssen. Zum Thema Betriebsvereinbarungen hält der Abänderungsantrag fest, daß für die ArbeitnehmerInnen günstige Vereinbarungen weiterhin bestehen bleiben.

SPÖ warnt vor zahlreichen negativen Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes

Die Regierung habe überfallsartig ein Gesetz vorgelegt, das die ArbeitnehmerInnen extrem benachteiligt, kritisierte Reinhardt Todt (SPÖ/W). Niemand bestreite, daß sich die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahrzehnten massiv geändert haben. Durch das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft, das Wohlstand für alle gebracht und den sozialen Zusammenhalt befördert hat, konnten aber immer wieder gute Lösungen für beide Seiten gefunden werden. Er verstehe daher nicht, warum dieses Mal kein Einvernehmen mit den ArbeitnehmervertreterInnen gesucht und der Entwurf ohne ordentliche Beratungen beschlossen wurde. Die Wiedereinführung des 12-Stunden-Tages, der vor über 100 Jahren abgeschafft wurde, sei ein Rückschritt in frühindustrielle Zeiten und führe zu einem Lohn-, Freizeit- und Gesundheitsraub, beklagte er. Reinhard Todt appellierte an den Bundesrat, das Gesetz an den Nationalrat zurückzuschicken, damit die Materie noch einmal ausführlich im Sozialausschuß behandelt werden könne.

In einer Zeit, wo der Druck enorm steige und die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben immer mehr verschwimmen, sei es fatal, die Arbeitszeit noch auszuweiten und die Ruhezeiten zu verkürzen, argumentierte auch Korinna Schumann (SPÖ/W). Schon jetzt würden 250 Millionen Überstunden geleistet, 50 Millionen davon sogar unbezahlt. Besonders negativ werde sich das Gesetz auf die Frauen auswirken, die schon jetzt den Großteil der Betreuungs- und Pflegearbeit leisten. Sie müssen nämlich nun weiterhin in Teilzeit arbeiten bzw. vielleicht sogar ganz aus dem Berufsleben ausscheiden, was zu noch mehr Altersarmut führe. Schumann wies darauf hin, daß nur 2 Prozent der Kinderbetreuungseinrichtungen außerhalb von Wien zwölf Stunden lang geöffnet sind. Es fehlen einfach die Strukturen, um überhaupt einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen zu können, sagte er.

Eva Prischl (SPÖ/N) machte darauf aufmerksam, daß auch die Bischofskonferenz negative Auswirkungen auf das Familienleben befürchtet. GesundheitsexpertInnen warnen zudem davor, daß überlange Arbeitszeiten zu mehr Herzinfarkten und Schlaganfällen führen können und die Unfallgefahr erhöhen. Enorme Belastungen kommen insbe-

sondere auf die älteren ArbeitnehmerInnen hinzu.

Auch werde der Fachkräftemangel im Tourismus noch zunehmen, wenn die Ruhezeit von elf auf acht Stunden reduziert wird, prognostizierte Gerhard Leitner (SPÖ/K). Ebenso werde die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbsarbeit verunmöglicht.

Bundesrat Hubert Koller (SPÖ/St) gab noch zu bedenken, daß die Nettoarbeitszeiten in der Debatte völlig außer Acht gelassen werden. Viele ArbeitnehmerInnen haben lange Anfahrtswege und kehren daher oft sehr spät zu ihren Familien zurück. Es bleibe weder Zeit für die Freizeit noch für die ehrenamtliche Mitarbeit in verschieden Organisationen und Vereinen. In Zeiten der Digitalisierung sollte man vielmehr über eine bessere Verteilung der Arbeit sowie über eine Reduktion der Wochenarbeitszeit nachdenken.

Ja, es gebe Betriebe, wo zwölf Stunden gearbeitet wird, räumte Stefan Zaggl (SPÖ/T) ein, aber dort gebe es auch Betriebsvereinbarungen mit zeitlicher Befristung, finanzieller Abgeltung und Freizeitausgleich. Nach dem Regierungsmodell müsse man aber jederzeit damit rechnen, zwölf Stunden zu arbeiten, und das bedeute einen generellen 12-Stunden-Tag. Die Freiwilligkeit sei nur fiktiv.

Kein einziger Punkt bringe etwas Positives für die ArbeitnehmerInnen, ergänzte Jürgen Schabhüttl (SPÖ/B) und warf seinerseits der Regierung Polemik und Unwahrheit vor. Im Zeitalter der Digitalisierung, der Umstellung auf dem Arbeitsmarkt sei die Arbeitszeitverlängerung menschen-, wirtschafts- und familienfeindlich sowie gesundheitsschädlich.

Elisabeth Grossmann (SPÖ/St) sprach von einem „Frontalangriff“ auf die ArbeitnehmerInnen, auf die Familien und vor allem auf die Frauen. Wie Michael Lindner (SPÖ/O) kritisierte sie das parlamentarische Procedere. Die Regierung sei zu feig, sich der offenen politischen Debatte zu stellen, stellte Lindner fest, sie wolle sich nicht den Kritiken und den Betroffenen stellen. Lindner sprach auch von einem „Arbeitsüberfall, der durchgepeitscht und auf den September vorgezogen“ worden sei.

Günther Novak (SPÖ/K) bedauerte, daß im Fall dieses Gesetzes der Weg der Sozialpartnerschaft verlassen worden sei. Auch er sah eine Diskussionsverweigerung seitens der Regierung und fürchtete zudem eine Aufweichung der Zumutbarkeitsbestimmungen, wodurch aufgrund längerer Berufswege ein 17-Stunden-Tag möglich werden könne.

Grüne: Vor allem die Frauen sind die Leidtragenden der neuen Bestimmungen

Auch die RednerInnen der Grünen ließen kein gutes Haar an der Neuregelung der Arbeitszeit. Ewa Dziedzic (GRÜNE/W) führte die Ausschaltung der Betriebsräte sowie die Beschränkung der Überstundenzuschläge als Hauptkritikpunkte an. Überdies werde der Zugriff auf die Bediensteten erleichtert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie massiv behindert. Dies zeigen auch viele Mails von besorgten BürgerInnen, die sich große Sorgen darüber machen, wie sie etwa in Zukunft ihre Kinder betreuen können. Gleichzeitig werden noch die Mittel für die Kinderbetreuung um ein Viertel gekürzt. Vor allem die Frauen, die ohnehin schon 27 Stunden pro Woche unbezahlte Arbeit leisten, seien daher die Leidtragenden. Nach Ansicht von Dziedzic habe insbesondere die Sozialministerin, die eigentlich die Interessen der 3,7 Millionen ArbeitnehmerInnen und nicht jene von einigen betuchten Sponsoren vertreten sollte, in den ersten 200 Tagen ihrer Amtszeit vollkommen ihre politische Glaubwürdigkeit verloren.

Aufgrund seiner beruflichen Erfahrungen als Saisonnier und im Rettungsdienst wisse er sehr wohl, was ein 12-Stunden-Tag bzw. eine 60-Stunden-Woche in der Praxis bedeuten, erklärte David Stögmüller (GRÜNE/O). Schon jetzt leisten viele ArbeitnehmerInnen manchmal mehr als nötig ist, weil eben Notfälle auftreten, weil sie KollegInnen aushelfen oder Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes haben. In Zukunft können die ArbeitgeberInnen aber einfach überlange Arbeitszeiten anordnen ohne Zustimmung mit dem Betriebsrat bzw. mit den Betroffenen; von Freiwilligkeit könne keine Rede sein. Er sei nicht grundsätzlich gegen eine flexiblere Arbeitszeit, betonte Stögmüller, aber entsprechende gesetzliche Änderungen müßten auch Vorteile für die ArbeitnehmerInnen bringen. Die jetzigen Regelungen stellen jedoch nicht nur eine Zerreißprobe für die Familien dar, sondern gefährden auch das Ehrenamt.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit

Von notwendigen und zeitgemäßen Anpassungen an die moderne Arbeitswelt sprachen hingegen die RednerInnen der ÖVP und der FPÖ. Laut einer aktuellen Market-Umfrage seien 78 Prozent der heimischen ArbeitnehmerInnen bereit, flexibel und phasenweise länger zu arbeiten, hob Bundesrat Christian Buchmann (ÖVP/St) hervor. Gleichzeitig gebe es auch den Wunsch der Betriebe nach mehr Flexibilität sowie die Forderung an die Politik, einen sicheren Rechtsrahmen dafür zu schaffen. Völlig unbestritten sei jedoch, daß der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche weiterhin die Regel bleiben. Nur in Ausnahmefällen soll es möglich sein, auf Auftragsspitzen entsprechend reagieren zu können, unterstrich Buchmann. Besonders wichtig sei ihm das Prinzip der Freiwilligkeit, das ausdrücklich im Gesetz verankert wurde. Bedauerlicherweise konnte die Gewerkschaft nicht über ihren Schatten springen und der notwendigen Arbeitszeitflexibilisierung im Rahmen der Sozialpartnerverhandlungen zustimmen. Die nun vorliegende Lösung sehe er jedenfalls als wichtigen Beitrag zu Absicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich sowie zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit, Familie, Freizeit und soziales Engagement. Auch die Sorgen von Seiten der Kirche, daß die Öffnungszeiten der Handelsbetriebe an Sonn- und Feiertagen ausgeweitet werden könnten, wurden ausgeräumt, stellte Bundesrat Karl Bader (ÖVP/N) mit Nachdruck fest. Er halte es für einen Treppenwitz der Geschichte, daß überlange Arbeitszeiten in staatsnahen Betrieben bereits seit langem erlaubt sind, bei den kleinen und mittleren Unternehmen aber verboten werden sollen, stellte Robert Seeber (ÖVP/N) in Richtung der SPÖ fest.

„Zutiefst betroffen“ zeigte sich Sonja Zwazl (ÖVP/N), da die SPÖ einen Keil hineintreibe und die Wirtschaft in ein falsches Licht stelle. Niemand rede einem generellen 12-Stunden-Tag das Wort, es gehe nur darum, Auftragsspitzen abzudecken. Wenn dann Überstunden anfallen, dann werden sie auch korrekt bezahlt. Der Wirtschaft sei das Miteinander ein großes Anliegen, es werden laufend Dialoge mit den Betroffenen geführt, berichtete die Rednerin, „wir sitzen in einem Boot mit unseren MitarbeiterInnen“. Viele seien bereit, länger zu arbeiten, wenn es mal notwendig ist. Außerdem können es sich die Bediensteten selbst aussuchen, ob sie die elfte oder zwölfte Arbeitsstunde bezahlt haben wollen oder ob sie lieber Freizeitausgleich nehmen. Ähnlich argumentierte Ferdinand Tiefnig (ÖVP/O), ihm zufolge bringt das Gesetz mehr Rechtssicherheit.

FPÖ wirft SPÖ Hetzkampagne und Verunsicherung der Bevölkerung vor

Der steirische FPÖ-Bundesrat Gerd Krusche (FPÖ/St) verteidigte die „gute und für die Wirtschaft wichtige“ Flexibilisierungsregelung, da sie Vorteile für beide Seiten bringe. Einerseits schaffe sie die rechtliche Basis

für die Betriebe, rasch und unbürokratisch auf Auftragsspitzen zu reagieren, und anderseits erlaube sie es den ArbeitnehmerInnen, ihre Arbeitszeit in Absprache mit den Arbeitgebern flexibel zu gestalten. Die Unternehmen hätten schon längst erkannt, daß in den „human ressources“ das wichtigste Kapital liege, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. Es würde ja den Betrieben selbst massiv schaden, wenn sie die ArbeitnehmerInnen zu etwas zwingen, was sie nicht wollen, war Krusche überzeugt. Diese Fakten würden von der SPÖ, die offensichtlich in der modernen Arbeitswelt noch nicht angekommen ist, aber völlig ignoriert.

Das Bild der „ausbeuterischen Unternehmer“, das ständig von den Sozialdemokraten an die Wand gemalt werde, entspreche einfach nicht der Realität, hielt Bundesrat Josef Ofner (FPÖ/K) den Kritikern entgegen. Ausserdem gebe es jetzt schon viele Berufsgruppen, die zwölf Stunden und länger oder am Wochenende arbeiten müssen. Als Beispiel führte er die Gemeinde- und Landesbediensteten in Kärnten an, denen laut Gesetz bis zu 13-Stunden-Dienste pro Tag angeordnet werden können. Als die FPÖ einen Antrag auf Reduktion der Höchstarbeitszeit auf zwölf Stunden eingebracht hat, sei dies von der SPÖ aber abgelehnt worden, stellte Ofner empört fest. Auch bei der Arbeitszeitflexibilisierung habe die SPÖ zu lange geschlafen, weshalb nun die aktuelle Regierung das Problem in die Hand genommen hat, erinnerte Bernhard Rösch (FPÖ/W). Der SPÖ gehe es nur um das Zerstören, sie bringe keine konstruktiven Vorschläge, wetterte auch Andreas Arthur Spanring (FPÖ/N) und prangerte das Verhalten der SPÖ im Parlament als „unwürdig für das Haus“ an.

Schramböck: Einheitlicher Rechtsrahmen für die gelebte Praxis

Bundesministerin Margarete Schramböck (ÖVP) appellierte an alle, die Emotionen zurückzuschrauben und zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren. Erst vor kurzem hätten ExpertInnen des Wifo und des IHS die Notwendigkeit dieser vergleichsweisen kleinen Reform bestätigt und vor Übertreibungen in der politischen Debatte gewarnt. Weder Superlative noch Angstszenarien seien angebracht, es werde lediglich ein einheitlicher Rahmen für die gelebte Praxis geschaffen. Damit sei sichergestellt, daß die Regelung auch für ArbeitnehmerInnen gelte, wo es keine Betriebsräte gibt. Das Gesetz reagiere auf die Realität der Arbeitswelt im Jahr 2018 und hole die Betriebe aus der Illegalität, betonte Schramböck. Sie sei vollkommen dagegen, wenn etwa Überstunden nicht ausbezahlt werden. Jeder könne die elfte und zwölfte Überstunde ablehnen, ohne daß dadurch Nachteile entstehen dürfen. Alle Zuschläge werden weiterhin ausbezahlt, wobei es eine Wahlfreiheit zwischen Geld und Zeit geben wird. Ein zentraler Aspekt der Novelle ist für die Ministerin überdies der Umstand, daß die Menschen nun mehr Freiheit erhalten, über ihre Arbeitszeit selbst zu bestimmen.

Hartinger-Klein: Interessen beider Seiten ausgewogen berücksichtigt

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) begrüßte das Gesetz als praxisgerechte Gestaltung der Arbeitszeit zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen. Der „Luxus von längerer Freizeit“ sei dadurch für jedermann besser leistbar. Es bringe zudem den Vorteil, daß der Vergütungsanspruch auf bisher nicht bezahlte Überstunden nun rechtlich durchsetzbar sei. Das vorliegende Modell mit der Ausweitung der Höchstarbeitsstunden – 12 Stunden pro Tag und 60 Stunden in der Woche – biete vor allem die Möglichkeit, auf unbürokratische Weise auf Arbeitsspitzen zu reagieren. Den Vorwurf, dabei würden die Interessen der ArbeitnehmerInnen verletzt, wies die Ressortchefin aufs Schärfste zurück. Das Gegenteil sei der Fall – besonders jene Bediensteten, die nicht durch einen Betriebsrat vertreten werden, werden am stärksten geschützt. Außerdem werde kein Unternehmer aus Jux und Tollerei eine 60-Stunden-Arbeitswoche vorschreiben, da die Überstundenzuschläge eine Kostenbremse darstellen.

Längere Arbeitszeiten können nun zeitnah durch längere Freizeiträume ausgeglichen werden, erläuterte die Ressortchefin. Dadurch komme es zu keiner Gesundheitsgefährdung, da die notwendige Erholung gewährleistet ist. An der Anzahl der jährlich zulässigen Arbeitsstunden werde sich nichts ändern, betonte Hartinger-Klein abermals. Wichtig war aus Sicht der Ministerin die im Abänderungsantrag festgelegte Freiwilligkeitsgarantie, die neben dem Benachteiligungsverbot sicherstellt, daß ArbeitnehmerInnen nicht gegen ihren Willen zur Leistung von mehr als zehn Stunden pro Tag oder 50 Stunden pro Woche herangezogen werden können. Mit Nachdruck betonte Hartinger-Klein zudem, daß die bestehenden Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträge durch die vorliegende Novelle nicht aufgehoben werden.

Strache: Am 8-Stunden-Tag und der 40-Stunden-Woche wird nicht gerüttelt

Angesichts der seitens der SPÖ vorgebrachten „Polemiken und Unwahrheiten“ müsse er das Wort ergreifen, betonte Vizekanzler Heinz-Christian Strache. „Der 8-Stunden-Tag bleibt und die 40-Stunden-Woche bleibt“, bekräftigte er gegenüber der Opposition. Im Gesetz sei die Freiwilligkeit sowie ein Ablehnungsrecht mit Kündigungsschutz verankert, sagte Strache. Es bringe Rechtssicherheit und entkriminalisiere jene, die länger arbeiten wollen. Auch der Plan A von Christian Kern habe die Freiwilligkeit mit Zuschlägen und Tagesfreizeitblöcken enthalten, und das setze man derzeit um. Außerdem dürfe man schon aus EU-rechtlicher Sicht in einem Durchrechnungszeitraum von 17 Wochen nicht länger arbeiten, innerhalb dessen aber flexibler. In 50 Prozent der Betriebe arbeite man bereits zwölf Stunden pro Tag aufgrund einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat, aber nicht freiwillig – etwa bei den ÖBB -, konterte er den Vorwürfen der SPÖ. ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Plenarsitzungen von Nationalrat und Bundesrat über Video-on-Demand

Künftig werden Plenarsitzungen von Nationalrat und Bundesrat zu Informationszwecken über Video-on-Demand zur Verfügung gestellt werden können. Entsprechende Änderungen im Urheberrechtsgesetz befürwortete die Länderkammer am 11. Juli einhellig. Demnach ist bisher die Zulässigkeit der Nutzung aus urheberrechtlicher Perspektive unklar, da die freie Werknutzung im Zusammenhang mit öffentlichen Reden nur „zu Zwecken der Berichterstattung“ möglich ist. Nun wird das Wort „Berichterstattung“ durch „Informationszwecke“ ersetzt und damit die notwendige Klarstellung vorgenommen. Das Gesetz soll am 12. Oktober in Kraft treten, eine On-Demand-Verfügbarkeit der Sitzungen auf der Parlamentswebsite ist ab dem Frühjahr 2019 geplant. ■

http://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Innenpolitik

Amtsübergabe in der Länderkammer van das Burgenland

BR-Präsidentin Posch-Gruska: Kinder müssen mitbestimmen können, wenn sie Demokratie lernen sollen – Ländervorsitz wechselte von Wien an das Burgenland

Seit 1. Juli 2018 ist Inge Posch-Gruska Präsidentin des Bundesrats. Die feierliche Amtsübergabe von Reinhard Todt an die burgenländische Bundesrätin fand am Vormittag des 10. Juli in Anwesenheit der Landeshauptleute von Wien und Burgenland, Michael Ludwig und Hans Niessl, im Wiener Rathaus statt.

Posch-Gruska will sich besonders der Kinderrechte annehmen und hat als Motto für ihren Vorsitz „Mitbestimmung in Österreich – das kann doch jedes Kind!“ gewählt. Der Bundesrat sei die Zukunftskammer, sagte sie Präsidentin und verwies dabei auf die Initiativen ihrer Vorgänger zum Thema Digitalisierung. Diese hätten dabei eine Vorreiterrolle eingenommen, betonte sie und dankte vor allem Reinhard Todt, das Thema Digitalisierung in den Kontext des gesellschaftlichen Zusammenhalts gestellt und wichtige Lösungsansätze dazu geleistet zu haben.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Bürgermeister Landeshauptmann Michael Ludwig (l.) und Landeshauptmann Hans Niessl gemeinsam mit Bundesrätin Inge Posch-Gruska, die auf Bundesrat Reinhard Todt an die Spitze der Länderkammer des österreichischen Parlaments, dem Bundesrat, folgte.

Kinderrechte – zentrales Thema der Präsidentschaft von Posch-Gruska

Als Zukunftskammer liege es aber auch auf der Hand, daß sich der Bundesrat eingehend mit Kinderrechten und Kindermitbestimmung auseinandersetzt, sagte Posch-Gruska. Sie sei daher sehr stolz darauf, daß es gelungen ist, im Bundesrat einen eigenen Ausschuß für Kinderrechte erkämpft zu haben. Damit sei man Vorreiter im europäischen Vergleich.

Sie habe nun vor, die aktuelle Lage der Kindermitbestimmung auf kommunaler Ebene untersuchen zu lassen. Aus dieser Studie soll dann eine Publikation mit Atlas und Best-Practice-Beispielen entstehen, die allen BürgermeisterInnen sowie öffentlich in den Ge–meinden zur Verfügung gestellt wird. Es sei ihr dabei besonders wichtig, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden etwas zu bewegen und die Kinderrechte, insbesondere die Mitbestimmung von Kindern, in Österreich voranzubringen – auch im Interesse der Weiterentwicklung der Demokratie. „Kinder müssen mitbestimmen können, wenn sie Demokratie lernen sollen“, so Posch-Gruska.

Foto: HBF / Carina Karlovits

Am 13. Juli absolvierte Bundesratspräsidentin Inge Posch Gruska ihren Antrittsbesuch bei Bundespräsident Alexander Van der Besllen in der Hofburg

Die Bundesratspräsidentin will sich in einem weiteren Projekt der Kinder- und Jugendwohlfahrt widmen: Dazu habe sie die Möglichkeit geschaffen, daß Kinder und Jugendliche partizipieren können. In einem ersten Schritt werde sie mit ExpertInnen die Herausforderungen der Kinder- und Jugendwohlfahrt in Österreich von der Kompetenzfrage über die Problematik der Jugendlichen im Alter von 18-plus erörtern, kündigte sie an. Im zweiten Schritt sollen durch Online-Partizipationsmethoden Kinder und Jugend-

liche in den Prozeß zur Lösungsfindung eingebunden werden, um dann in einem dritten Schritt Strategien und Lösungsansätze der Öffentlichkeit, den Landeshauptleuten und Landesregierungen, dem Nationalrat und der Bundesregierung präsentieren zu können.

Arbeit des Bundesrats näher an die Bevölkerung bringen

Grundsätzlich betonte Posch-Gruska, ihr sei es als Präsidentin des österreichischen Bundesrats ein besonderes Anliegen, die wertvolle Arbeit für die Bevölkerung auch näher an die Menschen zu bringen. Um das zu erreichen, müsse es das gemeinsame Ziel sein, den Bundesrat als gesetzgebendes Gremium weiter zu stärken und in der öffentlichen wie internen Wahrnehmung präsenter zu machen.

Offizielle Vorsitzübergabe von LH Michael Ludwig an LH Hans Niessl

Mit dem Wechsel der Ländervorsitz von Wien übernimmt das Burgenland die wichtige Aufgabe, für das zweite Halbjahr die gemeinsame Stimme der Bundesländer zu sein. Im Rahmen des Festakts erfolgte nun die offizielle Übergabe von Bürgermeister Landeshauptmann Michael Ludwig an Landeshauptmann Hans Niessl. Niessl will vor allem Schwerpunkte in den Bereichen Soziales, Bildung und Europa setzen: „Wichtig wird es auch sein, daß wir den EU-Ratsvorsitz Österreichs nutzen. Bei der Festlegung des neuen Finanzrahmens für das EU-Budget und bei der Neuregelung der Strukturförderungen geht es darum, ob auch künftig vor allem ländliche Regionen entsprechend gefördert werden.“ Für eine weiterhin positive Entwicklung sei es, so Niessl, deshalb besonders wichtig, daß es auch nach 2020 möglichst gute Fördermöglichkeiten gibt. Bei einer außerordentlichen Landeshauptleutekonferenz im Oktober wird es ein Zusammentreffen mit Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, geben. An der ordentlichen Landeshauptleutekonferenz, die im November stattfindet, wird auch EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger teilnehmen.

Niessl dankte in seiner Ansprache auch Michael Ludwig und seinem Vorgänger für die hervorragende Vorsitzführung. Ludwig dazu: „Wien und das Burgenland sind ein besonderes Beispiel, wo das Miteinander im Vordergrund steht. Diese gelebte Partnerschaft und Freundschaft hat bereits gute Tradition. Wir werden deshalb auch in Zukunft durch vielfältige Kontakte versuchen, gemeinsame Wege für unsere Bürgerinnen und Bürger in einem gemeinsamen Europa zu finden.“ Der Landeshauptmann überreichte Niessl symbolisch auch einen Dirigentenstab, der bereits durch die österreichischen Bundesländer gewandert ist und jetzt wieder zurück ins Burgenland kommt. Niessl hat nämlich diesen Dirigentenstab vor viereinhalb Jahren an seinen Kärntner Amtskollegen Landeshauptmann Peter Kaiser überreicht, der damals erstmalig in seiner Funktion den Ländervorsitz übernommen hatte.

Der Leitgedanke, das Motto von Landeshauptmann Hans Niessl für die Führung dieses Ländervorsitzes lautet: „Österreich der Länder. Europa der Regionen.“ „Ich werde mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß es gute Entscheidungen im Interesse der Länder, im Interesse der Menschen und im Interesse der Zukunft unseres Landes gibt. Die Landeshauptleutekonferenz zeichnet aus, daß über Parteigrenzen hinweg sachlich, partnerschaftlich und im Geiste großer Gemeinsamkeit Positionen und Lösungen erarbeitet werden, die im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sind. Es geht um einen gelebten Föderalismus, es geht um einen modernen Föderalismus, der auch für die Zukunft Bestand hat, es geht um eine bürgernahe Politik, die nah bei den Menschen ist. Ich bin überzeugt davon, daß die Länder auch in den kommenden Monaten als Motor dieser bürgernahen Politik sehr viel Positives für die Menschen bewegen können.“

Die Landeshauptleutekonferenz ist mit dem Bundesrat, der zweiten österreichischen Parlamentskammer, das politisch wichtigste Gremium der Länderzusammenarbeit und des Föderalismus im politischen System Österreichs. ■

http://www.burgenland.at
https://www.parlament.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/index.shtml

»World Café« im Parlament

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

v.l.: Andrea Holz-Dahrenstaedt, KiA Salzburg, Bundesratspräsidentin Inge Posch-Gruska, Christine Winkler-Kirchberger, KiA Oberösterreich, und Christian Reumann, KiA Burgenland

Im Rahmen des „World Café“ in der Hofburg befaßten sich am 13. Juli fünf Arbeitsgruppen mit den Themen Familie, Schule und Ausbildung sowie Digitalisierung und Partizipation.

Das Impulsreferat dazu hielt Thomas Buchner, der bei SOS Kinderdorf für den Fachbereich Pädagogik zuständig ist. Er skizzierte aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Digitalisierung, Familien und Lebensformen sowie Ausbildung und Beruf. Herausforderungen gibt es etwa bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und beim Übergang von der Fremdunterbringung in die Selbständigkeit. Am Zweiten Arbeitsmarkt gibt es nicht genug niederschwellige Angebote für Jugendliche, die mehr Unterstützung auf dem Weg in die Beschäftigung brauchen. Fehlende Medienkompetenz ist nicht nur ein Problem von Kindern und Jugendlichen, sondern auch von Fachkräften.

Im einem weiteren Schritt ist die Einrichtung einer Online-Plattform geplant. Ein besonderes Anliegen sei ihr, daß sich auch Kinder und Jugendliche an der Online-Diskussion beteiligen können, betonte Inge Posch-Gruska. ■

https://www.parlament.gv.at

SPÖ-FPÖ-Regierung zieht Bilanz

Nach dreijähriger Regierungszusammenarbeit: Rekordbeschäftigung, starker Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit und namhafte Betriebsansiedlungen als Erfolgsindikatoren

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (l.) und Landeshauptmannstellvertreter Johann Tschürtz ziehen mit SPÖ-Klubobfrau LAbg. Ingrid Salamon und FPÖ-Klubobmann Géza Molnár positive Bilanz.

Neue Rekorde bei Beschäftigung und im Tourismus, ein markanter Rückgang der Arbeitslosigkeit, zahlreiche Betriebsansiedlungen und Bestwerte im Bildungsbereich – diese Erfolgsbilanz der dreijährigen Regierungszusammenarbeit präsentierten Landeshauptmann Hans Niessl und sein Stellvertreter Johann Tschürtz gemeinsam mit ihren Klubobleuten LAbg. Ingrid Salamon und LAbg. Géza Molnár am 6. Juli. Man liege mit der Schaffung von Arbeitsplätzen über dem Plan und habe wegweisende Gesetze auf den Weg gebracht. Im Fokus stehe nun der Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz *(siehe Seite 51)* und die Sicherung weiterer EU-Förderungen für das Burgenland.

Die Zusammenarbeit zwischen den Regierungspartnern sei „von Vertrauen, Respekt und von konstruktiver Arbeit geprägt“, stellte Niessl fest. „Wir haben mit diesem neuen Stil, der das Gemeinsame vor das Trennende stellt, gemeinsam viele Vorhaben erfolgreich umsetzen können“. Die jüngst präsentierte Bürgerbefragung im Nordburgenland bestätige eindrucksvoll die erfolgreiche Bilanz und auch die Arbeit der Landesregierung.

Der burgenländische Erfolgsweg gehe weiter, sagte Tschürtz. „Wir haben in allen Bereichen positive Ergebnisse vorzuweisen und werden auch weiterhin sehr zielorientiert wichtige Themen in Angriff nehmen und auch umsetzen. Dieser Weg findet österreichweit Anerkennung.“

Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt und die Schaffung von Arbeitsplätzen sei zum Start vor drei Jahren im besonderen Fokus der Regierungsarbeit gestanden. Hier habe man eine besonders positive Bilanz vorzuweisen: 107.000 Beschäftigte im Juni 2018 markierten einen neuen Rekord und bedeuteten einen Zuwachs (Vgl. Juni 2015) von mehr als 4.000 Beschäftigten in den letzten drei Jahren. „Damit haben wir das Ziel von 1.000 neuen Arbeitsplätzen im Jahr übererfüllt“, so Niessl. Höchst erfreulich sei zudem der Rückgang der Arbeitslosigkeit von 17,5 Prozent in diesem Zeitraum, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit um 56 Prozent (Dezember 2015 bis Juni 2018).

Mit einem Zuwachs von 105.000 Übernachtungen im Winterhalbjahr liege man österreichweit im Spitzenfeld, und auch im Bildungsbereich sei man, wie die jüngsten Ergebnisse der Zentralmatura zeigten, sehr gut unterwegs.

Wirtschaftsstandort

Besonders zufrieden sei man mit der Entwicklung des Burgenlandes zum interessanten und attraktiven Wirtschaftsstandort. Nach Schlumberger in Müllendorf *(siehe Seite 55)*, Sigmapharm in Hornstein oder Wibeba in Heiligenkreuz seien weitere Ansiedlungen bereits unter Dach und Fach.

Sicherheit

Die Maßnahmen im Bereich der Sicherheit hätten das Burgenland zum sichersten Bundesland gemacht, erklärte Tschürtz, der als nächste Vorhaben die Neufassung des burgenländischen Feuerwehrgesetzes und des Landes-Polizeistrafgesetzes anführte.

Landtagsarbeit

Positiv bilanzierten Salamon und Molnár auch die Landtagsarbeit; diese sei „sehr intensiv, von hohem Tempo geprägt“ gewesen. Es habe in der bisherigen Regierungsperiode 90 Gesetzesbeschlüsse gegeben, davon seien 66 einstimmig beschlossen worden. Zu den wichtigsten Bereichen zählten das Jagdgesetz, das Gemeindepaket, die Wohnbauförderung, die Mindestsicherung und zuletzt auch die Clusterregelung bei den Schulen.

Förderperiode

Im Fokus stehe nun, so Niessl, für die Periode nach 2020 möglichst gute Fördermöglichkeiten für das Burgenland zu errei-

chen. Im Rahmen des EU-Vorsitzes Österreichs und des Burgenland-Vorsitzes in der LH-Konferenz wolle man die guten Kontakte zu maßgeblichen Vertretern der EU nutzen, um die Weichen dafür zu stellen.

Gemeinsam für ein starkes Europa der Regionen

Als eine von rund 300 Regionen ist das Burgenland im dementsprechenden EU Ausschuß der Regionen repräsentiert. Im Rahmen eines Burgenland-Besuches traf der Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, am 12. Juli mit Landeshauptmann Hans Niessl und Landtagspräsident Christian Illedits zu informellen Gesprächen zusammen. Übergeordnetes Thema des Arbeitsbesuches war die burgenländische Förderkulisse für die kommende EU-Periode 2021-2027. „Ich bin davon überzeugt, daß Katastrophenszenarien eher unwahrscheinlich sind. Daß das Burgenland seinen bisherigen Status als Übergangsregion beibehält, ist für mich heute wesentlich wahrscheinlicher, als noch vor eineinhalb Jahren. Wie viele Gelder allerdings fließen und wie sie verteilt werden, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht festmachen. Die Entscheidungen zu all diesen komplexen Fragen sollten jedoch nach Möglichkeit noch vor den EU-Wahlen fallen“, erläuterte AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz.

Fast 6 Milliarden Euro Investitionen

Seit dem EU-Beitritt 1995 bis zum Ende der aktuellen Förderperiode im Jahr 2020 werden im Burgenland fast 1,5 Milliarden Euro von der EU, ergänzt um Mittel des Landes und des Bundes, investiert worden sein. Damit werden – bis 2020 – Investitionen in der Höhe von insgesamt fast 6 Milliarden Euro ausgelöst werden. Das Burgenland kann sich deshalb – auch aufgrund dieser EU-Förderungen – über eine äußerst erfolgreiche Entwicklung freuen.

Seit dem Jahr 2000 konnte ein durchschnittliches Jahres-Wirtschaftswachstum von rund 3,5 Prozent erreicht, die Anzahl der Beschäftigten um rund 30 Prozent auf 107.000 und die Zahl der Nächtigungen um rund 30 Prozent gesteigert werden. Die rasante Entwicklung des Wohlstandsniveaus von 68 Prozent des EU-BIP im Jahr 1995 auf fast 90 Prozent des EU-Durchschnitts dokumentieren ebenfalls diese erfolgreiche Entwicklung. Laut einer aktuellen OECD-Studie liegt das Burgenland als Best-Practice-Beispiel unter den besten Regionen Europas.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl (Mitte), Landtagspräsident Christian Illedits (l.), und Karl-Heinz Lambertz, Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen, stehen gemeinsam für ein starkes Europa der Regionen.

Best-Practice-Beispiel

Dazu Landeshauptmann Hans Niessl: „Wir sind als einzige Region Europas von drei neuen EU-Ländern umgeben. Wir müssen daher jetzt die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, damit diese gute Entwicklung nicht zum Stillstand kommt, denn das Burgenland braucht auch nach 2020 Strukturfondsfördermittel vergleichbar mit dem derzeitigen Status einer Übergangsregion. Das Burgenland muß auch weiterhin auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Regionalfonds (EFRE) zugreifen können. Daher begrüßen wir auch den Vorschlag der EU-Kommission zur Anhebung der förderrelevanten BIP-Grenzen von 90 Prozent auf 100 Prozent, womit der Anspruch des Burgenlandes auf weitere Fördermittel zur Regionalentwicklung gesichert ist. Wir sind hier auf einem guten Weg und danken in diesem Zusammenhang auch Karl-Heinz Lambertz, der in seiner Funktion als Präsident des Europäischen AdR unsere Anliegen für eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020 stets unterstützt hat.“

Der AdR

Der Europäische Ausschuß der Regionen (AdR) vertritt die Interessen der regionalen Gebietskörperschaften, beispielsweise der Bundesländer und Gemeinden, in der Europäischen Union. Er bringt den Standpunkt der Gebietskörperschaften zu „Rechtsvorschriften der EU“ ein und verschafft den Regionen so unmittelbares Gehör. Das Burgenland wird im AdR durch Landeshauptmann Hans Niessl und Landtagspräsident Christian Illedits vertreten und ist ein ganz wichtiges Instrument in allen Europaanliegen. „Der Ausschuß der Regionen ist deshalb ein unverzichtbares Gremium, weil er die unmittelbarste Schnittstelle zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Gremien der Europäischen Union darstellt. Hier haben jene Vertreter der regionalen Gebietskörperschaften, die täglich in Kontakt mit der Bevölkerung stehen, ein Mandat. Die Landesregierungen bzw. -parlamente fungieren so als Sprachrohr in beide Richtungen. Wir müssen in Brüssel Akzente setzen, aber auch Impulse aus den Regionen nach Brüssel schicken. Dieser vernetzte Austausch ist wichtig, weil eine erfolgreiche Europäische Union als Bottom up-Prozeß aus ihren kleinsten Einheiten erwachsen muß, um auf einer stabilen Basis zu fußen. Wir als Land, aber auch das Kollektiv der europäischen Städte und Regionen, müssen geschlossen für die Regionalentwicklung auftreten. Unter den österreichischen und deutschen Ländern herrscht deshalb Konsens darüber, daß Kompetenzverlagerungen in die Regionen erfolgen sollen. Dadurch würden ihre spezifischen Bedürfnisse und Probleme berücksichtigt, denn Europa fängt vor Ort an“, hob Landtagspräsident Christian Illedits abschließend hervor. ■

https://cor.europa.eu/de

Prickelnde Aussichten für Wirtschaftsstandort Burgenland

Schlumberger investiert 70 Mio. Euro in einen neuen Standort in Müllendorf – 2019 soll Spatenstich erfolgen – Sektkellerei Szigeti: Neuer Standort in Zurndorf

Über Details und den Planungsstand dieses Projektes, über weitere Betriebsansiedlungen und die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk Eisenstadt informierten Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrätin Astrid Eisenkopf am 20. Juli bei einem Pressegespräch mit Bürgermeister Werner Huf und Schlumberger-Vorstandsmitglied Herbert Jagersberger in Müllendorf.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Freuen sich auf neuen Produktionsstandort in Müllendorf: LRin Astrid Eisenkopf, LH Hans Niessl. Herbert Jagersberger, Vorstandsmitglied Firma Schlumberger, und Bgm. Werner Huf

Dynamische Entwicklung des Wirtschaftsstandorts wird fortgesetzt

Die geplante Errichtung des neuen Produktionsstandortes der Firma Schlumberger in Müllendorf ist die jüngste in einer Reihe von namhaften Betriebsansiedlungen im Burgenland in den letzten Jahren und steht exemplarisch für den Aufschwung des Landes. „Das Burgenland erlebt derzeit einen wahren Boom in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung und Tourismus. Als Landeshauptmann des Burgenlandes bin ich sehr stolz auf die Ansiedlung eines derart großen und renommierten Unternehmens. Damit wird die dynamische Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Burgenland fortgesetzt“, sagte Niessl. „Allein im Vorjahr hat es Betriebsansiedlungen mit einem Investitionsvolumen von 190 Mio. Euro gegeben und es konnten fast 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden“. XXXLutz wird in Zurndorf ein Logistikzentrum errichten (Investitionen: 60 Mio. Euro), und auch der Sekterzeuger Szigeti baut in Zurndorf ein neues Werk.

Burgenländische Gemeinden top im Bonitätsranking

Von dieser Entwicklung profitieren letztlich auch die burgenländischen Gemeinden, freut sich Eisenkopf. „Trotz immer größerer finanzieller Belastungen und Einsparungen schneiden unsere Gemeinden im vor kurzem erschienenen Bonitätsranking sehr gut ab. Dabei werden vor allem die Ertragskraft, Eigenfinanzierungskraft, Verschuldung und freie Finanzspitze bewertet. 37 burgenländische Gemeinden sind heuer im Ranking der 250 Gemeinden mit der besten Bonität vertreten. Das stellt zum einen den Kommunalpolitikern ein gutes Zeugnis aus, und es bestätigt zum anderen auch den ausgewogenen Weg der burgenländischen Landesregierung im Bereich der Transferzahlungen“. Über 65 Mio. Euro betrugen im Vorjahr die Einnahmen der Gemeinden aus der Kommunalsteuer – allein 16 Millionen Euro im Bezirk Eisenstadt –, die wiederum in Infrastrukturmaßnahmen fließen. 2017 betrugen die Investitionen der burgenländischen Gemeinden 110 Mio. Euro, im Bezirk Eisenstadt 21 Mio. Euro. „Damit sind die Gemeinden ein wichtiger Wirtschafts- und Investitionsmotor“. Vor allem der Bezirk Eisenstadt sei sehr erfolgreich unterwegs. So habe man im Juni einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 10,3 Prozent verbuchen können, und zur guten Entwicklung tragen nicht zuletzt namhafte Betriebsansiedlungen wie die Sigmapharm in Hornstein bei.

Schlumberger: 30 MitarbeiterInnen zum Start, Ausweitung bis 60 MitarbeiterInnen geplant

Die neue Sektkellerei der Firma Schlumberger soll mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 70 Mio. Euro – davon 60 Mio. Euro für den Bau, 10 Mio. für die Betriebsausstattung – auf einem 122.000 m² großen Grundstück im Wirtschaftspark Müllendorf errichtet werden. Die verbaute Fläche wird 33.000 m² umfassen, weitere 20.000 m² sind als Verkehrsfläche vorgesehen. Der Spatenstich soll 2019, die Eröffnung 2021 erfolgen; gestartet wird mit 30 MitarbeiterInnen, bei entsprechendem Wachstum wird der Mitarbeiterstand sukzessive auf 50 bis 60 ausgeweitet. Die gesamte Produktion wird von Wien nach Müllendorf verlegt, Wien soll künftig als Besucherzentrum fungieren.

»Müllendorf in Summe mit Abstand das beste Paket«

Die Größe der verfügbaren Fläche, die Nähe zur Autobahn, das gute Preis-Leistungsverhältnis, ein unkompliziertes Umwidmungsprozedere, die Förderungen und das Entgegenkommen und die Freundlichkeit der Verhandlungspartner im Burgenland auf allen Ebenen seien ausschlaggebend für die Wahl des Standorts Müllendorf gewesen. „Wir haben in Summe in Müllendorf mit Abstand das beste Paket bekommen“, betonte

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Norbert Szigeti, Landeshauptmann Hans Niessl, Birgit Szigeti, Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, Bürgermeister LAbg. Werner Friedl und Gemeindevorstand Johannes Meixner bei der Präsentation der Pläne der neuen Produktionsstätte in Zurndorf

Schlumberger-Vorstand Jagersberger. Profitieren soll vom Bau auch die heimische Bauwirtschaft: „Der lokale Lieferant hat bei Preisgleichheit Vorrang". Das gelte auch für die laufende Wartung, für die Schlumberger jährlich 500.000 Euro aufwende. Ein weiteres Atout liege im geologischen Aufbau: Mit dem hohen Kreideanteil seiner Böden sei Müllendorf prädestiniert für die Produktion von Trauben für die Sekterzeugung – Voraussetzungen, wie es sie sonst nur in der Champagne gebe. Schlumberger kaufe schon derzeit jährlich rund 1 Mio. Liter Wein im Burgenland, künftig werden es wohl mehr sein.

„Ein Märchen wird für die Gemeinde wahr", stellte Bürgermeister Huf schon mit Blick auf die Feierlichkeiten zum 750-Jahr-Jubiläum der Gemeinde im kommenden Jahr fest.

„Wir möchten uns sehr herzlich bei der Firma Schlumberger und bei der Gemeinde Müllendorf bedanken und wünschen schon jetzt einen guten Bauverlauf und einen erfolgreichen Betrieb", so Niessl und Eisenkopf unisono.

Sektkellerei Szigeti errichtet eine neue Sektkellerei in in Zurndorf

„A NOBIS" – unter diesem Namen wird Norbert Szigeti im nordburgenländischen Zurndorf eine neue Sektkellerei errichten. Zurndorf gerade deshalb, weil Norbert Szigetis Vater Joseph aus Zurndorf stammt. Die Ansiedlung der Kellerei ist somit eine Rückkehr zu familiären Wurzeln. Das rund 25.000 m² große Grundstück hat die Familie Szigeti bereits erworben. Baustart für das Projekt, das im burgenländischen Stil – neu interpretiert – und mit modernster Ausstattung auf einer Ebene in Green-Building-Bauweise errichtet werden soll, ist Ende 2018. Bereits Mitte 2019 soll die neue Sektkellerei mit einer Gesamtinvestition von rund 6 Millionen Euro fertiggestellt sein. Der Traubenbezug für die Sektherstellung soll vorerst von sieben Winzerfamilien aus Gols, die insgesamt 150 ha bewirtschaften, erfolgen. Langfristig ist die Versorgung mit eigenem Lesematerial aus Rieden rund um Zurndorf geplant.

„Das Burgenland erlebt derzeit einen wahren Boom in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung, Tourismus, Innovation und Forschung. Auch die Betriebsansiedlungen boomen im Burgenland. Das Land sieht sich dabei als Partner der Wirtschaft, sorgt für die entsprechenden Rahmenbedingungen und für rasche Abläufe. Auch die Gemeinde Zurndorf profitiert – vor allem aufgrund der idealen Erreichbarkeit durch die Anbindung an die A4 – größtmöglich davon. Beispielsweise wurde erst vor wenigen Wochen auch bekannt, daß die Möbelhaus-Gruppe XXXLutz in Zurndorf ein neues Logistikzentrum errichten wird. Ich gratuliere der Familie Szigeti zu ihrer Innovationskraft. Sie dokumentiert mit der Errichtung dieser neuen Produktionsstätte ‚A NOBIS' hier am Standort in Zurndorf einmal mehr ihren Qualitätsanspruch im internationalen Vergleich", so Landeshauptmann Hans Niessl.

Neben der Kellerei – mit einer Produktionskapazität von rund 300.000 Flaschen pro Jahr und 500.000 Flaschen im Endausbau – sollen auch moderne Veranstaltungsräumlichkeiten entstehen, die gastronomisch, aber auch kulturell und kommunikativ genutzt werden können. So ist geplant, länderübergreifende, wissenschaftliche Projekte mit den Universitäten der benachbarten Länder durchzuführen und in einer weiteren Bauphase eine rund 750 m² große Wasserwelt zu etablieren. In einem ersten Schritt werden 10 bis 15 MitarbeiterInnen aufgenommen. Schlußendlich werden rund 25 Personen in der Sektkellerei „A NOBIS", was so viel wie „Von uns" heißt, einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben.

Dazu Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Alexander Petschnig: „Ich bin davon überzeugt, daß mit dem Bau der neuen Sektkellerei, mit dieser Produktionsausweitung, deren Realisierung durch eine rasche Entscheidungsfindung auf Landes-, aber auch auf Gemeindeebene größtmöglich forciert wurde, hier sehr zukunftsorientiert und qualitativ hochwertig investiert wird. Damit steigt die Wertschöpfung in der Region, damit wird der Wirtschaftsstandort Burgenland weiter dynamisch aufgewertet, damit werden Arbeitsplätze gesichert bzw. neue geschaffen." ■

https://www.schlumberger.at
http://www.szigeti.at
http://www.wirtschaft-burgenland.at

Hausbau wird im Burgenland schneller und effizienter

Kurze Wege. Rasche Entscheidungen“ – unter diesem Motto startete im Herbst 2017 die größte Entbürokratisierungsoffensive des Burgenlandes. Rund 40 Gesetze, darunter das burgenländische Baugesetz als eine der zentralen Materien, sollen überarbeitet werden. Ziel sind Verwaltungsvereinfachungen für Behörden und BürgerInnen. Landesrätin Astrid Eisenkopf präsentierte am 12. Juli gemeinsam mit den Klubobleuten LAbg. Ingrid Salamon, SPÖ, und LAbg. Géza Molnár, FPÖ, Details zum neuen Baugesetz, das im Frühjahr 2019 in Kraft treten soll.

Seit mehreren Monaten arbeiten Verwaltungsexperten des Landes intensiv an Gesetzes-Novellen. Fast 40 Gesetze sind betroffen, ein Katalog von mehr als 100 Vorschlägen wurde erarbeitet, über eine eigene Homepage hatten sich auch BürgerInnen einbringen können. „Doppelgleisigkeiten beseitigen, Kompetenzen sinnvoll bündeln und Behördenverfahren vereinfachen“ faßt Eisenkopf die Ziele zusammen. „Es geht hier nicht um einfache Kosmetik, sondern um eine klare und effiziente Verwaltung, von der die BurgenländerInnen profitieren.“ Gefragt seien auch „praxisnahe Formulierungen“.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Stellten das neue burgenländische Baugesetz vor, das im Frühjahr 2019 in Kraft treten soll: LAbg. KO Geza Molnar, LRin Astrid Eisenkopf und LAbg. KO Ingrid Salamon

Am weitesten fortgeschritten ist man mit dem Baugesetz, das wesentliche Vereinfachungen bringen soll. Auch Photovoltaikanlagen bis 10 KW Leistung, bisher 5 KW, werden künftig genehmigungsfrei sein. Und geringfügige Bauten nicht mehr bewilligungspflichtig, etwa Swimmingpools bis 50 m² oder Gartenhütten, gelten ab sofort als geringfügige Bauvorhaben, für die keine detaillierten Einreichunterlagen für die Meldung mehr notwendig sind – Skizzen reichen aus. ■

https://www.burgenland.at/land-politik-verwaltung/politik-verwaltung/entbuerokratisierung/

Optimal durch die Sommerferien

Das Burgenland ist bis weit über die Landesgrenzen hinaus als Familienland Nummer 1 bekannt. Daran soll sich, so Landesrätin Verena Dunst, auch in Zukunft nichts ändern. „Im Jahr 2018 fließen rund 35 Millionen Euro in Kindergärten und Familien. Im Burgenland haben wir dazu vielfältige Förderungen – von der Kinderbetreuungsförderung, über das Schulstartgeld, bis hin zum Familienautozuschuß, zur Unterstützung bei Mehrlingsgeburten, zur Tageselternförderung oder zum Kinderbonus. Aber auch viele indirekte Förderungen, wie der EKIZ Förderung oder der Ferienbetreuungsförderung“, so Dunst am 13. Juli in einer gemeinsamen Pressekonferenz am Badesee in Forchtenstein mit Bürgermeisterin Friederike Reismüller, Dorothea Jagschitz, Obfrau Urlaub am Bauernhof, und Vera Balaskovics aus Neutal, der Gewinnerin eines Urlaubs am Bauernhof für eine vierköpfige Familie. Im Sommer erwarten die Familien im Lande ganz besondere Vorteile und Ermäßigungen. Mit dem burgenländischen Familienpaß erhalten beispielsweise 25. 000 Familien im Burgenland bei rund 400 VorteilsgeberInnen Vergünstigungen bis zu 50 Prozent in den Branchen Freizeit, Kultur, Handel, Gewerbe, Tourismus und Gastronomie.

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Familienlandesrätin Verena Dunst am Badesee in Forchtenstein mit Bürgermeisterin Friederike Reismüller, Dorothea Jagschitz, Obfrau Urlaub am Bauernhof, und Vera Balaskovics aus Neutal, der Gewinnerin eines Urlaubs am Bauernhof für eine vierköpfige Familie

Durchschnittlich beantragen jährlich rund 60 Organisationen Ferienbetreuungsförderung und erhalten insgesamt rund 75.000 Euro. Tendenz steigend! Dunst dazu: „Auf der Familienland Burgenland Homepage gibt es die Möglichkeit, Ferienbetreuungsaktionen im Burgenland ausfindig zu machen.“ ■

http://www.familieland-bgld.at

Nachhaltige Strategie für Bauen und Wohnen

OSG-Projekt »Die Erbse« in Bruckneudorf verbindet Modernes mit Tradition – Bauen in gewachsenen Strukturen, mit vorhandener Infrastruktur, auf ehemaligen Gewerbe- und/oder Industrieflächen

Foto: Bgld. Landesmedienservice

Vizebürgermeister Gerold Eder, OSG-Vorstand KommR Dir. Alfred Kollar, Landeshauptmann Hans Niessl, Bürgermeister Gerhard Dreiszker, Gemeindevorstand Christian Hanel und Gemeindevorständin Herta Schuster

Die Oberwarter Siedlungsgenossenschaft, kurz OSG, leistet als größte Baugenossenschaft des Burgenlandes einen großen und wertvollen Beitrag zur hohen Lebensqualität und ist ein wichtiger Impulsgeber für die heimische Wirtschaft. Die OSG ist aber auch ein wichtiger Partner von „Wir bauen Burgenländisch“, einer Initiative von Landeshauptmann Hans Niessl, durch die Wertschöpfung und Arbeit im Land bleiben sollen. Jeder 10. Burgenländer wohnt heute in einem OSG-Bau. Besonders in Bruckneudorf ist die OSG sehr aktiv. In der Großgemeinde gibt es 534 Wohnungen der OSG, in der knapp 1.200 Menschen leben. Auch die größte von den OSG – jemals als Einzelbauvorhaben – errichtete Wohnhausanlage mit mehr als 100 Wohnungen und einem Bauvolumen von knapp 15 Millionen Euro befindet sich in Bruckneudorf.

„Die OSG ist damit ein wichtiger Motor für die heimische Wirtschaft und für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Wie bereits bekannt ist, hat die OSG das Areal der ‚Erbse‘ im Zentrum von Bruckneudorf erworben. Beabsichtigt ist nun, daß die ursprüngliche Erbsenfabrik in eine Volksschule, die den Anforderungen der wachsenden Großgemeinde entspricht, umgebaut wird. Weiters sind – im Bereich der Gärtnergasse – Reihenhäuser geplant, wobei der 1. Bauabschnitt mit 14 Häusern schon knapp vor dem Baubeginn steht. Insgesamt sollen in Bruckneudorf ca. 200 Wohnungen, aber auch Geschäfte, Büros und idealerweise auch Lokale entstehen. An dieser Stelle möchte ich der Gemeinde Bruckneudorf, aber auch der OSG zu dieser Kooperation, zu diesem nachhaltigen Wohn-Konzept, zu diesem Musterprojekt herzlich gratulieren“, so der Landeshauptmann in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit OSG-Vorstand KommR Dir. Alfred Kollar und Bürgermeister Gerhard Dreiszker in Bruckneudorf. Österreich verbaut jährlich 0,5 Prozent seiner Fläche für neue Einkaufszentren, Industriegebiete und Wohnflächen. Niessl dazu: „Was dabei ein noch viel größeres Problem darstellt, ist die tägliche Neuverbauung von rund 20 Hektar an Äckern und Wiesen während der letzten Jahre. Dem gegenüber stehen laut Erhebungen des Umweltbundesamtes 40.000 Hektar leerstehende Industrie-, Gewerbe- und Wohnimmobilien. Es freut mich deshalb sehr, daß die OSG und die Gemeinde Bruckneudorf Verantwortung gegenüber nachkommenden Generationen übernehmen und mit unseren Böden sorgsam umgehen.“

Aber nicht nur in Bruckneudorf, sondern auch insgesamt gesehen ist die OSG ein österreichweites Best Practice Beispiel, die diesen Weg – Bauen in gewachsenen Strukturen, mit vorhandener Infrastruktur, auf ehemaligen Gewerbe- und/oder Industrieflächen – bereits vor Jahren eingeschlagen hat und der mittlerweile zur Strategie wurde. So entsteht derzeit beispielsweise in Bruckneudorf mit 102 Wohnungen die größte Wohnanlage, die die OSG jemals als Einzelbauvorhaben errichtet hat. Gebaut wird im Zentrum des Ortes, auf dem Areal einer ehemaligen Autowerkstätte. Aufgrund der außergewöhnlich guten Nachfrage wurde nun im unmittelbaren Nahbereich mit der „Erbse“ ein ehemaliges Fabrikgelände mit einer Größe von mehr als 41.000 m² gekauft, auf dem mit einem Investitionsvolumen von 40 bis 45 Millionen Euro die Errichtung einer Volksschule, von weiteren Wohnungen, von Reihenhäusern und auch von Gewerbeflächen angedacht ist. Dazu KommR Alfred Kollar: „Auch das neue OSG-Büro in Neusiedl am See, das inmitten einer großen Wohnanlage steht, befindet sich auf einem

Grundstück, das ehemals als Fabrik, nämlich als Konservenfabrik, genutzt wurde. Eine Vielzahl von in den letzten Jahren derart entstandenen, entwickelten oder in der Projektphase befindlichen Bauvorhaben unterliegt dieser Firmenphilosophie."

Ein weiterer wichtiger Impulsgeber für die heimische Wirtschaft, aber auch für die hohe Lebensqualität ist die Burgenländische Wohnbauförderung. Primäres Ziel war und ist dabei, allen BurgenländerInnen leistbares Wohnen in hoher Qualität zu ermöglichen. Die Wohnbauförderung trägt aktiv dazu bei, daß die Menschen im Land bleiben, daß junge Familien nicht abwandern, sondern ihren Lebensmittelpunkt weiterhin in ihrer Heimatregion haben. „Faktum ist, daß die Wohnpreise im Burgenland im Bundesländervergleich am niedrigsten sind. Das wird durch Studien immer wieder bestätigt. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet auch die Wohnbauförderung. In den vergangenen fünf Jahren wurden rund 15.000 Wohneinheiten gefördert. Heuer stehen für die Wohnbauförderung im Burgenland mehr als 121 Millionen Euro bereit. Wir haben schon bisher, wie beispielsweise mit ‚Junges Wohnen', ‚Sicheres Wohnen' oder mit der Wintersanierungsoffensive, die bis Ende April gelaufen ist, mit der Wohnbauförderung gezielt Schwerpunkte gesetzt", betonte der Landeshauptmann.

Das Burgenland ist in vielen Bereichen das Wohnland Nummer 1. „Das sind wir weiterhin beim Wohnungsbau. Aber beim Bau von Einfamilienhäusern mußten wir erkennen, daß der Trend in die falsche Richtung geht, daß immer weniger Einfamilienhäuser gefördert werden. Das Burgenland hat sich einmal einen Namen als das ‚Land der Häuslbauer' gemacht. Genau dort wollen wir mit der Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes, die im September dieses Jahres in Kraft tritt, wieder hin. Daher haben wir die Einkommensgrenzen angehoben, um vermehrt den Mittelstand anzusprechen. Das höchstzulässige Jahreseinkommen netto beträgt derzeit 62.500 Euro. Künftig wird es 68.000 Euro betragen. Auch die Grundförderung wird angehoben und gestaffelt, zum Beispiel bei einer Wohnnutz-Fläche von bis zu 150 m² von derzeit 40.000 Euro auf 51.000 Euro. Auch der Kindersteigerungsbetrag wird erhöht. Der soziale Aspekt bleibt auf jeden Fall erhalten. Daher wird es auch einen Sozialzuschlag in der Höhe von maximal 15.000 Euro für Bezieher kleiner Einkommen geben", so Niessl abschließend. ■

http://www.osg.at

»Modernes Wohnen«

Energie Burgenland schafft Photovoltaik-Gemeinschaftsanlagen mit der NEUBAU und der OSG

Foto: Energie Burgenland AG

v.l.: Michael Gerbavsits, Vorstandsvorsitzender Energie Burgenland, KommRat Alfred Kollar, OSG-Obmann, Alexander Pultz, Geschäftsführer Energie Burgenland Wärme und Service GmbH, KommRat Dir. Anton Mittelmeier, Geschäftsführer Neue Eisenstädter, und Alois Ecker, Vorstandsdirektor Energie Burgenland

Eine Photovoltaikanlage zur Stromselbstversorgung, effiziente Wärmeversorgung, E-Ladestationen vor der Haustüre und intelligente Strommeßgeräte mit Energiemonitoring: So sieht das erste „Haus der Energiezukunft" der Energie Burgenland aus, das durch die Neue Eisenstädter – Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. am Winzerweg in Eisenstadt realisiert wurde. Möglich macht dies eine Neuerung im Elektrizitäts- und -organisationsgesetz (ElWOG) vom Juni 2017, die den Weg für die gemeinschaftliche Nutzung von Photovoltaikanlagen mehrerer Teilnehmer ebnete. Die Anlage in Eisenstadt – mit 36 Wohnungen auf drei Stiegen aufgeteilt – wurde Mitte Juni an die Bewohner übergeben und ist erst der Anfang einer Reihe solcher energieeffizienten Wohnbauten für das sonnenreichste Bundesland.

„Das Haus der Energiezukunft ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich Wohnen in den kommenden Jahren verändern wird. Der Konsument wird zum Stromproduzent grüner Energie", so Energie Burgenland Vorstandsvorsitzender Michael Gerbavsits. „Hierfür testen wir gerade ein neues Konzept für Privatkunden. Denn in Zukunft sollen sich die Bewohner an einer Photovoltaik-Gemeinschaftsanlage finanziell beteiligen können", präzisiert Gerbavsits. Mit dem Projekt „Modernes Wohnen" hat sich das Unternehmen zum Ziel gesetzt, energieeffizientes Wohnen in Zusammenarbeit mit diversen Bauträgern im gesamten Burgenland voranzutreiben.

„Die Vorteile des Projektes in der Landeshauptstadt sprechen für sich: Direkt vor der Haustüre wurden zwei E-Ladestationen errichtet, die rund um die Uhr in Betrieb sind. Auf dem Dach der Stiege 2 hat die Energie Burgenland eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 11,1 Kilowatt-Peak (kWp) errichtet und testet hierfür das neue Konzept für Privatkunden", berichtete Alois Ecker, Vorstandsdirektor der Energie Burgenland.

In der Pilotphase wird der erzeugte Ökostrom zur Abdeckung des Stromverbrauchs für Heizung und Warmwasserbereitung (eine Kombination aus Erdgas und thermischer Solaranlage) sowie für den Betrieb der E-Ladestationen verwendet. Etwaiger Überschußstrom kann mittels elektrischem Heizstab in Wärme umgewandelt werden. Diese Konstellation läßt die Betriebskosten senken. Im zweiten Schritt sollen die Bewohner die selbstproduzierte grüne Energie auch für ihren täglichen Bedarf nutzen können.

Dokumentiert wird der Stromverbrauch im Stiegenaufgang mittels „Smartmonitor", der den aktuellen Konsum auf einem Display wiedergibt. ■

https://www.energieburgenland.at
http://www.osg.at
http://www.nebau.at

Burgenländische Leitbetriebe formen Zukunft

FH und Energie Burgenland weit über das Stromnetz hinaus stark vernetzt – Innovation, Nachhaltigkeit und Forschung im Zentrum der beidseitigen Interessen

Energie Burgenland und die Fachhochschule Burgenland sind wesentliche Arbeitgeber in der Region. „Uns verbindet aber nicht nur die Anzahl der Köpfe, sondern vor allem die Dynamik in den Köpfen – und die stecken wir immer wieder sehr erfolgreich zusammen“, sagte Georg Pehm, Geschäftsführer der FH Burgenland, am 18. Juli in Eisenstadt. Denn, „nicht am Puls der Zeit zu bleiben, kann sich ein Energieversorgungsunternehmen im wahrsten Sinne des Wortes nicht leisten, Innovation ist wichtiger denn je“, betonte Michael Gerbavsits, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland. Die FH Burgenland mit ihren gebündelten Forschungskapazitäten und als Think Tank kreativer Köpfe sei hier natürlich Ansprechpartner Nummer 1. „Die Energie Burgenland und die FH Burgenland zählen zu den dynamischsten Unternehmen des Landes. Wir teilen die Begeisterung für Innovationen jedoch genauso wie grundsätzliche gemeinsame Werte“, betonen die beiden Manager. Daraus entstehen laufend Möglichkeiten zu Kooperationen, im Rahmen deren die beiden Unternehmen die Zukunft des Landes maßgeblich mitgestalten.

Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH

Gemeinsam erfolgreich (v.l.): Michael Gerbavsits, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, Raphaela Reinfeld-Spadt, Abteilungsleiterin Innovations- und Produktmanagement der Energie Burgenland, Markus Pfeiffer, Student im Masterstudiengang Nachhaltige Energiesysteme der FH Burgenland, und Georg Pehm, Geschäftsführer der FH Burgenland

Kein einmaliger Funkenflug

Daß Aus- und Weiterbildung an der FH Burgenland höchste Priorität genießen, liegt auf der Hand. Doch auch die Energie Burgenland sei auf eine laufende Höherqualifikation der rund 900 MitarbeiterInnen bedacht, so Gerbavsits. Ein gemeinsamer akademischer Masterstudiengang wurde erfolgreich durchgeführt und brachte im Herbst 2017 die ersten Absolventinnen und Absolventen hervor. Auch Seminare und Workshops für Mitarbeiter stehen laufend am Programm, konzipiert und durchgeführt im Hause FH Burgenland.

Der Wissensfunke springe selbstverständlich auch auf die Studierenden der FH Burgenland über, so Pehm. Regelmäßig erhalten diese die Gelegenheit, in den verschiedensten Abteilungen der Energie Burgenland Praxisluft zu schnuppern. Dies geschehe in Form von Berufspraktika, aber auch im Rahmen von Praxisprojekten, in denen Studierende an konkreten Fragestellungen arbeiten und die Energie Burgenland als Auftraggeber fungiert.

„An Forschung und Innovation zu arbeiten ist nicht nur unser gesetzlicher Auftrag, sondern liegt quasi in der DNA der FH Burgenland“, betont Pehm: „Wir sind neugierig im besten Sinn des Wortes und ‚innovationsgetrieben‘ in höchstem Maße. Daraus ergibt sich eine spannende Schnittmenge mit der Energie Burgenland, die allen Vorteile bringt.“

Unter Strom

Als Beispiel für ein solches Projekt nennt Raphaela Reinfeld, Energie Burgenland Abteilungsleiterin für Innovations- und Produktmanagement, „PV Remote Monitoring“: „Die Aufgabe für die Studierenden lautete: Wir möchten für unsere Kunden eine Fernüberwachung ihrer Photovoltaikanlagen entwickeln. Produziert die Anlage trotz Sonnenscheins plötzlich keinen Strom, erfolgt ein Hinweis und der Fehler kann von unseren Spezialisten so schnell wie möglich behoben werden.“

Für Markus Pfeiffer, Student im Masterstudiengang Nachhaltige Energiesysteme, und seine Gruppe war es eine besonders herausfordernde Aufgabe, an einer realen Fragestellung eines großen Unternehmens zu arbeiten. Informationen aus der Fachliteratur dazu gab es noch nicht. „Es ist für uns Studierende eine sehr spannende und vor allem lehrreiche Möglichkeit an einem realen Projekt für ein großes Unternehmen arbeiten zu können“, resümiert er. Ähnliche Zusammenarbeit mit Studierenden der FH Burgenland gab es etwa bei der Konzeption einer Internetplattform für Businesskunden oder der Analyse von Drucksorten und Homepage.

„Uns geht es um neue Blickrichtungen. Die Energiewelt hat sich in den letzten Jahren sehr stark geändert und damit auch die Anforderungen an die Zukunft – Stichwort Energiewende. Zwar ist die Energie Burgenland als Produzent von 100 Prozent erneuerbarer Energie bereits auf dem besten Weg, dennoch braucht es neue Lösungen – für technische und digitale Herausforderungen, Mobilität und die Wünsche unserer Kunden“, so Innovationschefin Reinfeld. Deshalb sei der Bereich Innovation, Forschung und

Produktentwicklung in der Energie Burgenland im vergangenen Jahr auch neu aufgestellt worden und ist ein wichtiger Teil der Zukunftsstrategie. Die Ideen und Sichtweisen idealistischer innovativer junger Menschen, die die Welt noch nicht durch die „Energieversorger-Brille“ betrachten, bieten spannende Impulse für agile Innovationsarbeit.

Gemeinsam arbeite man deshalb auch an Forschungsprojekten im Green Energy Lab, Österreichs größtem Innovationsprojekt für grüne Energie, das die Energie Burgenland mitaufgebaut hat und nun auch als wesentlicher Partner trägt. Dort sollen neue Maßstäbe für die Energie- und Mobilitätszukunft gesetzt werden.

Gemeinsam erfolgreich

Unter dem Dach der Landesholding Burgenland arbeiten die beiden Leitbetriebe auch gemeinsam an Managementstrategien. Im Sommersemester entwickelte die FH Burgenland unter anderem eine gemeinsame Plattform für die Bewußtseinsbildung von MitarbeiterInnen zu den Themen IT Security, Compliance und der DSGVO.

„Die FH Burgenland ist ein gemeinwohlorientiertes Unternehmen. Nachhaltigkeit und Regionalität liegen uns besonders am Herzen. Daher steht es für uns außer Frage, in unseren Häusern auf die erneuerbare Energie aus dem Burgenland zu vertrauen und grünen Strom sowie erneuerbare Fernwärme zu beziehen“, erklärt Pehm. Synergieeffekte ergeben sich auch durch die Zusammenarbeit mit dem EBRZ – Erstes Burgenländisches Rechenzentrum in IT-Fragen oder der Nutzung des Energie Burgenland Fuhrparks.

Zahlen. Daten. Fakten.

Die FH Burgenland bietet derzeit an zwei Studienzentren in Eisenstadt und Pinkafeld neun Bachelor- und 13 Masterstudiengänge an. Derzeit studieren rund 3.000 Studierende in fünf Departments, nämlich Wirtschaft (mit Schwerpunkt Zentral-Osteuropa), Informationstechnologie und Informationsmanagement, Energie-Umweltmanagement, Gesundheit und Soziales, sowie in ebenso vielen Masterlehrgängen der akademischen Weiterbildung. Über 6.500 AbsolventInnen in guten Positionen beweisen die hohe Ausbildungsqualität. Im kommenden Studienjahr feiert die FH Burgenland ihr 25-Jahr-Jubiläum. Mit über 600 Beschäftigten in der Unternehmensgruppe hat sich die FH Burgenland zu einem der wichtigsten Arbeitgeber in der Region entwickelt.

Die Energie Burgenland ist ein österreichisches Energieunternehmen mit Sitz in Eisenstadt und mit rund 900 MitarbeiterInnen, das in der Energiegewinnung zu 100 Prozent auf Wind, Sonne, Wasser und Biomasse setzt. Das Kerngeschäft der Energie Burgenland ist die Erzeugung, Verteilung und der Vertrieb von Strom, Erdgas und Wärme sowie integrierte innovative Energielösungen im Burgenland. ■

http://www.fh-burgenland.at
https://www.energieburgenland.at

Neugestaltung des Seebads Breitenbrunn am Neusiedler See

Esterhazy Immobilien und Marktgemeinde Breitenbrunn gaben Auskunft über derzeitigen Planungsstand

Foto: Janusch – the visual collective

Rendering des künftigen Seebads Breitenbrunn am Neusiedlersee

Das Seebad Breitenbrunn hat bisher schon vielen unterschiedlichen Nutzern optimale Möglichkeiten eröffnet, ihre Hobbies auszuüben und sich zu erholen. Nach vier Jahrzehnten ist das Areal allerdings deutlich in die Jahre gekommen und benötigt dringend Erneuerung, wenn der Freizeitwert und die naturnahe Erholung erhalten bleiben sollen. Auch die Schaffung einer hochwertigen regionalen Gastronomie ist ein wichtiger Teil der Neukonzeption. Ebenso wird den neuen und alten Trendsportarten nunmehr ausreichend Platz und Unterkunft geboten werden. Die verbesserte Nutzung soll auch der Marktgemeinde Breitenbrunn deutliche Vorteile bringen. Dazu Bürgermeister Helmut Hareter: „Im neuen Seebad sollen bis zu sechzig Arbeitsplätze entstehen. Diese Chance für Breitenbrunn müssen wir nutzen.“ Christian Janisch von den Esterhazy Immobilien betonte darüber hinaus die Notwendigkeit und die Chancen des geplanten Umbaus: „Mit einer nachhaltigen und zeitgemäßen Neugestaltung des Areals werden wir einerseits Bewährtes erhalten und andererseits Modernität und Fortschritt schaffen.“

Aus einem internationalen Wettbewerb im Herbst 2015 ging das Team „gregor& sebastian architekten“ und „Korbwurf landschaftsarchitektur“, beide aus Wien, im Mai 2016 als Sieger hervor.

Der Umbau selbst ist in verschiedenen Bauphasen gegliedert. Die erste Bauphase soll bereits Ende 2018 beginnen. Das Seebad-Areal wird für die Öffentlichkeit weiterhin, genauso wie bisher, zugänglich sein. Der öffentlich zugängliche Bereich wird sogar um mehr als 10.000 m² erweitert. Es wird ein Lodgepark mit einstöckigen Appartements entstehen, in denen Gäste des Seebads ihren Urlaub verbringen können. Die locker angeordneten Lodges sind in die Gräserlandschaft eingebettet und über Fußwege verbunden. ■

https://esterhazy.at/de/immobilien/immobilienentwicklung/5005756/Projekt_Neugestaltung-Seebad-Breitenbrunn

Soziales Grätzel wächst weiter!

Soziale Musterstadt – Mattersburg legt vor

Das soziale Grätzel in Mattersburg im Bereich Michael Koch-Straße/Mörzgasse wird immer größer. Nach der Ansiedlung von „Mein Laden“ sind mit der Villa Martini, pro mente, den Heinzelfrauen und Savio insgesamt fünf soziale Institutionen in einem Umkreis von 150 Metern zu finden.

„Die Gegend rund um die Villa hat sich zu einem sozialen Grätzel entwickelt, wo Synergien entstehen und genutzt werden. Ich freue mich über die positive Entwicklung zur sozialen Musterstadt,“ meint Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

OSG-Chef Alfred Koller, Bürgermeisterin Ingrid Salamon und der ehemalige pro mente-Obmann Bruno Wögerer im sozialen Grätzel beim Generationenplatz

Die Einrichtungen im sozialen Grätzel Mattersburg

Villa Martini: Das Sozialzentrum Villa Martini wurde im Jänner 2006 eröffnet und ist seither immer gut ausgelastet. Aufgrund der großen Nachfrage wurde die Villa ausgebaut und das Angebot erweitert. Der weitere Ausbau wurde 2017 fertig gestellt. Mehr als eine Millionen Euro wurden in das Projekt investiert, die Betreuungskapazität von 30 auf 50 Betten aufgestockt. Neben der Villa Martini wurde 2016 das „pro mente“ Haus für Menschen mit besonderen Bedürfnissen errichtet und angrenzend bietet die Stadtgemeinde Mattersburg „Betreutes Wohnen“ an. In einem eigenen Bau wurden seitens Gemeinde gemeinsam mit der OSG 17 Wohneinheiten errichtet.

Pro mente: Das Wohnhaus ist nach modernsten psychiatrischen Konzepten für die Unterbringung, die Therapie und die Behandlung von 23 Personen ausgerichtet. Zusätzlich stehen zwei Krisenplätze zur Verfügung. Die Klientinnen und Klienten haben die Möglichkeit, in Wohngruppen für jeweils acht Personen zu leben. Einzelzimmer, gemeinsame Wohnräume und kleine Küchen bieten Raum zur Mitgestaltung des Tagesablaufes. Ein breites Therapiespektrum, fachkundige Begleitung durch das Team sowie regelmäßige fachärztliche Betreuung runden das Angebot ab.

Im Tageszentrum können zusätzlich 16 externe KlientInnen neben Gruppen- und Individualtherapien durch geregelte Tagesstrukturen an die selbständige Gestaltung des Alltags herangeführt werden.

Cafe Savio: Das Projekt Café SAVIO entstand im Jahr 2012 und hat den Zweck, Jugendliche durch die Kombination aus Beschäftigung in der Gastronomie und sozialpädagogischer Betreuung eine Chance für ihre Zukunft zu ermöglichen. Seitdem konnten über 80 junge Erwachsene betreut werden. Zwei Arbeitsanleiter arbeiten hier im Team mit zwei bis drei Jugendlichen. Zudem werden sie von einem Sozialarbeiter beim beruflichen Alltag begleitet. Ein zentrales Ziel ist vor allem die Existenzsicherung durch einen sicheren Arbeitsplatz.

Die Heinzelfrauen: Derzeit bietet der Verein Vollzeitarbeitsplätze für 13 Heinzelfrauen an. Die Frauen werden in den Bereichen Raumpflege in Privathaushalten sowie im Bügelservice vor Ort eingesetzt. Im Vordergrund steht die Vermittlung langzeitarbeitsloser und/oder älterer Frauen in den Arbeitsmarkt. Die Heinzelfrauen dürfen zwischen sechs Monaten und einem Jahr im Projekt beschäftigt werden

Mein Laden: Der Sozialverein Mein Laden ist vor kurzem in die Michael Koch-Straße 43a übersiedelt. Bei dem Verein handelt es sich um ein gemeinnütziges Beschäftigungsprojekt, das vom AMS, dem Land Burgenland und Spendern gefördert wird. Derzeit sind fünf Personen fix angestellt und 17 Transitangestellte beschäftigt, die wieder in den normalen Arbeitsmarkt eingliedert werden sollen. Im Laden bekommt man von Möbeln über Gewand bis zu Spielzeug und Elektrogeräten alles für den Haushalt, außerdem helfen die MitarbeiterInnen bei Übersiedlungen.

Neben dem sozialen Grätzel sind auch auf anderen Plätzen in der Stadt wie etwa in der Angergasse 1 (ehemalige BH) soziale Einrichtungen untergebracht. Die Bandbreite an sozialer Unterstützung seitens der Stadtgemeinde ist vielfältig. Zu den sozialen Ausgaben der Stadt zählen die Taxigutscheine für MindesteinkommensbezieherInnen genauso wie die Kostenzuschüsse für das StudentInnen-Semesterticket, für die Hauskrankenpflege, für Essen auf Rädern, für das Fahrsicherheitstraining, für den Disco-Bus sowie für Babygutscheine.

„Ohne eine aktive Sozialpolitik und deren Institutionen kann eine Gesellschaft nicht funktionieren. Es ist mir sehr wichtig, daß alle MattersburgerInnen und WalbersdorferInnen wissen, daß es für sie in schwierigen Lebensabschnitten hier in der Stadt Hilfe gibt. Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit können jeden treffen, darum bin ich stolz auf all unsere Organisationen, die dem entgegenwirken“, erklärt Bürgermeisterin Ingrid Salamon. ■

http://www.mattersburg.gv.at

Erbhof Nährer wird für Leopoldiwein ausgezeichnet

Der Leopoldiwein zählt zu den Spezialitäten des Weinguts Erbhof Nährer in St. Georgen. Beim „SALON Österreich Wein“ wurde die Spätlesecuvée aus Muskat-Ottonel und Neuburger in einem mehrstufigen Prozess zum Bundessieger gewählt.

Der „SALON Österreich Wein“ ist Österreichs härtester Weinwettbewerb und gilt als Staatsmeisterschaft des heimischen Weines. In der Kategorie „Fruchtsüße Weine“ wurde die Spätlese von Dietmar und Sylvia Nährer, basierend auf den Landesprämierungen für Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, in mehreren unabhängigen Blindverkostungen ermittelt. In der Finalkost wurde der Wein des St. Georgener Traditionsweingutes von der Österreich Wein Marketing (ÖWM) am höchsten bewertet und somit zum SALON Sieger.

„Unser Leopoldiwein 2017 schmeckt angenehm leicht und sehr fruchtig nach Muskat Ottonel. Das harmonische Zucker-Säure-Spiel verwöhnt den Gaumen und bietet einen gehaltvollen, finessenreichen Abgang mit dem Geschmack nach reifen Neuburgertrauben“, beschreibt Dietmar Nährer seinen ausgezeichneten Wein.

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner (r), Stadtbezirksvorsteherin GR Heidi Hahnekamp (l) und GR Hermann Nährer (2.v.l.) gratulieren Gloria, Silvia und Dietmar Nährer zur Auszeichnung.

Bürgermeister Thomas Steiner, Stadtbezirksvorsteherin Heidi Hahnekamp und Gemeinderat Hermann Nährer gratulierten zum beachtlichen Erfolg. „Immer wieder schaffen es Eisenstadts Winzer auch überregional auf sich – und letztlich auch auf die burgenländische Landeshauptstadt – aufmerksam zu machen. Tests und Verkostungen wie diese zeigen, daß sich unsere Winzer nicht vor dem Vergleich scheuen müssen. Ich gratuliere Sylvia und Dietmar zu diesen tollen Erfolgen und bin stolz auf unsere Eisenstädter Winzer!“, freut sich der Bürgermeister. ■

http://www.erbhof-naehrer.at

Ferialpraktikanten und Piraten im Mattersburger Rathaus

Insgesamt acht Ferialpraktikantinnen unterstützen heuer die MitarbeiterInnen der Stadtgemeinde Mattersburg während der Sommermonate.

Zwei von ihnen arbeiten im Rathaus, einer am Bauhof und fünf in den Kindergärten er Stadt. „Es ist wichtig, daß junge Menschen in die Arbeitswelt schnuppern und ihre ersten Erfahrungen sammeln. Wir haben heuer so viele FerialpraktikantInnen wie nie zuvor“, erklärte Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Piraten enterten das Rathaus

Die Kinder der Ferienbetreuung der Volksschule Mattersburg besuchten im Rahmen der Ferienbetreuung das Rathaus der Stadt und veranstalteten vor Ort eine Schatzsuche. 37 Kinder waren mit dabei, verkleidet waren viele von ihnen als Piraten. Und natürlich wurde der Goldschatz dann auch gefunden.

„Die Kinder haben viel Spaß und genießen die abwechslungsreiche Zeit in der Ferienbetreuung“, verrät Betreuerin Tanja Lorenz. Die Ferienbetreuung der VS Mattersburg hat für ihr Vorjahressommerprojekt „Aus Alt mach Neu“ den „Goldenen Mistkäfer“ erhalten. Dabei wurde das Thema Nachhaltigkeit erarbeitet. Das Motto für heuer lautet „Unser kunterbuntes Ferienboot“. „Ich schätze das kreative Angebot unserer Ferienbetreuung sehr. Das Angebot wird begeistert angenommen“, freut sich Bürgermeisterin Ingrid Salamon. ■

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Die Kinder der Ferienbetreuung der Volksschule mit Leiterin Tanja Lorenz, Bettina Steiger Grimmer von der Stadtgemeinde und Bewegungscoach Max Karner.

http://www.mattersburg.gv.at

»Gräfin Mariza«

Die größte Geige der Welt begeisterte am 12. Juli die Premierengäste der Seefestspiele Mörbisch 2018

Foto: Seefestspiele Mörbisch / Jerzy Bin

Eine gigantische Geige von 45 Metern Länge und 14 Metern Höhe bildet heuer die Kulisse zu Gräfin Mariza auf der Mörbischer Seebühne.

Der Künstlerische Direktor Peter Edelmann brachte in seiner ersten Mörbisch-Saison den beliebten Operettenklassiker Gräfin Mariza auf die Seebühne. Apropos Bühne: In diesem Jahr bildet eine gigantische Geige von 45 Metern Länge und 14 Metern Höhe die Kulisse. Die technischen Raffinessen der Geige und ihr „Innenleben" brachten das Premierenpublikum zum Staunen. Die unsterblichen Melodien von Emmerich Kálmán und ein begeistertes Ensemble auf der Bühne sorgten für großen Beifall und bleibende Eindrücke bei den Besuchern.

„Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah – das war ein wichtiger Gedanke bei der Auswahl dieses Wunderwerkes von Emmerich Kálmán für meine erste Saison als Künstlerischer Direktor", so Peter Edelmann. Der Ort der Handlung liegt im Original in der ungarischen Puszta und fügt sich somit perfekt in die pannonische Landschaft rund um die Seebühne. Dazu passend stammen die Bilder auf den ins Bühnenbild integrierten Videowänden aus dem Archiv des Nationalparks Neusiedlersee-Seewinkel.

Foto: Seefestspiele Mörbisch / Jerzy Bin

Die litauische Sopranistin Vida Mikneviciute gibt die Gräfin Mariza.

Die Produktion ist fast ausschließlich „Made in Austria". Regisseur Karl Absenger ist Grazer, Bühnenbilder Manfred Waba Burgenländer, der musikalische Leiter Guido Mancusi ist Wiener, genauso wie Peter Edelmann. Die Choreografin Johanna Bodor kommt von der Staatsoperette Budapest und hat somit den Csárdás im Blut.

Prominente Gratulanten

Auch zahlreiche prominente BesucherInnen freuten sich mit Peter Edelmann über die gelungene Premiere. Dabei waren die Bundesministerinnen Margarete Schramböck und Karin Kneissl, die Landeshauptleute Hans Niessl und Hermann Schützenhofer, Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig, Landeshauptmann-Stv. Johann Tschürtz und Franz Schnabl, Landesrat und Festspielpräsident Hans-Peter Doskozil, Landesrätin Astrid Eisenkopf, Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky, Landesräte Norbert Darabos und Alexander Petschnig, Harald Serafin mit Gattin, Mirjana Irosch, Sigrid Martikke, Richard Lugner, Eva Maria Marold, Alfons Haider u.v.a.

Inszenierung: Mörbisch geigt auf!

„Höre ich Zigeunergeigen, wird es mir ums Herz so eigen, wachen alle Wünsche auf“, singt Gräfin Mariza in ihrem Auftrittslied und bringt so die Sehnsucht zum Ausdruck, einmal das Glück der Liebe kennenzulernen.

„In keinem anderen Stück steht die Geige so im Mittelpunkt wie in Emmerich Kálmáns mitreißender Operette Gräfin Mariza. Mit feurigen Csárdás-Rhythmen und melancholischen Zigeunerklängen verbindet dieses Instrument das weite Feld zwischen Lachen und Weinen und beschert uns ein Wechselbad der Gefühle“, so Regisseur Karl Absenger über das Stück.

„Die Aufgabe war ein Bühnenbild zu schaffen, das den See zur Geltung bringt, in die Landschaft paßt und natürlich dem Stück gerecht wird. So suchten wir nach einem poetischen Stimmungsbild mit hoher Symbolkraft und sehr schnell war die Idee einer Geige als Bühnenbild geboren. Um der riesigen Seebühne gerecht zu werden ist daraus nichts Geringeres als die größte Geige der Welt geworden: 45m lang und 12m hoch. Durch ein ausgeklügeltes mechanisches System läßt sich das Bühnenbild aufbrechen und verwandelt sich so in die verschiedenen Schauplätze, die das Stück benötigt“, läßt Manfred Waba, bekannt für seine fantastischen Bühnenbilder, hinter die Kulissen des Entstehungsprozesses dieses imposanten Bühnenbildes blicken.

„Besonders das Aufeinandertreffen zweier Welten, einmal der ungarischen Folklore und zum Zweiten der dekadenten Städter machen den besonderen Reiz der Kostümausstattung aus. Federn, Boas, Seide, Pelz, Pailletten und edelste Perlstickereien auf der einen und Plissee, Rüschen, Bänder, bestickte Westen und

Foto: Seefestspiele Mörbisch / Jerzy Bin

Die israelische Sopranistin Rinnat Moriah gibt die Lisa und der österreichische Bariton Christoph Filler ist als Baron Koloman Zsupán zu sehen

Mieder in wunderschönen Farbkombinationen auf der anderen Seite. Echte Highlights werden natürlich die Kostüme der Gräfin Mariza – feinst aus Seide, Strass, Tüll und Federn gearbeitet. Daneben opulent, die Gräfin Božena im schrägen Texaslook. Und dann die besonderen Auftritte des Balletts. Von LED-Kostümen und großen Revueauftritten bis hin zur Folklore bilden die Auftritte einen reizvollen Bilderbogen“, macht Kostümbildnerin Karin Fritz Lust auf den Besuch in Mörbisch.

„Es ist sehr wichtig für mich, daß die Choreografie mit der Aussage und der Seele des Stückes zusammen atmet: die Energie und Leidenschaft, das Spiel, die Vielseitigkeit, Lebenslust und Glück, Reichtum an Stilen, Weiblichkeit und Männlichkeit muß sich in den Tänzen widerspiegeln. Ich arbeite für das Publikum und deshalb muß die Choreografie über die Unterhaltung hinaus auch Freude bereiten. Und hoffentlich manchmal auch die Herzen des Publikums berühren“, so Choreografin Johanna Bodor.

„Emmerich Kálmán ist ein als ernsthafter Musiker sehr unterschätzter Komponist, dem man gerne nachsagt, die leichte Muse kitschig darzustellen. Die Wahrheit ist aber, daß seine Partituren wahre kompositorische Meisterwerke sind, die sich ganz nebenbei auch noch weltweit als Gassenhauer ins Kollektiv einprägen. Er schafft es, volkstümliche Musik in ein symphonisches Korsett zu bringen und es manchmal auch zu sprengen. Durch ihn ist Zigeunermusik auf die Bühnen der Welt gekommen und hat Weltstatus erreicht. In der Folge wurde seine Musik verkitscht, verzerrt und ins Volkstümliche verdreht. Das gilt es wieder gut zu machen und zu berichtigen“, sieht der Musikalische Leiter Guido Mancusi die große Herausforderung für ihn und das Orchester der Seefestspiele Mörbisch.

Die Premieren-Besetzung

Folgende KünstlerInnen waren für die Premiere besetzt: Vida Mikneviciute als Gräfin Mariza, Horst Lamnek als Fürst Populescu, Christoph Filler als Baron Koloman Zsupán, Roman Payer als Graf Tassilo, Rinnat Moriah als Lisa, Julian Looman als Karl Stefan Liebenberg, Melanie Holliday als Fürstin Božena, Franz Suhrada als Penižek, Peter Horak als Tschekko, Mila Janevska als Manja und Verena Te Best als Ilka von Dambössy.

Der Inhalt

Die ebenso reiche wie schöne Gräfin Mariza kann sich ihrer Verehrer und Mitgiftjäger kaum erwehren. Deshalb erfindet sie einen Verlobten, nur leider gibt es tatsächlich einen Baron mit diesem Namen, der zu Marizas Entsetzen nicht abgeneigt ist, sie zu heiraten. Und das just in dem Moment, wo sie auf ihrem Landgut den neuen Verwalter Tassilo kennen gelernt hat, der ihr – Standesunterschied hin oder her – viel besser gefällt als alle Verehrer zuvor.

Die Gräfin Mariza ist noch bis zum 25. August 2018 zu sehen. ■

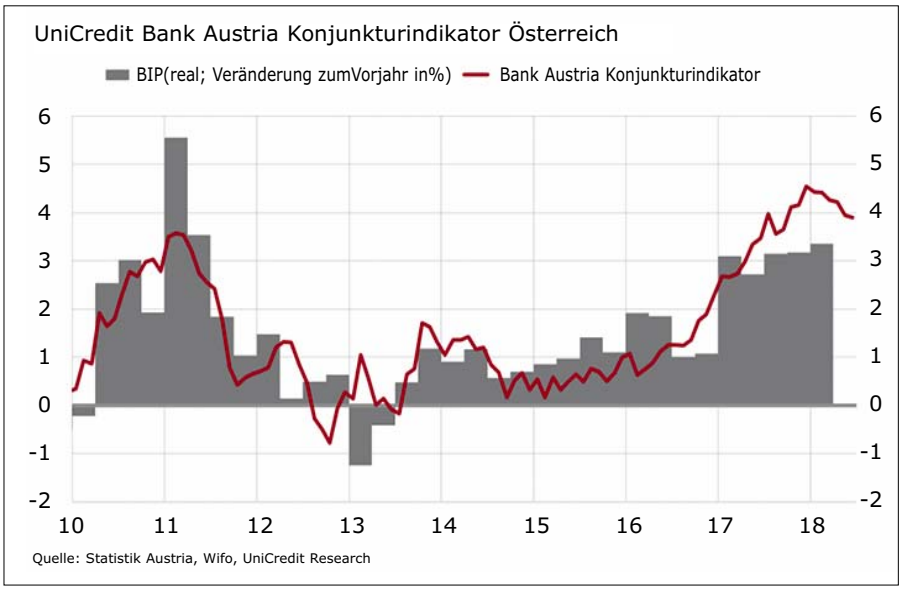
https://www.seefestspiele-moerbisch.at

Wirtschaft

Konjunkturstimmung stabilisiert sich

Nur geringe Konjunkturabschwächung seit Jahresbeginn – Wirtschaftswachstum von über 3 Prozent im Jahresvergleich im 2. Quartal 2018

Die Konjunkturstimmung hat sich Mitte des Jahres 2018 stabilisiert. Das Wirtschaftswachstum wird sich in Österreich trotz des risikoreicheren Umfelds auf ein solides Tempo einpendeln. „Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator erreichte im Juni unverändert zum Vormonat 3,9 Punkte. Im zweiten Quartal konnte damit zwar das 10-Jahres-Hoch vom Startquartal nicht mehr erreicht werden, die durchschnittlich 4,0 Punkte verdeutlichen allerdings den weiterhin sehr kräftig wehenden Rückenwind für die heimische Konjunktur. Nach dem Anstieg des BIP von 3,4 % zu Beginn 2018 gehen wir für das zweite Quartal von einem kaum geringeren Plus von knapp über 3 % im Jahresvergleich aus“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. In der ersten Jahreshälfte betrug das Wirtschaftswachstum in Österreich somit knapp über 3 % im Jahresvergleich. Das entspricht der höchsten Dynamik seit der ersten Jahreshälfte 2011, als die Erholung nach der Rezession infolge der Finanzkrise 2008/2009 einsetzte.



Der starke Rückgang der Konjunkturstimmung, der sich in den vergangenen Monaten spürbar in der Entwicklung des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators niedergeschlagen hat, wurde im Juni beinahe gestoppt. Dazu beigetragen hat die deutlich verbesserte Stimmung im Dienstleistungsbereich, die den sinkenden Optimismus in der exportorientierten heimischen Industrie in einem durch protektionistische Tendenzen und geopolitische Spannungen belasteten globalen Exportumfeld weitgehend kompensieren konnte. Zudem scheint sich die Verschlechterung durch das internationale Umfeld einzubremsen. Eine Reihe von Frühindikatoren sprechen mittlerweile für eine Stabilisierung der Dynamik des globalen Handels. „Nach dem starken Jahreswechsel hat sich das Wachstumstempo der österreichischen Wirtschaft zur Jahresmitte 2018 hin stabilisiert. Die meisten Stimmungsindikatoren sind auf einem Niveau, das auch in der zweiten Jahreshälfte eine solide Konjunkturdynamik von mehr als 2 % erwarten läßt. Trotz gestiegener Risiken durch die Eskalation des Handelskonflikts zwischen den USA und China halten wir an unserer Wachstums-

Österreich Konjukturprognose	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	Prognose 2018	Prognose 2019
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,8	2,9	0,7	0,0	0,8	1,1	1,5	3,0	2,8	2,00
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	7,0	6,7	0,1	0,8	1,1	2,4	2,5	4,2	4,5	3,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,0	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,5	1,5	1,4	1,5	1,1
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	-2,6	6,6	0,9	1,6	-0,7	1,2	3,7	4,9	3,6	3,0
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9	2,1	2,2	2,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,1	8,5	7,7	7,6
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) **)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,6	2,0	2,3	1,2
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP) ***)	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6	-0,7	-0,5	0,0
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,6	83,6	78,3	74,8	72,0

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen – Quelle: UniCredit Research

prognose von 2,8 % für das Gesamtjahr 2018 unverändert fest“, meint Bruckbauer.

Die Wachstumsimpulse werden auch in der zweiten Jahreshälfte 2018 und darüber hinaus überwiegend von der Inlandsnachfrage kommen. Der starke Anstieg der Beschäftigung und der etwas gestiegene Lohnauftrieb werden den privaten Konsum weiter kräftig in Schwung halten. Auch die Investitionsnachfrage entwickelt sich sehr dynamisch, denn die Kapazitätsauslastung der heimischen Wirtschaft liegt spürbar über dem langjährigen Durchschnitt und die Auftragslage ist anhaltend gut. Zudem sind die Finanzierungsbedingungen im bestehenden geldpolitischen Rahmen sehr günstig. Da der Nachholbedarf der bis 2016 vorsichtigen Investitionspolitik mittlerweile jedoch gedeckt scheint, wird die Investitionsdynamik in den kommenden Monaten etwas an Tempo verlieren. Dies wird die Importnachfrage dämpfen. Auch wenn die Auswirkungen der bisherigen zollpolitischen Maßnahmen der USA auf die heimischen Ausfuhren überschaubar bleiben dürften, die Exporte werden nicht mehr so kräftig wie zu Jahresbeginn 2018 zulegen, da die Unterstützung insbesondere aus den Emerging Markets abnehmen wird. Allerdings sollte der Beitrag des Außenhandels zum Wirtschaftswachstum weiterhin positiv bleiben. „Das Wachstum bleibt in Österreich auch 2019 breit abgestützt. Neben der Inlandsnachfrage sollten auch die Exporte zum Wachstum beitragen können, wenn auch unter dem Eindruck des steigenden Protektionismus mit etwas weniger Kraft. Der Anstieg des BIP wird nach unserer Einschätzung mit 2 % auch 2019 über dem langjährigen Durchschnitt liegen und weiterhin sowohl jenen im Euroraum als auch in Deutschland übertreffen“, sagt Bruckbauer.

	BIP real Veränderung zum Vorjahr	Bank Austria Konjunktur-Indikator
Dez.98	2,2	2,6
Dez.99	4,7	3,6
Dez.00	2,6	3,7
Dez.01	0,5	0,8
Dez.02	1,6	2,3
Dez.03	1,3	2,5
Dez.04	2,6	2,7
Dez.05	3,1	2,3
Dez.06	3,7	3,7
Dez.07	3,1	3,2
Dez.08	-0,9	-1,3
Dez.09	-0,5	0,3
Dez.10	2,6	2,8
Dez.11	1,0	0,7
Dez.12	0,6	0,3
Dez.13	1,2	1,3
Mär.14	0,9	1,4
Jun.14	1,2	1,2
Sep.14	0,6	0,2
Dez.14	0,7	0,3
Mär.15	0,9	0,6
Jun.15	1,0	0,6
Sep.15	1,4	0,7
Dez.15	1,1	1,0
Mär.16	1,9	0,8
Jun.16	1,9	1,3
Sep.16	1,0	1,4
Dez.16	1,1	2,3
Mär.17	3,1	2,7
Jun.17	2,7	3,5
Sep.17	3,1	3,7
Dez.17	3,2	4,5
Mär.18	3,4	4,3
Apr.18	4,2	
Mai.18	3,9	
Jun.18	3,9	

Quelle: UniCredit Research

Nur noch moderate Verbesserung am Arbeitsmarkt zu erwarten

Angesichts der günstigen Konjunktur hat sich die Lage am Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Die Arbeitslosenquote sank um 0,8 Prozentpunkte auf durchschnittlich 8 %. Dahinter steht ein starkes Beschäftigungsplus von 2,6 % bzw. mehr als 90.000 Personen. Aufgrund des weiterhin stark steigenden Arbeitskräfteangebots ist die Anzahl der Arbeitssuchenden im gleichen Zeitraum nur um etwas mehr als 30.000 Personen zurückgegangen. Allerdings zeigt sich in den saisonbereinigten Daten, daß sich seit Jahresbeginn 2018 die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt nur noch langsam verbessert. Das saisonbereinigte Beschäftigungswachstum verliert an Tempo und die Anzahl der Arbeitssuchenden nimmt nur noch marginal ab, zumal das Arbeitskräfteangebot wieder etwas stärker zunimmt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt zur Jahresmitte bei 7,8 Prozent. „In den kommenden Monaten wird sich bedingt durch die nicht mehr ganz so kräftige Konjunktur die Lage am Arbeitsmarkt nur noch geringfügig verbessern. Wir erwarten im Jahresdurchschnitt 2018 eine Arbeitslosenquote von 7,7 % und für 2019 einen nur noch geringen Rückgang auf 7,6 %, da sich das Wachstum der Beschäftigung und des Arbeitskräfteangebots einander angleichen werden. Damit wird die Arbeitslosenquote strukturell bedingt weiterhin deutlich höher als vor der Finanzkrise sein“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Im Jahr 2008 vor Ausbruch der Finanzkrise und vor Öffnung des Arbeitsmarkts für die neuen EU-Mitglieder betrug die Arbeitslosenquote 5,9 Prozent.

Inflation steigt in zweiter Jahreshälfte dauerhaft über 2 %

Nach Inflationswerten stabil unterhalb von 2 % im Jahresvergleich in den ersten Monaten 2018 bewegt sich die Teuerung in Österreich seit Mai leicht nach oben. Im Juni ist die Inflation voraussichtlich erstmals im laufenden Jahr über die Marke von 2 % gestiegen. Für das erste Halbjahr ergibt sich damit eine durchschnittliche Inflation von 1,9 Prozent. „Höhere Ölpreise und der im Vergleich zum Frühjahr etwas schwächere Eurokurs sorgen für Inflationsauftrieb. In der zweiten Jahreshälfte wird die Inflation dauerhaft mehr als 2 % betragen, zumal die hohe Beschäftigungsdynamik und die kräftiger steigenden Löhne auch nachfragebedingt für stärker steigende Preise sorgen dürften. Mit durchschnittlich 2,2 % im Gesamtjahr 2018 erwarten wir für Österreich die höchste Inflation seit sechs Jahren“, meint Pudschedl. Während der Ölpreis im Jahr 2019 kaum mehr einen inflationstreibenden Einfluss ausüben sollte, könnte die höhere Dienstleistungsnachfrage für mehr Preisauftrieb sorgen. Insgesamt sollte die Inflation im Jahr 2019 mit durchschnittlich 2,0 % etwas niedriger als im laufenden Jahr ausfallen.

Aus für Negativzinsen erst 2020

Angesicht der leichten Aufwärtsentwicklung der Inflation auch in der Eurozone hat die Europäische Zentralbank die Normalisierung der Geldpolitik eingeleitet. Das Wertpapierkaufprogramm wird mit Ende 2018 eingestellt. Ab Beginn 2019 stockt die EZB ihre Bestände zwar nicht mehr auf, ersetzt aber fällig werdende Anleihen weiterhin in vollem Umfang durch neue Papiere und wird damit das Zinsniveau in Europa weiterhin maßgeblich dämpfen. Darüber hinaus hat die EZB mit ihrer Ankündigung, daß die Leitzinsen „mindestens über den Sommer 2019“ auf ihrem aktuellen Niveau bleiben, die Erwartung der Märkte von Zinserhöhungen weiter nach hinten verschoben. „Die Ankündigung einer ersten Leitzinserhöhung in der Eurozone um voraussichtlich 20 Basispunkte ist nicht mehr im Juni, sondern frühestens im September 2019 zu erwarten. Somit dürfte die EZB die Phase mit negativen Zinssätzen erst in den ersten Monaten 2020 hinter sich lassen, nach denen sich das Fenster für eine weitere Zinsnormalisierung allerdings zu schließen beginnen könnte“, meint Pudschedl. ■

https://www.bankaustria.at

OeNB prognostiziert 2,2 % Inflation für 2018

Die Oesterreichische Nationalbank rechnet erst danach mit leichter Abschwächung.

Die österreichische HVPI-Inflationsrate betrug im Jahr 2017 2,2 %. Laut aktueller Prognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) wird die Inflationsrate im Jahr 2018 ebenfalls bei 2,2 % zu liegen kommen und sich in den beiden Folgejahren auf 2,0 % und auf 1,9 % leicht abschwächen. Für diesen Rückgang sind vor allem der im späteren Prognosehorizont erwartete Rückgang der Rohstoffpreise und das Auslaufen der vergangenen Nahrungsmittelpreissteigerungen verantwortlich. Die guten Wachstumsaussichten führen hingegen zu anhaltend hohen bzw. steigenden Inflationsraten bei Industriegütern ohne Energie und bei Dienstleistungen. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) wird daher im Prognosezeitraum auf über 2,0 % steigen.

Österreichische HVPI-Inflationsrate bewegt sich nahe der 2-%-Marke

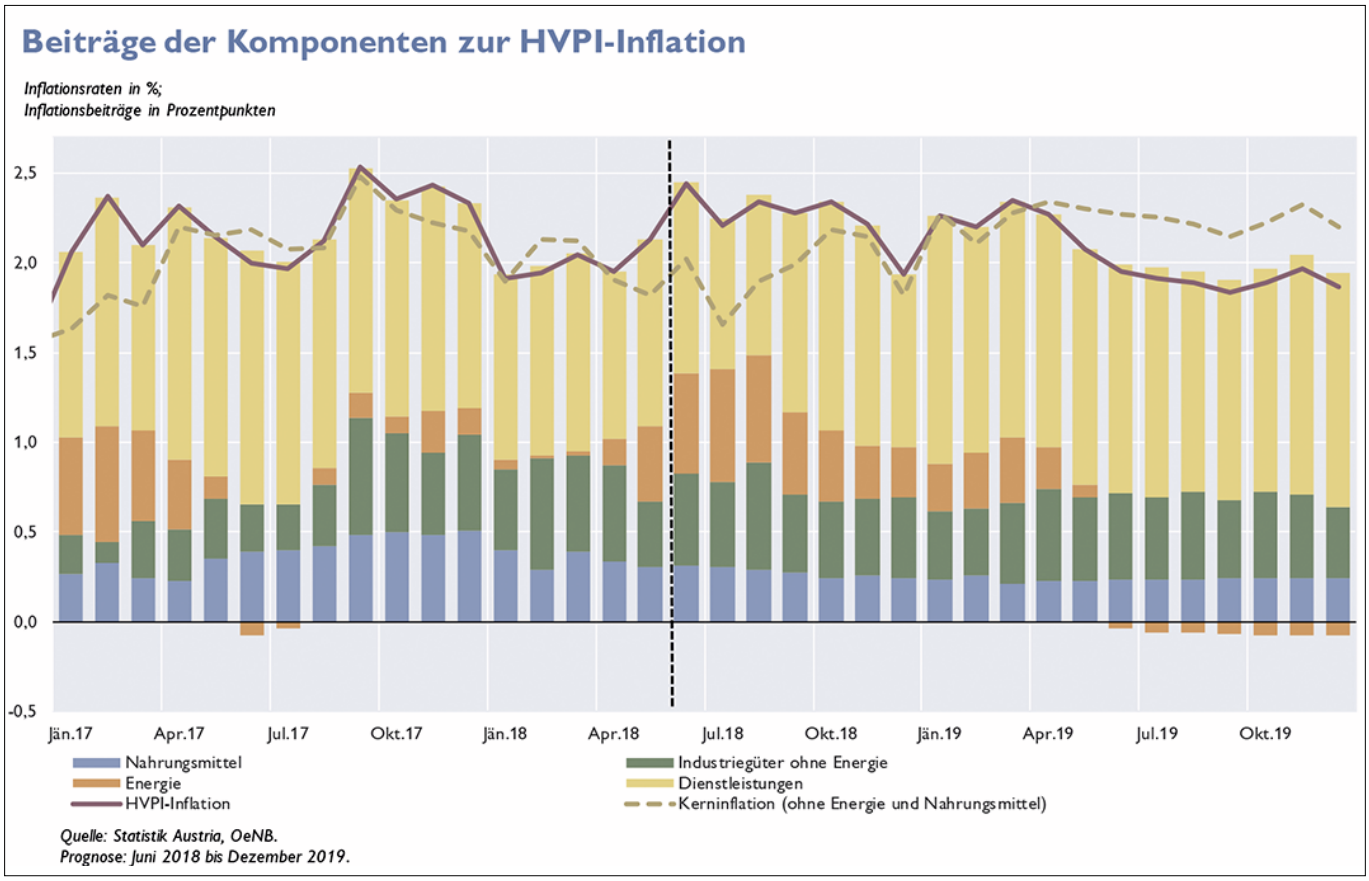
Die österreichische HVPI-Inflationsrate wie auch die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) veränderten sich seit Jahresbeginn 2018 nur wenig und bewegten sich um die 2-%-Marke. Die Gesamtinflationsrate stieg von 1,9 % im Jänner und Februar 2018 geringfügig auf 2,0 % in den beiden Folgemonaten und legte im Mai noch ein wenig auf 2,1 % zu. Der leichte Anstieg geht in erster Linie auf die ölpreisbedingte Zunahme der Energiepreise zurück, während ein Rückgang der Inflationsraten von Industriegütern ohne Energie und von Nahrungsmitteln dämpfend auf die Gesamtinflationsrate wirkte. Die Kerninflationsrate ging hingegen aufgrund des Inflationsrückgangs bei Industriegütern ohne Energie von 2,1 % im April auf 1,8 % im Mai 2018 zurück.

OeNB erwartet Inflation von 2,2 % für 2018

Die OeNB erwartet in ihrer neuesten Prognose vom Juni 2018 für das Jahr 2018 eine HVPI-Inflationsrate von 2,2 % sowie einen leichten Rückgang auf 2,0 % und 1,9 % in den Jahren 2019 und 2020. Für den Rückgang in den beiden Folgejahren ist die erwartete Inflationsentwicklung von Energieprodukten und Nahrungsmitteln verantwortlich, die maßgeblich durch die Rohstoffpreisannahmen bestimmt ist. Im Gegensatz dazu wird die gute konjunkturelle Lage sowie die erwartete Beschleunigung des Lohnstückkostenwachstums steigende bzw. anhaltend hohe Teuerungsraten bei Dienstleistungen und Industriegütern ohne Energie nach sich ziehen. Dadurch wird die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) von 2,0 % im Jahr 2018 auf 2,2 % in den Jahren 2019 und 2020 steigen.

Binnenwirtschaftliche Faktoren dominieren die Inflationsentwicklung in Österreich seit 2015

In einer Schwerpunktanalyse untersucht die OeNB die relative Bedeutung heimischer und außenwirtschaftlicher Faktoren für die österreichische Inflationsentwicklung in den

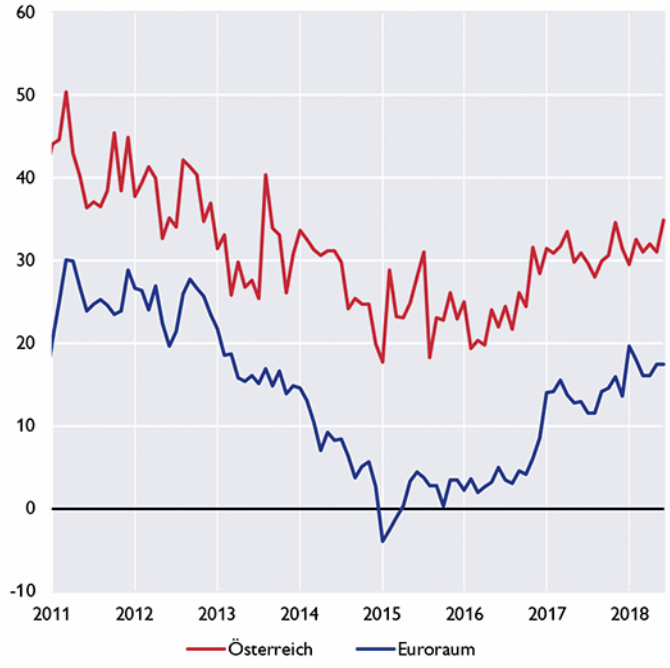


Grafik: Oesterreichische Nationalbank

Inflationserwartungen

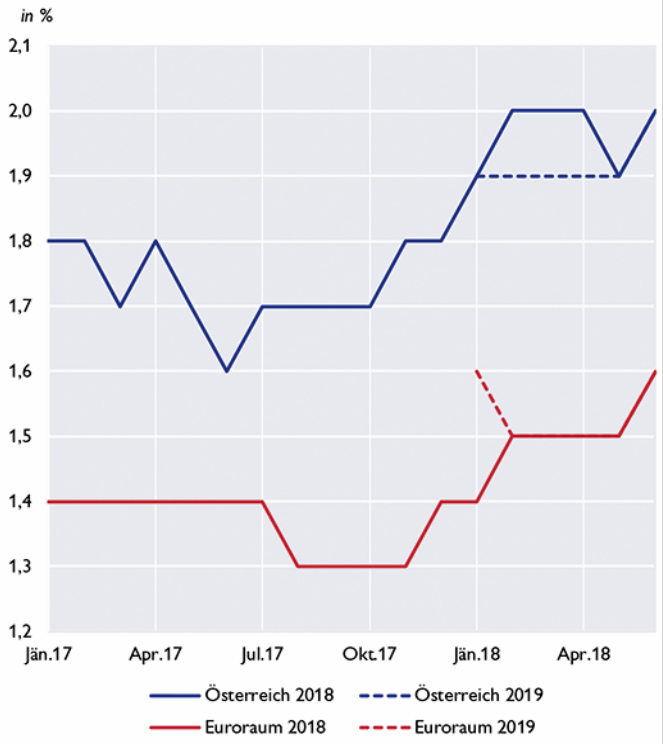
EK Consumer Survey - Entwicklung der Preise in den kommenden 12 Monaten

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Inflationsprognosen von Consensus Economics

in %



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Economics.

Grafik: Oesterreichische Nationalbank

letzten Jahren. In den Jahren rückläufiger Inflation von 2011 bis 2014 waren heimische (z. B. die Kapazitätsauslastung, Lohnstückkosten, Inflationserwartungen) und außenwirtschaftliche Einflussgrößen (z. B. Rohstoffpreise, Wechselkurse, Importpreise) für den fallenden Trend der Inflationsentwicklung in etwa gleichbedeutend. Ab 2015 kam ein deutlich stärkerer Aufwärtsdruck auf die Verbraucherpreise von binnenwirtschaftlichen Faktoren, die somit für den in diesem Zeitraum beobachteten Inflationsanstieg hauptverantwortlich zeichnen.

„Inflation aktuell“ ist ein vierteljährlich erscheinender Bericht der Oesterreichischen Nationalbank zur Inflation in Österreich. Darin wird die Inflationsentwicklung der letzten Monate analysiert, die Inflationsprognose der OeNB vorgestellt sowie auf aktuelle Schwerpunktthemen eingegangen. ■

https://www.oenb.at

Euroraum: Wachstum bleibt vorerst robust

Mit 2,1 Prozent in diesem und 2 Prozent im nächsten Jahr dürften sowohl die EU als auch der Euroraum 2018 und 2019 weiterhin ein kräftiges Wachstum verbuchen. Die Wachstumsdynamik hat nach fünf kraftvollen Quartalen in Folge in der ersten Jahreshälfte 2018 nachgelassen, sodaß die Wachstumserwartung gegenüber dem Frühjahr nun um 0,2 Prozentpunkte heruntergeschraubt wurde. In der zweiten Jahreshälfte dürfte das Wachstum dann wieder etwas anziehen, da sich die Arbeitsmarktlage und die Finanzen der privaten Haushalte weiter verbessern, die Verbraucher nach wie vor zuversichtlich sind und die Geldpolitik konjunkturfreundlich bleibt.

Zu diesem Ergebnis kommt die am 11. Juli von der Kommission vorgelegte Zwischenprognose Sommer 2018.

Valdis Dombrovskis, Vizepräsident für den Euro und den sozialen Dialog, außerdem zuständig für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion, erklärte: „Mit dem für dieses Jahr für den Euroraum und die EU28 prognostizierten Wachstum von 2,1 Prozent verzeichnet Europa nach wie vor eine solide Konjunktur. Die gegenüber Mai erfolgte Abwärtskorrektur beim BIP-Wachstum zeigt jedoch, daß ein ungünstiges außenwirtschaftliches Umfeld wie die zunehmenden handelspolitischen Spannungen mit den USA das Vertrauen dämpfen und das Wirtschaftswachstum belasten können. Die wachsenden außenwirtschaftlichen Risiken zeigen einmal mehr, daß wir die Widerstandsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und des Euroraums insgesamt erhöhen müssen.“

Pierre Moscovici, EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll, sagte, daß angesichts der nach wie vor akkomodierenden Geldpolitik und der weiterhin rückläufigen Arbeitslosigkeit die Prognose für Europa von einem robusten Wachstum ausgehe.

„Die gegenüber dem Frühjahr geringfügige Abwärtskorrektur spiegelt die Auswirkungen der gespannten Handelsbeziehungen und der politischen Unsicherheit auf das Vertrauen sowie die steigenden Energiepreise wider. Unsere Prognose geht für die Jahre 2018 und 2019 von anhaltendem Wachstum aus, wenngleich eine Ausweitung der protektionistsichen Maßnahmen ein klares Abwärtsrisiko darstellt. Handelskriege kennen keine Sieger, nur Verlierer.“ ■

https://ec.europa.eu/commission/index_de

Wirtschaft

153 Unternehmen bei Export-Aktivitäten unterstützt

Halbjahres-Bilanz der Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich ecoplus International

Den Markt sondieren, potentielle Vertriebspartner finden, Netzwerke aufbauen – in Auslandsmärkten Fuß zu fassen, ist für kleine und mittelständische Unternehmen eine große Herausforderung. Unterstützung bietet ecoplus International, eine Tochtergesellschaft von ecoplus, der Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich, und der Raiffeisen Landesbank Niederösterreich-Wien. 153 heimische Unternehmen haben in den ersten sechs Monaten 454 Dienstleistungen in Anspruch genommen.

„Der Export ist ein wichtiges Standbein für unsere Wirtschaft. Es ist uns daher auch ein großes Anliegen, die niederösterreichischen Exporteure bestmöglich zu unterstützen und dank der Aktivitäten von ecoplus International sind wir hier auch ganz hervorragend aufgestellt“, so Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav.

„Wir sehen, daß es der niederösterreichischen Wirtschaft blendend geht. Export ist dabei ein wesentlicher Wachstumsfaktor, denn schließlich wird rund die Hälfte unseres Bruttoregionalprodukts im Ausland erwirtschaftet. Die gerade veröffentlichten Exportzahlen Niederösterreichs belegen: Der Exportmotor brummt, ein Plus von fast neun Prozent im Vorjahr ist eine große ‚Vorgabe‘, aber das erste Halbjahr 2018 stimmt mich optimistisch“, meint Bohuslav.

Die CEE Märkte stehen seit dem Beginn der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 im Fokus der niederösterreichischen Internationalisierungsstrategie. Damals wurden in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Polen Auslandsbüros von ecoplus International eröffnet, 2007 folgte Rumänien. Um auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten im Bereich Export gut aufgestellt zu sein, setzt das Land Niederösterreich seit 2011 auf Diversifikation – das Tätigkeitsgebiet von ecoplus International wurde auf außereuropäische Märkte wie Rußland, die Türkei und die USA ausgedehnt, ohne jedoch dabei die Nahmärkte zu vernachlässigen.

„Daß wir den CEE Märkten treu geblieben sind, hat sich bewährt, denn wir profitieren enorm von der Wachstumsdynamik in diesen Ländern“, so ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki und ecoplus International Geschäftsführerin Gabriele Forgues. „Export-Zuwachsraten von 20 Prozent nach Ungarn, von 17 Prozent nach Polen und von rund 10 Prozent nach Tschechien und in die Slowakei sprechen hier für sich“, betonen beide.

Foto: NLK / Burchart

v.l.: RLB NÖ-Wien-Direktor Hermann Kalenda, Kommerzkundenvorstand der RLB NÖ-Wien Reinhard Karl, Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav, ecoplus-International Geschäftsführerin Gabriele Forgues und ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki

Die Kunden von ecoplus International sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen, bei denen der klassische Export im Fokus steht. Dabei standen die Vertriebspartnersuche und Kundensuche inklusive entsprechender Dienstleistungen wie Branchenrecherchen und Marktrecherchen, Marketing und PR oder auch die Begleitung vor Ort im Exportmarkt ganz klar im Fokus standen. Zunehmend werden auch Jungunternehmer und Start-ups betreut, wobei hier meist eine intensivere und längere Betreuung notwendig ist, da es keine Erfahrungswerte beziehungsweise bewährte Geschäfts- bzw. Vertriebsmodelle gibt.

Von den im ersten Halbjahr gesetzten Aktivitäten von ecoplus International lassen sich vor allem im Bereich Agrartechnologien bereits erste Erfolge einfahren: Niederösterreichische Unternehmen wie das Weigelsdorfer Unternehmen Nourivit, die Geoprospectors GmbH aus Traiskirchen oder auch Brantner Fahrzeugbau aus Laa an der Thaya konnten neue Vertriebspartner beziehungsweise Kunden in Rumänien, Polen, der Slowakei und Russland gewinnen. Im Bereich Nahrungsmittel besuchte eine große Delegation von rumänischen Bäckereien und Konditoreien Mitte Juni Niederösterreich und auch hier zeichnen sich neue Geschäftsverbindungen ab. Schwierig gestaltet sich der türkische Markt, wo auch das Anfragenniveau bei ecoplus International analog zu den Exporten stark an Dynamik eingebüßt hat.

Einige interessante Projekte in Richtung USA sind aktuell am Laufen, jedoch gerade auf Fernmärkten wie Rußland oder den USA braucht es oft einen längeren Atem und Ausdauer – beides gehört zum Erfolgsrezept der niederösterreichischen Exportaktivitäten. Im ersten Halbjahr 2019 ist eine Delegationsreise nach China – konkret nach Shanghai, Zhejiang und Honkong – geplant. ■

https://www.ecoplus.at

Wirtschaft

Zukunftsvereinbarung für Wien

Stadt Wien und Wirtschaftskammer Wien präsentieren gemeinsames Arbeitsprogramm – Zentrale Schwerpunkte: Verwaltungsvereinfachungen, Ausbildung, Tourismus, Infrastrukturausbau, Internationalisierungs-Offensive

Die aktuellen Wirtschaftsdaten zeigen eine positive Entwicklung. Laut Konjunktur-Barometer der Wirtschaftskammer Wien behauptet die Bundeshauptstadt im internationalen Wettbewerb gut und zählt zu den kaufkraftstärksten Regionen Europas. Damit Wien auch in Zukunft ein erfolgreicher Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort bleibt, haben Stadt Wien und Wirtschaftskammer Wien ein gemeinsames Arbeitsprogramm erarbeitet. Bürgermeister Michael Ludwig und Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien, haben am 16. Juli diese „Zukunftsvereinbarung“ unterzeichnet. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehören Verwaltungsvereinfachungen für Unternehmen, die Ausbildung von Fachkräften sowie der Infrastrukturausbau in der stark wachsenden Stadt, wie auch eine Internationalisierungs-Offensive.

„Mit diesem Programm vertiefen und intensivieren wir die bereits bestehende – und auch täglich gelebte – hervorragende Zusammenarbeit von Wirtschaftskammer Wien und der Stadt Wien. Wir wollen uns gemeinsam den neuen Herausforderungen stellen, Verbesserungspotentiale nutzen und in konstruktiver Zusammenarbeit die Rahmenbedingungen für den erfolgreichen Wirtschaftsstandort Wien weiter verbessern. Das umfaßt den Ausbau der Infrastruktur, Investitionen und gezielte Initiativen für bestmögliche Qualifikationsangebote sowie innovative Lösungen insbesondere auch im Bereich der Digitalisierung. Nicht zuletzt über die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt profitieren von all diesen Anstrengungen die Wienerinnen und Wiener“, betont Bürgermeister Michael Ludwig. „Dialog auf Augenhöhe und direkte Kooperation mit Interessensverbänden – das ist gelebte Sozialpartnerschaft, die wir in Wien eindrucksvoll unter Beweis stellen.“

„Gegenseitiger Respekt und konstruktives Miteinander im Sinne der Wienerinnen und Wiener sind die Schlüsselfaktoren für sozialen Frieden, Wachstum und Wohlstand in unserer Bundeshauptstadt. Unternehmerische Freiheit, fairer Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen sollen nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern sind vielmehr Voraussetzung für Erfolg. Mit der ‚Zukunftsvereinbarung‘ zwischen Stadt Wien und Wirtschaftskammer Wien beschreiten wir einen neuen Weg der Zusammenarbeit. Wien bekommt ein Upgrade. Gemeinsam setzen wir uns für die Bürger und Unternehmer unserer Stadt ein. Denn Wien soll nicht nur durch Lebensqualität, sondern auch als boomende Wirtschaftsmetropole reüssieren“, sagt Walter Ruck.

Foto: PID / C. Jobst

Nach der Unterzeichnung: Bgm. Michael Ludwig (l.) und WKW-Wien-Präsident Walter Ruck

Die „Zukunftsvereinbarung“ ist in vier große Kapitel unterteilt:

- Im Kapitel Verfahrensvereinfachung und Deregulierung geht es um eine deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Wirtschaft. So sollen E-Government-Anwendungen ausgebaut und Anzeigeverfahren ausgeweitet werden. Ziel ist u.a., Betriebsanlagengenehmigungen schneller abzuwickeln.
- Ein wichtiger Baustein für die positive Entwicklung von Wien ist die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte und die Förderung von Entrepreneurship. Im Kapitel Fachkräfte und Start-ups sind Stadt Wien und Wirtschaftskammer Wien unter anderem übereingekommen, daß die Berufsorientierung der Schüler verbessert, die betriebliche Lehre forciert und das Image der Lehre aufgewertet wird. Die Möglichkeit „Lehre mit und nach Matura“ soll verstärkt unterstützt werden.
- Aktuell sind rund 12.800 junge Menschen in einer Lehrausbildung bei einem Wiener Unternehmen. Ambitioniertes Ziel bis ins Jahr 2025 ist, zusätzlich 1.000 Lehrstellen in Wiener Betrieben zu besetzen. So soll der Fachkräftemangel wirkungsvoll bekämpft werden. Auch den Themen Digitalisierung und Entrepreneurship werden sich Stadt und Wirtschaftskammer Wien gemeinsam intensiv widmen und entsprechende Programme erarbeiten.
- Ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Infrastruktur und Gestaltung des Öffentlichen Raums ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil. Wien soll weiterhin eine Stadt der kurzen Wege bleiben. Schnell- und U-Bahnen sollen ausgebaut und die Drehkreuz-Funktion des Standortes mit dem Ausbau hochrangiger Verkehrsinfrastruktur wie der sechsten Donauquerung oder dem Flughafen sichergestellt werden. Ein gemeinsames Commitment gibt es auch zum Seidenstraßenprojekt und zur Verlängerung der Breitspurbahn bis in die Ostregion Österreichs. In puncto Eventlocation wird ebenfalls ein gemeinsamer Kurs eingeschlagen: Zusätzlich zur bestehenden guten Infrastruktur, werden neue Projekte – wie eine von der Wirtschaftskammer Wien schon länger geforderte moderne Eventhalle – eingehend geprüft. ■

Gedenkjahr 2018

Der Anfang vom Ende

Protokolle der Geheimsitzungen des Abgeordnetenhauses des Reichsrats von 1918 neu herausgegeben

Foto: Parlamentsdirektion / Michael Buchner

Stenographische Protokolle der geheimen Sitzungen vom Juli 1918

Nach einer gescheiterten Militäroffensive fanden im Juli 1918 drei geheime Sitzungen des Abgeordnetenhauses des Reichsrats statt, um die Verantwortlichen des Kriegskurses einer schonungslosen Kritik zu unterwerfen. MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion haben nun die Geheimprotokolle von damals auf deren bessere Verständlichkeit hin editiert. Für Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka handelt es sich bei diesen Dokumenten um einen wichtigen Beitrag zum Gedenk- und Bedenkjahr 2018.

Abgeordnetenhaus hinterfragt Kriegskurs

1918 – Europa befindet sich mittlerweile im fünften Kriegsjahr des Ersten Weltkriegs. Im Frühjahr starten die Habsburgischen Truppen eine Offensive, die den „Mittelmächten" zum Sieg verhelfen soll. Die militärische Aktion mißlingt. Als Folge des Desasters mit 12.000 Toten, über 80.000 Verwundeten und 25.000 Gefangenen ruft das Abgeordnetenhaus vom 23. bis 25. Juli 1918 drei Sitzungen ein, um über den Kriegskurs eine politische Debatte zu führen. Auf Drängen der Regierung stellt der Reichsrat die Verhandlungen unter Geheimhaltung.

Akribische Neuedition der Stenographischen Protokolle durch Parlamentsdirektion

Die Parlamentsbibliothek nahm sich 2009 der Originalprotokolle an und beauftragte eine Transkription. Die überwiegend in unterschiedlichen Kurrenthandschriften verfassten 200seitigen Akten wurden dabei in rund 600 maschinengeschriebene Seiten übertragen. MitarbeiterInnen der Abteilung „Stenographische Protokolle" führten nun eine Neuedition durch. Abkürzungen, unterschiedliche Schreibweisen und heute unbekannte Begriffe werden dabei erklärt und ein Personenregister erstellt. „Mit beinahe detektivischer Art wurde so manches Rätsel um Wörter gelöst, die längst nicht mehr in unserem Wortschatz vorkommen", freut sich Parlamentsvizedirektorin Susanne Janistyn-Novák. Zum Vorschein kam „eine erschütternde, aber außergewöhnliche Lektüre über einen Kriegsschauplatz und die Erwägungen einer parlamentarischen Kammer zum Ende eines Krieges", sagt die Leiterin der Abteilung „Stenographische Protokolle" zum Ergebnis der Arbeit.

Sobotka: Abgeordnete erfüllten ihre Aufgabe

Zwar standen die Verhandlungen unter Geheimhaltung, aber die Protokolle zeugen davon, „daß die Abgeordneten ihre Aufgabe voll und ganz erfüllten und die Verantwortlichen des Kriegskurses einer schonungslosen Kritik unterwarfen", unterstreicht Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. „Genau dieser Umstand macht die Protokolle dieser

Geheimsitzungen auch aus der Distanz von einhundert Jahren spannend und wichtig. Es gilt, aus den Erfahrungen jener Zeit die richtigen Schlüsse zu ziehen, damit wir auch weiterhin auf einem Kontinent des Friedens und der Sicherheit leben können."

Historischer Kontext

Der militärische Aspekt

1918 trat Europa in das fünfte Kriegsjahr ein. Seit dem Spätsommer 1914 tobte vom Atlantik bis weit in die Ebenen der Ukraine ein zuvor nie gekanntes Völkerschlachten mit unvorstellbar hohen Verlusten an Mensch und Material. Alle strategischen Überlegungen, die von einer raschen Entscheidung ausgegangen waren, hatten sich als falsch erwiesen. Die Truppen waren schnell gezwungen gewesen, sich buchstäblich einzugraben, worauf ein ermüdender und dennoch verlustreicher Stellungskrieg folgte, der bis 1917 kaum wesentliche Änderungen der Gesamtsituation bewirkte.

Im Frühjahr 1917 wähnten sich die Mittelmächte erstmals in einem strategischen Vorteil, da es in Rußland zu einer Revolution gekommen war, in deren Gefolge der Zar zur Abdankung gezwungen gewesen war. Doch die neue republikanische Regierung schien gewillt, den Krieg an der Seite Englands und Frankreichs fortzusetzen. Zudem traten wenig später die Vereinigten Staaten an der Seite der Alliierten in den Krieg ein, sodaß Berlin und Wien im Herbst 1917 wenig Anlass hatten, optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Allerdings kam es im November 1917 zu einer zweiten Revolution in Russland, welche die Bolschewiki an die Macht brachte, die nun tatsächlich ihr Land aus dem Krieg führen wollten. In dem kleinen Grenzstädtchen Brest-Litowsk begannen Friedensverhandlungen, welche den Mittelmächten die Gelegenheit boten, nennenswerte Truppenkontingente vom Osten in den Westen und Süden zu verlegen. An diesen Fronten wollten die Oberkommandos der deutschen und österreichischen Armeen nun militärisch die Entscheidung erzwingen.

Bereits am 21. März 1918 begann die deutsche Frühjahrsoffensive, die anfänglich zu tiefen Einbrüchen in die alliierten Frontstellungen führte. Allerdings zeigte sich rasch, daß die deutschen Truppen schlecht ausgerüstet und daher ziemlich demoralisiert waren. So kam der deutsche Vormarsch stellenweise deswegen zum Erliegen, weil deutsche Truppenteile englische Lebensmitteldepots unmittelbar hinter der Frontlinie plünderten. Zudem erhielt die alliierte Infanterie massive Luftunterstützung, wogegen die Deutschen kein probates Gegenmittel fanden. So war es den Deutschen gelungen, auf einer 80 Kilometer langen Front Geländegewinne von bis zu 60 Kilometern zu erzielen, doch waren sie nicht in der Lage, die so gewonnenen Gebiete zu halten. Der unausbleibliche alliierte Gegenangriff stellte Anfang April den Status quo ante wieder her.

Damit erreichte die Unzufriedenheit der Soldaten eine neue Qualität. Immer öfter wurden Angriffsbefehle ignoriert, mehrere

> Wolfgang Sobotka: Aus den Erfahrungen jener Zeit richtige Schlüsse für einen Kontinent des Friedens und der Sicherheit ziehen

Truppenteile standen am Rand der offenen Meuterei, und das deutsche Oberkommando kam zu dem Schluß, eine Niederlage nur durch einen sofortigen und nachhaltigen Erfolg am westlichen Frontabschnitt verhindern zu können. Dementsprechend wurde die Kriegsführung noch einmal modernisiert. Neben dem – erstmaligen – massiven Einsatz von Panzern und der flächendeckenden Verteilung einer neuen Maschinenpistole wurde auch die Artillerie in nie gekanntem Maß zum Einsatz gebracht: 6.000 Geschütze verschossen innerhalb von nur vier Stunden zwei Millionen Granaten.

Tatsächlich mußten die Alliierten ein weiteres Mal zurückweichen. Die Deutschen stießen an die Marne vor und waren nur noch 60 Kilometer Luftlinie von Paris entfernt, das somit von den Geschützen der Deutschen bombardiert werden konnte.

Damit allerdings hatten die Deutschen ihre eigenen Kräfte überdehnt. Es war den eilig herbeigeschafften Amerikanern ein Leichtes, die ausgedünnten Stellungen der Deutschen zu überrennen, sodaß auch der zweite Anlauf der Frühjahrsoffensive in einem Scheitern mündete. Mitte Juli 1918 setzte dann eine alliierte Gegenoffensive ein, die, vorgetragen mit massivem Einsatz neuartiger Panzer vom Typ Renault FT, rasch große Geländegewinne erzielte. Die Alliierten hatten ab diesem Zeitpunkt das Momentum auf ihrer Seite und ließen sich das Heft des Handelns nicht mehr aus der Hand nehmen.

Gemäß den Plänen der Mittelmächte sollte der Vorstoß im Westen mit einer neuen Offensive im Süden einhergehen, in deren Zuge die Österreicher die Italiener zu bezwingen hatten. Dabei war das Hauptziel, die Niederlage in der ersten Piaveschlacht, in der Österreichs Angriffe im November 1917 erfolgreich abgewehrt worden waren, im Rahmen einer neuerlichen Schlacht in einen Sieg umzumünzen.

Die österreichische Offensive begann am 15. Juni 1918 mit groß angelegtem Geschützfeuer von der schweizerischen Grenze bis zur Adria, womit allerdings der Offensive von Anfang an die erforderliche eindeutige Schwerpunktsetzung fehlte. Schwer erkämpfte Brückenköpfe mußten alsbald unter schwerstem italienischen Beschuß wieder zurückgenommen werden. Heftige Kämpfe am Monte Grappa erwiesen sich für die Österreicher als fruchtlos, da die Italiener den erhofften Durchbruch ins Hinterland zu verhindern wußten. Nach einer Woche blieb die Offensive der Donaumonarchie im Abwehrsperrfeuer der Italiener stecken und endete ohne zählbares Resultat. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Italiener der Versuchung, selbst in die Offensive zu gehen, widerstanden hatten und den Gegner in geschütztem Terrain erwarteten, wo der strategische Vorteil ganz klar auf ihrer Seite war.

Die österreichische Seite unter Feldmarschall Boroević war ursprünglich – den in diesem Fall unausweichlichen Vorteil der Italiener erkennend – gewillt gewesen, ihrerseits ebenfalls auf eine Offensive zu verzichten und wollte stattdessen den Ausgang der deutschen Westoffensive abwarten, doch das Armeeoberkommando in Baden bei Wien befahl eine Offensive noch vor dem Sommer, sodaß Boroević sich fügen mußte.

In Baden votierte Feldmarschall Conrad von Hötzendorf in einer Unterredung mit Kaiser Karl für einen Angriff von Südtirol aus, während Boroević in einer späteren Aussprache mit dem Kaiser für die Stoßrichtung vom Isonzo nach Treviso votierte. Der Kaiser genehmigte beide Unternehmungen, ohne den jeweils anderen Feldmarschall davon in Kenntnis zu setzen. Folge dieses Tuns war eine rettungslose Zersplitterung der ohnehin schwachen österreichischen Kräfte, die damit von Beginn an einer sicheren Niederlage entgegengingen. Verschärft wurden diese strategisch desaströsen Fehlplanungen durch das Mißlingen des zwei Tage vor dem Haupt-

angriff – genauer gesagt den Hauptangriffen – angesetzten Ablenkungsangriff, der in einem vollständigen Debakel mündete. In der eigentlichen Schlacht gelangen lediglich einige kleinere Erfolge, die jedoch nicht von Dauer waren. Am 19. Juni startete die italienische Armee einen Gegenstoß, in dessen Zuge alle von den Österreichern zuvor errungenen Brückenköpfe wieder verloren wurden. Da zudem einsetzendes Hochwasser nach heftigen Regenfällen die Versorgung der Truppen zusätzlich erschwerte, gab Boroević am 20. Juni den Rückzugsbefehl. Die Italiener deckten die abziehenden österreichischen Truppen mit einem regelrechten Geschützhagel ein, sodaß diese erneut schwerste Verluste erlitten, ohne daß sie den Italienern auch nur annähernd gefährlich werden konnten.

Die Bilanz der Schlacht hätte für die Österreicher kaum verheerender ausfallen können: Nicht weniger als 12.000 Mann waren gefallen, über 80.000 verwundet, weitere 25.000 in Gefangenschaft geraten. Überdies grassierten im Lager der Österreicher mehrere Krankheiten, die ebenfalls zigtausend Soldaten außer Gefecht setzten. Es erscheint nicht übertrieben, festzuhalten, daß ab diesem Zeitpunkt die Niederlage der Donaumonarchie unausweichlich geworden war. Die Frontoffiziere vertrauten dem Oberkommando nicht länger, die Moral der Truppe war am Boden und die Bereitschaft zur Rebellion nahm rapide zu. All das blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Politik.

Die politische Seite

Innenpolitisch befand sich die Doppelmonarchie schon länger in der Defensive. Es rächte sich, daß die deutschsprachige und die ungarische Elite die slawischen Nationen unterdrückt und die übrigen Völker wie Italiener oder Rumänen ignoriert hatten. Schon unmittelbar nach Kriegsbeginn waren in Böhmen, Mähren und Galizien politische Kräfte aktiv geworden, welche diese Gebiete von Wien loslösen wollten. Politiker wie Masaryk, Beneš oder Piłsudski warben bei den Alliierten offen für eine unabhängige Tschechoslowakei und ein eigenständiges Polen. Doch auch die Kräfte innerhalb des politischen Systems Österreich-Ungarns wurden mit Fortdauer des Krieges immer kompromißloser. 1917 forderten die südslawischen Abgeordneten in ihrer Mai-Deklaration weitgehende Autonomie für ihr Siedlungsgebiet, und auch die gemäßigten Tschechen und Polen gingen allmählich auf Distanz zum Hof.

Foto: Parlamentsdirektion / Michael Buchner

Die überwiegend in unterschiedlichen Kurrenthandschriften verfaßten 200seitigen Akten wurden in rund 600 maschinengeschriebene Seiten übertragen.

Hinzu kamen immer massiver werdende soziale Verwerfungen. Die Versorgungsengpässe nahmen rapide zu, was den Unmut der werktätigen Bevölkerung nachhaltig befeuerte. Anfang des Jahres 1918 sah sich die Monarchie mit den größten Unruhen seit der Revolution von 1848 konfrontiert, und nur die Besonnenheit der Sozialdemokratie führte dazu, daß Wien und Budapest nicht dem Beispiel von Sankt Petersburg folgten.

Allerdings war den Sozialdemokraten klar, daß der Wille zur politischen Mäßigung im Volk in rasanter Geschwindigkeit schwand. Wollte die Monarchie auch nur die allernächste Zukunft überleben, mußte der Kaiser nennenswerte Zugeständnisse machen. In genau diese Phase platzten die Nachrichten vom verheerenden Ausgang der jüngsten Offensive.

Kein Wunder also, daß die oppositionellen Kräfte, von den Sozialdemokraten bis zu den nationalen Vertretern der slawischen Völker, der kaiserlichen Regierung die Leviten lesen wollten. Den Ministern gelang es gerade noch, ein öffentliches Sicherheitsinteresse geltend zu machen, sodaß beschlossen wurde, die bevorstehende Abrechnung mit dem Kurs der kaiserlichen Administration im Geheimen stattfinden zu lassen. Die Kritiker des kaiserlichen Kriegskurses nahmen sich darob nur noch weniger ein Blatt vor den Mund und ließen kein gutes Haar an der vorherrschenden Politik. Gleichwohl gingen ihre Mahnungen bei den Verantwortlichen ins Leere, was zur Folge hatte, daß die Monarchie nur wenige Wochen später Geschichte sein sollte.

Tatsächlich bildeten sich auf dem Boden des ehemaligen Habsburgerreiches zahlreiche Nachfolgestaaten, in denen viele jener Politiker, die in den Geheimsitzungen vom Sommer 1918 das Wort ergriffen hatten, führende Funktionen einnahmen. Ignacy Daszyński wurde der erste Premier des neuen Polen, Václav Klofáč übernahm im Kabinett Kramář das Amt des Verteidigungsministers, und Karl Seitz avancierte als Präsident der Provisorischen Nationalversammlung zum Staatsoberhaupt der neuen Republik.

Jene Militärs aber, die sich noch im Frühjahr 1918 überzeugt davon gezeigt hatten, den Krieg gewinnen zu können, hatten als Pensionäre reichlich Gelegenheit, darüber nachzusinnen, ob ihr Tun wirklich so segensreich für das Land gewesen war. ■

https://parl.at/lfnFt
https://www.parlament.gv.at

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Chronik

Garten Tulln: 2,5 Mio. Besucher

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger begrüßten die Jubiläumsbesucherin samt deren Familie.

Im Jahr des zehnjährigen Jubiläums kann die erste ökologische Gartenschau Europas mit mehr als 65 Schaugärten auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken und sich über die 2,5millionste Besucherin freuen. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger gratulierten kürzlich Claudia Hofmann, die mit ihrer Familie die Garten Tulln besuchte.

Die Garten Tulln öffnete erstmals im Jahr 2008 ihre Gartentore und konnte bereits im ersten Jahr über 300.000 BesucherInnen begrüßen. Früher als erwartet, wurde im Jahr 2011 die Eine-Million-Marke geknackt, 2016 hatten bereits mehr als zwei Millionen BesucherInnen aus aller Welt die „Natur im Garten“ Erlebniswelt im Herzen Niederösterreichs besucht. In der vorletzten Juliwoche wurde auf der Garten Tulln die 2,5millionste Besucherin empfangen: Claudia Hofmann aus Klosterneuburg, begleitet von ihrem Lukas und den beiden Kindern Alexander und Marie, war der glückliche Ehrengast. Neben einer Führung durch die Gärten, einem Blumenstrauß und einem Geschenkkorb erhielt sie eine Saisonkarte.

„Der Garten bietet so viele Möglichkeiten für uns Menschen und ist auch Heimat von vielen Pflanzen und Tieren. Auf der Garten Tulln kann man viele Gestaltungsideen und Pflegetipps für Garten, Balkon oder Terrasse einholen. Davon konnten sich seit der Eröffnung bereits 2,5 Millionen Gäste überzeugen“, freute sich die Landeshauptfrau.

Der gemeinsame Standort der Garten Tulln mit der Aktion „Natur im Garten“ ist Grundlage für ein umfassendes Gartenkompetenzzentrum und ist somit eine Wissenszentrale für alle Gartenthemen. „Die Garten Tulln ist mit über 65 Schau- und Mustergärten mehr als eine ökologische Gartenschau: Sie ist Erholungs- und Freizeitort, Forschungs- und Bildungseinrichtung, Kinderparadies, nationales und internationales Vorzeigebeispiel für das ökologische Gärtnern“, erklärte Landesrat Martin Eichtinger.

Die größte ökologische Gartenschau Europas ist eine Dauereinrichtung und hält sich streng an die Kriterien der Aktion „Natur im Garten“ und verzichtet auf chemisch-synthetische Pestizide, chemisch-synthetische Düngemittel und Torf. „Die Garten Tulln ist mit ihrer Erfolgsgeschichte zentraler Faktor für unsere Positionierung als die Gartenstadt Österreichs. Sie ist gleichermaßen wichtiger Frequenzbringer für unsere Wirtschaft sowie Wissens- und Erholungsraum für unsere gartenaffinen Bürgerinnen und Bürger“, so Bürgermeister Peter Eisenschenk. Neben der Auszeichnung als TOP-Ausflugsziel in Niederösterreich ist die Gartenschau seit 2014 Botanischer Garten und EMAS zertifiziert. ■

http://www.diegartentulln.at
http://www.naturimgarten.at

Foto: NLK / Pfeiffer

v.l.: Landesrat Martin Eichtinger, Claudia Hofmann mit Alexander, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Lukas Hofmann mit Marie und Tullns Bürgermeister Peter Eisenschenk

Foto: Die Garten Tulln

Der vom niederösterreichischen Architekten Ernst Maurer entworfene 30 Meter hohe Baumwipfelweg mit Aussichtsturm bietet einen großartigen Blick auf die Garten Tulln und ins Land.

Chronik

Meilenstein beim Bau der Südstrecke

Zwei Tunnelbohrer, so schwer wie je 400 Elefanten, arbeiten sich durch das Semmering-Massiv.

Wo sich auf anderen Baustellen und Zugängen des Semmering-Basistunnels dutzende Arbeiter in Handarbeit in die Tiefe des Berges sprengen, fräsen und bohren, erhalten die Tunnelbauer im mittleren Abschnitt seit 13. Juli maschinelle Unterstützung: Zwei 120 Meter lange und 2500 Tonnen schwere Maschinen – je eine pro Tunnelröhre – fressen sich beim Semmering-Basistunnel vom Fröschnitzgraben rund neun Kilometer in Richtung Gloggnitz durch den Berg.

Beim feierlichen „Andrehen“ zum Start der ersten Maschine konnten sich neben Verkehrsminister Norbert auch Hofer Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, der EU-Koordinator für den Baltisch-Adriatischen Korridor Kurt Bodewig, der niederösterreichische Verkehrslandesrat Ludwig Schleritzko, Baufirmen-Vertreter Karl Weidlinger und ÖBB-Vorstandsvorsitzender Andreas Matthä von diesem beeindruckenden Meilenstein überzeugen. Die Ehrengäste betonten dabei den volkswirtschaftlichen Mehrwert des Bauprojektes sowie die Bedeutung für die Zukunft der europäischen und österreichischen Verkehrsinfrastruktur.

Schützenhöfer: „Der Semmering-Basistunnel wird eine enorme Aufwertung des Wirtschaftsstandort Steiermark mit sich bringen. Als Teil der baltisch-adriatischen Achse ist der Semmeringtunnel ein europäisches Schlüsselprojekt, das insbesondere auch für die Steiermark von großer Bedeutung ist. Mit diesem Tunnel stärken wir die wirtschaftliche Entwicklung im ganzen Land und sichern so langfristig Arbeitsplätze.“ Derartige Infrastrukturprojekte haben für die steirische Wirtschaft hohen Stellenwert, so der Landeshauptmann weiter, denn: „Die Tunnelbaustellen im Lande sind schon in der Bauphase ein Segen für Region, denn allein während des Baus bieten die beiden großen Tunnelprojekte direkt und indirekt 4.000 Beschäftigten in der Steiermark Arbeit.“

Foto: ÖBB / Ebner

Geologie bestimmt die Bautechnik

Der Großteil des 27 Kilometer langen Bahntunnels sowie alle Zugänge werden „in Handarbeit“ im klassischen Bagger- und Sprengvortrieb errichtet. Die Geologie entscheidet, wo Tunnelbohrmaschinen zum Einsatz kommen können. Beim Semmering-Basistunnel ist das in rund einem Drittel des Tunnels der Fall. Die Maschinen wurden in Frankreich gebaut und legen vor ihrem Einsatz eine 1000 Kilometer lange Reise per Schiff und LKW zurück. Aus Platzgründen werden die beiden Bohrer hintereinander in Einzelteilen angeliefert und 400 Meter unter der Erde zusammengebaut. Die Bohrer tragen die Namen Carl & Ghega – in Anlehnung an den großen Meister-Ingenieur der Semmering-Bergstrecke Carl Ritter von Ghega. Die Namen sind das Ergebnis eines öffentlichen Namenswettbewerbes.

Semmering-Basistunnel

Der rund 27 Kilometer lange Semmering-Basistunnel bringt mehr Reisequalität für die Fahrgäste und erhöht die Leistungsfähigkeit des Schienengüterverkehrs deutlich. Ab 2026 reisen Fahrgäste umweltfreundlich und sicher mit der Bahn in weniger als zwei Stunden von Wien nach Graz. Ab diesem Zeitpunkt wird auch der Güterverkehr energieeffizient auf der neuen Strecke abgewickelt. Was bisher auf der Weststrecke mit attraktiven Fahrzeiten und dichten Zugintervallen erlebbar ist, wird bald auch auf der Südstrecke umgesetzt. Durch den Semmering-Basistunnel wird die Bahn nun auch auf der Nord-Süd-Verbindung Österreichs zum Auto und zum LKW konkurrenzfähig.

Die neue Südstrecke

An mehr als 100 großen und kleinen Projekten arbeitet die ÖBB-Infrastruktur AG derzeit entlang der Südstrecke, einem Teil des Baltisch-Adriatischen Korridors. 200 Kilometer Bahnlinie werden modernisiert, 170 Kilometer neu gebaut. 80 km neue Tunnel und 150 neue Brücken errichtet. Mehr als 5000 Menschen arbeiten daran. Ab Ende 2026 eilen die Züge in 2 Stunden 40 Minuten von Wien nach Klagenfurt, von Graz nach Klagenfurt in 45 Minuten. Sie passieren auf insgesamt 470 Kilometern viele neue Bahnhöfe und durchqueren mit hohen Geschwindigkeiten zwei Berge – den Semmering und die Koralpe.

Das Projekt Südstrecke umfaßt: Den Nordbahn-Ausbau, den Ausbau Wien-Bratislava, den neuen Wiener Hauptbahnhof, das Güterzentrum Wien Süd, den Ausbau der Pottendorfer Linie, den Bau des Semmering-Basistunnels, acht modernisierte Bahnhöfe auf dem Weg von Bruck nach Graz, den modernisierten Grazer Hauptbahnhof und 130 Kilometer neue Koralmbahn. Gemeinsam schaffen sie die Voraussetzungen für einen zukunftsorientierten Personen- und Güterverkehr. ■

http://infrastruktur.oebb.at/de/projekte-fuer-oesterreich/bahnstrecken/suedstrecke-wien-villach/semmering-basistunnel

Chronik

30 Jahre Donauinsel

Wiens Hochwasserschutz und Freizeitparadies

Foto: MA 45

Die 21 Kilometer lange und rund 4 km² große Donauinsel ist heute aus der Stadt nicht mehr wegzudenken.

Die Donauinsel ist ein wichtiger Teil des Wiener Hochwasserschutzes und bewahrt die Stadt seit drei Jahrzehnten vor fatalen Überschwemmungen. Die genau vor 30 Jahren fertiggestellte, 21 Kilometer lange und rund 4 km² große Donauinsel ist heute aus der Stadt nicht mehr wegzudenken. Die künstlich entstandene Insel bietet viel Platz für Menschen, Tiere und Pflanzen und war deshalb nach ihrer landschaftlichen Ausgestaltung bei den Wienerinnen und Wienern von Anfang an als Freizeitparadies beliebt: „In den letzten Jahrzehnten hat die Stadt Wien viel investiert, um die Insel als Erholungsgebiet noch attraktiver zu machen – mit Erfolg! An sonnigen Tagen nützen hunderttausende Menschen die Insel zum Flanieren, Sonnenbaden am Wasser und zum Grillen – und das nun schon seit 30 Jahren. Klar ist, daß sich alle an die Spielregeln halten müssen, damit das Miteinander auf der Insel funktioniert“, so Wiens Umweltstadträtin Ulli Sima.

Die Donauinsel ist eine Hochwasserschutzeinrichtung

Die Donauinsel ist von ihrer Funktion her eigentlich eine Hochwasserschutzeinrichtung. Sie entstand aus dem Aushubmaterial des Entlastungsgerinnes – der Neuen Donau. Die Neue Donau dient bei Hochwasser als Entlastungskanal für die Donau und schützt so die Stadt Wien seit drei Jahrzehnten vor Überflutungen.

Drei Wehranlagen in der Neuen Donau – Einlaufbauwerk, Wehr 1 und Wehr 2 – dienen der Steuerung des Durchflusses bei Hochwasser und der Regelung des Wasserspiegels, wenn kein Hochwasser vorherrscht.

Die Stadt Wien hat sämtliche Hochwasserereignisse, wie zuletzt das Rekordhochwasser 2013, gut überstanden.

Kernstück des Wiener Hochwasserschutzes ist die Neue Donau und eben die Donauinsel, deren Bau im Jahr 1988 abgeschlossen wurde.

Ausstellung auf der Inselinfo

In der Inselinfo, dem Infocenter der MA 45 auf der Donauinsel, ist eine kleine, aber feine Ausstellung über die Donauinsel zu sehen. Auf Schautafeln erfahren die BesucherInnen viel Wissenswertes über die Rolle der Donauinsel als Hochwasserschutzeinrichtung, über den spektakulären Bau der Insel, über Tiere und Pflanzen, die auf der Insel leben oder über die Donauinsel als Hotspot für Open Air-Veranstaltungen und Freizeitnutzung. Die Ausstellung wurde von WissenschafterInnen der BOKU Wien konzipiert und zusammengestellt. Öffnungszeiten: Mai bis September, Mittwoch von 12 bis 16 Uhr sowie Freitag, Samstag und Sonntag jeweils von 12 bis 18 Uhr

Die Geschichte des Donauhochwasserschutzes in Wien

Wien wurde immer wieder von verheerenden Hochwasserereignissen heimgesucht. Der Gedanke einer Flussregulierung lag

nahe. Vor der ersten Donauregulierung Ende des 19. Jahrhunderts war die Donau in viele Haupt- und Nebenarme verzweigt. Auf dem jetzigen Terrain der Neuen Donau und der Donauinsel befand sich eine Aulandschaft. Im Jahr 1868 fiel die Entscheidung zur Begradigung der Donau. Von 1870 bis 1875 wurde die Donau durch den „Durchstich" begradigt. Ein 450 Meter breites Überschwemmungsgebiet und ein Hochwasserschutzdamm am linken und rechten Ufer sollten Wien vor Hochwasser schützen.

Bald zeigten nachfolgende Hochwasserereignisse die Grenzen dieser Hochwasserschutzeinrichtungen auf. Doch erst nach dem verheerenden Hochwasser des Jahres 1954 entstand ein neuer Donau-Regulierungsplan. Nachdem andere Varianten wie eine Erhöhung der Dämme oder eine Vergrößerung des Donau-Flußbettes ausgeschlossen worden waren, fiel im Jahr 1969 der Grundsatzbeschluß der Stadt Wien für das Projekt „Verbesserter Donauhochwasserschutz Wien" und damit für den Bau des Entlastungsgerinnes, der Neuen Donau.

38 Mio. m³ Aushubmaterial

Von 1972 bis 1988 wurden 38 Millionen Kubikmeter Aushubmaterial bewegt und zwei Millionen Kubikmeter Wasserbausteine zur Sicherung der Sohle und Böschungen verwendet. Zwischen dem Entlastungsgerinne und dem Hauptstrom entstand die Donauinsel quasi als Nebenprodukt durch Aufschüttungen des Aushubmaterials.

Schon während der Bauarbeiten wurde an den Ufern gegrillt und am Wasser relaxt. Auch das allererste Donauinselfest fand bereits 1983 auf einem für die Öffentlichkeit freigegebenen Teil der noch unfertigen Insel statt – daher feiert das Donauinselfest 2018 sein 35jähriges Jubiläum, die Insel erst ihr 30-jähriges.

Von der Spaghetti-Insel zum Natur- und Freizeitparadies

Da die landschaftsgestalterische Planung den Bauarbeiten hinterher hinkte und die Insel noch kein Gestaltungskonzept hatte, wurde die Insel rasch als „Fadennudel" und „Spaghetti-Insel" bezeichnet. Schließlich wurde entschieden, daß die Charakteristika der Stromlandschaft soweit wie möglich erhalten werden sollten und die Donauinsel als Freizeitoase und Erholungsgebiet nutzbar gemacht werden soll. Die Oberfläche der Insel wurde im nördlichen und südlichen Bereich naturnah gestaltet, um auch Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt zu schaffen.

Foto: MA 45

Die künstlich entstandene Insel bietet viel Platz für Menschen, Tiere und Pflanzen und war bei den WienerInnen von Anfang an als Freizeitparadies sehr beliebt.

Donau-Altarme wie das Zinkerbachl oder der Tote Grund wurden belassen und in die Landschaftsgestaltung eingebettet.

135 km langes Wegenetz

Bei der Gestaltung der Donauinsel wurde auch großes Augenmerk auf die Schaffung frei zugänglicher Sport- und Erholungsmöglichkeiten gelegt. Neben unzähligen Badebuchten an den 42 km langen Ufern findet sich ein ausgedehntes, rund 135 km langes Wegenetz für LäuferInnen, RadfahrerInnen und SkaterInnen. Es gibt Liege- und Spielwiesen, Sportplätze und eigene Plätze für Beachvolleyball.

Rund 50 Schwimmpotons im Wasser erhöhen den Komfort für die Badegäste. Neben gastronomischen Betrieben finden sich auch kostenpflichtige Einrichtungen wie z. B. Radverleih, Wasserschilift, Ruderzentrum und Bootsverleih. Im Norden und im Süden der Insel sowie am linken Hochwasserschutzdamm befinden sich zwei der größten, in unmittelbarer Nähe einer Großstadt gelegenen FKK-Badebereiche.

Neuer Hotspot: Der CopaBeach

Neuer Hotspot an der Neuen Donau ist der CopaBeach auf dem Areal der ehemaligen Copa Cagrana. Das Freizeitareal bei der Reichsbrücke gegenüber der Donauinsel wird schrittweise neu belebt. Es erstreckt sich auf insgesamt rund 4 Hektar mit einem 300 Meter langen Uferbereich zur Neuen Donau. Seit 2015 wurden Zonen für Sport, Entspannung und Gastronomie geschaffen.

Grundlage für die umfassenden Maßnahmen ist der vom Architekturbüro LAAC erstellte Masterplan, der im Rahmen eines europaweiten Wettbewerbs als Sieger hervorging. Fixe Bauwerke und neue Gastronomie-Angebote folgen in den nächsten Bauabschnitten in den kommenden Jahren. Der erste Abschnitt mit großzügigen Grün- und Freiflächen ohne Konsumationspflicht, begrünter Sitzarena sowie moderner Gastronomie wurde im Juni 2018 fertiggestellt. Insgesamt wurden 13.000 Quadratmeter zwischen dem Ausgang der U1-Donauinsel bis zum bereits bestehenden griechisch-mexikanischen Lokal neu gestaltet. Highlight ist die „Cagrana Beach Event Arena", eine begrünte Freiluftarena mit Sitzflächen und einer schönen Liegewiese.

Donauinsel – das Eldorado für Grill-Fans

Für die Grill-Fans ist fast das ganze Jahr Saison auf der Donauinsel. Zwei öffentliche frei zugängliche Grillzonen und 15 fix ausgestattete kostenpflichtige Holzkohle-Grillplätze werden von der MA 45-Wiener Gewässer zu diesem Zwecke angeboten und betreut.

Elf der 15 Grillplätze erstrahlen seit einiger Zeit in neuem Design und sind aus pflegeleichtem, robustem Beton angefertigt. Die Luxus-Editions sind die drei Top-Grills, die zwei Tisch-Bank-Kombinationen mit integrierten Grillflächen bestehen und Platz für rund 20 Personen bieten.

Für einen reibungslosen Ablauf in den Grillzonen sorgen die muttersprachlichen GrillplatzmeisterInnen. Sie kontrollieren Sauberkeit und die richtige Entsorgung von Abfall, geben Tipps für sicheres Grillen und achten – wie die MitarbeiterInnen des Inselservice – darauf, daß sich alle an die Spielregeln halten. ■

https://www.gewaesser.wien.at

Schwimmkleider, die Anstand und Sittlichkeit verletzen, verboten!

Bis Oktober präsentiert das Stadtarchiv Klosterneuburg in der Aula des Rathauses allerlei Kurioses aus der Geschichte des Strombads. Die Ausstellung widmet sich den goldenen 1920er-Jahren und dem Jubiläumsjahr 1928. Diesmal wird die Entwicklung des Strombads Kritzendorf in den goldenen 20er-Jahren bis zum Jubiläumsjahr 1928 beleuchtet. Denn nach der Gründung 1903 wurde das 25. Jahr groß gefeiert. In diesem Jahr wurden der neue Kassenbereich, das Rondeau und die Brücke, eröffnet. Sie machen heute noch den Charme des inzwischen nicht mehr als städtisches Bad geführten Freizeitareals aus. Zu entdecken gibt es Dokumente und Fotos, welche die seinerzeit angesagte Bademode sowie Trends der körperlichen Ertüchtigung und vieles mehr zeigen.

Foto: Stadtgemeinde Klosterneuburg / Archiv

Kritzendorfer Badevolk in den goldenen 1920er-Jahren

In der Badeordnung ist unter anderem nachzulesen: „Die Benützung von Schwimmkleidern, die den Anstand und das Sittlichkeitsgefühl verletzten, ist strengstens untersagt.“ Den Journalisten wurden bei einem Empfang 1927 eine Kritzendorfer Blättersuppe, Omelette Surprise und Weißer Ribiselwein vorgesetzt. Darüber hinaus gibt es Impressionen von einem Kindermaskenfest, der Bade-Feuerwehr oder Vorführungen der Rettungsriege des Arztes Dr. Emil Bergmann zu bestaunen. Der Eintritt ist frei!

Das 1903 gegründete Strombad bestand ursprünglich aus einem in der Donau vertäuten Badeschiff zu einem der ersten Freiluftbäder Österreichs. Es ist heute eine öffentlich zugängliche Kleingartensiedlung mit Zugang zur Donau ohne Badebetrieb – der wurde Ende der 70er-Jahre eingestellt. Die Stadtgemeinde Klosterneuburg verfügt jedoch noch über Wohnkabinen, die an Erholungssuchende vermietet werden. ■

http://klosterneuburg.at

Die Gsellmann Weltmaschine

Sie steht in einem kleinen Raum, auf einem Bauernhof in Kaag. Dort wartet sie – groß, gewaltig, beispiellos – um, einmal in Bewegung gesetzt, ihre Besucher zu verzaubern und Staunenden Geschichten zu erzählen, Traumgeschichten. Denn diese Maschine bewegt Träume.

Der Steirer Franz Gsellmann hat in seinem Leben nur eine einzige Reise gemacht: nach Brüssel – zu „seinem“ Atomium, wohin ihn dessen Abbildung in einer Zeitung am 8. Oktober 1958 eine Abbildung des Atomiums hin geführt hatte. Diese Ausstellung wird das Leben des Bauern, der aus einem kleinen Dorf in der Steiermark kommt, für immer verändern. Von diesem Moment an ist sein einziger Traum, eine Maschine zu bauen, bei der das Atomium im Zentrum steht. Sein Werk, eine Art „Perpetuum mobile“, wird ihn 23 Jahre lang, bis zu seinem Tod, beschäftigen. Das Ergebnis ist beeindruckend: Tausende Teile, Hunderte Glühbirnen und 25 Elektromotoren treiben sie an. Durch die permanente Bewegung der Maschinenteile entstehen Licht- und Geräuscheffekte.

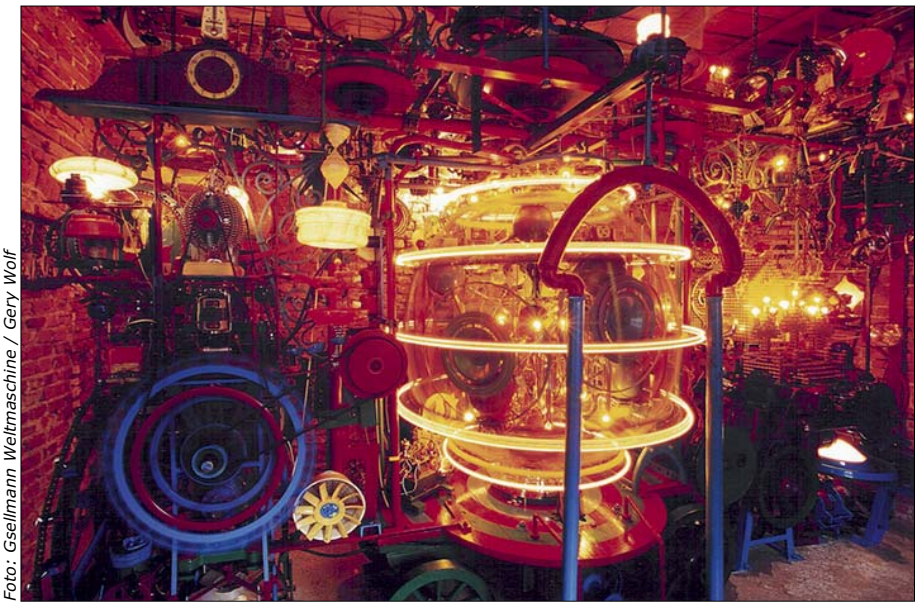


Foto: Gsellmann Weltmaschine / Gery Wolf

Alles bewegt sich, dreht sich, leuchtet und blinkt…

Alles bewegt sich, dreht sich leuchtet und blinkt. Die Weltmaschine von Franz Gsellmann ist ein Wunderwerk und das Werk eines leidenschaftlichen Menschen, der sich mit einer großen Vision vor Augen nicht beirren ließ. Sein Enkel Franz Gsellmann führt dieses große Erbe mit Demut uns Re–spekt weiter. So sprach das Vulkanland ihm und seiner Familie in Würdigung der wertschätzenden Weiterführung eines für die Region wertvollen Erbes Dank und Anerkennung und aus und verlieh das „Goldene Danke“ des Steirischen Vulkanlandes. ■

https://www.steiermark.com/de

Personalia

Feierlicher Amtsantritt des neuen Generalstabschefs

Seine Kernaufgabe ist die militärische Landesverteidigung.

Es freut mich, heute dem Nachfolger in der Funktion des Generalstabschefs mit einem militärischen Festakt das Amt übergeben zu können. Ich bin überzeugt, General Brieger hat die notwendige Übersicht und Erfahrung, um den Ansprüchen gerecht zu werden", sagte Verteidigungsminister Mario Kunasek am 24. Juli in der Maria-Theresien-Kaserne in Wien. „Ich habe vielleicht einen anderen Stil", so der neue Generalstabschef des Bundesheeres, Robert Brieger, anläßlich seines Amtsantrittes. Sein Vorgänger, General Othmar Commenda habe „hervorragende Arbeit geleistet", er werde in einigen Bereichen an dieser anknüpfen, so General Brieger beim gemeinsamen Pressestatement mit Verteidigungsminister Kunasek.

Verteidigungsminister Mario Kunasek und General Robert Brieger

Kernaufgabe militärische Landesverteidigung

Das Bundesheer werde sich in der Ausbildung künftig verstärkt auf seine Kernaufgabe, die militärische Landesverteidigung, fokussieren und entsprechende Schwerpunkte setzen, sagte Brieger. Was anstehende Investitionen beim Bundesheer angeht, bekräftigte der neue Generalstabschef, daß es dafür ein Sonderbudget geben müsse. „Die aktive Luftraumüberwachung ist unverzichtbar. Es muß eine Lösung geben", so Brieger – er rechne mit einer Entscheidung im heurigen Jahr.

Investitionen brauche es laut Brieger auch in die Mobilität, in den Schutz der Soldaten und in die Miliz. „Die Mißstände und Versäumnisse der letzten 15 Jahre können nicht in sieben Monaten beseitigt werden", ergänzte der Verteidigungsminister, man sei aber bemüht, den Investitionsstau zu lösen.

Auslandsmissionen des Bundesheeres

Was die Auslandseinsätze des Bundesheeres betrifft, verwies Kunasek auf das breite Engagement Österreichs mit aktuell 1.900 SoldatInnen. Österreich sei aber „zu weiteren Kooperationen, auch innerhalb der EU bereit", sagte Brieger. Man werde an europäischen Missionen teilnehmen, die internationalen Standards in der Ausrüstung halten und weiter an gemeinsamen Übungen teilnehmen. ■

http://www.bundesheer.at

Fotos: Österreichisches Bundesheer / Pusch

Der feierliche Amtsantritt fand in der Maria-Theresien-Kaserne statt.

Personalia

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Univ.-Prof. Konrad Krainer

Anläßlich des 60. Geburtstages von Dekan Konrad Krainer fand am 7. Juli ein Symposium unter dem Titel „Das Lernen von Lehrerinnen und Lehrern, Organisationen und Systemen“ an der Uni Klagenfurt statt. Völlig überrascht wurde Krainer nicht nur von der Veranstaltung selbst, sondern auch von Landeshauptmann Peter Kaiser. Dieser ließ es sich nicht nehmen, seinem ehemaligen Schulkollegen Konrad Krainer persönlich zu gratulieren. Die Überraschung war jedenfalls gelungen, überbrachte der Landeshauptmann auch das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes für die Verdienste Krainers.

„Ich kenne Konrad Krainer seit unserem Schulbeginn 1969 und wir haben die Schulzeit gemeistert bis zur Matura. Als Landesregierung haben wir die Leistungen Konrad Krainers zusammengefaßt in einem Regierungssitzungsakt und ich kann ihm als Landeshauptmann heute somit das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes überreichen. Damit wollen wir unseren besonderen Dank und unsere Anerkennung ausdrücken“, sagte Kaiser, der vor allem die Fähigkeit Krainers, strategisch zu denken, hervorstrich. Die sichtbare Anerkennung reihe sich nun laut Kaiser zu vielen Auszeichnungen hinzu, die die besonderen Leistungen Krainers würdigen.

Foto: LPD / Peter Just

LH Peter Kaiser (.l) ehrte Univ.-Prof. Konrad Krainer mit dem großen goldenen Ehrenzeichen des Landes Kärnten.

Krainer baute das Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung auf, war Mitglied des Senats und Gründungsdirektor der School of Education, und ist seit 2016 Dekan der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF) an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. ■

Silbernes Ehrenzeichen für Intendant Marcus Strahl

Die Premiere des Stückes „Das Geheimnis der drei Tenöre“ vom 17. Juli im Teisenhoferhof in Weißenkirchen nutzte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, um dem Intendanten der Wachaufestspiele, Marcus Strahl, das „Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ zu überreichen.

„Die Wachau ist zu deiner zweiten Heimat geworden“, sagte die Landeshauptfrau zu Marcus Strahl im Zuge der Übergabe des Ehrenzeichens. Der Geehrte zeichne sich durch „eine unglaubliche Kompetenz, durch Professionalität und sehr viel Herzblut“ aus. Gerade jetzt im Sommer sei „Kultur an allen Ecken und Enden unseres Landes spürbar und fühlbar“, betonte sie anlässlich der Premiere im Rahmen der diesjährigen Wachaufestspiele.

Marcus Strahl wurde nicht nur mit dem „Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ geehrt, sondern erhielt auch seitens der Marktgemeinde Weißenkirchen eine Auszeichnung, und zwar das „Ehrenzeichen der Marktgemeinde Weißenkirchen in Silber“, überreicht durch Bürgermeister Hubert Trauner.

Foto: NLK / Reinberger

Silbernes Ehrenzeichen für Marcus Strahl auf der Bühne in Weißenkirchen: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Intendant Marcus Strahl und Bürgermeister Hubert Trauner

Der im Jahr 1968 geborene Marcus Strahl ist Schauspieler, Regisseur, Intendant und Autor. Seit 2005 ist der Sohn des Schauspielerehepaares Waltraut Haas und Erwin Strahl Intendant der Wachaufestspiele Weißenkirchen. 1998 und 1999 war er der künstlerische Leiter der Raimundfestspiele Gutenstein. ■

https://www.wachaufestspiele.com

Personalia

Landeshauptmann Stelzer gratuliert ältester Österreicherin

Am 23. Juli 1908 wurde Anna Wiesmayr in der Linzer Franckstraße geboren. Am 23. Juli feierte sie ihren 110. Geburtstag und ist damit die älteste Österreicherin.

Zu diesem außergewöhnlichen Jubiläum besuchte sie auch Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer im Seniorenzentrum Linz-Liebigstraße und gratulierte ihr mit einem Blumenstrauß und einer Geburtstagstorte.

„Es ist wirklich beeindruckend und eine besondere Freude, der ältesten Österreicherin zu ihrem Geburtstag zu gratulieren. Wenn man bedenkt, daß das Bundesland Oberösterreich heuer sein ‚erst' 100. Jubiläum feiert, kann man sich vorstellen, was Anna Wiesmayr alles in ihrem Leben erlebt hat. Sie ist Teil jener Generationen, die durch ihren Fleiß und Einsatz grundgelegt haben, worauf wir heute erfolgreich weiterbauen können", so der Landeshauptmann. ■

Foto: Land OÖ / Kraml

Landeshauptmann Thomas Stelzer gratuliert der ältesten Österreicherin Anna Wiesmayr.

Landeshauptmann Haslauer zeichnet Präsidialchef doppelt aus

Mit dem Ehrenzeichen des Landes und dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich zeichnete Landeshauptmann Wilfried Haslauer den Leiter der Fachgruppe Präsidium in der Landesamtsdirektion, Hubert Weinberger, aus. Der 60jährige gebürtige Linzer begann 1987 beim Land im Büro von Landeshauptmann Wilfried Haslauer sen. und war später unter Landeshauptmann Franz Schausberger Büroleiter. 1999 wechselte er in die damalige Präsidialabteilung und leitet diese seit 2010. ■

Foto: Land Salzburg / Stefan Mayer

LH Wilfried Haslauer (r.) überreichte die doppelte Auszeichnung an Hubert Weinberger

Päpstliches Komturkreuz des Silvesterordens für Hofrat Koprax

Dem früheren Badener Vizebürgermeister Hofrat Friedrich Koprax wurde von seiner Heiligkeit, Papst Franziskus, das Komturkreuz des Silvesterordens verliehen. Hofrat Koprax erhielt diese Auszeichnung für sein besonderes Engagement für den Religionsunterricht und das katholische Privatschulwesen in Niederösterreich, das weit über das sonst übliche Maß hinausreichte. Der Wiener Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn überreichte ihm die Auszeichnung im Rahmen eines Festaktes im Erzbischöflichen Palais. ■

Foto: Dr. Brigitte Van Wagner

Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn und Hofrat Friedrich Koprax

Personalia

Christine Nöstlinger

Am 28. Juni ist in Wien-Ottakring eine der wohl eine der wichtigsten deutschsprachigen Kinder- und Jugendbuchautorinnen im 82. Lebensjahr gestorben.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen sagte zum Ableben von der österreichischen Schriftstellerin: „Ich bin tief betroffen über das Ableben von Christine Nöstlinger. Mit ihr hat Österreich eine seiner international bedeutendsten literarischen Stimmen verloren. Wer je eine Geschichte von Christine Nöstlinger gelesen oder vorgelesen bekommen hat, dem bleibt ihr sprachlicher Witz, ihr Humor in Erinnerung.“ In zahlreichen Kinderbüchern, wie etwa den „Geschichten vom Franz“, sei sie „einfühlsam auf die Nöte und Bedürfnisse ihrer jungen Leserschaft eingegangen. Seien es Konflikte unter den Kindern, seien es Auseinandersetzungen mit Eltern und Autoritäten. Nöstlinger hat ein realistisches Bild des Zusammenlebens gezeichnet, mit oft uneinigen Eltern oder wenig hilfreichen Geschwistern“, so der Bundespräsident. „Mit Christine Nöstlinger verlieren wir aber auch eine deutlich hörbare gesellschaftliche Stimme gegen alle Formen von Ungerechtigkeit und Unterdrükkung. Christine Nöstlinger wird uns fehlen, aber ihre Geschichten bleiben und werden uns trösten. Mein Mitgefühl ist bei ihren Angehörigen und Freunden“, so das Staatsoberhaupt.

„Eine bedeutende Schriftstellerin ist von uns gegangen“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. „Die Art und Weise, wie Christine Nöstlinger Themen des gesellschaftlichen Zusammenlebens humorvoll in ihre Geschichten einfließen hat lassen, ist unerreicht und wird jeder Leserin und jedem Leser einprägsam in Erinnerung bleiben. Sie hatte die Gabe, sich buchstäblich in die Herzen der Kinder und Eltern zu schreiben. In der Gewissheit, daß ihr Lebenswerk weit über ihren Tod hinaus Bestand haben wird, möchte ich den Hinterbliebenen an dieser Stelle meine aufrichtige Anteilnahme aussprechen“, schloß Sobotka.

Kunst- und Kulturminister Gernot Blümel hob hervor, Christine Nöstlinger habe „mit Ihrem Schaffen ganze Generationen nachhaltig geprägt. Dieses Wirken endet nicht mit ihrem Ableben, sondern wird weit über ihren Tod hinaus auch die künftigen Generationen begeistern. Wir verneigen uns vor einer großen Österreicherin, einer herausragenden Autorin und einer großen Persönlichkeit mit Feingefühl, Witz, Weitblick und sozialem Engagement.“

Foto: ORF/MINI Film/Petro Domenigg

Dieses Bild zeigt eine Szene aus der Verfilmung des Kinderbuchs »Villa Henriette« von Christine Nöstlinger (AUT/CHE 2004) unter der Regie von Peter Payer. Im Bild ist (v.l.) die Autorin selbst in der Rolle der Hausmeisterin zu sehen, Hannah Tiefengraber als Maria und Cornelia Froboess als deren Großmutter.

„Ihre Worte werden für immer unvergessen bleiben“, erinnerte Blümel an ein Zitat von Christine Nöstlinger: „Ich habe gewisse Vermutungen darüber, was Kinder lesen wollen, und gewisse Vermutungen, was Kinder lesen sollten. Und dann habe ich noch das dringende Bedürfnis, mir gewisse Dinge von der Seele zu schreiben. Und die feste Überzeugung, daß Kinder beim Lesen gern lachen, die habe ich auch. Aus diesen vier Komponenten mische ich üblicherweise meine Bücher zusammen.“ So habe sie selbst die Grundlagen ihres Schaffens beschrieben. Ihr großer Erfolg hat sie darin eindrucksvoll bestätigt.

„Unsere Anteilnahme gilt ihrer Familie und allen, die mit ihr eng verbunden sind“, so der Kunst- und Kulturminister.

Bildungsminister Heinz Faßmann zeigt sich tief betroffen: „Mit Christine Nöstlinger ist die schillerndste und wohl auch bekannteste Kinder- und Jugendbuchautorin Österreichs von uns gegangen. Sie hat mit ihren unzähligen Kinder- und Jugendbüchern gleich mehrere Generationen im deutschsprachigen Raum geprägt und ihnen die Freude am Lesen näher gebracht“, betont Faßmann.

Nöstlinger sei ein Ausnahmetalent gewesen, dem es gelungen sei, „in humorvoller, einfacher Sprache, realistische und durchaus sozialkritische Themen aufzugreifen. Sie hat über 150 Bücher geschrieben, die auch über den deutschen Sprachraum viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene erreicht hat. Mit ihr verliert Österreich nicht nur eine bekannte Schriftstellerin, sondern auch eine kritische Begleiterin des gesellschaftlichen Wandels.“ Den Hinterbliebenen drückte Faßmann sein herzliches Beileid aus.

Die vielfach ausgezeichnete Künstlerin erhielt u.a. 1974, 1979 und 1987 den Österreichischen Staatspreis für Kinder- und Jugendliteratur, 1984 den Hans-Christian-Andersen-Preis, 1998 den Ehrenpreis des österreichischen Buchhandels für Toleranz in Denken und Handeln und 2003 den ersten Astrid-Lindgren-Preis, den „Nobelpreis für Kinderliteratur“. Im gleichen Jahr wurde Nöstlinger das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst verliehen, 2011 das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Christine_N%C3%B6stlinger

Religion & Kirche

Gottes Wort und seine Dolmetscher

Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics und Burgenlands evangelischer Superintendent Manfred Koch begleiteten eine ökumenische Pilgergruppe an die Wirkstätten Martin Luthers und der heiligen Elisabeth von Thüringen.

Foto: Dominik Orieschnig

Die Pilgergruppe vor dem Erfurter Dom und benachbarter Severikirche

Auf einer mehrtägigen Reise durch Thüringen und Sachsen-Anhalt wandelten katholische und evangelische Christen aus dem Burgenland auf den Spuren Martin Luthers und der heiligen Elisabeth von Thüringen. Anspruch der Pilgergruppe war es, dem Glauben und den Lebensmotiven beider Persönlichkeiten an historischen Orten nachzuspüren und herauszufinden, mit welchen Mitteln sie das Evangelium in die Wirklichkeit ihrer jeweiligen Epoche übertrugen: Elisabeth als opferbereite Fürsprecherin der Armen und Ausgestoßenen in der Feudalwelt des Mittelalters, Martin Luther als wortgewaltiger Kommunikator des christlichen Glaubens in einer Sprache, die mit den adäquaten Medien (Buchdruck) die verunsicherten Menschen der beginnenden Neuzeit erreichen konnte.

An den Nervenbahnen europäischer Kultur

Die Reise durch das „Bilderbuch der deutschen Geschichte“ (wie der Schriftsteller Arnold Zweig Thüringen nannte) führte aber auch entlang der Nervenbahnen europäischer Kultur und Mentalitätsgeschichte, die trotz Bildung und Buchdruck, trotz großer Namen wie Bach und Händel, Goethe und Schiller in die totalitären mörderischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts führten und auf tragische Weise bewiesen, daß Humanismus im Ernstfall vor nichts schützt. Vor dieser Kulisse stellten sich die burgenländischen Pilger an Originalschauplätzen wie Erfurt, Wittenberg und der Wartburg sehr bewußt dem unerhörten Skandal, daß ausgerechnet das von Jesus, dem Friedensfürsten, gestiftete Symbol der Einheit aller Christen im Räderwerk der Geschichte zum Gegenstand ihrer Spaltung und gegenseitigen Bekämpfung pervertiert ist.

Blaudruck, Liszt, Martinsfest und Windräder: Pannonien ist überall

Daß die Welt sich nur aus dem Zusammenhang erklärt, erlebten die Pilger anhand zahlreicher Querverweise, die auch Bekanntes, Heimatliches zeigten. Nicht nur die uralte Erfurter Handwerkstradition des Blaudrucks, die vielen Windräder auf Thüringens Feldern oder die von sanften Erhebungen durchzogene Weite der Landschaft erinnerten viele der Reisenden an die pannonische Tiefebene. Die Lebensgeschichte der heiligen Elisabeth selbst begann einst in Pannonien, wo sie 1207 in Sárospatak geboren wurde. Als Vierjährige wurde Elisabeth – unter Einfluß der politischen Interessen von Papst Innozenz III. und einer Fürstenkoalition gegen Kaiser Otto IV. – mit dem damals elf Jahre alten Thüringer Landgrafensohn Hermann verlobt und zur Erziehung in deutscher Umgebung und durch ihre Schwiegermutter Sophie nach Thüringen geschickt. Auf der Wartburg, wo sie die meisten Jahre ihres kurzen Lebens verbrachte, ist ihr Weg zur Heiligkeit heute in einem gigantischen Mosaik dargestellt. Und hier, in dieser „Mythensammlerin Wartburg“ (Herfried Münkler) befindet sich neben Hinweisen auf den legendären Sängerkrieg auch die Studierstube Martin Luthers als Junker Jörg, der hier bei seiner Bibelübersetzung ins Deutsche mit dem Tintenfaß nach dem Teufel warf und für dessen Namenspatron, den heiligen Martin, die Stadt Eisenach alljährlich ein Martinsfest ausrichtet. Und hier stieß die Pilgergruppe nach Elisabeth zuletzt noch auf einen anderen Pannonier von Weltrang, Franz Liszt, der in seiner Zeit als Weimarer Hofkapellmeister aus akustischen Gründen eine bis heute vorhandene Holzdecke für den berühmten Festsaal der Wartburg vorschlug.

Luthers Stube während seines nicht ganz freiwilligen Aufenthalts auf der Wartburg

Bischof Zsifkovics im Herzen Thüringens: »Füße, auf denen Gott durch Europa gehen will«

Der heilige Bonifatius, Apostel der Deutschen, der über die Errichtung und Leitung des Bistums Salzburg 739 auch große historische Bedeutung für das damals kirchlich zu Salzburg gehörige pannonische Gebiet hatte, ist auch der Gründer der Stadt Erfurt. Martin Luther war hier 700 Jahre später Student, wurde hier Augustinermönch und 1507 im Erfurter Dom zum katholischen Priester geweiht. Im Zuge einer ökumenischen Feier in der benachbarten Severikirche ging Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics in seiner Predigt auf das große Thema der Pilgerreise ein: die Beschäftigung Martin Luthers und Elis-

Fotos: Dominik Orieschnig

Auf den Spuren Martin Luthers in Eisenach (hier dargestellt von einem talentierten, äußerst liebenswürdigen Fremdenführer)

abeths von Thüringen mit Gottes Wort, „das sie beide als Prediger der einen Christenheit, beide als Ordensleute, beide als mehr oder weniger unfreiwillige Bewohner der Wartburg, in ihre jeweilige Zeit übersetzten“. Damit zeigten beide das „Wort Gottes als ewig gültigen Maßstab auf, den es zu übernehmen gilt, um den Verwicklungen und Verstrickungen unserer heutigen Gesellschaft in die mannigfachen Formen der Sünde zu entkommen“. Es sei dies eine „Form wahrer Leitkultur, die Brot mit Liebe austeilt, Gottes Züge im Antlitz der Armen erkennt und auf Gott allein vertraut“, so Zsifkovics. „Mit beiden, Elisabeth und Martin, ging Gott durch Thüringen und verteilte sich. Durch uns will Gott heute durch Europa gehen – leben wir wie Christen, dann brauchen wir keine Angst um dieses Europa zu haben und irgendwelchen Leitkultur-Phrasen auf den Leim zu gehen!“ Die Erfahrung lehre, so Zsifkovics, „daß diejenigen, die im gesellschaftlichen Diskurs das Wort von der ‚christlichen Leitkultur‘ am lautesten im Munde führen, nicht selten diejenigen sind, die ihren sozialen und politischen Vorstellungen, oft auch ihrer eigenen Lebensweise zufolge recht unverhohlen auf das Christliche pfeifen. Das Wort christlich lädt im Sinne des Evangeliums einen jeden von uns ein zur ständigen kritischen Selbsterforschung. Es ist kein Wohlfühlwort und eignet sich weder für populistische Kreuzzügler noch für die Museumswärter eines ängstlichen identitären Kulturbegriffes.“

Bild oben: In Eislebens St. Petri-Pauli-Kirche, wo Martin Luther getauft wurde

Bild unten: Nach der Vesper im Zisterzienserinnenkloster Helfta: Generalvikar Martin Korpitsch, Dechant Erich Seifner und Diakon Willi Jandrisits

Taufe als zentrales Ereignis und Adelstitel der Christen

Eisleben, die Stadt, in der Luther geboren und auch getauft wurde, war für die Pilgergruppe Schauplatz einer besonderen Vergegenwärtigung. Luther hat seine Taufe zeitlebens als eines der wichtigsten Ereignisse in seinem Leben bezeichnet. Er beschrieb die Taufe als Geschenk Gottes, für die kein Mensch in Vorleistung treten muß. In der neu gestalteten und mit dem Architekturpreis 2013 des Landes Sachsen-Anhalt ausgezeichneten St. Petri-Pauli-Kirche hielt die Gruppe Andacht am faszinierend gestalteten, den Kirchenboden in einem Kreisrund öffnenden Taufbrunnen. „Leben ist wie das in diesem Brunnen fließende Wasser ein ständiges Werden: ein Fromm-Werden, ein Gesund-Werden, ein Versöhnt-Werden und vieles mehr. Unser Dasein erklärt sich nicht von einem Ende her, sondern durch einen Weg, den wir zurücklegen in gegenseitigemAufeinanderbezogensein“, so Superintendent

Fotos: Dominik Orieschnig

Foto: Dominik Orieschnig

Herzliche Begegnung an der Wiege der Reformation (v.l.): Bischof Zsifkovics und Superintendent Manfred Koch bei der Überreichung des Martinskreuzes der Diözese Eisenstadt an Superintendent Beuchel in Wittenberg

Koch in seiner Meditation vor der Pilgergruppe.

Auch Michael Wüger, stellvertretender Generalvikar der Diözese Eisenstadt und designierter Pfarrer von Neusiedl, zeigte sich von der Architektur der evangelischen Kirche begeistert: „Dieser Taufbrunnen ist die kongeniale Umsetzung des theologischen Verständnisses von Taufe, wo das Hinuntersteigen Jesu ins Grab zur Erlösungstat für alle wird, die sich in der Taufgnade und im Hinabsenken des Täuflings ins Taufbecken widerspiegelt. Es ist der wahre Adelstitel der Christen, dessen wir uns oft nicht genug bewußt sind."

Christliche Persönlichkeiten: Vor ideologischem Kidnapping nicht gefeit

Die Stationen der Pilgerfahrt machten aber auch zunehmend bewußt, daß beide, Elisabeth wie Martin, nicht gefeit waren vor eigennütziger, gerne auch unchristlicher Vereinnahmung, bereits nicht zu Lebzeiten und schon gar nicht danach. So bastelten sich viele „ihren" eigenen Luther: die deutschen Fürsten und Mächtigen des 16. Jahrhunderts je nach politischer Opportunität den Ketzer oder Reformator Luther; das romantische 19. Jahrhundert den Einiger Deutschlands; der Nationalsozialismus den Judenfeind; die kommunistische DDR den Stammvater des Sozialismus. Und Elisabeth von Thüringen verdankte ihre Heiligsprechung, die bereits wenige Jahre nach ihrem Tod erfolgte, dem Einfluss und Netzwerk eben jenes Adelsgeschlechts, in das sie eingeheiratet hatte und das sie nach dem Tod ihres Mannes mitsamt den drei Kindern aus dem Haus gejagt hatte. Eine Heilige in der eigenen Familie machte sich gut im Prestigedenken einer Feudalwelt der miteinander konkurrierenden Fürstentümer, deren „Wettrüsten" in Repräsentativbauten und im Sammeln von Kunst und mitunter Reliquien bestand.

Dennoch haben beide Persönlichkeiten „auf ihre Weise Gott gelobt und laden uns ein, in der heutigen Zeit dasselbe zu tun und mit den uns gegebenen Talenten und Möglichkeiten aus unserem Taufauftrag heraus den Menschen zu dienen", so Generalvikar Martin Korpitsch bei seiner Predigt im Rahmen einer Vesper im Zisterzienserinnenkloster Helfta.

Brückenschlag an dem Ort, an dem die Spaltung begann

Die Reise schloß mit dem Besuch Wittenbergs, wo Luther mit seinen 95 Thesen die deutsche Reformation eingeleitet hat. In der Stadt- und Pfarrkirche St. Marien – der Ort, an dem Luther 2500 Mal predigte und wo die Heilige Messe zum ersten Mal in deutscher Sprache gefeiert wurde – wohnte die ökumenische Pilgergruppe einem Abendmahlsgottesdienst bei, für viele katholische Mitchristen eine interessante Möglichkeit, die von Martin Luther aus der lateinischen Messe abgeleitete Gottesdienstform kennenzulernen. Der örtliche Superintendent Christian Beuchel begrüßte die ökumenische Pilgergruppe aufs Herzlichste und gab den PilgerInnen in seiner Predigt eine zukunftsweisende Gewissensfrage mit auf ihren weiteren Lebensweg: „Sind die Zusagen Gottes, Seine Gnade, wirklich noch gegenwärtig in unseren Gedanken?"

In einem Schlußwort dankte Bischof Zsifkovics Superintendent Beuchel für die Auslegung des Wortes Gottes. Es sei ihm Grund zu besonderer Freude gewesen, „am Ort der Reformation und noch dazu an einem Freitag, dem Todestag Jesu Christi, gemeinsam als Schwestern und Brüder zu feiern", so Zsifkovics. Er wünsche allen evangelischen und katholischen Christen, und insbesondere den Teilnehmern der Pilgerreise, „daß sie drei Dinge bei ihrem Christsein stets im Blick behalten mögen: das Wort Gottes, das Martin Luther so hoch in Ehren hielt; das Brot, das die heilige Elisabeth mit so viel Liebe an die Armen verteilte; und das Kreuz als das hohe Zeichen der Hoffnung über Schmerz, Tod und Vergänglichkeit hinaus.

Gemeinsam feiern, gemeinsam entdecken, gemeinsam lachen als ökumenische Triebmittel

„Was ich in dieser gemeinsamen Woche erleben durfte, ist etwas bisher Einzigartiges – im Burgenland und in ganz Österreich! Wir haben definitiv begonnen, alte, schmerzliche Gräben zuzuschütten. Die Gräben wird es vielleicht noch länger geben, aber wir werden sie letztlich überwinden. In dieser Woche haben wir eine große Brücke gebaut. Mögen viele andere über diese Brücke gehen und sie weiter ausbauen!" Mit diesen Worten zieht Superintendent Manfred Koch sein persönliches Resümee dieser Reise und betont, daß viele noch heute bestehende Trennlinien aus Tradition, nicht aus Theologie heraus erfolgt sind. „Uns verbindet in Wahrheit viel mehr als uns trennt", so Koch wörtlich.

Und KA-Generalsekretär Karl Woditsch, Mitglied des Pilgerkomitees der Diözese Eisenstadt, ergänzt: „Gemeinsam zu feiern, gemeinsam zu entdecken und gemeinsam zu lachen sind wichtige Stufen auf dem Weg der Ökumene. Ich glaube, wir haben ein Stück Diözesangeschichte geschrieben!" ■

http://www.martinus.at

https://evang.at/kirche/ueberblick/burgenland/

Hohe geistliche Würdenträger zu Gast in der Steiermark

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer empfing Bischöfe der Fokolarbewegung

In der Aula der Alten Universität Graz empfing Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer am Nachmittag des 25. Juli rund 60 geistliche Würdenträger aus allen Teilen der Welt, darunter auch zahlreiche Kardinäle und Erzbischöfe. Die Gäste weilen von 23. Juli bis 1. August 2018 im Rahmen des Bischofstreffens der Fokolarbewegung, das im Schloß Seggau stattfindet, in der Steiermark.

Schützenhöfer hieß die Bischöfe in seinen Grußworten herzlich in der Steiermark willkommen: „Es ist für die Steiermark eine hohe Auszeichnung, wenn eine so große Zahl von höchsten geistlichen Würdenträgern sich in unserem Land trifft, um hier den Austausch in brüderlicher Gemeinschaft zu pflegen. Ich darf Ihnen, die Sie heute alle hierher gekommen sind, segensreiche und erbauliche Tage in der Steiermark wünschen, die Sie lange in guter Erinnerung behalten mögen."

Foto: steiermark.at / Streibl

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer mit Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl (r.) und Kardinal Francis Xavier Kriengsakin der Aula der Alten Universität Graz

Schützenhöfer verwies auch auf den hohen Stellenwert, den das Miteinander in der Steiermark einnimmt: „Unser Land pflegt ein gutes und gelebtes Miteinander mit allen verschiedenen Glaubensrichtungen. Vor allem die Ökumene ist in der Steiermark kein Lippenbekenntnis, sondern seit vielen Jahrzehnten bereits bestens gelebte Praxis."

Im Rahmen seiner Dankesworte betonte der Vizepräsident der Fokolarbewegung, der Erzbischof von Bangkok, Kardinal Francis Xavier Kriengsak: „Eine solche Einladung ist nicht selbstverständlich. Ich sehe darin eine große Wertschätzung und Verbundenheit des Landes bzw. der Landesregierung der Kirche gegenüber. Sie zeugt von einer grundlegenden, guten, gegenseitigen Partnerschaft, die – so nehme ich an – ob der Komplexität der Themen auch mit kontroversen Meinungen und Begegnungen umzugehen weiß. Sowohl für die Kirche als auch für die Politik liegen nach wie vor Samen bereit, die darauf warten, ausgesät und verteilt zu werden, um Frucht zu bringen. Im Vertrauen auf Gottes Hilfe werden so auch in Zukunft innovative, nutzbringende und segensreiche Projekte und Pläne für die Menschen in Land und Diözese gelingen."

„In der Spiritualität der Fokolarbewegung verstehen wir uns als Brückenbauer. Wir wollen in allen Lebensbereichen den Geist der Geschwisterlichkeit hineintragen. Das geht nur dann, wenn Räume für Begegnung und Dialog ermöglicht werden. daß unsere jährliche Begegnung der Bischöfe in der Steiermark auf Schloß Seggau stattfindet, ist eine große Freude für mich. Ich danke Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer für seine Wertschätzung durch seinen Empfang in der Alten Universität. Das Land Steiermark unterstreicht für mich damit, daß es ein Land des Dialogs und der Begegnung sein will", so der steirische Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl.

Die Fokolarbewegung

Die Fokolarbewegung wurde 1943 in Trient von Chiara Lubich (+2008) gegründet. Sie hat ca. 140.000 offizielle Mitglieder in 182 Ländern; etwa zwei Millionen Menschen stehen mit ihr in Verbindung oder unterstützen einzelne Projekte – auch Angehörige anderer Weltreligionen und Menschen ohne religiöses Bekenntnis sind darunter. Der Name (italienisch „focolare", auf Deutsch eigentlich „Heim", focoli = Herd, bezeichnet die Feuerstelle der früheren Bauernhäuser in den italienischen Bergdörfern als Versammlungsstätte der Familie) soll auf die Wärme und Geborgenheit einer Familie hinweisen. Die Fokolarbewegung gehört zu den neueren geistlichen Gemeinschaften und Bewegungen christlichen Ursprungs.

In der Nähe Roms entstand im Jahre 1960 das internationale Begegnungszentrum in Rocca di Papa, wo Chiara Lubich bis zu ihrem Tode ihren Wohnsitz hatte. Als Gründungsdatum der Fokolarbewegung gilt der 7. Dezember 1943, an dem sich die damals 23 Jahre junge Chiara Lubich Gott weihte.

1947 erfolgte die erste kirchliche Anerkennung durch den Bischof von Trient, 1962 die päpstliche Anerkennung durch Johannes XXIII. Der offizielle Name ist „Werk Mariens". Seit dem Tod von Lubich im Jahr 2008 ist Maria Voce die Präsidentin der Bewegung. Am 10. Mai dieses Jahres besuchte Papst Franziskus Loppiano (Nähe Florenz), die erste von mittlerweile 25 Modellsiedlungen der Fokolarbewegung.

In Österreich, wo die Bewegung seit über 50 Jahren besteht, zählt sie 1300 Mitglieder und über 20.000 SympathisantInnen. Die Fokolar-Bewegung steht allen Menschen offen, unabhängig von Alter, Lebensstand, Konfession oder Religion. ■

https://www.katholische-kirche-steiermark.at
https://www.fokolar-bewegung.at/

Gastronomie & Kulinarisches

23. Weinherbst Niederösterreich

LR Petra Bohuslav: Winzer haben sich über die Grenzen unseres Landes einen Namen gemacht – Über 100 Gemeinden laden zu genußreichen Festen

Der „Weinherbst Niederösterreich“ ist seit 1996 markenrechtlich geschützt und die größte weintouristische Initiative Europas. „Unsere Winzer haben sich über die Grenzen Niederösterreichs hinaus einen Namen gemacht, indem sie erfolgreich Tradition und Innovation verbinden. Der Weinherbst Niederösterreich ist die schönste Zeit, um die ersten Fassproben oder traditionelle Bräuche in geselliger Umgebung kennenzulernen“, erklärte Tourismus-Landesrätin Petra Bohuslav.

Die niederösterreichischen Winzer vertrauen auf langjährige Weinbautradition, gehen innovative Wege und nutzen den besonderen Boden des weiten Landes: Beste Bedingungen herrschen vor allem für die Sorten Grüner Veltliner, Riesling, Weißburgunder und Chardonnay. Dabei sind die Winzer selbst am Boden geblieben, so wie der von Falstaff als „Winzer des Jahres 2018“ ausgezeichnete Top-Weinhauer Philipp Grassl aus Göttlesbrunn.

Der Nikolaihof in Mautern ist mit seinen 2000 Jahren Geschichte das älteste Weingut Österreichs und zählt international zu den Pionieren im Demeter-Weinbau. Im Sortenweingarten der Familie Leth in Fels am Wagram finden sich 250 Sorten. Die Bio-Pionierin Ilse Maier vom Geyerhof in Furth bei Göttweig sensibilisiert mit dem Projekt „wildwux“ für Naturschutz in und außerhalb der Weingärten. Viktor Fischer in Wagram ober der Traisen lernte u. a. auch bei Ilse Maier und gewann den internationalen Bioweinpreis. Die Winzer Jurtschitsch und Arndorfer holten die alte, französische Schaumweinmethode „Pet Nat“ nach Österreich und gründeten dafür das gemeinsame Weingut „Fuchs & Hase“ in Langenlois. Auch Christina Hugl nutzt im Veltlinerland den guten Grundwein für hervorragende Schaumweine. Christian und Franziska Fischer produzieren in einem der Urhäuser von Sooß exzellente Rotweine. Bei der kreativen Winzerin Birgit Wiederstein in Göttlesbrunn erzählt jeder Wein seine eigene Geschichte.

Niederösterreich ist mit rund 30.000 Hektar nicht nur Österreichs größtes, sondern auch vielfältigstes Weinland. Mittlerweile ist die 830 Kilometer lange Weinstraße Niederösterreich die längste Weinstraße Europas.

Foto: Niederösterreich-Werbung GmbH / G. Kargl

Für die Niederösterreicher ist der Weinherbst von August bis November die fünfte Jahreszeit.

Der Weinherbst Niederösterreich ist ein idealer Anlaß für einen Kurzurlaub im Weinland: Bei den Genußreisen und Urlauben am Weingut direkt beim Winzer kommen vinophile Genießer ins Schwärmen. Die acht Weinregionen Niederösterreichs und Winzervereinigungen in rund 150 Winzergemeinden laden in die bezauberndsten Weinorte.

Für die Niederösterreicher ist der Weinherbst von August bis November die fünfte Jahreszeit. Neben ursprünglichem Brauchtum stehen auch Jungwein-Präsentationen in Vinotheken und Weinwelten, Kellergassenfeste, Weinkulinarien, Wanderungen durch die Weingärten, Weinseminare, Lesungen und Kunstausstellungen am Programm.

Zu den schönsten Veranstaltungen im Weinherbst Niederösterreich zählen: Am 11. und 12. August geht das Stratzinger Kellergassenfest im Kremstal über die Bühne. Die Stratzinger bieten zu besten Weinen abwechslungsreiche Begleitung von Steckerlfisch über Eierspeisbrot bis hin zu köstlichen Mehlspeisen. Vom 1. bis 2. September und vom 8. bis 9. September findet die Genußmeile Thermenregion Wienerwald statt.

Bei der längsten „Schank der Welt“ präsentieren entlang des 1. Wiener Wasserleitungswanderweges über 80 Betriebe ihre Weine.

Beim Ge(h)NUSS-Fest in Ebenthal im Südliches Weinviertel am 9. September im Weinort Ebenthal schmecken Wein und Nuss bei Gesang und Tanz besonders gut.

Das Retzer Weinlesefest gibt es heuer vom 28. bis 30. September. Dabei wird der historische Hauptplatz von Retz zum lebendigen Hauermarkt. Musikdarbietungen, Gratisweinbrunnen, Winzerumzug und ein Riesenfeuerwerk am Sonntag verwandeln Retz in einen bunten Schauplatz für das temperamentvollste und traditionsreichste Weinfest Österreichs.

Die Traisentaler Jungweinpräsentation findet am 26. Oktober im stilvollen Ambiente des Augustinussaales im Stift Herzogenburg statt. Dazu kommen noch am 17. und 18. November der Göttlesbrunner Leopoldigang in Carnuntum und am 23. November die „Kamptaler Weinnacht“ im Schloß Grafenegg. ■

http://www.weinherbst.at

Wissenschaft & Technik

Gehirntumor aus der Petrischale

ForscherInnen am IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – entwickelten ein neuartiges Modellsystem für Hirntumoren, um die Wirkung von Krebsgenen gezielt zu erforschen und Krebs-Medikamente zu testen.

© IMBA / BeataScienceArt

Künstlerische Darstellung: Diese kleinen Organoide reproduzieren einzigartige Aspekte des menschlichen Gehirns detailgetreu.

Gehirntumoren gehören zu den aggressivsten und tödlichsten Krebserkrankungen. Vor allem bei jungen Menschen zählen sie zu den häufigsten Tumorneuerkrankungen. Besonders gefürchtet ist das Glioblastom, das sich durch ein sehr rasches Tumorwachstum auszeichnet und besonders schwer zu behandeln ist. Mittlerweile weiß man, daß Gehirntumoren durch eine Vielzahl verschiedener Mutationen in Kombination mit äußeren Faktoren ausgelöst werden.

In den letzten Jahren haben riesige Krebsgenom-Sequenzierungsprojekte Tausende von Mutationen katalogisiert, die in Patiententumoren gefunden wurden. Schließlich sind es jene Mutationen, die darüber entscheiden, ob sich gesunde Zellen über kurz oder lang zu Krebszellen entwickeln, die schließlich wuchern, gesundes Gewebe verdrängen und sich systemisch ausbreiten. Bis dato fehlte den WissenschaftlerInnen ein geeignetes Model, um die Wirkung dieser Mutationen im menschlichen Gehirn zu erforschen.

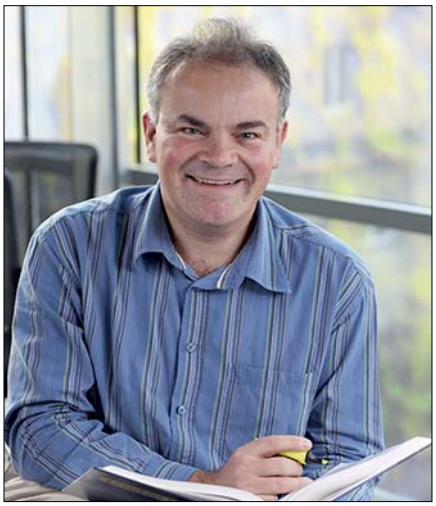


Foto: IMBA

Jürgen Knoblich, Interimistischer Wissenschaftlicher Direktor am IMBA

Die am IMBA erstmals entwickelten Gehirn-Organoide könnten nun auch für die Krebsforschung eine treibende Rolle spielen. Die Forschungsgruppe rund um Jürgen Knoblich hat kürzlich ein neues Modellsystem für Hirntumoren entwickelt. Das Novum: Die neue Technologie erlaubt es den ForscherInnen, den Prozeß der Krebsentstehung im Gehirn nun in der Petrischale nachzuspielen. Die ForscherInnen können dadurch praktisch dabei zusehen, wie dem Organoid ein Tumor wächst.

Neues Modelsystem für die Krebsforschung

In einer Veröffentlichung in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Nature Methods“ berichtet die Forschungsgruppe über die neuen „neoplastischen Gehirn-Organoide“, die sie zur Untersuchung von Gehirntumoren entwickelt haben.

„Diese kleinen Organoide reproduzieren einzigartige Aspekte des menschlichen Gehirns detailgetreu, wie z. B. seine verschiedenen Zelltypen und Entwicklungsstadien. Sie erlauben uns daher, die Art und Weise, wie Tumoren entstehen, nachzuvollziehen und bieten ein System, um neue Therapien zu erproben,“ so Jürgen Knoblich, Interimistischer Wissenschaftlicher Direktor am IMBA und Letztautor der Studie.

Mutationen sind genetischen Defekte, die durch natürliche Fehler beim Kopieren von DNA oder durch die Aktivität von Krebsgenen entstehen oder andere Ursachen haben. Sie lösen bei gesunden Zellen schwerwiegende Veränderungen aus, die dazu führen, daß sie außer Kontrolle geraten und sich erstaunlich schnell teilen. Doch jedes Mal, wenn sich eine solche Zelle teilt, kann sie neue Mutationen erzeugen, was die WissenschaftlerInnen vor ein Rätsel stellt. „Einige dieser Mutationen sind Triebkräfte in Tumoren, sie entscheiden, ob Krebs entstehen wird“, sagt Shan Bian, Erstautor der Studie, „andere sind einfach Nebenwirkungen. Diese unterschiedlichen Mutationen in menschlichem Gewebe gezielt zu erfassen, war bis dato ein Problem.“

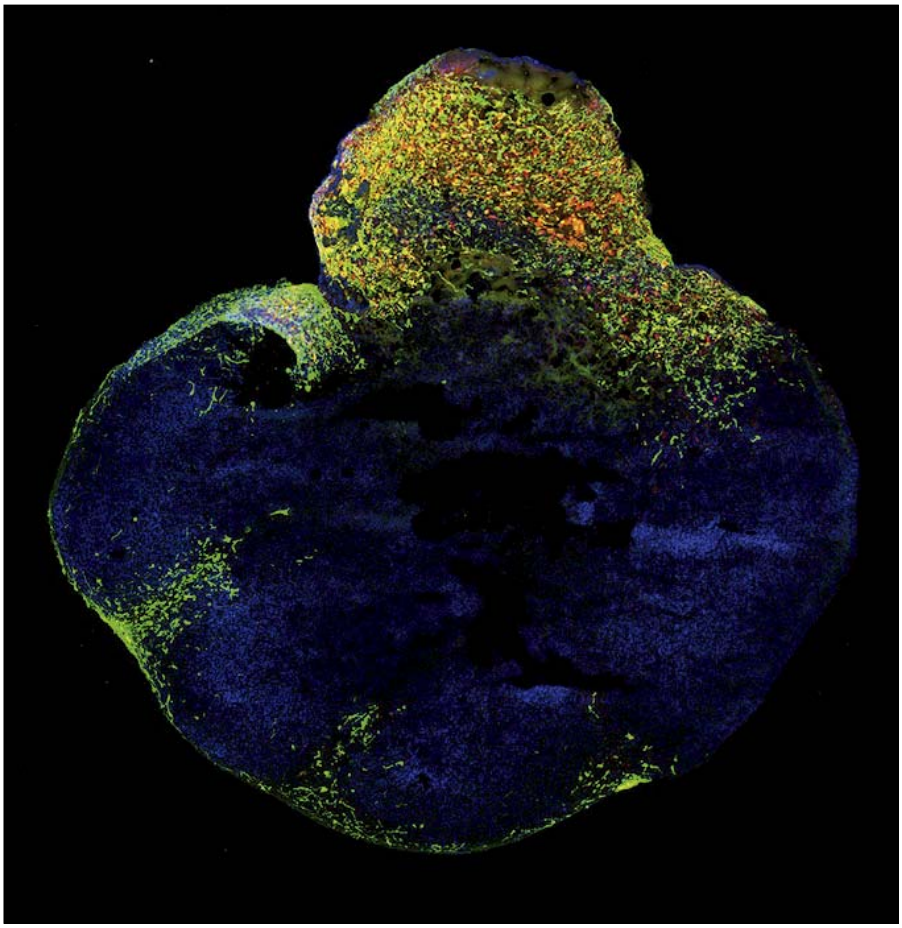


Foto: IMBA

Am IMBA wird der Prozeß der Krebsentstehung im Gehirn in der Petrischale »nachgespielt«.

Mutationen kartieren und Medikamente testen

Die neuentwickelten neoplastischen Organoide bieten ein unglaubliches Potenzial, diesen Fragen systematisch nachzugehen. Durch moderne Genom-Editing Systeme wie etwa CRISPR / Cas9 und sogenannte Sleeping Beauty Transposons werden Mutationen, die häufig bei Krebspatienten gefunden werden, in die Zellen gebracht. So können einzelne Gene oder Genkombinationen geändert werden, manche Gene werden abgeschaltet während die Aktivität von anderen Genen erhöht wird, und zwar unabhängig von bekannten Gendefekten. So wollen die ForscherInnen zwischen krebsauslösenden und weniger gravierenden Mutationen unterscheiden. Sobald sich ein Tumor entwickelt hat, können die WissenschaftlerInnen bestimmte Mutationen genau unter die Lupe nehmen, um festzustellen, ob der jeweilige Gendefekt auch für das langfristige Überleben des Tumors essentiell ist. Denn jede genetische Veränderung, die dazu führt, daß der Tumor schrumpft oder verschwindet, könnte ein guter Kandidat für zukünftige Therapien sein.

Organoide für eine personalisierte Krebsmedizin

Die WissenschaftlerInnen testeten dieses Prinzip mit einem Medikament namens Afatinib, das derzeit in klinischen Studien zur Behandlung von Glioblastomen eingesetzt wird. Sie fanden heraus, daß nach 40 Tagen Verabreichung des Medikaments die Anzahl der Tumorzellen in jenen zwei Mutationskombinationen signifikant zurückging, in denen ein Molekül namens EGFR überexprimiert wird – denn Afatinib hemmt EGFR. Die ForscherInnen am IMBA wiederholten das Experiment mit vier zusätzlichen Wirkstoffen, die EGFR hemmen und derzeit in Therapien zum Einsatz kommen. Während ein Medikament namens Erlotinib die Anzahl der Tumorzellen signifikant reduzierte, waren die Effekte anderer Wirkstoffe minimal.

„Diese Ergebnisse zeigen, daß Gehirn-Organoide auch einen erheblichen Nutzen für die Krebsforschung beziehungsweise die öffentliche Gesundheit haben. Vor allem, weil es nun möglich ist, Organoide von Patienten mit Gehirntumoren herzustellen und daran die Wirksamkeit verschiedener Therapie-Kombinationen zu testen“, sagt Jürgen Knoblich. „Nun wäre es ein wichtiger Schritt, weitere klinische Partnerschaften zu fördern. Wir sind davon überzeugt, daß unsere Modelle in Zukunft Anhaltspunkte für die klinische Behandlung von Hirntumoren liefern könnten.“

Das IMBA

Das IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie ist eines der führenden biomedizinischen Forschungsinstitute in Europa mit Fokus auf modernste funktionelle Genomik und Stammzellentechnologie. Das IMBA befindet sich im Vienna BioCenter, dem pulsierenden Cluster von Universitäten, Forschungsinstituten und Biotech-Unternehmen in Österreich. Das IMBA ist ein Grundlagenforschungsinstitut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der führende nationale Förderer der außeruniversitären Forschung. ■

https://www.imba.oeaw.ac.at

Abhörsichere Übertragung von Information rückt näher

Wiener Forscher der Österreichischen Akademie der Wissenschaften finden ein vollkommen neues Konzept zur Messung von Quantenverschränkung.

QuantenphysikerInnen der Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) entwickelten eine neuartige Methode für den Nachweis von hochdimensional verschränkten Quantensystemen. Diese ermöglicht mehr Effizienz, Sicherheit und eine weitaus geringere Fehleranfälligkeit gegenüber bisher gängigen Meß-Methoden, wie die ForscherInnen nun im Fachmagazin „Nature Physics“ berichten.

Die Vision einer vollständig abhörsicheren Übertragung von Information rückt dank der Verschränkung von Quantenteilchen immer mehr in Reichweite. Wird eine mithilfe dieses quantenphysikalischen Phänomens verschlüsselte Botschaft übermittelt, müßte ein Lauschangriff nicht nur den Übertragungskanal selber knacken, sondern auch die Gesetze der Physik umgehen, die dafür sorgen, daß jeder Abhörversuch aufgrund der Verschränkung der Teilchen bei Absender und Empfänger der Botschaft sofort festzustellen ist. Gerade in den letzten Jahren konnte die Forschung im Bereich dieser sicheren Quantenkommunikation große Fortschritte erzielen. So gelang es insbesondere, mithilfe der sogenannten mehrdimensionalen Verschränkung von Quantenteilchen deutlich größere Mengen an Information zu kodieren als dies in der Vergangenheit möglich war.

Für eine Praxistauglichkeit dieser Technologie sind allerdings noch einige Hürden zu überwinden. Eine davon betrifft das Fehlen effizienter Meß-Methoden, die für den Nachweis einer mehrdimensionalen Verschränkung zwischen Quantenteilchen erforderlich sind: Je mehr Informationen mit Quantenteilchen transportiert werden können, desto mehr Messungen sind dadurch notwendig, was den praktischen Nutzen von hochdimensionaler Verschränkung bisher stark einschränkt.

Zwei Fragen, viele Antworten

Einen Ausweg aus dieser Situation konnten nun ForscherInnen des Instituts für Quantenoptik- und Quanteninformation (IQOQI) Wien der ÖAW rund um Marcus Huber aufzeigen. Das interdisziplinäre Team aus ForscherInnen aus der Theoretischen Physik, Experimentalphysik, Mathematik sowie der Computerwissenschaften entwickelte eine neue Methode für den effizienten Nachweis von hochdimensionaler Quantenverschränkung und konnte diese erfolgreich in Experimenten bestätigen, wie das Team nun in einer Publikation im Fachmagazin „Nature Physics“ schildert.

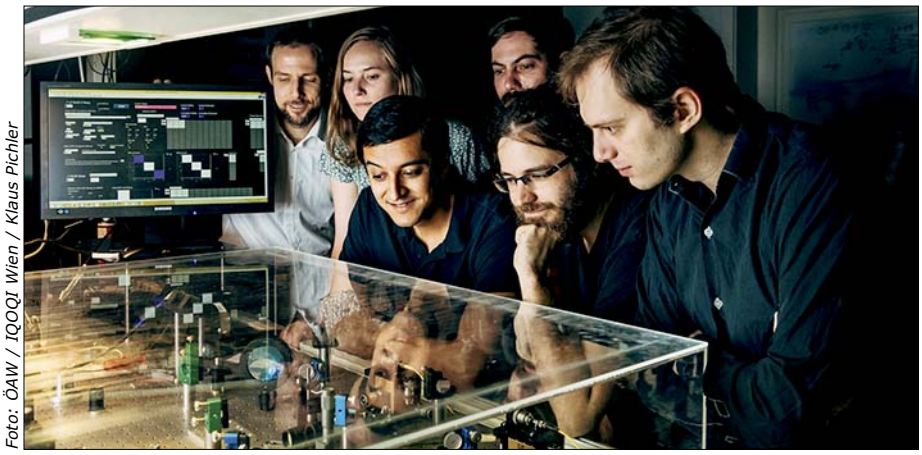


Foto: ÖAW / IQOQI Wien / Klaus Pichler

Die ÖAW-QuantenphysikerInnen rund um Forschungsgruppenleiter Marcus Huber (2. v.r.)

Zunächst näherten sich die ForscherInnen der Problematik aus mathematischer Perspektive an. Auf Basis sogenannter paarweise komplementärer Messungen gelang es ihnen, die Anzahl der für einen Nachweis einer hochdimensionalen Verschränkung erforderlichen Messungen drastisch zu reduzieren: Während jede einzelne konventionelle Messung an einem Quantensystem oft nur ein Ja oder Nein ergibt, sind auch Messungen möglich, die deutlich mehr Antworten liefern. Doch selbst mit solchen Messungen müsste man immer umso mehr Fragen stellen, je mehr Dimensionen involviert sind. Die ÖAW-ForscherInnen identifizierten daher eine mathematische Eigenschaft von zwei speziellen Messeinstellungen. Mit diesen war es ihnen dann möglich, eine Vielzahl an Antworten zu erhalten, die wiederum das Vorliegen einer Verschränkung eindeutig bestimmen können. „Wir konnten mit bloß zwei Fragen die Antwort auf alle möglichen Fragen über den Zustand von Quantenteilchen finden“, verdeutlicht Gruppenleiter Marcus Huber.

Den experimentellen Nachweis dieses Konzepts trat das Team dann im Labor des IQOQI Wien der ÖAW an. Dafür griff der Experimentalphysiker Mehul Malik auf Lichtteilchen zurück, die über ihren Drehimpuls hochdimensional verschränkt waren. Diese Lichtteilchen oder Photonen wurden der neuartigen Messung unterzogen und die WissenschaftlerInnen konnten mit den dabei erhaltenen Daten die hochdimensionale Verschränkung bestätigen. Der Clou: „Während man für ein derartiges Experiment zum Nachweis der hochdimensionalen Verschränkung bisher hunderte bis tausende Meß-Einstellungen brauchte, kamen wir mit gerade einmal zwei aus“, so ÖAW-Quantenphysikerin Jessica Bavaresco, Erstautorin der Publikation in „Nature Physics“.

Der Vorteil der neuen Meß-Methode liegt nicht nur in der drastisch erhöhten Effizienz. Sie erweist sich zugleich als robust gegenüber Störungen und als wesentlich sicherer als bisherige Methoden, die stets Annahmen über das zu messende System treffen mußten. In Summe eröffnet das neue Meß-Konzept, so sind die ForscherInnen überzeugt, eine Vielzahl von Anwendungen, die künftige Forschungen an hochdimensionalen Quantenleitungen massiv vereinfachen können. ■

https://www.iqoqi-vienna.at
https://www.oeaw.ac.at

Mit Quantencomputer chemische Bindungen simuliert

Eine internationale Forschungsgruppe hat in Innsbruck die weltweit erste quantenchemische Simulation auf einem Ionenfallen-Quantencomputer durchgeführt.

Foto: IQOQI Innsbruck / M. R. Knabl

Blick in das Innsbrucker Quantenlabor der Forschungsgruppe um Rainer Blatt

In dem Experiment am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften untersuchten die Wissenschaftler um Cornelius Hempel und Thomas Monz einen vielversprechenden Weg zur Modellierung chemischer Bindungen und Reaktionen mit Hilfe von Quantencomputern. „Selbst die größten Supercomputer haben Mühe, alles andere als die einfachste Chemie zu modellieren. Quantencomputer, die die Natur simulieren, erschließen hier eine völlig neue Möglichkeit, Materie zu verstehen. Sie geben uns ein neues Werkzeug an die Hand, um Probleme in der Materialwissenschaft, Medizin und Industriechemie mit Hilfe von Simulationen zu lösen“, sagt Cornelius Hempel, der 2016 vom IQOQI an die University of Sydney ging. Da Quantencomputer noch in den Kinderschuhen stecken, bleibt unklar, welche Probleme diese Geräte am effektivsten lösen werden können, aber viele sind sich einig, daß die Quantenchemie eine der ersten „Killer-Apps“ dieser neuen Technologie sein wird.

Breite Anwendung für Quantenchemie

Die Quantenchemie versucht die komplizierten Bindungen und Reaktionen von Molekülen mit Hilfe der Quantenmechanik zu verstehen. Viele Details von chemischen Prozessen können selbst mit den größten und schnellsten Supercomputern nicht simuliert werden. Durch die Modellierung dieser Prozesse mit Hilfe von Quantencomputern erwarten die Wissenschaftler ein besseres Verständnis. Damit könnten Wege für chemische Reaktionen erschlossen werden, die weniger Energie benötigen, und die Entwicklung neuer Katalysatoren ermöglichen. Dies hätte enorme Auswirkungen auf die Industrie, wie zum Beispiel in der Produktion von Düngemitteln. Weitere mögliche Anwendungen sind die Entwicklung organischer Solarzellen und besserer Batterien durch verbesserte Materialien sowie die Nutzung neuer Erkenntnisse bei der Entwicklung personalisierter Medikamente.

Einfache chemische Bindung simuliert

Am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation in Innsbruck verwendeten die Wissenschaftler einen Ionenfallen-Quantencomputer mit 20 Quantenbits und simulierten auf bis zu vier Quantenbits die Energiezustände der Bindungen von molekularem Wasserstoff und Lithiumhydrid. „Wir haben diese relativ einfachen Moleküle gewählt, weil sie bereits sehr gut verstanden werden und mit klassischen Computern simuliert werden können“, sagt Thomas Monz vom Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck. „So können wir die Ergebnisse der Quantencomputer direkt überprüfen und gewinnen wichtige Erfahrungen für deren Weiterentwicklung.“ Cornelius Hempel ergänzt: „Dies ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung dieser Technologie, bei dem wir Vergleichsmaßstäbe setzen, nach Fehlern suchen und notwendige Verbesserungen planen können.“ Anstatt die bisher genaueste oder größte Simulation anzustreben, konzentrierte sich das Team auf das, was in einem vielversprechenden quantenklassischen Hybrid-Algorithmus, dem sogenannten Variational Quantum Eigensolver oder VQE, schief gehen kann. Indem sie verschiedene Wege untersuchten, wie die chemische Fragestellung im Quantencomputer kodiert werden kann, analysierten die Forscher die Möglichkeiten, wie Fehler, die in den heute noch unvollkommenen Geräten unweigerlich auftreten und deren Nutzung in naher Zukunft noch im Wege stehen, unterdrückt werden können. „Neben den supraleitenden Quantenbits ist die Ionenfallen-Technologie die führende Plattform für die Entwicklung eines Quantencomputers“, sagt der Innsbrucker Quantencomputer-Pionier Rainer Blatt. „Die Quantenchemie ist ein Beispiel, wo sich die Vorteile eines Quantencomputers schon sehr bald in konkreten Anwendungen zeigen wird.“

Die Ergebnisse der Forschungsgruppen um Rainer Blatt und den amerikanischen Chemiker Alán Aspuru-Guzik wurden nun in der Fachzeitschrift „Physical Review X“ veröffentlicht und entstanden unter anderem mit der finanziellen Unterstützung des österreichischen Wissenschaftsfonds FWF und der Europäischen Kommission. ■

https://www.uibk.ac.at

Wissenschaft & Technik

Erste Probefahrt mit autonomen E-Bussen in Wien Aspern

Regelmäßiger Fahrgasttestbetrieb ab Frühjahr 2019 in der Wiener Seestadt

Foto: Wiener Linien/ M anfred Helmer

Erfolgreiche erste Probefahrt mit autonomen E-Bussen in Wien Aspern

Seit nunmehr drei Monaten forscht das breit aufgestellte Projektkonsortium „auto.Bus - Seestadt“ unter Gesamtleitung der Wiener Linien und wissenschaftlicher Leitung des Austrian Institute of Technology (AIT) an den zwei selbstfahrenden E-Bussen in der Busgarage Leopoldau. Das vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) im Rahmen des Programms „Mobilität der Zukunft“ zur Hälfte geförderte Projekt sieht einen regelmäßigen Fahrgasttestbetrieb mit fixer Linienführung und Haltestellen ab dem Frühjahr 2019 in der Seestadt Aspern vor.

Zwei Busse waren am 20. Juli zum ersten Mal in der Seestadt mit Fahrgästen unter Realbedingungen auf einer öffentlichen Straße unterwegs. Die knapp einen halben Kilometer lange Teststrecke mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Operator an Bord reichte von der U2-Station „Seestadt“ bis zum Technologiezentrum der Aspern Smart City Research (ASCR) und wieder retour. Dabei gelang es in Kooperation mit der Stadt Wien österreichweit erstmals, zwischen den autonomen Bussen und der dortigen Ampel eine erfolgreiche „Kommunikation“ zu implementieren.

Für das gesamte Projektkonsortium, zu dem neben den Wiener Linien und dem AIT auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV), der TÜV Austria, die Siemens AG Österreich sowie der französische Busherstellers NAVYA gehören, war das ein mit großer Spannung erwarteter Meilenstein.

Zwischenresümee der Projektpartner

Alexandra Reinagl, Geschäftsführerin der Wiener Linien: „Die Wiener Linien arbeiten gemeinsam mit den Projektpartnern intensiv daran, daß autonomes Fahren öffentlicher Verkehrsmittel gelebter Alltag wird. So könnte die aktuelle Technologie unter anderem für den ‚last mile‘-Einsatz als Zubringer zum bestehenden öffentlichen Verkehrsnetz wie etwa der U-Bahn eingesetzt werden. An oberster Stelle steht für die Wiener Linien dabei die Sicherheit der Fahrgäste, die durch die derzeit laufenden, intensiven Tests gewährleistet wird.“

Arno Klamminger, Head of Center for Mobility Systems des AIT: „Im Rahmen der wissenschaftlichen Leitung des Projekts arbeiten wir an der optimalen Integration des automatisierten Busses in das Gesamtverkehrssystem. Im Fokus stehen insbesondere die robuste Erfassung der Umgebung sowie die Interaktion zwischen dem Bus und den Fahrgästen bzw. den VerkehrsteilnehmerInnen im Straßenraum. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die optimale Auslegung des Fahrzeugs, der Haltestellen und der Linienführung.“

Armin Kaltenegger, Leiter des Bereichs Recht & Normen im KFV: „Die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen war grundlegend für die erfolgreiche erste Fahrt mit Gästen. Wir sind stolz darauf, dieses spannende Projekt mit unserer Expertise begleiten zu können und freuen uns sehr, daß der Bus nun auch erstmals öffentlich sichtbar ist.“

Karin Kraschl-Hirschmann, Leiterin innovative intelligente Verkehrssysteme bei Siemens Österreich: „Indem wir Infrastruktur wie Sensoren oder Ampeln mit Fahrzeugen sprechen lassen, entsteht aus zwei Hälften ein Ganzes: In sensiblen Bereichen wie etwa Kreuzungen oder Haltestellen erfassen wir mit unserer Technik auch FußgängerInnen oder RadfahrerInnen und warnen selbstfahrende Fahrzeuge real-time vor Gefahren, die sie selbst nicht erkannt hätten. So sorgen wir dafür, daß auch bei kritischen Verkehrssituationen alle sicher unterwegs sein können."

Stefan Haas, CEO TÜV Austria Group: „Der TÜV Austria begleitet aktiv neue Technologien bei ihrer Implementierung, denn nur wenn diese sicher sind, werden sie letztendlich akzeptiert werden. Als Wegbereiter für autonomes Fahren zu agieren ist einer unserer Innovationsschwerpunkte und so freuen wir uns im Rahmen des Projekts auto.Bus Seestadt dazu beizutragen, daß diese neue Technologie zukünftig kontrolliert und sicher eingesetzt werden kann. Darüber hinaus werden wir die gewonnenen Erkenntnisse dazu nutzen, zukünftige Zulassungsverfahren für automatisierte Fahrzeuge um wichtige und notwendige Prüfschritte zu ergänzen."

Frederic Sartou, Head of Central Europe bei NAVYA: „NAVYA ist froh, als Hersteller der autonomen Busse Teil des Projekts in Aspern sein zu dürfen und wir danken den Wiener Linien und allen Partnern. Die Stadt Wien und ihre BewohnerInnen können schon bald auf das Service der autonomen Busse zurückgreifen."

Der NAVYA-Bus verfügt über zwei lenkbare Achsen, wovon eine von einem Elektromotor angetrieben wird. Die Spannung der Batterie soll Hersteller bis zu neun Stunden halten.

Fotos: PID / Votava

Der Innenraum des NAVYA bietet Platz für elf Fahrgäste und einen Operator.

Regelmäßiger Fahrgasttestbetrieb ab Frühjahr 2019 in der Seestadt

Noch im Herbst 2018 beginnen die fahrgastlosen Testfahrten auf der vorgesehenen, rund zwei Kilometer langen Strecke rund um die U2-Station „Seestadt". Ab dem Frühjahr 2019 sind in den zwei selbstfahrenden Bussen mit jeweils einem Operator an Bord dann auch Fahrgäste erlaubt. Dabei wird ein Testlinienbetrieb mit Haltestellen entlang einer vordefinierten Linie erprobt. Da es sich bei den zwei autonomen Bussen um ein reines Forschungsprojekt und keinen klassischen Linienbetrieb handelt, müssen die Fahrgäste aufgrund herrschender Gesetze einige Details beachten: Um das Fahrgeschehen zu überwachen und bei Bedarf eingreifen zu können, wird bei jeder Fahrt geschultes Personal, ein Operator, an Bord sein. Für den Operator steht einer der insgesamt elf Plätze zur Verfügung, deshalb können insgesamt zehn Fahrgäste gleichzeitig transportiert werden. Sobald alle Plätze besetzt sind, darf kein weiterer Fahrgast mehr aufgenommen werden. Ist auf der Teststrecke aus technischen, betrieblichen oder wetterbedingten Gründen kein Betrieb möglich, wird kein Ersatzverkehr zur Verfügung gestellt.

Alles auf einen Blick:

- Anzahl Fahrzeuge: 2 Stück
- Projektvolumen: Rund 1,5 Millionen Euro
- Länge/Breite/Höhe: 4,75/2,11/2,65 Meter
- Kapazität: 11 Fahrgäste (inkl. 1 Operator)
- Erlaubte Höchstgeschwindigkeit: 20 km/h (im automatisierten Betrieb)
- Maximale Laufzeit: 9 Stunden
- Durchschnittliche Ladezeit: 4 bis 8 Stunden
- Geplante Teststrecke ab Herbst 2018: 2 Kilometer rund um die U2-Station Seestadt. ■

https://www.wienerlinien.at/eportal3/ep/channelView.do/pageTypeId/66528/channelId/-44005525

Wissenschaft & Technik

Österreichischer Milan im Anflug

Ein Hypercar, das nur einem Zweck dient.

Ein Supersportwagen gegen den aktuellen Strom: das ist die Mission von Markus Fux, CEO der MILAN Automotive GmbH. Ein Hypercar der neuen Generation bringt die herausragenden Fähigkeiten Österreichischer Unternehmen auf die Straßen – kompromißlos in Design und Technik.

Benannt nach dem in Österreich beheimateten Greifvogel ist der MILAN RED das erste Ergebnis der Zusammenarbeit von Experten mit weitaus höheren Zielen als nur Geschwindigkeitsrekorden: Die Ästhetik eines Designobjekts auf eine Art und Weise mit extremen Fahrerlebnis zu vereinen, die diese intensive Beziehung zwischen Fahrer und Fahrzeug, die das Bändigen von derartig großer Leistung mit sich bringt, in den Mittelpunkt stellt.

Streng limitiert auf nur 99 Exemplare beeindruckt der Milan Red durch seinen atemberaubenden Steckbrief: 1325 PS treffen auf 1300 kg Leergewicht und lassen den Traumwagen in nur 2,47 Sekunden von Null auf Hundert jagen.

Schluß ist erst weit nach 400km/h. Hinter dieser Leistungsexplosion steht der 6,2 Liter V8 Quad Turbo Motor – der gänzlich ohne elektrische Unterstützung als Heckantrieb dient – aus dem Hause AVL, einem Partner sowohl globaler Automobilkonzerne als auch der Formel 1.

Der gesamte Stammbaum des Milan Red liest sich wie das Who-is-who Österreichs führender Unternehmen im Bereich Automobiltechnik: So greift MILAN Automotive GmbH auch auf die weltweit einzigartige Simulationstechnologie des Steirer Antriebsherstellers AVL zurück, PANKL Racing Systems fertigt die exklusiven SLM-Titan-Radträger.

Foto: MILAN Automotive GmbH / Gerrit Gloeckner

Markus D. Fux mit dem charakterstarken Supersportwagen Milan Red

Diese Kooperationen von MILAN Automotive mit den Formel-1-erfahrensten Unternehmen Österreichs bringt auch einige noch nie dagewesene technische Innovation hervor. Eines dieser Highlights kann bereits verraten werden: der Milan Red ist das erste straßenzugelassene Fahrzeug der Automobilbaugeschichte, dessen Querlenker aus Carbon hergestellt sind. Ihre Fertigung wird dem Oberösterreichischen Spezialisten PEAK Technology anvertraut.

Leidenschaft fürs Detail trifft auch im Interior auf Liebe zum Automobil – beeindruckende Innenraum-Visualisierungen des Fahrer-Herzschlags sind nur eine der daraus resultierenden Besonderheiten.

Kompromißlose Qualität genießt bei diesem knapp unter 2 Millionen Euro Supersportwagen in jedem Bereich höchste Priorität. Die spektakuläre Möglichkeit, ein derart rares, charakterstarkes Fahrzeug zu besitzen, hat bereits 18 Automobilenthusiasten veranlaßt, den Milan Red in ihr Fahrzeugportfolio aufzunehmen.

Markus Fux: „Man kann ein sehr künstlerisches Auto fahren, ein High-Tech-Monster, einen Thron auf vier Rädern – oder ein Fahrzeug, das nur einem einzigen Zeck dient, nämlich allen anderen die Show zu stehlen. Und da kommen wir ins Spiel."

MILAN Automotive GmbH ist ein Österreichischer Automobilhersteller – der einzige Produzent eines Hypercars „Made in Austria". Markus FUX ist in Steyr geboren und ehemaliger Rennfahrer, hat durch jahrelange Erfahrung im Rennsport und seinem großen Netzwerk ein außergewöhnliches Kernteam an Spezialisten zusammengestellt. ■

http://www.milan-automotive.com

Kultur

73. Bregenzer Festspiele

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Kunst soll frei sein«

Foto: Bregenzer Festspiele / Karl Forster

Das monumentale Bühnenbild zu »Carmen« stammt von der britischen Stardesignerin Es Devlin.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 18. Juli mit einem gleichermaßen launigen wie unterhaltsamen Appell für die Freiheit im Allgemeinen und der Kunst im Besonderen die 73. Bregenzer Festspiele eröffnet. Den künstlerischen Auftakt des Festivals bildete am Abend die österreichische Erstaufführung von „Beatrice Cenci“. Im Mittelpunkt der Festspiele steht die Wiederaufnahme von „Carmen“.

Die Eröffnung der 73. Auflage der Festspiele am Vorarlberger Bodenseeufer ging bei heißem Sommerwetter wie gewohnt vor 2.000 geladenen Gästen im klimatisierten Bregenzer Festspielhaus im ursprünglichen Wortsinn über die Bühne. Sowohl Alexander Van der Bellen als auch Kulturminister Gernot Blümel setzten mit ihren Ausführungen beim Gedenkjahr 2018 und bei der Person von Karl Böhm (1894-1981) an. Böhm war nicht nur „großartiger Dirigent“ und „gefeierter Mozart- und Wagner-Interpret“, sondern auch „williger Diener des Nationalsozialismus“, wie es Van der Bellen formulierte. Bei den diesjährigen Festspielen setzt sich Paulus Hochgatterers Stück „Böhm“ mit der Person auseinander – wie die Faust aufs Auge paßte, daß Puppenspieler Nikolaus Habjan als Conferencier mit einer Böhm-Handpuppe durch die Eröffnungsfeier führte.

„Ja, dürfen’s denn das?“, fragte dazu das Staatsoberhaupt rhetorisch – gemeint war: „die Lichtgestalt vom Sockel stoßen, so quasi“. Seine Antwort fiel eindeutig aus: Bei „uns“ werde diese Frage in dieser Form nicht mehr gestellt, sagte Van der Bellen. Vielmehr sollte in einer liberalen Demokratie gelten, daß Kunst gar nichts „soll“. Kunst müsse nicht unterhaltend sein, sie könne ein Freizeitvergnügen sein, behübschend, kritisch, „sie kann alles sein. Sie soll es nur nicht sollen“, betonte der Bundespräsident. „Kunst soll nur eines: Sie soll möglich sein und frei sein“, sagte Alexander Van der Bellen. Die Gesellschaft müsse das aushalten, um ihrer selbst willen, denn eine liberale Gesellschaft messe sich an dem, was sie möglich macht und nicht an dem, was sie verhindere. Die Freiheit der Kunst und die Presse- und Meinungsfreiheit seien global gesehen „rare Güter“, national betrachtet „nicht gar so alt“. „Achten wir darauf, daß es so bleibt“, unterstrich das Staatsoberhaupt.

Gernot Blümel ging darauf ein, daß in den totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts die Rolle der Kunst eine untergeordnete gewesen sei. „Es läßt sich feststellen, daß die Kunst hier nirgendwo als Zweck an sich, sondern überall letztlich als Mittel zum Zweck gesehen wird“, führte der Minister aus. Der Zweck sei dabei gewesen zu bestätigen, was das jeweilige System als wahr vorgegeben habe. Daraus könne man lernen, daß wenn Kunst ausschließlich als Mittel verstanden werde, „einer gefährlichen Entwicklung Tür und Tor geöffnet ist“, so der Kulturminister.

Auch heute gebe es immer wieder die Debatte um die Freiheit der Kunst, nämlich ob diese Grenzen habe. Der Kulturminister verwies in diesem Zusammenhang auf die Verleihung des deutschen Musikpreises

Echo, der nach einem Antisemitismus-Eklat abgeschafft wurde. Und er schlug auch den Bogen zum Mainstream. Keine Zeit sei davor gefeit, daß sich der Mainstream durchsetze, daß Menschen ungeprüft die Gedanken und Meinungen von anderen übernehmen. „Aber niemand kann uns von der Pflicht entbinden, uns eine eigene Meinung zu bilden“, schloß der Minister.

Festspielpräsident Hans-Peter Metzler stellte anschaulich dar, wie es den Bregenzer Festspielen gelingt, „nicht nur Ideen und Motivation zusammenzubringen, sondern: Menschen, viele Menschen. Hinter der Bühne, auf der Bühne, vor der Bühne“, so Metzler. Die Bregenzer Festspiele seien ein „entscheidender Faktor für unser Land“, wenn es darum gehe, zukunftsbildende und zukunftstragende Urbanität in positivster Weise ins Feld zu führen.

Wie in den vergangenen Jahren präsentierten sich die Verkaufszahlen der Bregenzer Festspiele schon vor Festival-Beginn in bestem Licht. Nachdem im Vorjahr sämtliche Aufführungen von George Bizets „Carmen“ auf der Seebühne ausverkauft waren, wurden für die heurigen 29 Vorstellungen bisher rund 95 Prozent der 210.000 aufgelegten Tickets abgesetzt. Für die diesjährige Eröffnungs- und Hausopernproduktion „Beatrice Cenci“ von Berthold Goldschmidt waren zum Festspielstart rund drei Viertel der Karten gebucht. Insgesamt stehen 80 Veranstaltungen auf dem Programm, für die 224.000 Tikkets aufgelegt wurden.

Die live im TV übertragene Eröffnung wurde vom Humor des Bundespräsidenten und den oft zweideutigen Ansagen der „Böhm“-Handpuppe getragen. So begrüßte die Puppe Van der Bellen etwa mit den Worten „Schimpfen können’s!“, weil er in einem Zeitungsinterview die Regierung kritisiert hatte. Außerdem versicherte Alexander Van der Bellen angesichts der ähnlichen Inhalte seiner Rede und jener von Kulturminister Gernot Blümel erneut, „daß wir uns wie üblich nicht abgesprochen haben“ – dasselbe Schicksal hatte ihn schon im Vorjahr mit der Ansprache des damaligen Kulturministers Thomas Drozda ereilt.

Ebenso prägend wie die Reden – und sogar etwas länger als diese – waren für die Eröffnungszeremonie aber die Auszüge von KünstlerInnen aus dem Festspielprogramm. So gab es unter anderem zwei Darbietungen aus „Beatrice Cenci“ (eine davon mit Gal James als Beatrice), aber auch eine von Martin Muehle als „Don Jose“ aus „Carmen“. Ebenfalls zu sehen und zu hören waren Aus-

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Kulturminister Gernot Blümel

Festspielpräsident Hans-Peter Metzler

Alle Fotos: Bregenzer Festspiele / Lisa Mathis

Foto: Bregenzer Festspiele / Lisa Mathis

Puppenspieler Nikolaus Habjan führte mit einer Böhm-Handpuppe durch die Eröffnungsfeier.

schnitte aus den anderen Produktionen wie Astor Piazollas „Maria de Buenos Aires“, „Der Barbier von Sevilla“ von Gioachino Rossini und Thomas Larchers „A Padmore Cycle“.

Festspielsommer 2019

Mit dem Start in die heurige Saison gaben die Bregenzer Festspiele bereits einen Ausblick auf den nächstjährigen Sommer. Am See ist 2019 erstmals „Rigoletto“ zu sehen, als Oper im Festspielhaus zeigen die Bregenzer Festspiele Jules Massenets „Don Quichotte“. Im Großen Saal des Festspielhauses stehen erneut drei Orchesterkonzerte mit den Wiener Symphonikern auf dem Programm. Zum Finale am 18. August spielt das Symphonieorchester Vorarlberg.

Die Bregenzer Festspiele 2019 finden von 17. Juli bis 18. August statt. ■

http://bregenzerfestspiele.com

Foto: Bregenzer Festspiele / Karl Forster

Die Wiener Symphoniker sind, wie jeden Sommer seit Gründung des Festivals 1946, als Orchestra in Residence bei den Bregenzer Festspielen.

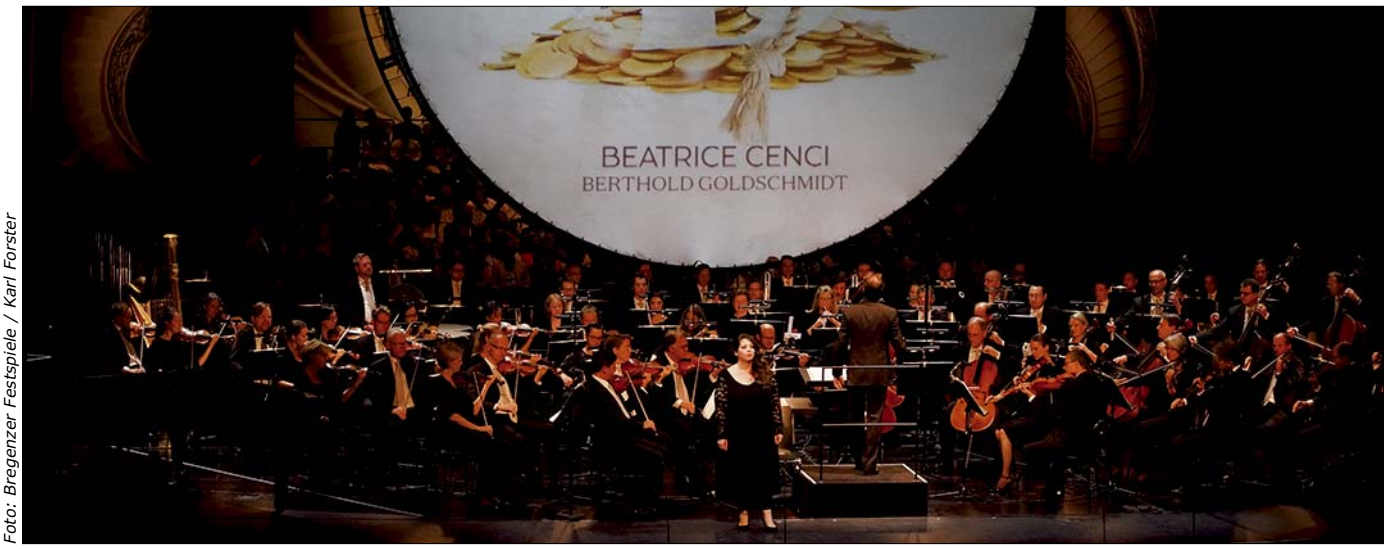


Foto: Bregenzer Festspiele / Karl Forster

Eine Darbietung aus »Beatrice Cenci« mit Gal James als Beatrice

Kultur

98. Salzburger Festspiele

Festveranstaltung in der Felsenreitschule mit hochrangigen Gästen aus aller Welt

Foto: LMZ / Franz Neumayr

Bundespräsident Alexander van der Bellen bei seiner Eröffnungsrede in der Felsenreitschule Salzburg

Wir sind alle Kinder der Aufklärung.“ Dieses Motto sowie die aktuellen Herausforderungen, denen Europa aktuell gegenübersteht, bestimmten die Festrede des deutschen Schriftstellers und Historikers Philipp Blom und die übrigen Ansprachen am 27. Juli bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele. Bis zum 30. August werden heuer 206 Aufführungen an 18 Spielstätten geboten. Es sind diesmal Werke der Passion, der Leidenschaft und der Ekstase, die das Programm des sommerlichen Festivals prägen.

Traditionelle Eröffnung

Die 98. Salzburger Festspiele wurden traditionell mit einer Festveranstaltung in der Felsenreitschule offiziell eröffnet. Nach der Begrüßung durch Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler folgten Ansprachen von Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Bundesminister Gernot Blümel, die Festrede von Philipp Blom sowie die Eröffnungsrede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. An der Eröffnung nahmen zahlreiche Ehrengäste aus dem In- und Ausland teil. Den musikalischen Part der Veranstaltung gestaltete das Mozarteumorchester Salzburg unter Kent Nagano.

Rabl-Stadler: Faszinierende Idee eines vereinten Europas wieder vorantreiben

Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler rief in ihrer Begrüßungsansprache dazu auf: „Widersprechen wir jenen, die ihre Redegewalt für europäische Untergangsszenarien mißbrauchen. Investieren wir unsere rhetorische Stärke, vor allem aber unsere Tatkraft, um die faszinierende Idee eines vereinten Europas wieder voranzutreiben.“ Und sie erinnerte weiter daran, daß die „Manifestation des Glaubens an Europa“ und „Festspiele als europäisches Friedensprojekt“ schon das Anliegen der Festival-Gründer Max Reinhardt und Hugo von Hofmannsthal waren.

Haslauer: Sinnentleerte Welt oder zurück zum Ursprung

Unter den Titel „Metamorphosen“ stellte Landeshauptmann Wilfried Haslauer seine Eröffnungsrede und betonte: „Erst die Aufklärung befreit aus dem Unausweichlichen, die moralisch-intellektuelle Version einer Metamorphose, das Streben nach Glück als ändernde Handlungsanleitung: Gestaltung aus eigenen Fähigkeiten und aus der Absolutheit des eigenen Willens.“ Und weiter: „Die menschliche Schöpfungsfähigkeit und ihre Informations- und Biotechnologie samt künstlicher Intelligenz lassen als Kehrseite von Wohlstand und Bequemlichkeit das Defizit einer unbeantworteten Sinnfrage sichtbar werden: eine sinnentleerte Welt als Endbestimmung menschlicher Entwicklung oder doch lieber zurück zum Ursprung? Es kommt darauf an, unter welchen Bedingungen wir leben, was wir für entscheidend halten, was wir aus uns machen, was wir einander wert sind. Die Metamorphose hat längst begonnen, ergebnisoffen. Was dabei herauskommt, liegt in der Spanne unseres Lebens an uns und nicht zuletzt daran, welchen Stellenwert wir Kunst und Kultur beimessen.“

Blümel: Mit Kunst und Kultur gegen Europaskepsis und Krisenbeschwörer

Bundesminister Gernot Blümel widmete sich in seiner Rede Europa und seiner Kunst und Kultur. Im Hinblick auf die Probleme und Krisen, die Europa derzeit zu bewältigen hat, sagte der Minister: „Wir brauchen keine Gleichschaltung Europas, um die Herausforderungen zu lösen. Was uns manchmal fehlt, ist etwas Emotionales: ein Zusammengehörigkeitsgefühl.“ Und hier komme der Kunst und Kultur eine zentrale Rolle zu, einerseits bei der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität und andererseits, um Emotionen in Menschen zu wecken.

Salzburg sei der perfekte Ort, um die europäische Identität auf Basis der Kunst und Kultur hochzuhalten. Blümel weiter: „Das beste Mittel gegen Europaskepsis und Krisenbeschwörer wäre wohl, wenn sich alle Pessimisten auf die Festspiele einlassen würden. Fast traue ich mich zu behaupten: Viele wären auf einen Schlag von ihrem Pessimismus kuriert, alleine durch die Wirkung der Kunst und Kultur in dieser künstlerischen Hauptstadt Europas.“

Blom: Wir sind alle Kinder der Aufklärung

In seiner Festrede versteht Philipp Blom die Aussage „Wir sind alle Kinder der Aufklärung“ zugleich als Mahnung und Appell: Dieses Bekenntnis sei inzwischen zur Phrase verkommen, sagt er. „Das universelle Denken und die universellen Menschenrechte sind abgelöst worden vom Rückzug auf das Eigene, auf die Nation, die Grenze. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind offensichtlich nur dann attraktiv oder durchsetzbar, wenn sie von hohen Mauern und Stacheldraht geschützt werden.“ So werde die Aufklärung zur Waffe zum Erhalt des Status quo der Reichen und Mächtigen. Immer mehr Menschen hätten Angst und fürchteten sich davor, Besitz und eine vertraute Welt zu verlieren. Die Zukunft werde als Bedrohung erlebt.

Die Aufklärung sei nötiger denn je, ist Blom überzeugt, „aber nicht in ihrer aktuellen rationalistischen Verengung oder ökonomischen Parodie“. Der Mensch sei nicht die Krone der Schöpfung, sondern ein winziger Teil eines komplexen Systems, das auch ohne ihn weiter bestehen werde. Der Homo sapiens könne durch Verständnis, Phantasie und Empathie sein Verhalten ändern. „Wer bereit ist, selbst zu denken und riskant zu denken, kann Teil einer Zukunft werden, in der es sich zu leben lohnt; nicht als Kind oder als Erbe, sondern als Teil der Natur, als

Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler

Landeshauptmann Wilfried Haslauer

Fotos: LMZ / Neumayr / Leo

Gernot Blümel, Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien

empathischer Primat – und aus Leidenschaft für ein gutes Leben."

Van der Bellen: Vertrauen wir auf die Stärken Europas

In seiner Festansprache bezog sich Bundespräsident Van der Bellen auf das Leitmotiv der Leidenschaft, das sich durch das Programm der Festspiele zieht.

„Das war eine großartige Einleitung. Der Tanz der sieben Schleier. Danach kommt der Bundespräsident. Haben Sie lange nachdenken müssen über diese Abfolge, Herr Hinterhäuser? Wir wissen, wie es weitergegangen ist, ziemlich gefährlich", leitete der Bundespräsident seine Rede ein. „Leidenschaft. Leidenschaft, ist das Thema das uns beschäftigt. Leidenschaft, Passion, Raserei ... Leidenschaft ist eines der Leitmotive, das sich durch das Programm der diesjährigen Salzburger Festspiele zieht. Die ‚Königin der Nacht' in der ‚Zauberflöte' rast vor Wut und Rachelust. Im Kontrast dazu muß Tamino – ist mir aufgefallen – dem Sarastro in drei Prüfungen beweisen, daß er tugendhaft, schweigsam, also verschwiegen und wohltätig ist. Tugendhaft, wohltätig und verschwiegen. Das sind sicher löbliche Eigenschaften, aber mit Leidenschaft würden ich sie nicht unbedingt assoziieren."

Einen anderen „Sarastro", nämlich Friedrich Nietzsches „Zarathustra", würden solche Tugenden auf die Nerven gehen, so Van der Bellen weiter. Er habe etwas Schönes gefunden, das er den Anwesenden nicht vorenthalten könnte und zitierte:

„Nicht eure Sünde schreit gen Himmel,
euer Geiz selbst in der Sünde schreit gen Himmel!
Wo ist der Blitz,
der euch mit seiner Zunge lecke?
Wo ist der Wahnsinn,
mit dem ihr geimpft werden müßtet?"

„Ich sitze an meinem Schreibtisch und lese das durch und denke mir: ‚Gut gebrüllt, großer Löwe!' Also, in der Literatur, in der Kunst ganz generell, da lechzen wir nach diesem Blitz, der uns mit seiner Zunge lecke. In der ‚Salome' von Richard Strauss oder in der ‚Penthesilea' von Heinrich von Kleist werden wir noch genug Leidenschaft eingeimpften Wahnsinns erleben. Erleben auf der Bühne! In der Politik möchte ich auf Blitz und Wahnsinn nicht ungerne verzichten." Aber es sei so: Die Leidenschaft komme nirgends in so ergreifender, packender, vollendeter zum Ausdruck wie in der Kunst, wie auf dem Theater, in der Oper, in der Literatur.

Festredner Philipp Blom

Foto: LMZ / Franz Neumayr

Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Vertrauen wir auf die Stärken Europas.«

Wo sonst werde Liebe zum Duett? Wo sonst werde Haß zur Koloratur? Wo sonst werde zu Szenenapplaus gestorben und in Alexandrinern gemordet?

„Vor Jahrzehnten war ich einmal in den ‚Pradler Ritterspielen' in Innsbruck", erinnerte sich Van der Bellen, „dort wird auf Wunsch des Publikums das Köpfen wiederholt. Also im Alltag von uns Normalsterblichen geht es natürlich etwas profaner zu. Aber selbst wenn es abseits der berühmten Bretter, die die Welt bedeuten, profaner zugeht, so heißt dies nicht, daß die Leidenschaft irrelevant wäre, daß sie uns fremd wäre. Nicht einmal in der Politik."

„Leidenschaft braucht es auch in der Politik", schrieb Max Weber in seinem berühmten Essay – dieser Essay „Politik als Beruf" wird nächstes Jahr 100 Jahre alt. Leidenschaft müsse aber mit Verantwortungsgefühl und Augenmaß einhergehen. Die Gründerväter der Europäischen Union hätten seinerzeit Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß bewiesen, als sie diese Idee eines gemeinsamen, vereinten Europas praktisch umzusetzen begannen.

„Ohne Gewalt, ohne Krieg, ohne Nötigung, sondern durch gemeinsame Anerkennung plausibler, überzeugender Argumente. Und insofern in bester Tradition der Europäischen Aufklärung oder besser gesagt der Wiederentdeckung der Europäischen Aufklärung. Doch nun hat erstmals mit dem Vereinigten Königreich ein Mitgliedsstaat erklärt, der Gemeinschaft den Rücken kehren zu wollen. Das ist ein Zeichen an der Wand", so der Bundespräsident.

„Die Vertreter des alten Kirchturm-Nationalismus, deren Weitblick gerade einmal bis zur eigenen Staatsgrenze reicht, spüren

Foto: LMZ / Neumayr/Leo

Auf dem Weg zur Eröffnung (v.l.): Bundespräsident Alexander van der Bellen, Doris Schmidauer mit dem Staatspräsidenten von Portugal Marcelo Rebelo de Sousa, Christina und Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Bürgermeister Harald Preuner

gewissen Aufwind. Also stellen wir uns dieser Herausforderung mit Mut, Zuversicht und Phantasie, dann werden wir sie auch bewältigen. Meine Damen und Herren, ich bin aber auch Realist. Scheitern ist immer möglich. Ende 1933 nach der Machtergreifung Hitlers schrieb ein deutscher Journalist: ‚Wir hatten eine Demokratie (in Deutschland), aber leider nicht genügend viele Demokraten. Es ist also durchaus möglich, daß wir eines Tages aufwachen und uns sagen müssen: ‚Wir hatten ein Vereintes Europa, aber leider nicht genügend viele Europäerinnen und Europäer.‘ Ich bin Realist, aber als Politiker bin ich Optimist. Scheitern ist möglich. Umso mehr Energie müssen wir mobilisieren.“

Denn er sei überzeugt und glaube, so der Bundespräsident, „viele in diesem Raum sind überzeugt davon: Wir brauchen dieses vereinte Europa. Davon bin ich leidenschaftlich überzeugt. Und ich hoffe, Millionen anderer Europäerinnen und Europäer auch. Wir brauchen es: friedenspolitisch, machtpolitisch, wirtschaftspolitisch. Aus einem schlichten Grund: Im Weltmaßstab ist jeder Mitgliedsstaat der Europäischen Union zu klein, um eine Rolle zu spielen. Das gilt für Malta und Luxemburg, aber das gilt auch für Österreich und Deutschland. Hüten wir uns daher vor freiwilliger Verzwergung.“

Es gebe natürlich Gruppierungen, das sei ihm klar, es gebe Parteien in ganz Europa, die Vorstellungen alter nationaler Souveränität anhängen würden. Er halte das für die politische Illusion schlechthin: „Es gibt die alte nationale Souveränität in einer globalisierten Welt nicht mehr. Ohne transnationale Kooperation in der Europäischen Union wird jeder Mitgliedsstaat zum Spielball grösserer Mächte. Wenn man das akzeptiert, gut, aber dann muß man dazusagen, was passieren wird. Dieses vereinte Europa hat uns über Jahrzehnte Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht. Darauf sollten wir nicht leichtfertig verzichten. Aber wir können vertrauen. Vertrauen wir auf dieses Europa, vertrauen wir auf seine Stärken, seine Innovationskraft, seine Flexibilität – und, last but not least –, auf sein Beharren auf seine Grund- und Freiheitsrechte. Grund- und Freiheitsrechte, Grund- und Menschenrechte, um die uns die halbe Welt beneidet.“

Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ feiere heuer ihren 70. Geburtstag. Sie wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Geboren aus der Europäischen Aufklärung, insofern tatsächlich ein Kind Europas. „Es ist ein mehr oder weniger sachlicher, vielleicht sogar trockener Text. Aber zugleich ein leidenschaftliches Plädoyer – ein Gedicht. Und ein politisches Gedicht, vielleicht das schönste politische Gedicht der Kulturgeschichte.“

Art. 1: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Hier werde natürlich nicht Wirklichkeit beschrieben, sondern Möglichkeit. „Und es wäre doch gut, wenn wir uns etwas mehr bemühen würden, diesen Möglichkeiten mehr Wirklichkeit zuzuordnen“, sagte Van der Bellen und erhielt lange anhaltenden Applaus von den Anwesenden.

„Vielen Dank, das war schon der Schlußapplaus. Meine Aufgabe ist es noch, in feierlicher Form, die Salzburger Festspiele 2018 für eröffnet zu erklären. Liebe Frau Helga Rabl-Stadler, es wird sicher wieder großartig werden. Ich freue mich sehr. Dankeschön“, schloß der Bundespräsident seine Rede. ■

https://www.salzburgerfestspiele.at

Kultur

Claude Monet

Von 21. September 2018 bis 6. Jänner 2019 in der Albertina in Wien

© Tokyo, National Museum of Western Art

Claude Monet, Junge Mädchen in einem Boot, 1887, Öl auf Leinwand

Die Albertina zeigt die erste umfassende Präsentation von Claude Monet (1840–1926) seit über 20 Jahren in Österreich. Unter den 100 Gemälden finden sich bedeutende Leihgaben aus über 40 internationalen Museen und Privatsammlungen wie dem Musée d'Orsay Paris, dem Museum of Fine Arts Boston, der National Gallery London, dem National Museum of Western Art Tokyo oder dem Pushkin Museum Moskau.

Monet steht wie kein anderer für die Malerei des Impressionismus. Der französische „Meister des Lichts" war ein zentraler Wegbereiter der Malerei im 20. Jahrhundert. Er malte am Meer, an der Steilküste der Nor-

mandie und an den Ufern der Seine. Die Wasseroberflächen seiner Bilder reflektieren die leuchtenden Farben üppiger Vegetation im Sommer und den geheimnisvoll grau und blau gefrierenden Dunst seiner Landschaften im Winter. Monets Licht und Farben wechseln auf der Leinwand mit der sich stets verändernden Natur und mit der Vielfalt an atmosphärischen Eindrücken, die der Maler vor den Motiven empfindet. Um sie in ihrer Erscheinungsvielfalt zu erfassen, malt er viele seiner Motive in Serien.

Die Ausstellung spannt einen Bogen von Monets ersten vorimpressionistischen Werken bis hin zu seinen allerletzten Gemälden, die im Garten in Giverny entstanden sind. Monet eröffnet mit seiner Malerei den Blick auf eine Welt, die sich durch die Kraft der Natur, das Wetter und den Kreislauf der Jahreszeiten ständig im Fluß befindet. Das Element Wasser zieht sich durch sein gesamtes Schaffen. Sei es an der Seine oder der Creuse, am Atlantik oder im Wassergarten mit den ikonischen Seerosen: Die Veränderlichkeit der Natur, die Auflösung der Landschaft in Nebel, Schnee oder Meereswogen ist das zentrale Thema dieser Ausstellung.

Mit großzügiger Unterstützung des Musée Marmottan Monet, Paris realisiert, beleuchtet die Retrospektive Monets Werdegang vom Realismus über den Impressionismus bis hin zu einer Malweise, bei der sich die Farben und das Licht allmählich vom Gegenstand lösen und das Motiv von der Naturbeobachtung unabhängig wird. Mit seinem Spätwerk bereitet Monet der Malerei des abstrakten Expressionismus den Boden.

Moskau, Pushkin Museum © 2017. Photo Scala, Florence

Claude Monet, Der Boulevard des Capucines, 1873, Öl auf Leinwand

Die Highlights der Ausstellung

Plakatsujet ist das monumentale Gemälde „Junge Mädchen in einem Boot“, das Monet 1887 auf dem Wasser malt – die Leihgabe stammt vom National Museum of Western Art in Tokyo. Aus dem Moskauer Pushkin Museum kommt eine der beiden Fassungen des „Boulevard des Capucines“ (1873), eine extreme Perspektive von oben auf das belebteste Geschäftsviertel von Paris, die das Großstadt-Gewimmel, das Flirren und die Bewegung der Stadt nachvollziehen läßt. Genau wie die Natur in Monets Landschaften ist auch die Straße ständig in Bewegung und verändert sich je nach Tageszeit, Stimmung und Wetterlage.

Unter den beeindruckenden, oft großformatigen Leihgaben befinden sich außerdem der „Getreideschober in der Sonne“ (1891, Kunsthaus Zürich), den Kandinsky in einer Ausstellung über den französischen Impressionismus in Moskau bewundert. Kandinsky hat trotz seiner Begeisterung für das Gemälde Schwierigkeiten, das Motiv zu erkennen und ahnt so Monets Emanzipation der Farben und die abstrakte Malerei voraus.

Weitere Highlights sind die frühen Winterbilder, darunter das Porträt „Madame Monet mit rotem Kopftuch“ (1873, Cleveland Museum of Art, Ohio/USA), zwei Kathedralen aus einer umfangreichen Serie, die er in Rouen von diesem gotischen Nationaldenkmal anfertigt, und die selbst zur impressionistischen Ikone werden und mehrere Gemälde des Flusses Creuse, die unter widrigsten Wetterbedingungen im Massif Central entstehen und kompositorisch und in ihrer Farbigkeit wegweisend sind. Am Ende seines Lebens, als er mit starken Sehschwierigkeiten kämpft, beschäftigt Monet sich in seinem Garten in Giverny mit der „Japanischen Brücke“ (1918–1924) und seinem „Haus in den Rosen“. ■

https://albertina.at
https://de.wikipedia.org/wiki/Claude_Monet

© Collection Kröller-Müller Museum, Otterlo

Claude Monet, Das Atelierboot, 1874, Öl auf Leinwand

Kultur

»Alle antreten! Es wird geknipst!«

Private Fotografie in Österreich 1930-1950 im Volkskundemuseum Wien von 10. Oktober 2018 bis 17. Februar 2019

© Archiv Tietjen

Anonym: »Alle antreten! Es wird geknipst!«, Österreich, Foto ca. 1940, Albumseite ca. 1955.

Die Geschichtsschreibung in Österreich zwischen 1930 und 1950 verzeichnet zahlreiche politische Brüche. Doch in der privaten Fotografie dieser Jahre ist wenig zu sehen vom Austrofaschismus, von den Februarkämpfen, dem „Anschluß“, von Krieg und Nachkrieg. Haben die weitreichenden politischen Veränderungen also überhaupt Auswirkungen auf die Gestaltung privater Fotografien und Fotoalben gehabt?

Seit Ende 2016 untersuchen die Fotohistoriker Herbert Justnik und Friedrich Tietjen diese Fragen. In der Fotosammlung des Volkskundemuseum Wien haben sie dazu

© Wikipedia / / Cc-by-sa-3.0 / Foto: Craig Dillon

© Archiv Tieljen

Seite eines Albums mit Bildern aus den 1930er und 1940er Jahren, angelegt vermutlich in den 1950er Jahren von einer unbekannten Wienerin.

einen Fundus an Familienalben und Einzelbildern angelegt. Dieser umfaßt mehrere hundert Objekte und wird laufend erweitert. Seit Februar 2018 werden Privatpersonen eingeladen, um über die Rolle und Bedeutung solcher Bilder und Alben in ihren Familien zu sprechen.

<Am 9. Oktober 2018 eröffnet im Volkskundemuseum Wien die Ausstellung „Alle antreten! Es wird geknipst!“ Private Fotografie in Österreich 1930-1950, die Material und erste Ergebnisse des Forschungsprojektes präsentieren wird.

Die Ausstellung

Die Ausstellung wird hunderte von Bildern zeigen. Bilder von Picknicks, von Firmungen, Sonntagsausflügen, Porträts, Silberne Hochzeiten, Urlaubsreisen und ähnliche Motive, die die private Fotografie dominieren. Die Arbeit, die Routinen des Haushalts, Elend, Krankheiten und Tod sind hingegen offenbar nur selten bildwürdig, und ebenso wenig auch öffentliche politische Ereignisse wie Demonstrationen, Straßenkämpfe oder Wahlkampagnen.

Die private Fotografie stellt sich als ein Medium dar, das nicht den konkreten Alltag abbildet, sondern seine Ausnahmen. Die Fotos zeigen weniger die konkreten Lebensumstände, sondern entwerfen das „Gute Leben“ für zukünftige Momente der Erinnerung. Bilder dieser Art werden den meisten BesucherInnen vertraut sein. Die Ähnlichkeit solcher Bilder ist einerseits ein Hinweis darauf, daß die Vorstellungen von einem „Guten Leben“ in den meisten Familien ähnlich waren.

Andererseits sind die mit den Fotos verbundenen Praktiken höchst unterschiedlich. In manchen Alben werden wie in einem Fotoroman Geschichten erzählt; in anderen sind die Bilder nach heute nicht mehr nachvollziehbaren Prinzipien geordnet und bleiben unbeschriftet. Manche Alben zeigen starke Gebrauchsspuren und wurden offenbar immer wieder hervorgeholt und ange-

© Archiv Tieljen

Fotografie eines Dackels. Rückseitig beschriftet: »Lumpi 1942«.

© Archiv Tiefen

Seite eines Albums mit Bildern aus den 1930er und 1940er Jahren, angelegt vermutlich in den 1950er Jahren von einer unbekannten Wienerin.

schaut; bei anderen sind die Ecken der Seiten noch scharf, als habe sie fast nie jemand in die Hand genommen.

Es gibt Alben, deren Bilder ganz offensichtlich von nur einer Person aufgenommen wurden; andere Alben werden aus Fotografien verschiedenster Art montiert und geben so einen Hinweis, daß selbst in Familien, die keine Kamera besaßen, Alben mit Bildern angelegt werden konnten, die von FreundInnen oder in Fotostudios aufgenommen worden waren.

Das Material

Solche Alben können etwa so aussehen wie das einer unbekannten Frau aus Wien, die vermutlich in den 1950er Jahren ein Album arrangierte. Hier wechseln private Aufnahmen von Radtouren und dem Bau eines Hauses mit Studioporträts und anderen professionellen Bildern. In süßer Erinnerung schwelgend reimt sie zu Stadtaufnahmen aus Wien: „Es ist meine Heimatstadt, / die mein Herz bezaubert hat. / Du bleibt mein geliebtes Wien, / wenn ich auch in der Ferne bin.“ Unter dem Bild eines blühenden Baumes steht: „Schön sind die Blüten, doch rasch vergänglich.“

Und auf einer Seite steht neben Bildern von Erntearbeiten auch die Aufnahme von einem Autounfall: „Oh, das war mehr als Pech! Warum so schnell??? Es kostete sein junges Leben!!!“ Es bleibt unklar, an wen sich das Album wendet: Die ausführlichen, eher poetischen als didaktischen Kommentare lassen erkennen, wie wichtig der Prozeß der Produktion für die Autorin gewesen ist; die eher nachlässige, wenig repräsentative Gestaltung läßt vermuten, daß sie sich selbst und vielleicht noch einige enge Angehörige adressierte. Vermutlich kam das Album nach ihrem Tod in eine Räumung und von dort auf den Flohmarkt.

Teil des Forschungsprojektes

Die Ausstellung im Volkskundemuseum Wien wird als Teil des Forschungsprojektes begriffen, das einerseits Methoden für die wissenschaftliche Erschließung solcher Bilder entwickelt. Zum anderen dient sie dazu, solche wissenschaftlichen Prozesse öffentlich erfahrbar und zugänglich zu machen.

Denn das Display der Ausstellung wird als eine Art Forschungslabor funktionieren, das allen Interessierten erlaubt, sich in diese Forschungen mit ihren eigenen Erfahrungen und Fragen einzumischen.

Die Wände der Ausstellungsräume werden so gestaltet sein, daß die Bilder als Prints oder Kopien immer wieder aufs Neue beispielsweise nach chronologischen und ikonografischen Kriterien arrangiert werden können. Begleitend werden Interview-, Gesprächs- und Vortragsformate Methoden kollektiver und kollaborativer Forschung ausloten und die Rolle von Fotografien und Alben als Medien der privaten Erinnerung diskutieren. Darüber hinaus wird es in den Ausstellungsräumen Arbeitsplätze geben, an denen WissenschaftlerInnen und Interessierte mit den Alben und Bildern arbeiten und dabei auf eine Handbibliothek mit Literatur zurückgreifen können.

Ebenso wird es weitere Termine geben, bei denen Privatalben eingebracht und gemeinsam mit den Kuratoren gesichtet werden können. ■

http://www.volkskundemuseum.at

Musica Femina

Eine Ausstellung von Irene Suchy und Clarrisse Maylunas in der Schönbrunner Orangerie

Fotos: Nancy Horowitz, Wladimir Fried

Clarrisse Maylunas

Irene Suchy

Bis 2. September ist der Sommer in der Schönbrunner Orangerie dem Musikschaffen von Frauen gewidmet. 2018, wohl eines der geschichtsträchtigsten Jubiläums- und Gedenkjahre in Österreich, erschien Irene Suchy und Clarisse Maylunas als Aufforderung, die Bedeutung von Komponistinnen darzustellen.

Musica Femina ist hier zu Lande die erste interaktive und inszenierte Themenausstellung zum Musikschaffen von Frauen. In der Pflanzenorangerie des Schloss Schönbrunn, einem der prägendsten Musikzentren der abendländischen Geschichte, laden Raum- und Klanginstallationen zu einer Reise durch die Zeit und ihre Kreativität ein, ein faszinierender Bogen von Hildegard von Bingen bis Madonna und live erlebbares gegenwärtiges Schaffen. Diese basieren auf der aktuellen weitreichenden musikologischen Forschung zur Frauenmusikgeschichte.

Eine Reise durch die Epochen

Die Zeitreise beginnt beim Betreten der Ausstellung eines Raumes, der ausgefüllt wird von einem Baum, dessen Geäst anstatt seiner Blätter eine Vielzahl von Komponistinnenhänden beherbergt und somit gleich zu Beginn die umfangreiche und bis heute weit verzweigte Schaffenskraft der Vertreterinnen ihrer Kunst symbolisiert.

Ein 100 Meter langer Gang unterstreicht in Form einer Notenzeile, auf der die Repräsentantinnen in Form von Noten dargestellt werden, die Stationen femininen Schaffens im Lauf der Geschichte.

Von Sappho bis Madonna

Beginnend bei Vertreterinnen aus der klassischen Antike, wo schon Sappho und Kessia das Musikleben mitprägten, wird man kniend eingeladen, die erste historische Station zu besuchen. Man befindet sich zuerst im Mittelalter, also im klösterlichen Umfeld, wo etwa Hildegard von Bingen oder später auch Chiacha Margarita Cozzolani und Isabella Leonarda wirkten.

Der folgende Raum, der von der historischen Zeile zugängig ist, wird dem höfischen Komponieren gewidmet, als sich Frauen erstmals auch außerhalb der Klostermauern, allerdings ausschließlich bei Hofe, ihrer Kunst widmen konnten. Repräsentantinnen dieser Epoche waren etwa Francesca Caccini, Amalia von Preußen Sachsen Weimar,

Wilhelmine von Bayreuth und Helene Liebman.

Im 19. Jhdt. hielten Komponistinnen Einzug in die großbürgerlichen Salons, da ihnen damals noch öffentliche Aufführungen versagt geblieben waren, die sich aber als wichtige Plattform für Komponistinnen, Interpretinnen und deren Förderer darstellte. Liegend auf Chaiselongues begegnet das Publikum Fanny Hensel, Clara Schuman, Louise Adolpha Le Beau oder Amanda Röntgen-Maier.

Im Raum der Klangskulpturen finden sich überlebensgroße metallene symbolisierte Frauen, die als Soundduschen Eindrücke der verschiedensten musikalischen Genres geben.

Der Raum der zertretenen Noten gedenkt der verfemten Künstlerinnen, also derer, denen es nicht nur untersagt war, während der Zeit des NS-Regimes ihre Kunst auszuüben, sondern die zumeist vertrieben, verschleppt oder ermordet wurden. In diesem abgedunkelten Raum erinnern fünf Silhouetten, an dessen Ende die Besucher über die Betroffenen informiert werden. Dazu gehören u.a. junge Vertriebene, die ihre Chance nützten wie Ruth Schonthal oder Ursula Mamlok, die Mäzenin Lilly Lieser und, last but not least, die prominente Verlegerin Yella Hertzka.

Neue Medien seit dem 20. Jahrhundert

Spätestens im Rahmen von Filmmusikkompositionen haben Frauen das Feld erobert. Hollywood erfreut sich ihrer ebenso wir die heimische Filmszene, und daher gibt dieser Raum, in seiner Gestaltung einem Kinosaal nachempfunden, durch umfangreiche Beispiele weiblichen Musikschaffens eindrucksvolle Einblicke und wird für manche Überraschung sorgen: Rachel Portman oder Tricky Women. Schließlich ist der in der Abfolge letzte Raum der Musik der Gegenwart gewidmet. Hier werden zeitgenössische Komponistinnen aus Österreich und Europa präsentiert. Eine Vielzahl an Stationen, die zum Verweilen und Hören einladen, lassen erahnen, wie umfangreich sie sich darstellt und eine gute Gelegenheit, sich einen repräsentativen Überblick zu verschaffen. Mit ihren Vertreterinnen und zahlreichen heimischen Institutionen: das Orgelforum und der steirische Tonkünstlerbund, die Wiener Symphoniker und das Klangforum, phonofemme und Heroines of Sound, die mdw und die KUG, die Maria Anna Mozart Gesellschaft und die Stiegenhausmusik, das mica und wien modern, Wolfgang Seierl, der ÖKB oder fraufeld.

Dieser Raum wird überdies auch für Aufführungen im Rahmen der Ausstellung genutzt und bietet bis zu 200 Personen Gelegenheit, daran teilzunehmen.

Die Zeitreise beginnt beim Betreten der Ausstellung eines Raumes, der ausgefüllt wird von einem Baum, dessen Geäst anstatt seiner Blätter eine Vielzahl von Komponistinnenhänden beherbergt…

Zum 100-Jährigen Jubiläum des Jahres 1918, der Erlangung des Frauenwahlrechts und der Feier des Friedens, erreicht auch durch die großen pazifistischen Bemühungen der Frauen, ist Schönbrunn ein guter Ort, Licht auf das Musikschaffen der Frauen zu werfen. ■

http://musicafemina.at

Fotos: Nancy Horowitz, Wladimir Fried

Der Raum der zertretenen Noten gedenkt der verfemten Künstlerinnen…